



Bundesministerium
des Innern

Stand und Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in Ostdeutschland

Quantitative und qualitative Befunde

Prof. Dr. Thomas Olk

Dr. Thomas Gensicke

Studie im Auftrag des Bundesministeriums des Innern

Impressum

Herausgeber und Redaktion:

Bundesministerium des Innern

Alt-Moabit 101 D

10559 Berlin

www.bmi.bund.de

www.beauftragter-neue-laender.de

Veröffentlichungsdatum:

26. August 2013

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung.

Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern und Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwandt werden.

Stand und Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in Ostdeutschland

Erstellt durch
Prof. Dr. Thomas Olk
Martin-Luther Universität Halle-Wittenberg
Halle (Saale)

und

Dr. Thomas Gensicke
TMS-Infratest
Sozialforschung, München

Auftrag
BA-Nr.: 0368/ 10

Halle, November 2011
(Redaktionelle Endfassung 2013)

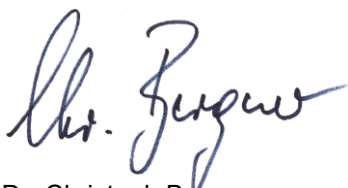
Grußwort

Bürgerschaftliches Engagement stärkt das zivilgesellschaftliche Gerüst unserer Gesellschaft. In ihm bündeln sich Teilhabe, Mitwirkung und Mitbestimmung. Wer sich in Vereinen und Verbänden, in Institutionen und Initiativen für das Gemeinwesen, andere Menschen und unsere Umwelt engagiert, trägt damit auch zum Gelingen unserer Demokratie bei. Wenn viele sich in dieser Weise einbringen, ist eine wesentliche Voraussetzung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in allen Regionen unseres Landes geschaffen.

Die hier vorgestellte Auswertung zeigt, dass das zivilgesellschaftliche Engagement in Ostdeutschland in den letzten zehn Jahren zugenommen hat. Die Studie weist in Einzelaspekten auch auf Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern hin. So finden sich beispielsweise in Sachsen und in Brandenburg die höchsten Quoten derjenigen, die sich freiwillig engagieren. Besonders freut mich, dass sich die grundlegende Bereitschaft wie auch das aktive Engagement bei den jüngeren Menschen in Ost- und Westdeutschland inzwischen auf einem ähnlichen Niveau befinden. Dieses Ergebnis sendet ein positives Signal für die künftige Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements.

Die Studie zeigt aber auch, dass ein Wandel in der Engagementkultur sichtbar wird: Diejenigen, die sich freiwillig engagieren, tun dies heute nicht mehr in vergleichbarem Maße auch aus einer Tradition heraus wie in früheren Zeiten. Die heute Engagierten möchten durch ihr Engagement stärker als früher auch ihre persönlichen Kompetenzen erweitern und für ihr Leben lernen. Dies ist gekoppelt an das Bedürfnis, durch eigenes Handeln in der Gesellschaft unmittelbare Wirkungen zu erzielen. Dies in ein modernes Freiwilligenmanagement einzubeziehen, ist eine der Herausforderungen für die Organisationen und Institutionen, die mit Ehrenamtlichen arbeiten.

In den vielfältigen Facetten des bürgerschaftlichen Engagements spiegeln sich die sozialen und moralischen Werte der Menschen in unserem Land. Ich freue mich, dass die Bereitschaft sich freiwillig zu engagieren, bei Menschen aller Altersgruppen vorhanden ist. Dies ist ein gutes Signal für die Zukunft. Hierfür die Rahmenbedingungen zu fördern und zu stärken, ist ein wichtiges Anliegen der Bundesregierung. Denn nur durch das Zusammenwirken aller Kräfte in dieser Gesellschaft kann gesellschaftlicher Zusammenhalt gelingen.



Dr. Christoph Bergner

Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Bundesländer

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern

Inhaltsverzeichnis

I Einleitung	11
I.1 Ausgangslage	11
I.2 Beschreibung der Arbeitsmodule und Aufbau der Studie	11
I.2.1 Leistungsbeschreibungen	12
 II. ZIVILGESELLSCHAFT UND FREIWILLIGES ENGAGEMENT IN DEN NEUEN UND ALTEN BUNDESLÄNDERN 1999-2004-2009	 15
II.1 Einleitung	16
II.2 Öffentliche Beteiligung und freiwilliges Engagement	18
II.2.1 Verhältnis der Bevölkerung zur Öffentlichkeit	18
II.2.1.1 Politisch-öffentliches Interesse und politische Beteiligung	18
II.2.1.2 Mitgliedschaften in gemeinnützigen Organisationen	20
II.2.1.3 Öffentliche Beteiligung in der Infrastruktur der Zivilgesellschaft	24
II.2.2. Freiwilliges Engagement	28
II.2.2.1 Freiwilliges Engagement in verschiedenen Bereichen	28
II.2.2.2 Verbreitung freiwilligen Engagements in der Bevölkerung	34
II.2.2.3 Freiwilliges Engagement nach Alter: Geschichte im soziologischen Blick	38
II.2.3. Viel Potenzial für mehr freiwilliges Engagement	44
II.2.4. Informelle Vernetzung und soziale Qualität	49
 II.3. Besonderheiten des freiwilligen Engagements in den neuen Ländern	 54
II.3.1. Erhöhte Arbeitsmarktnähe	56
II.3.2. Geringere Statusabhängigkeit	61
II.3.3. Geringere Beziehung zu Mitgliedschaften und zum politischen Interesse	67
II.3.4 Geringe Beziehung zur sozialen Einbindung und zur Siedlungsweise	72
II.3.5 Familienkultur in den neuen Ländern ungünstig für freiwilliges Engagement?	77
 III QUALITATIVE STUDIE „STAND UND ENTWICKLUNG DES BÜRGERSCHAFTLICHEN ENGAGEMENTS IN OSTDEUTSCHLAND“	 83
III.1 Einleitung	84
III.2 Methodisches Vorgehen	84
III.2.1 Forschungsfragestellungen	84
III.2.2 Forschungsdesign	85
III.2.3 Sample und Zugang zum Untersuchungsfeld	87
III.2.4 Feldzugang zu den Organisationen und zu Interviewpartnern	88
III.2.5 Erhebung und Auswertung	90
 III.3 Strukturen und Handlungsformen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Ostdeutschland	 92
III.3.1 Engagementpolitik als neues Politikfeld	92

III.3.2 Entwicklungen in der Zivilgesellschaft und die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Ostdeutschland	95
III.3.2.1 Zivilgesellschaft und die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements durch Kommunalpolitik und Verwaltung	96
III.3.2.2 Entwicklungen des bürgerschaftlichen Engagements in ostdeutschen Organisationen und Netzwerken der Zivilgesellschaft	106
III.3.2.3 Kooperations- und Konfliktbeziehungen zwischen Haupt- und Ehrenamt	116
III.3.2.4 Normative Bilder von und subjektive Zugänge zu bürgerschaftlichem Engagement	118
III.3.2.5 Bildung und bürgerschaftliches Engagement	125
III.3.2.6 Förderung des bürgerschaftlichen Engagements durch ostdeutsche Wirtschaftsunternehmen	128
IV WISSENSTRANSFER ZWISCHEN WISSENSCHAFT, AKTEUREN AUS DEM BBE –STRUKTUREN SOWIE TEILNEHMERINNEN UND TEILNEHMERN AM DEM PROGRAMM „ZUSAMMENHALT DURCH TEILHABE“ DES BMI IN OSTDEUTSCHLAND	133
IV.1 BBE Arbeitsbericht: „Stand und Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in Ostdeutschland“	134
IV.1.1 Baustein: Wissenstransfer	134
IV.1.2 Arbeitstreffen 1	134
IV.1.3 Arbeitstreffen 2	135
IV.1.4 Fachforum: „STÄRKER WERDEN Zur Situation des bürgerschaftlichen Engagements in Ostdeutschland“	135
IV.1.5 Weitere Maßnahmen zum Wissenstransfer	136
V ZUSAMMENFASSUNG DER ERGEBNISSE DER STUDIE „STAND UND ENTWICKLUNG DES BÜRGERSCHAFTLICHEN ENGAGEMENTS IN OSTDEUTSCHLAND	137
V.1 Ergebnisse der vertieften Auswertung des Freiwilligensurveys	137
V.1.1 Organisiertes Engagement und informelle Unterstützung	137
V.1.2 Starke zivilgesellschaftliche Dynamik bei jüngeren Menschen	140
V.1.3 Zivilgesellschaft und Arbeitsmarkt	143
V.1.4 Unterschiede zwischen den neuen Ländern	147
V.1.5 Zivilgesellschaft in den neuen Ländern: Ausblick	150
V.2 Zusammenfassung der Ergebnisse der qualitativen Studie	151
V.2.1 Zur Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements in städtischen und ländlichen Regionen	151
V.2.2 Verbreitung und Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in städtischen und ländlichen Räumen in Ostdeutschland	152
V.2.3 Zur Bedeutung von Bundesmodellprogrammen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Ostdeutschland	155
V.2.4 Zivilgesellschaftliche Organisationen zwischen Konkurrenz und Kooperation	156
V.2.5 Beziehung zwischen Haupt- und Ehrenamt	157
V.2.6 Die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements durch Unternehmen	159
V.2.7 Bildung und bürgerschaftliches Engagement	160

VI HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN FÜR DIE FÖRDERUNG BÜRGERSCHAFTLICHEN ENGAGEMENTS IN OSTDEUTSCHLAND	161
VI.1 Die Ausgangslage	161
VI.2 Empfehlungen	163
VI.2.1 Bei der Entwicklung von Programmen und Maßnahmen der Engagement- förderung durch Bund und Länder die besonderen Bedingungen in Ostdeutschland – und hier insbesondere in den dünn besiedelten ländlichen Räumen – berücksichtigen	163
VI.2.2 Die politisch administrativ Verantwortlichen (Oberbürgermeister, Landräte, Bürgermeister, Dezernenten etc.) für Fragen der Engagementförderung und der Entwicklung der Zivilgesellschaft sensibilisieren	164
VI.2.3 Verantwortungsübernahme für Fragen der Engagementförderung durch die örtliche Verwaltung sicherstellen, Verantwortlichkeiten schaffen, Zuständigkeiten klären und Ressourcen bereitstellen	165
VI.2.4 Prozesse der Organisationsentwicklung in zivilgesellschaftlichen Organisationen (Vereinen, Verbänden, Initiativen und Netzwerken) durch ein Freiwilligenmanagement etablieren und weiterentwickeln	165
VI.2.5 Regional angepasste Formen der Engagementförderung entwickeln und die Akteure vernetzen	166
VI.2.6 Beteiligungsmöglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern erweitern und Mitbestimmung der Engagierten stärken	167
VI.2.7 Bürgerschaftliches Engagement im Bildungssystem verankern, Service Learning verbreiten	167
VI.2.8 Engagementförderung auf der Landesebene als Handlungsfeld verankern undeine unterstützende Infrastruktur für die lokale bzw. regionale Ebene aufbauen	168
VI.2.9 Lokale Infrastruktur zur Förderung des Engagements aufbauen und weiterentwickeln und die finanzielle Förderung des Engagements nicht nach dem Gießkannenprinzip sondern gezielt einsetzen	169
VI.2.10 Maßnahmen und Programme zur Engagementförderung und Maßnahmen und Programme der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik sauber voneinander getrennt installieren und Übergänge gestalten	171
VII. ANHANG	173
Anhang 1: Informationen über den Freiwilligensurvey	173
Anhang 2: Die neuen und alten Länder im Spiegel der Statistik und von repräsentativen Umfragen	176
1. Demografie und Lebenskultur	176
2. Einstellungen zum Gemeinwesen	180
Anhang 3: Interviewpartnerinnen und -partner nach Ebenen und Bereichen aufgeschlüsselt nach Bundesländern	183
VIII. LITERATUR	185

I Einleitung

In den ostdeutschen Bundesländern verliefen in den vergangenen 20 Jahren viele Trends der gesellschaftlichen Entwicklung zunächst weitgehend übereinstimmend. Mittlerweile ist jedoch für den Bereich des bürgerschaftlichen Engagements eine zunehmende Differenzierung zu beobachten: Die Ergebnisse der bisher im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend durchgeführten Freiwilligensurveys (1999, 2004, 2009) verweisen in der Zeitspanne zwischen 2004 und 2009 auf ein Auseinanderdriften der spezifischen Entwicklungen in den neuen Ländern.

Die Freiwilligensurveys der Bundesregierung bilden eine wichtige Grundlage für strategische Entscheidungen zur Steuerung und Unterstützung des bürgerschaftlichen beziehungsweise freiwilligen oder ehrenamtlichen Engagements.¹ Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Bedeutung des zivilgesellschaftlichen Sektors – nicht zuletzt bei der Bewältigung der Herausforderungen des demographischen Wandels in den neuen Bundesländern – besteht dringender Bedarf an einer differenzierten Darstellung der Entwicklung bestimmter Indikatoren der Zivilgesellschaft in den einzelnen neuen Bundesländern untereinander und im Vergleich zu Westdeutschland.

I.1 Ausgangslage

Im Rahmen des Freiwilligensurveys lässt die Bundesregierung seit 1999 im Fünf-Jahres-Turnus Umfang und Struktur des bürgerschaftlichen Engagements ermitteln. Erfasst werden vor allem die Zusammensetzung der Gruppen der Engagierten, ihre Leistungen und ihr Umfeld, ihre Motive sowie Verbesserungsvorschläge einer Politik zur Förderung des Engagements. Teilweise erfolgt die Bewertung im Ost- West-Vergleich.

Während im Rahmen der ersten beiden Freiwilligensurveys (1999, 2004) die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in den neuen Bundesländern insgesamt weitgehend übereinstimmend verlief, zeigte sich in der Periode vor dem dritten Survey bei Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichen Engagements eine zunehmende Differenzierung zwischen den einzelnen neuen Bundesländern. Eine summarische Bewertung „der“ ostdeutschen Länder hat sich damit als unzureichend erwiesen.

I.2 Beschreibung der Arbeitsmodule und Aufbau der Studie

Gegenstand des Projekts ist die Darstellung der Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in den neuen Ländern im Vergleich untereinander und zu Westdeutschland. Dazu wird zunächst eine vertiefende Auswertung der Freiwilligensurveys (Ehrenamt, Freiwilligenarbeit, bürgerschaftliches Engagement) für die neuen Länder vorgenommen, an die sich eine Sekundäranalyse mit leitfadengestützten Experteninterviews und eine Phase der Implementie-

¹ In der folgenden Studie werden die Begrifflichkeiten bürgerschaftliches Engagement beziehungsweise freiwilliges Engagement synonym verwendet, da die operativen Definitionsmerkmale der hiermit gemeinten Phänomene identisch sind (vgl. Enquete-Kommission 2002, S. 86ff sowie Gensicke/ Picot/ Geiss 2006, S. 34f). Der Begriff Ehrenamt wird überall dort verwendet, wo Haupt- und Ehrenamtliche in derselben Organisation (zum Beispiel in Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege, Sportverband) tätig werden (vgl. zur Begrifflichkeit grundsätzlich Olk/Hartnuß 2011b sowie Stricker 2011).

rung der wissenschaftlichen Ergebnisse im Rahmen der Strukturen des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) anschließt.

I.2.1 Leistungsbeschreibungen

Die vorliegende Studie umfasst drei aufeinander abgestimmte Arbeitsmodule:

(a) Vertiefende Auswertung der Freiwilligensurveys für die neuen Bundesländer (siehe Abschnitt II)

Ausgangspunkt der Untersuchung ist, zunächst einen Überblick über die Entwicklung seit 2004 zu geben. Bereits bekannt ist, dass zwar die lose Einbeziehung der Bevölkerung Ostdeutschlands in die Zivilgesellschaft vorangekommen ist (erhöhte „Reichweite der Zivilgesellschaft“), vor allem auch dortige positive Einstellung zum freiwilligen Engagement (deutlich erhöhtes Engagementpotenzial), aber nicht das verbindliche „freiwillige Engagement“ also die längerfristige Übernahme von Tätigkeiten im Rahmen der Infrastruktur der Zivilgesellschaft. Insofern bleibt weiterhin die Charakteristik Ostdeutschlands als „Potenzial-Gesellschaft“ des Engagements ein aktuelles Thema.

Oberflächlich suggeriert die konstante Beteiligung am freiwilligen Engagement in Ostdeutschland Stabilität. Allerdings deuten sich Umschichtungen an, die von großer Bedeutung sind. So hat das Engagement bei den jungen Leuten in Ostdeutschland zwischen 14 und 30 Jahren deutlich angezogen und liegt mit 33% (2004: 28%) nicht mehr weit unter den 35% der jungen Altersgruppe in Westdeutschland, wo es etwas rückläufig war. Zusammen mit den konstant 27% bei den Jahrgängen zwischen 31 und 45 Jahren sind somit die jüngeren Menschen inzwischen viel deutlicher eine Gewähr des ostdeutschen Engagements geworden. Vor allem die jungen Leute in Ostdeutschland, die das Abitur anstreben oder bereits erworben haben (aber noch keinen höheren Abschluss), entwickelten sich seit 1999 im Engagement eindrucksvoll. Dagegen hat sich das Engagement in den Jahrgängen zwischen 46 und 65 besonders kritisch entwickelt während es bei den Senioren etwas zunahm. Vor allem aber deren (zumindest lose) Einbeziehung in die Zivilgesellschaft ist kräftig vorangekommen

In Abschnitt II sollen die Daten für die Zivilgesellschaft Ostdeutschlands umfassend in materielle, demographische, soziale und kulturelle Kontexte eingebettet werden. Dazu werden neue Indikatoren ausgewertet, die 2009 erstmalig erhoben wurden.

(b) Durchführung und Auswertung qualitativer leitfadengestützter Interviews mit Multiplikatoren und Entscheidungsträgern in Zivilgesellschaft, Politik/ öffentlicher Verwaltung und Wirtschaft in Ostdeutschland (Abschnitt III)

Auf der Grundlage der vertieften Auswertung der Daten des Freiwilligensurveys wurden im Frühjahr/ Sommer 2011 40 leitfadengestützte Experteninterviews mit Schlüsselpersonen vor Ort in ländlichen und städtischen Räumen der neuen Bundesländern durchgeführt. Mit dieser qualitativen Studie sollten die Sichtweisen, Handlungsstrategien, Herausforderungen und Erfolge der Akteure näher ausgeleuchtet werden, die unter den jeweils konkreten Bedingungen in den Regionen entweder in zivilgesellschaftlichen Organisationen oder in Politik und öffentlicher Verwaltung beziehungsweise Wirtschaftsunternehmen bürgerschaftliches Engagement fördern und unterstützen. Dabei standen folgende Fragen im Mittelpunkt der Untersuchung: Welche Vorstellungen hinsichtlich der Rolle und Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements haben die Befragten bezüglich ihrer eigenen Person beziehungsweise bezüglich der Entwicklung ihrer Region? Welche zivilgesellschaftlichen Strukturen und Vernetzungsformen bestehen in den Untersuchungsregionen und welche Formen und Inhalte des bürgerschaftli-

chen Engagements konnten sich auf lokaler Ebene etablieren. Welche Programme, Instrumente und Infrastruktureinrichtungen der Engagementförderung sind in den jeweiligen Untersuchungsregionen entwickelt worden und mit welchen Herausforderungen und Problemen sehen sich diese konfrontiert? Welche hemmenden und förderlichen Bedingungen identifizieren die Befragten hinsichtlich der Entwicklung zivilgesellschaftlicher Strukturen und Aktivitäten in Ostdeutschland und wie schätzen sie den Stand der Entwicklung von Maßnahmen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in ihrer Region ein?

Von der qualitativen Studie können zwar keine repräsentativen Ergebnisse erwartet werden, allerdings ermöglicht dieses Vorgehen eine vertiefende Ausleuchtung von konkreten Bedingungskonstellationen, Handlungsmöglichkeiten und Erfahrungen von Akteuren der Zivilgesellschaft und der Engagementförderung unter je konkreten Bedingungen des ländlichen und städtischen Raumes.

(c) Wissenstransfer zwischen Wissenschaft, Akteuren aus den BBE –Strukturen sowie Teilnehmerinnen und Teilnehmern am dem Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ des BMI in Ostdeutschland (Abschnitt IV)

Zur Implementierung der wissenschaftlichen Ergebnisse in die Diskurse der Engagementpolitik auf den jeweiligen Landesebenen wurde ein Wissenstransfer zu und zwischen den Netzwerken und Akteuren aus BBE-Strukturen in Ostdeutschland und Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus dem Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ des BMI durchgeführt. Hierzu wurde auf der zentralen Veranstaltung des Programms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ am 24. und 25. November 2011 sowohl ein Einführungsreferat zu den Ergebnissen der Studie gehalten als auch ein Fachforum durchgeführt, auf dem die Gelingens- und Misslingsbedingungen für eine Engagementförderung in Ostdeutschland, wie sie aus der Studie heraus entwickelt wurden, mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern diskutiert und auf dieser Grundlage ergänzende Vorschläge entwickelt wurden.

(d) Zusammenfassung

Dieser Abschnitt enthält die Zusammenfassung sowohl der zentralen Ergebnisse der vertiefenden Auswertung des Freiwilligensurveys 1999 -2004- 2009, als auch der qualitativen Studie. (Abschnitt V)

(e) Handlungsempfehlungen

Auf der Grundlage der quantitativen und qualitativen Studie und der Diskussionen in den Fachtagungen und dem abschließenden Fachforum wurden Handlungsempfehlungen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Ostdeutschland formuliert (Abschnitt VI).

II. Zivilgesellschaft und freiwilliges Engagement in den neuen und alten Bundesländern 1999-2004-2009

Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung
zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem
Engagement (Freiwilligensurvey)

Durchgeführt im Auftrag des
Bundesministeriums des Inneren

Vorgelegt von
TNS Infratest Sozialforschung, München

Thomas Gensicke

München, November 2011
BE 67.06.119417

II.1 Einleitung

Mit dieser Studie liegt nunmehr zum dritten Mal eine umfassende vergleichende Auswertung des Freiwilligensurveys für die neuen und alten Bundesländer vor.² Der Freiwilligensurvey ist eine groß angelegte repräsentative telefonische Bevölkerungsbefragung, die seit 1999 alle 5 Jahre eine Bestandsaufnahme der zivilgesellschaftlichen Aktivitäten der Bevölkerung vornimmt. 2009 wurden bundesweit 20.000 Menschen im Alter ab 14 Jahren befragt, davon 6.716 in den neuen Ländern (detaillierte Informationen zum Freiwilligensurvey in Anhang 1). Damit ist der Freiwilligensurvey eine der größten Befragungen, die bisher auf dem Gebiet der neuen Länder durchgeführt wurden. Die Ergebnisse der dritten Welle wurden Ende 2010 veröffentlicht.³ Wie auch bei der zweiten Welle des Freiwilligensurveys, die 2004 durchgeführt wurde, bestand beim Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Länder Interesse an detaillierten Informationen zur Entwicklung der Zivilgesellschaft in den neuen Ländern. Da der Freiwilligensurvey seit 1999 durchgeführt wird, ergab sich die Möglichkeit, eine Dekade zivilgesellschaftlicher Entwicklungen in den neuen Bundesländern (aber auch in den alten Ländern) auf statistisch gut gesicherter Grundlage zu untersuchen.

Dabei geht es zum einen um das allgemeine Verhältnis der Bevölkerung zur Öffentlichkeit und zu den Organisationen und Institutionen der Zivilgesellschaft,⁴ z. B. in Form von politisch-öffentlichem Interesse, von Mitgliedschaften in gemeinnützigen Organisationen oder von politisch-öffentlichen Aktivitäten. Darüber hinaus wird die Bereitschaft der Bevölkerung untersucht, sich in Organisationen und Institutionen der Zivilgesellschaft in Form des Ehrenamts, der Freiwilligenarbeit, des bürgerschaftlichen Engagements oder der Initiativen und Projektarbeit einzubringen („freiwilliges Engagement“). Von Interesse sind in Umfang und Entwicklung sowohl das freiwillige Engagement (Anteil freiwillig Engagierter an der Bevölkerung) als auch die Bereitschaft nicht freiwillig engagierter Menschen, sich entsprechend zu engagieren.⁵ Sich über seine privaten und materiellen Interessen hinaus im Rahmen von Organisationen und Institutionen für das Gemeinwohl oder andere Menschen einzusetzen ist keine selbstverständliche Sache. Bundesweit waren 2009 36% der Bevölkerung in dieser Weise engagiert. Das waren 2 Punkte mehr als 1999, aber derselbe Anteil wie 2004.

Der Hintergrund dieses Engagements lässt sich zunächst mit den Stichworten Motivation, Ressourcen und Kompetenzen beschreiben. Unabdingbar ist ein Interesse an den öffentlichen Dingen, wozu sich prosoziale Werte gesellen, die eine Person dazu motivieren, sich freiwillig zu engagieren. Dann erfordern öffentliche Aktivitäten, vor allem solche in verbindlicher Form, ein gewisses Maß an Ressourcen, zum einen an freier Zeit, zum anderen auch an Geld, da im Engagement Kosten anfallen, besonders Fahrtkosten, die oft nicht oder nur teilweise erstattet werden. Außerdem müssen in Vereinen und anderen Organisationen Mitgliedsbeiträge gezahlt werden. Zwar werden bestimmte Kosten oder geringfügige Vergütungen durch die öffentliche Hand steuerlich begünstigt, aber es muss eine gewisse Einkommenshöhe vorhanden sein, damit diese Unterstützung wirklich greift. Darüber hinaus erfordert freiwilliges Engagement Kompetenzen. Viele Freiwillige geben an, dass ihnen Organisationstalent und hohe Ein-

² Vgl. Gensicke 2001b, Gensicke et al. 2009.

³ Vgl. Gensicke, Geiss 2010a. Vgl. auch die durch TNS Infratest erstellten Länderstudien in der Literaturliste. Diese sind wie die Bundesberichte auch in der Onlinebibliothek der „Initiative Zivilengagement“ abrufbar.
<http://www.initiative-zivilengagement.de/wissen/onlinebibliothek/aus-der-forschung.html>

⁴ Vgl. dazu ein neues Buch zur Theorie und Praxis der Zivilgesellschaft (Priller et al. 2011). Dort habe ich einen Vorschlag zur Theorie der Zivilgesellschaft gemacht (vgl. Gensicke 2011b).

⁵ Darüber hinaus gibt es viele (insbesondere jüngere) Engagierte, die sich bei entsprechenden Möglichkeiten noch stärker als bisher engagieren würden.

satzbereitschaft abgefordert werden, dass sie ideenreich und kreativ sein müssen, dass Fähigkeiten zum Zeitmanagement nötig sind. Nicht wenige müssen auf Fachwissen zurückgreifen können.

Das alles bedeutet, dass freiwilliges Engagement ein anspruchsvolles Konzept ist, das mehr als den guten Willen erfordert, um auf Dauer sinnvoll und befriedigend ausgeübt werden zu können. Deshalb kann es nicht verwundern, in dieser öffentlichen Tätigkeitsform vermehrt Menschen mit höherem Bildungs- und Berufsstatus anzutreffen. Menschen mit einem einfachen Lebenszuschnitt findet man hier eher selten. Für dieses zivilgesellschaftliche Phänomen hat sich das Bild von den „Begünstigten des Lebens“ eingebürgert, die der Gesellschaft und anderen Menschen etwas von dem „zurückgeben“, was ihnen der Erfolg des Lebens durch eigene Leistung, aber auch durch Glück gebracht hat. Daneben gibt es jedoch das Engagement der weniger vom Leben Begünstigten, der Benachteiligten oder derjenigen, die aufgrund der Zeitumstände, gesundheitlicher Probleme oder von Schicksalsschlägen im Leben einfach Pech hatten. Zwar ist das quantitativ nicht der typische Hintergrund des freiwilligen Engagements, aber eine ernstzunehmende Größe.

Die eben getroffene Unterscheidung gewinnt an Relevanz, wenn man die neuen und alten Länder unterscheidet. Wie auch die Zusammenstellung von Umfragedaten in Anhang 2 zeigt, ist die Gruppe der Begünstigten des Lebens in den alten Bundesländern größer als in den neuen, und dort die der Benachteiligten größer. Dabei geht es vor allem um die Nachwirkung der neueren deutschen Geschichte, die mit dem Ausgang des Zweiten Weltkriegs in den Gebieten, die heute alte und neue Länder genannt werden, getrennte Wege ging. Die Generationen, die heute in beiden Teilen Deutschlands leben, waren von diesen Zeitläuften sehr unterschiedlich betroffen. Diese Unterschiede müssen in einer Untersuchung über die Zivilgesellschaft im vereinten Deutschland berücksichtigt werden. Am ähnlichsten stellen sich heute die Lebenslage und der Lebensstil der 14- bis 30-Jährigen dar, der jüngsten im Rahmen von Umfragen erfassten Generation. Ähnlichen Lebensbedingungen entspricht auch ein ähnliches Verhältnis zur Zivilgesellschaft.

Nimmt man die Daten des Freiwilligensurveys zusammen, dann ergibt sich 20 Jahre nach der Wende zwischen neuen und alten Ländern eine gewisse Grenzlinie der Ähnlichkeiten um das Alter von 45 Jahren herum. Jenseits dieser Grenze geht das zivilgesellschaftliche Verhalten inzwischen deutlich auseinander. Diese Unterschiede haben vor allem etwas mit der jüngeren deutschen Geschichte zu tun. Auf dem Gebiet der neuen Länder mussten zwei historische Brüche verarbeitet werden, derjenige des verlorenen Krieges bzw. der Teilung und derjenige der Wiedervereinigung.⁶ Die um 1920 Geborenen haben diese Brüche anders erlebt als die um 1950 Geborenen und die um 1980 Geborenen wieder anders. Neben den langfristigen Entwicklungen sind die kurzfristigen besonders zu berücksichtigen. Zur Wende 10, 30, 50 oder 70 Jahre alt gewesen zu sein, war ein großer Unterschied. Sich mit 50 Lebensjahren abrupt in einen Arbeitsmarkt westlichen Typs einzufinden, ist etwas anderes, als mit 30 Jahren neue Chancen wahrzunehmen. Auch der Neuzuschnitt des sozialen Systems hinterließ bei den Generationen unterschiedliche Spuren.⁷

⁶ Die sozialen und mentalen Folgen von Trennung und Wiedervereinigung habe ich anhand von Umfragen und theoretischen Überlegungen (wie in der Auswahl im Literaturverzeichnis zu ersehen) seit 1991 in einer Reihe von Publikationen dargestellt. Vgl. auch Anhang 2 mit umfangreichen Informationen zur Lebenslage und zur Kultur der neuen Bundesländer.

⁷ Zu den zivilgesellschaftlichen Eigenheiten der Generationen in den neuen Ländern vgl. Kapitel II 2.3.

II.2 Öffentliche Beteiligung und freiwilliges Engagement

II.2.1 Verhältnis der Bevölkerung zur Öffentlichkeit

II.2.1.1 Politisch-öffentliches Interesse und politische Beteiligung

Zivilgesellschaft ist eine öffentliche Angelegenheit und setzt das Interesse der Menschen an der öffentlichen Sache (res publica) voraus. In der alten Bundesrepublik lässt sich die Entwicklung des politischen Interesses der Bevölkerung bis in die 1950er-Jahre zurückverfolgen. Es stieg vom Anfang der 1950er- bis zum Anfang der 1970er-Jahre deutlich an, um seitdem nur noch ganz leicht zuzunehmen bzw. im Grunde konstant zu bleiben. In den neuen Ländern war das Interesse zu Beginn der Wende noch höher als in den alten, seit Mitte der 1990er-Jahre jedoch niedriger.⁸ Der Freiwilligensurvey ermittelt die Aufgeschlossenheit der Bevölkerung für politisch-öffentliche Dinge seit 1999. Bis 2004 war sie in den alten Ländern höher als in den neuen, dann hat sie sich dort durch den Rückgang seit 2004 an das niedrigere Niveau des Ostens angeglichen (Grafik 1).

Wie in den neuen Ländern dominierte 2009 auch in den alten Ländern diejenige Gruppe, die in mittlerem Maße an den Dingen der Öffentlichkeit und Politik interessiert ist. Politisch-öffentliches Interesse kann sich in bestimmten öffentlichen Aktionsformen äußern, wie der Teilnahme an Unterschriftenaktionen, Bürgerversammlungen oder politischen Demonstrationen. Der Klassiker der politischen Teilnahme ist jedoch die Beteiligung an Wahlen auf den verschiedenen Ebenen, also Bund, Land und Kommune, die in der Regel im Voraus auch eine gewisse Informationsaktivität über die Ziele der politischen Parteien voraussetzt. Obwohl das politische Interesse in den alten Ländern bisher zu zwei von drei Zeitpunkten des Freiwilligensurveys höher war als in den neuen Ländern,⁹ zeigt eine Analyse verschiedener politischer Aktivitäten, dass diese in den neuen Bundesländern bisher ebenso intensiv ausgeübt wurden wie in den alten (Grafik 2). Im Vergleich der jüngeren Befragten war die politische Aktivität im Osten bisher sogar höher als im Westen.

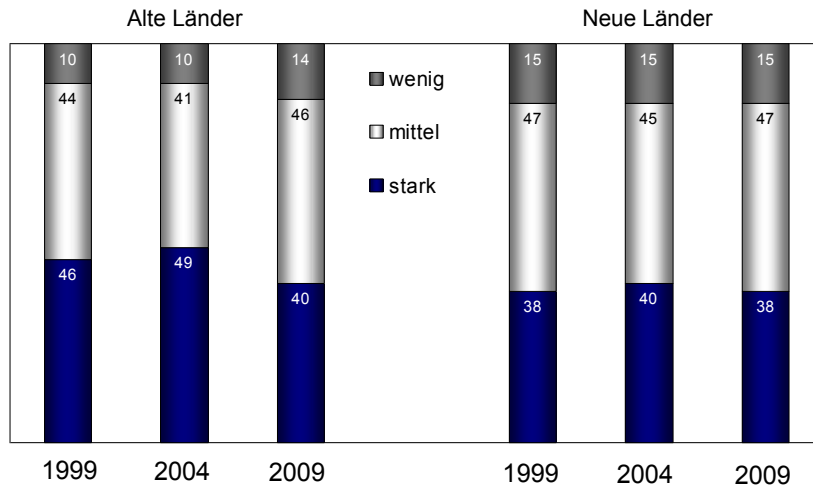
⁸ Köcher (2009, Hg.), S. 192. Allensbach fragt ausdrücklich nach dem politischen Interesse, der Freiwilligensurvey nach Interesse an Dingen aus Politik und Öffentlichkeit.

⁹ Das Interesse unterliegt erfahrungsgemäß in gewissem Maße den Schwankungen der politischen Konjunktur. Kumuliert über die drei Messpunkte des Freiwilligensurveys waren in den alten Ländern 44% der Bevölkerung öffentlich-politisch interessiert (Ost: 39%), 44% mittelmäßig (Ost: 46%) und 12% wenig (Ost: 15%).

Grafik 1

Umfang und Entwicklung des öffentlich-politischen Interesses der Bevölkerung in den alten und neuen Ländern

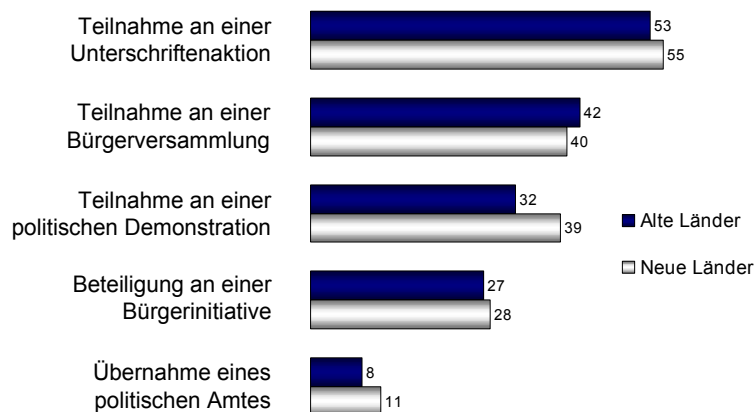
Bevölkerung ab 14 Jahren (Angaben in %)



Grafik 2

Politische Verhaltensweisen, die man bisher ausgeübt hat (Alte und neue Länder 2009)

Bevölkerung im Alter ab 14 Jahren (Angaben in %)



Besonders auffällig ist der Unterschied bei der Teilnahme an politischen Demonstrationen. Bei den jüngeren Menschen im Osten kommt noch eine höhere Teilnahme an Bürgerinitiativen und Unterschriftenaktionen als im Westen hinzu, also an so genannten unkonventionellen politischen Aktivitäten. Anders ist das Bild allerdings, wenn man den Klassiker der Demokratie

untersucht, die Wahlbeteiligung. Sie war in den neuen Ländern bisher zumeist niedriger. Das gilt für Bundestagswahlen und teils noch mehr für Landtagswahlen. Im Schnitt aller sechs Bundestagswahlen seit 1990 gingen in den alten Ländern 79%, in den neuen Ländern 73% der Wahlberechtigten zur Wahl. Bei der Volkskammerwahl 1990 lag die Beteiligung noch bei 93%, ein reichliches halbes Jahr später nur noch bei 75%. Die 44% bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt von 2006 markieren einen historischen Tiefpunkt, aber auch die 51% des Jahres 2011 in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern waren nicht eben hoch.

II.2.1.2 Mitgliedschaften in gemeinnützigen Organisationen

Öffentliche Beteiligung, vor allem aber freiwilliges Engagement in der Zivilgesellschaft finden zuallermeist im organisierten Rahmen statt.¹⁰ Säkulare und religiöse gemeinnützige Organisationen bilden den strukturellen Kern der Zivilgesellschaft, der ihr Stabilität und Dauer verleiht. In der Forschung wird diese „Infrastruktur der Zivilgesellschaft“ auch als „Dritter Sektor“ bezeichnet.¹¹ Zwar werden Bürgerinnen und Bürger in vielfältiger Hinsicht auch unorganisiert und spontan öffentlich aktiv, aber die Organisation dieser Aktivitäten verleiht diesen eine stärkere Gerichtetheit und Durchschlagskraft. In der Folge soll die Frage beantwortet werden, wie sich die organisierte Basis der Zivilgesellschaft in den neuen Ländern in der Dekade des Freiwilligensurveys entwickelt hat. Der Freiwilligensurvey kann dazu zum größeren Teil nur eine Momentaufnahme geben, da außer der regelmäßigen Erfassung der Konfessionalität Mitgliedschaften in säkular-gemeinnützigen Organisationen 2009 erstmalig erfragt wurden. Der Vergleich der Mitgliedschaften zwischen neuen und alten Ländern sowie die Untersuchung und der Vergleich verschiedener Bevölkerungsgruppen ermöglichen dennoch eine Bestandsaufnahme des Organisationsgrades der Bevölkerung 20 Jahre nach der Wende.

28% der ab 14-Jährigen waren in den neuen Ländern 2009 Mitglied von gemeinnützigen Organisationen, in den alten Ländern dagegen 40%. Das ist ein bedeutender Unterschied, der Männer in ähnlichem Umfang wie Frauen betrifft. Er ist größer bei einfach und mittel Gebildeten (Verhältnis zwischen West und Ost jeweils 100:62) und deutlich niedriger bei höher Gebildeten (100:78). Von den Menschen mit abgeschlossenem Studium sind in den alten Ländern sogar 52% Mitglied in gemeinnützigen Organisationen, in den neuen Ländern 41%. Im klassischen Vereinswesen, also bei den Sport- und Kulturvereinen, zeigen sich zwischen alten und neuen Ländern besonders große Unterschiede (Tabelle 1), ebenso in den Jugendorganisationen und politischen Parteien, am wenigsten bei den Bürgerinitiativen bzw. Bürgervereinen, weniger auch bei Umwelt- oder Tierschutzorganisationen sowie den „sonstigen“ Organisationen.

¹⁰ Zur Rolle der wechselseitigen Unterstützung von Nachbarn, Freunden und Bekannten und von Verwandten siehe Kapitel 5 dieses Teils der Studie.

¹¹ Vgl. Priller et. al (2011, Hg.) und darin (Gensicke 2011b).

Tabelle: Mitgliedschaften in gemeinnützigen Organisationen (2009)

	Neue Länder	Alte Länder	Verhältnis O:W
Sportvereine	11	22	50:100
Hilfsorganisation, Wohltätigkeitsverband	8	14	57:100
Kultur-, Kunst oder Musikverein	5	10	50:100
Bereich Bildung/Kinderbetreuung, z. B. Förderverein	5	8	63:100
Umwelt- oder Tierschutzorganisation	4	6	66:100
Gewerkschaft, Berufsverband	5	8	63:100
Politische Partei	2	4	50:100
Jugendorganisation	2	4	50:100
Bürgerinitiative, Bürgerverein	3	4	75:100
Sonstiges	6	9	66:100

Quelle: TNS Infratest Sozialforschung, Freiwilligensurveys, Anteile an der Bevölkerung, Angaben in %

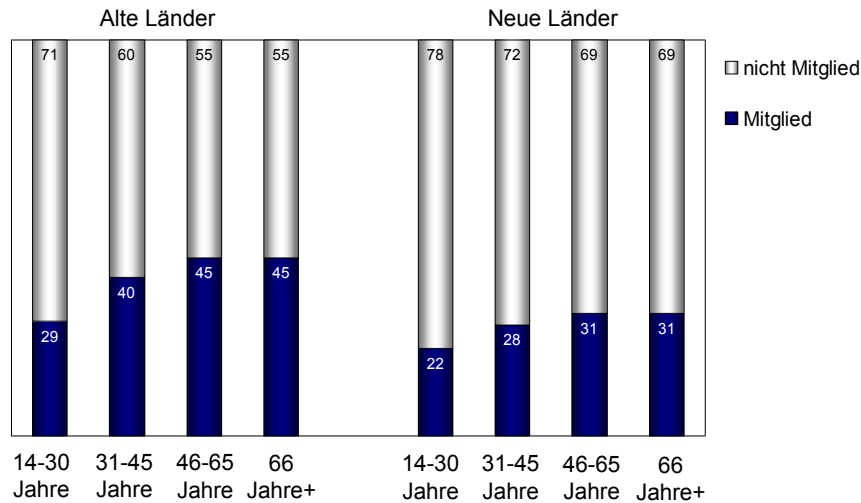
Die personale und damit auch die organisatorische Basis der Zivilgesellschaft ist in den neuen Ländern also weniger gesichert als in den alten und sie wird mehr als in den alten Ländern von den höher Gebildeten getragen, insbesondere von Hochschulabsolventen. Die Auflösung der anders gestalteten Strukturen in der DDR wirkt somit nach bzw. an deren Stelle ist nur zum Teil Neues getreten, ganz besonders bei Ostdeutschen, die höchstens die mittlere Reife haben. Der geringere allgemeine Organisationsgrad ist in allen Altersgruppen der neuen Länder zu erkennen (Grafik 3). Etwas geringer sind die Unterschiede in der jüngsten Gruppe. Zwischen Ost und West herrscht hier ein Verhältnis von 76 zu 100, bei den anderen Altersgruppen von ca. 70 zu 100. In den neuen *und* alten Ländern ist der Organisationsgrad der jüngsten Gruppe allerdings am niedrigsten und steigt bis zur Altersgruppe der 46- bis 65-Jährigen deutlich an.

Stärker abweichende Verhältnisse finden sich bei den Mitgliedschaften in Sportvereinen (Grafik 4). Stehen diese bei der jüngsten Gruppe in einem Verhältnis Ost zu West von 56:100 (10% zu 18%), so bei den 31- bis 45-Jährigen von 46:100 (11% zu 24%). Bei den jüngeren Familienjahrgängen klafft also eine besondere Lücke, die bei den älteren Familienjahrgängen wieder geringer ist (56:100, 13% zu 23%). Das besonders ungünstige Verhältnis zwischen Ost und West wird nur durch die Hochschulabsolventen durchbrochen (100:65). Anders liegen die Altersverhältnisse bei den Hilfs- und Wohltätigkeitsorganisationen. Hier sind in Westdeutschland die beiden älteren Altersgruppen im Alter ab 46 Jahren besonders häufig Mitglied (18% und 20%) und es gibt einen großen Unterschied zu den neuen Ländern (8% und 10%). Wieder sind es die Hochschulabsolventen des Ostens, die deutlich näher an ihrer Vergleichsgruppe im Westen liegen. Ähnlich, wenn auch nicht so deutlich, sind die Altersunterschiede bei den Kulturvereinen. Allerdings sind es in diesem Falle die Menschen mit Allgemeinabitur (aber ohne Hochschulabschluss), deren Ergebnisse denen ihrer Gegengruppe im Westen deutlich mehr ähneln.

Grafik 3

Mitglieder in gemeinnützigen Organisationen (alte und neue Länder 2009)

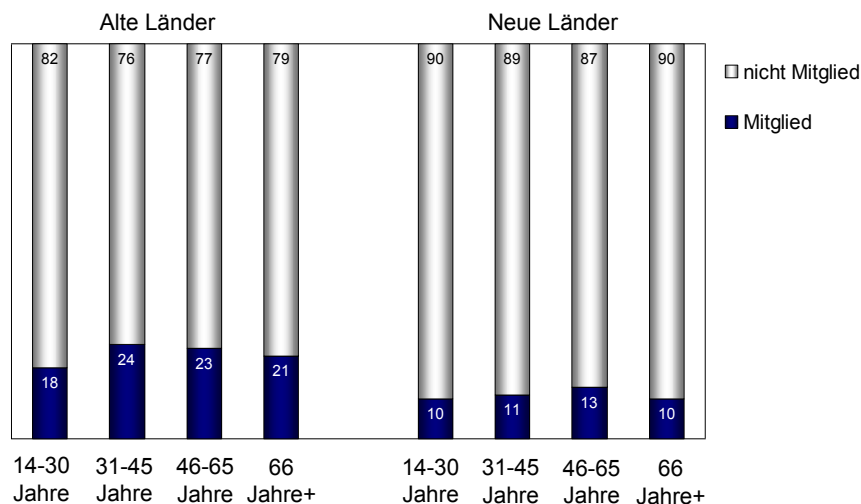
Bevölkerung ab 14 Jahren (Angaben in %)



Grafik 4

Mitglieder in gemeinnützigen Sportvereinen (alte und neue Länder 2009)

Bevölkerung ab 14 Jahren (Angaben in %)



So kann man festhalten, dass die „Klassiker“ der Demokratie und der Zivilgesellschaft in den neuen Ländern weniger ausgeprägt sind als in den alten, die Wahlbeteiligung und (über den gesamten Zeitraum betrachtet) auch das politisch-öffentliche Interesse, ganz besonders aber die Mitgliedschaften in gemeinnützigen Organisationen. Vor allem die breite „Normalbevölke-

rung“ mit einfachem und mittlerem Bildungsniveau hält sich von den Organisationen fern. Eher unkonventionelle und auf konkrete Zwecke bezogene öffentliche und politische Aktivitäten sind davon jedoch weniger betroffen.

Ein öffentliches Betätigungsfeld mit besonders traditionellem Einschlag sind die Kirchen und Religionsgemeinschaften, wobei man sagen kann, dass die Kultur der Beteiligung in diesem Feld weit in jene Zeiten zurückreicht, in der von Zivilgesellschaft noch gar nicht die Rede war. Relativ spät führte die zunehmende Anpassung der Kirchen an die sich demokratisierende Gesellschaft dazu, dass sie sich zu zivilgesellschaftlichen Plattformen für öffentliche Beteiligung und freiwilliges Engagement weiterentwickelt haben. In der DDR trat der Staat mit seinem Anspruch, die Mitmenschlichkeit zu gewährleisten und dem Gewinn- und Konkurrenzprinzip Einhalt zu gebieten, in Konkurrenz zu den Kirchen, die in den ersten Jahrzehnten der DDR stark benachteiligt wurden.¹²

Wirkung und Nachwirkung der DDR-Kultur sind im Falle der Mitgliedschaften in Kirchen und Religionsgemeinschaften am stärksten und nachhaltigsten zu erkennen. Der Freiwilligensurvey bestätigt den hohen und stabilen Grad der Säkularisierung in den neuen Ländern.¹³ Deutlich weniger als ein Drittel der ab 14-jährigen Bevölkerung sind Mitglied einer Kirche oder Religionsgemeinschaft, während das 2009 auf 73% der Westdeutschen zutraf (Grafik 5). Dort hat allerdings in der Dekade des Freiwilligensurveys der Anteil der Konfessionslosen von 21% auf 27% zugenommen, vor allem auf Kosten der weniger Gebundenen, die offensichtlich die Konsequenz gezogen haben und ausgetreten sind. In den neuen Ländern blieb der Anteil der Konfessionslosen mit etwas über 70% weitgehend stabil. Zwischen Jüngeren und Älteren gibt es dabei kaum Unterschiede und in diesem Falle zeigt im Gegensatz zu den säkularen Mitgliedschaften das Bildungsniveau keine große Differenz an. Auch der Vergleich der Geschlechter ergibt keinen größeren Aufschluss.

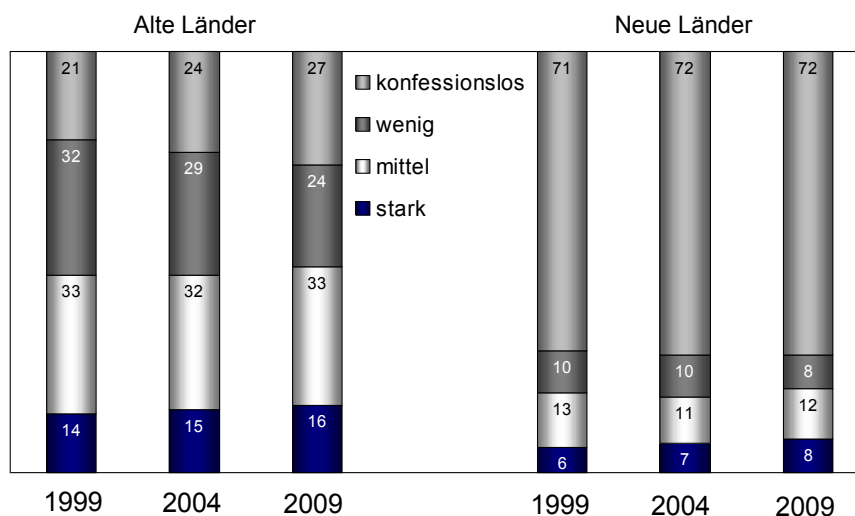
¹² Dieser Anspruch war (allerdings in wesentlich zurückhaltenderem Umfang) bereits in der Oberhoheit des preußischen Staates über die Kirchen sowie in der allgemeinen und der sozialen Gesetzgebung Preußens vorgebildet.

¹³ Vgl. Pollack 2009.

Grafik 5

Kirchenbindung der Bevölkerung in den alten und neuen Ländern

Bevölkerung ab 14 Jahren (Angaben in %)



Kirchen und Religionsgemeinschaften können sich in den alten Ländern auf einen stabilen Anteil von fast 50% mittel und stark gebundenen Gläubigen stützen. Allerdings sind stark religiös Gebundene auch in den alten Ländern rar. Der Umfang dieser Gruppe hat allerdings seit 1999 leicht zugenommen, in den neuen Ländern (auf niedrigerem Niveau) interessanterweise auch. Von der Struktur der Zivilgesellschaft her ist es somit die organisatorische Verankerung der Kirchen in der Bevölkerung, die den größten und stabilsten Unterschied der west- und ost-deutschen Kultur setzt. Trotz der zunehmenden Schwäche der kirchlichen Infrastruktur auch in den alten Ländern, die sich insbesondere aus rückläufigen Einnahmen aus Kirchensteuern erklärt, ist die Lage der Kirchen in den neuen Ländern weitaus prekärer.

II.2.1.3 Öffentliche Beteiligung in der Infrastruktur der Zivilgesellschaft

Mitgliedschaften in Vereinen und Organisationen sind nur die Möglichkeit einer lebendigen Zivilgesellschaft, die Wirklichkeit sind möglichst viele aktive Mitglieder. Sicher ist für eine Organisation eine ansehnliche Mitgliedschaft bereits prestigehaltig und sie führt zu gesellschaftlichem Einfluss. Außerdem stärken Mitgliedsbeiträge die finanzielle Basis.¹⁴ Allerdings ähnelt das Modell einer Organisation mit einer großen zahlungskräftigen, aber eher passiven Mitgliedschaft mehr einem Unternehmen und seiner Kundschaft als einer zivilgesellschaftlichen Organisation. Es besteht die Gefahr, dass sie sich nur noch für die Bedürfnisse ihrer „Kunden“ einsetzt und darüber das Gemeinwesen vernachlässigt. Einem überschaubaren Verein droht diese Gefahr weit weniger als einer Großorganisation. Zivilgesellschaftlich gilt der Grundsatz:

¹⁴ Dazu kommen öffentliche Zuschüsse, die den politischen Parteien, abhängig von ihren Wählerstimmen, erhebliche Einnahmen gewähren (was besonders dann zum Problem wird, wenn rechtsradikale Parteien größere Wahlerfolge erzielen) und den Organisationen die Möglichkeit, private Mittel einzuwerben, direkt als Spenden oder als Schaltung von Werbung (z. B. in Mitgliederzeitschriften).

„Small ist beautiful.“ Das ist vor allem deswegen der Fall, weil eine kleine Organisation mehr auf die Mitgestaltung seitens ihrer Mitglieder angewiesen ist als eine große. Eine große Organisation kann sich für die laufende Arbeit hauptamtliches Personal leisten, das weisungsgebunden arbeitet und mit ihrem Arbeitsplatz und ihrer Existenz an dem Willen der Geschäftsleitung hängt. Vermehrtes Prestige und vermehrter öffentlicher Einfluss der großen Organisation werden damit oft genug mit einer geringeren Bedeutung der Mitbestimmungsmöglichkeiten der Mitglieder erkaufte. Diese Möglichkeiten sind aber der Kern des zivilgesellschaftlichen Geistes und Handelns. Aus dieser Perspektive sind die Organisationen nur das Mittel, der Zweck ist es, möglichst vielen Menschen die Möglichkeit öffentlicher Beteiligung und Mitbestimmung zu gewähren.¹⁵

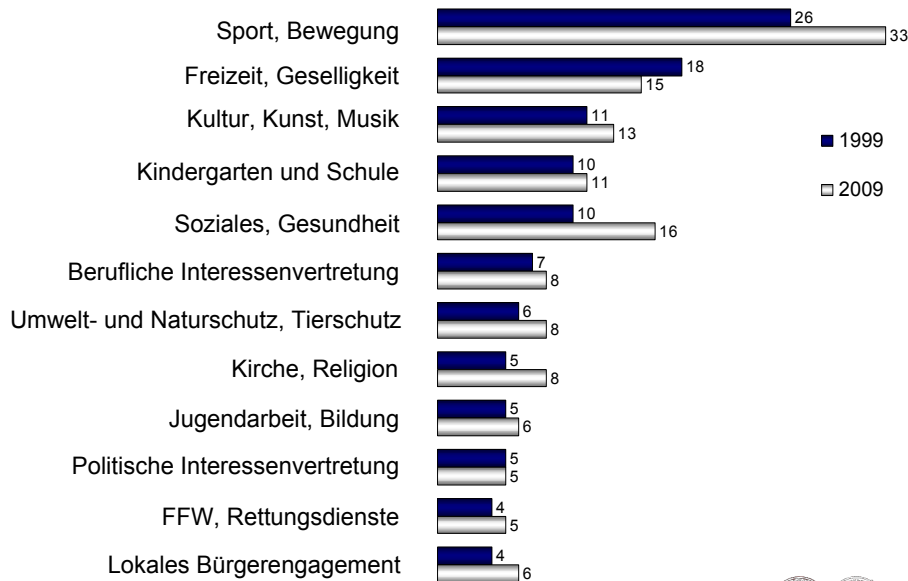
Eine wichtige Aufgabe des Freiwilligensurveys ist es, die zivilgesellschaftlichen Verhaltensformen der Bevölkerung im Umfang und im Zeitverlauf zu beobachten. Das geschieht in zwei Stufen. Zunächst gilt es zu ermitteln, inwieweit die Bürgerinnen und Bürger überhaupt Kontakt zu den Organisationen der Zivilgesellschaft haben und deren Angebote wahrnehmen. Diese öffentliche Beteiligung möglichst vieler Menschen ist ein wichtiger Indikator der sozialen Qualität unserer Gesellschaft. Die Möglichkeiten dazu sind vielfältig und sie wurden durch die neuen Bundesbürger seit 1999 zunehmend genutzt (Grafik 6). Allerdings konzentrierte sich die zivilgesellschaftliche Belegung in den neuen Ländern in den meisten Bereichen auf die Periode zwischen 1999 und 2004 und kam seitdem nur noch wenig voran. Die Gewichte und Trends der Bereiche der öffentlichen Aktivität sind unterschiedlich. Das Schwergewicht bildet der Sport, was schon angesichts der enormen Mitgliederzahlen der Sportvereine, ihrer Popularität und flächendeckenden Präsenz nicht verwundert. Und hier gab es, allerdings hauptsächlich zwischen 1999 und 2004, eine kräftige Belegung. Insgesamt ist das Gewicht klassischer Vereinsaktivitäten (Sport, Freizeitgestaltung, Kultur) besonders hoch, wobei diese sich seit 1999 in Richtung Sport verlagerten. Ebenso gab es eine gewisse Verschiebung der öffentlichen Aktivität von der Freizeitgestaltung hin zu den Themen Kultur, Kunst und Musik.

¹⁵ Dieser Blick ist der des Freiwilligensurveys. Der Blick der Politik ist verständlicherweise vor allem der des gesellschaftlichen Nutzens, der auch einen ökonomischen, vor allem aber einen sozialen Nutzen einschließt, wobei die politisch besonders interessante Funktion die soziale Integration ist. Da der Freiwilligensurvey auch soziologische und auf das Gemeinwesen bezogene Aspekte berücksichtigt, ist ihm der Aspekt der sozialen Integration vertraut, diese soll allerdings mit möglichst vielen Mitbestimmungsmöglichkeiten verbunden sein.

Grafik 6

Umfang der öffentlichen Beteiligung in verschiedenen Bereichen (Neue Länder 1999 und 2009)

Bevölkerung im Alter ab 14 Jahren (Angaben in %)



tns infratest Sozialforschung

Quelle: Freiwilligensurveys



Bundeszentrale
für politische Bildung

Der Bereich des Sports ermöglicht auch einen Abgleich mit den Mitgliedschaften, der im Vergleich von alten und neuen Ländern aufschlussreich ist. Wie gesehen stehen die Mitgliedschaften in den Sportvereinen zwischen alten und neuen Ländern in einem Verhältnis von 100:50. Bei der öffentlichen Aktivität im Bereich Sport beträgt das Verhältnis dagegen 100:75. Das bedeutet, dass sich öffentliche Beteiligung im Bereich des Sports in den neuen Ländern deutlich mehr als in den alten *unabhängig von Mitgliedschaften* vollzieht (vgl. dazu Kapitel B3). Bei Kultur, Kunst und Musik ist die Abweichung nicht so deutlich (100:50 und 100:70). Noch geringer ist sie beim Natur-, Umwelt- und Tierschutz (100:66 und 100:81). Zivilgesellschaftliche Aktivität bezieht sich jedoch auch auf Institutionen, sei es der Kinder- und Jugendbetreuung, der Bildung oder auf solche, die sich sozialen und gesundheitsbezogenen Angelegenheiten widmen. Letztere haben in den neuen Ländern seit 1999 einen starken Zuspruch zu verzeichnen und der zivilgesellschaftliche Aktivitätsgrad der Bevölkerung zu diesen Themen stand 2009 bereits an zweiter Stelle hinter dem Sport. Auch die Kirchen und Religionsgemeinschaften erfahren inzwischen mehr Beteiligung, wobei die Zahlen in diesem Bereich weiterhin deutlich hinter den alten Ländern zurückbleiben. Trotz des großen Unterschieds zwischen West und Ost bei den Mitgliederanteilen in Kirchen und Religionsgemeinschaften (100:38) ist jedoch das Verhältnis der Mitgliedschaft im kirchlich-religiösen Bereich zu den öffentlichen Aktivitäten ähnlich wie beim Sport.

In den Bereichen Schule und Kindergarten und Jugend und Bildung blieb die öffentliche Beteiligung zwischen 1999 und 2009 in etwa konstant. Klassischen zivilgesellschaftlichen Charakter haben politische wie berufsbezogene Aktivitäten (Gewerkschaften, Berufsverbände). Hier hat sich beim Umfang seit 1999 wenig getan. Zu diesen zumeist partei- oder verbandsbezogenen Aktivitäten haben sich seit Jahrzehnten ökologische und tierschutzbezogene Aktivitäten gesellt und diese entwickelten sich in den neuen Ländern seit 1999 durchaus dynamisch. Auch das lokale Bürgerengagement, eine bunte Mischung aus eher orts- oder regionalbezogenen Aktivi-

täten, hat sich verstärkt. Stabil blieb die öffentliche Beteiligung im ebenso ortsbezogenen wie klassischen Feld der Freiwilligen Feuerwehren und Rettungsdienste.

Die öffentliche Teilnahme (Partizipation) der Bevölkerung umfasst eine große Bandbreite an Aktivitäten, die von der Teilnahme an Veranstaltungen über die Beteiligung in Mannschaften und Gruppen bis hin zur dauerhaften Übernahme zivilgesellschaftlicher Verantwortung reichen. Die Themen sind vielfältig, und diese Vielfalt ist natürlich und gewollt, weil sie den Interessen der Menschen entspricht. Die Schwerpunkte und Konjunkturen haben auch etwas mit dem Zeitgeist zu tun und in letzter Zeit auch vermehrt mit den Notwendigkeiten der Zeit. Der Freiwilligensurvey orientiert sich bei seinen Analysen an dem sehr alten Konzept des „öffentlichen Menschen“ der griechischen Polis, wie es Aristoteles klassisch definiert hat, sieht es allerdings nur als *eine* Bestimmung des modernen Menschen neben der privaten Dimension. Nach der Überspannung der öffentlichen Seite des Menschen im 20. Jahrhundert muss gerade im 21. Jahrhundert der Privatsphäre ihr Recht eingeräumt werden.¹⁶ Dennoch kann gesagt werden: Es ist wünschenswert, wenn möglichst viele Menschen nicht nur Privatmenschen sein wollen, sondern die Schwelle zur organisierten Öffentlichkeit überschreiten und öffentlich aktiv werden. Insofern ist es nicht nur sinnvoll, jene Themen zu untersuchen und zu gewichten, die Menschen erst in den Bannkreis der Zivilgesellschaft ziehen, sondern auch abzuschätzen, wie viele sich (unabhängig von der thematischen Betrachtung) überhaupt in diesem Umfeld bewegen und erreichbar sind.

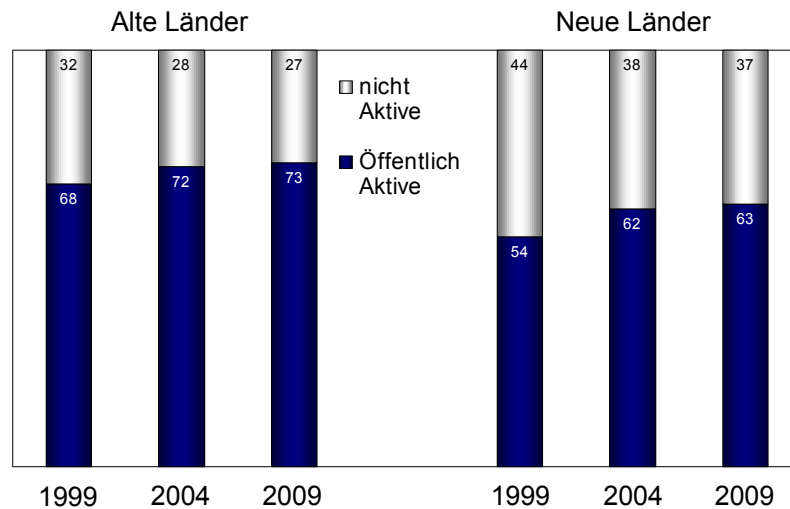
Wie hat sich in den neuen Ländern seit 1999 der Umfang dieses Personenkreises entwickelt (Grafik 7)? Bei diesem allgemeinen Indikator der öffentlichen Beteiligung (von uns auch „Reichweite der Zivilgesellschaft“ genannt) erkennt man, dass sich die zivilgesellschaftliche Aktivität in den neuen Ländern in zwei Phasen entwickelt hat, zwischen 1999 und 2004 dynamisch, um dann jedoch zu stagnieren. Auch 2009 gab es in den neuen Ländern weniger im Rahmen der organisierten Zivilgesellschaft öffentlich aktive Menschen als in den alten Ländern (63% und 73%). Die Ratio zwischen Ost und West beträgt 83 zu 100, und damit handelt es sich um einen zwar signifikanten, aber nicht sehr großen Unterschied. Dagegen beträgt sie (wie bereits gesehen) bei der Mitgliedschaft in säkularen gemeinnützigen Organisationen 70 zu 100 und bei den religiösen Organisationen sogar nur 38 zu 100. Daran wird noch einmal erkennbar, dass das strukturelle Gerüst der Zivilgesellschaft in den neuen Ländern fragiler und weniger gesichert ist als in den alten, sich aber dennoch viele Menschen im Einflussbereich der organisierten Infrastruktur der Zivilgesellschaft bewegen.

¹⁶ Das muss gerade im Zeitalter von Facebook & Co. gesagt werden. Gerade im 21. Jahrhundert droht der Privatsphäre die größte Gefahr von privatwirtschaftlicher Seite, indem die Menschen unter dem Vorwand der sozialen Vernetzung im Interesse von Werbungs- und Verkaufszwecken immer mehr ausgeforscht werden.

Grafik 7

Öffentliche Beteiligung der Bevölkerung in Vereinen, Organisationen und Einrichtungen = Einzugsbereich der Zivilgesellschaft

Bevölkerung ab 14 Jahren (Angaben in %)



II.2.2. Freiwilliges Engagement

II.2.2.1 Freiwilliges Engagement in verschiedenen Bereichen

Eine wesentliche Frage ist, inwieweit die Strukturen der Zivilgesellschaft und die öffentliche Beteiligung vieler Menschen dazu führen, dass sie dauerhaft freiwillige bzw. ehrenamtliche Aufgaben und Verantwortung übernehmen. Nach allem, was bisher festgestellt wurde, dürften in den neuen Ländern die Voraussetzungen für diesen anspruchsvollen Typ des gesellschaftlichen Engagements eher ungünstiger sein als in den alten Ländern. Um hier empirische Klarheit zu schaffen, verwendet der Freiwilligensurvey ein kompliziertes zweistufiges Verfahren¹⁷, das verschiedene Funktionen erfüllt. Kernaufgabe ist es, unter den öffentlich im organisierten Rahmen der Zivilgesellschaft beteiligten Personen diejenigen zu identifizieren, die dort freiwillig und unentgeltlich (bzw. nur gegen eine geringe Aufwandsentschädigung) bestimmte Aufgaben und Funktionen übernommen haben.

Jene im Freiwilligensurvey als Freiwillige bezeichneten Personen¹⁸ beteiligen sich nicht nur unverbindlich, sondern übernehmen auch dauerhaft Verantwortung. Zum anderen ermöglicht

¹⁷ Das Verfahren ist im Rahmen der Berichterstattung des dritten Freiwilligensurveys erneut detailliert dargestellt worden. Vgl. Gensicke, Geiss 2010a.

¹⁸ In den Organisationen der Zivilgesellschaft werden diese Personen zumeist als Ehrenamtliche bezeichnet, was auch der Abgrenzung gegenüber den hauptamtlich Tätigen dient. Wenn diese „Ehrenamtlichen“ aber (z. B. im Freiwilligensurvey) darüber reflektieren, als was sie sich eigentlich verstehen, dann bezeichnen sie sich eher als in Freiwilligenarbeit als im Ehrenamt tätig. Leitende Engage-

die Analyse schon der organisatorischen Basis der Zivilgesellschaft und besonders der öffentlichen Aktivitäten der Bürgerinnen die Erforschung der Umfeldbedingungen des freiwilligen Engagements. Hier entscheidet sich, ob der stets begrenzte Kreis der Freiwilligen immer wieder *aufgefüllt* und möglichst *erweitert* werden kann, schon wegen der Fluktuation aus Altersgründen und zunehmend auch wegen der regionalen Mobilität. In einer Zeit, in der vor allem die jüngeren Menschen im Interesse ihrer Ausbildung und Karriere auch regional flexibler sein müssen, stellt sich hier eine große Herausforderung für die Organisationen.

Themen und Aufgabengebiete, die man freiwillig bzw. ehrenamtlich bearbeiten kann, sind vielfältig, und oft Dinge, die auch durch die öffentliche Verwaltung, und nicht selten auch durch die private Wirtschaft hauptamtlich erledigt werden.¹⁹ Deswegen fällt es Personen, besonders mit niedrigem Bildungs- und Berufsstatus und in bescheidener materieller Lage, oft schwer zu verstehen, warum manche Menschen in ihrer Freizeit „umsonst“ arbeiten. Oft genug sind das Menschen, die erwerbstätig und materiell ausreichend abgesichert sind. Der besondere, weil gemeinwesenbezogene Charakter freiwilliger Arbeit, der ganz und gar nicht selbstverständlich ist, muss in der Öffentlichkeit immer wieder erläutert und vorbildhaft herausgearbeitet werden.

Im Folgenden werden die Bereiche bzw. Themen des freiwilligen Engagements gruppiert erläutert. Zunächst geht es um das klassische Vereinsengagement, ergänzt durch das ebenso klassische Engagement bei den Freiwilligen Feuerwehren und bei den Rettungsdiensten (Grafik 8). Unter diesen (und unter allen Bereichen des Engagements) hat der Sport die ungleich größte quantitative Bedeutung. Diese blieb zwischen 1999 und 2009 stabil. Von der einzigartigen Bedeutung des Sports kann sich jeder bereits an der flächendeckenden Präsenz der oft ausgedehnten Sportanlagen verschiedenster Art überzeugen. Gegenläufig war die Entwicklung bei den Bereichen Freizeit und Geselligkeit sowie Kultur, Kunst und Musik, die auch in etwa der Entwicklung bei den öffentlichen Aktivitäten entspricht. Beim Sport jedoch hat die zwischen 1999 und 2004 stark ausgeweitete öffentliche Beteiligung nicht zur verstärkten Mobilisierung von Freiwilligen geführt, so dass hier seit 2004 anteilig weit mehr unverbindlich Beteiligte einer etwa gleichgroßen Gruppe von Freiwilligen gegenüberstehen. Stabil war in beiderlei Hinsicht die Situation bei der Freiwilligen Feuerwehr und den Rettungsdiensten.

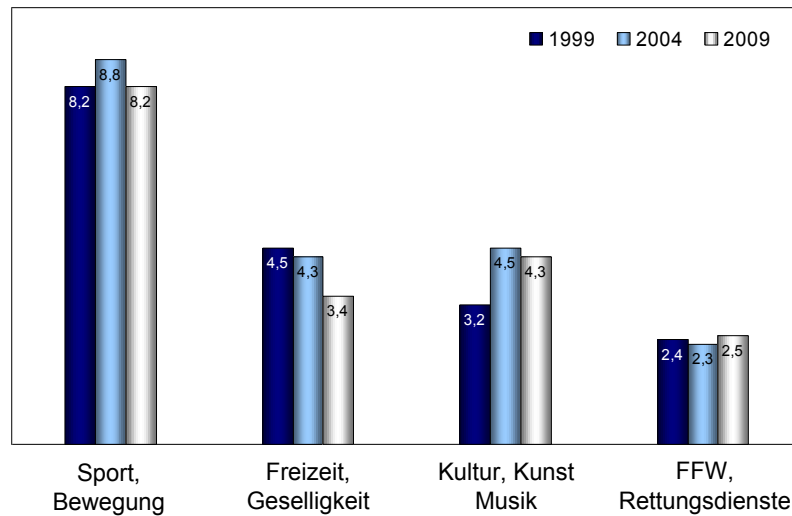
gierte sehen sich allerdings weit mehr als nicht Leitende in der Ausübung von Ehrenämtern tätig, was von der quasi-amtlichen Funktion her auch plausibel ist.

¹⁹ Man nehme nur den Sport, einen Bereich, der z. B. auch von kommerziellen Fitnessstudios bedient wird. Es ist nicht nur so, dass man als Kunde dafür ordentlich bezahlt und Personal für die Sporttreibenden da ist, sondern die Studios sind im Interesse ihrer Geschäftsförderung auch daran interessiert, dass sich um sie herum informelle Netzwerke bilden, wofür sie selbst auch Angebote bereitstellen. Auch in den gemeinnützigen Sportvereinen gibt es (zunehmend) bezahlte Mitarbeiter und die Vereinsbeiträge sind inzwischen relativ hoch. Deshalb muss der besondere Charakter der gemeinnützigen Sportangebote auch gewahrt und besonders herausgestellt werden.

Grafik 8

Freiwilliges Engagement in den Bereichen Sport, Kultur, Freizeit, Freiwillige Feuerwehr/ Rettungsdienste (Neue Länder 1999-2009)

Bevölkerung ab 14 Jahren (Angaben in %)



Ein weiteres und wichtiges Feld bilden öffentliche Aktivitäten und freiwilliges Engagement, die im Zusammenhang mit öffentlichen Institutionen stehen (Grafik 9). In Fragen der Kinderbetreuung, der Schulbildung, in sozialen und gesundheitlichen Angelegenheiten sowie in der Jugend- und Erwachsenenbildung leisten Freiwillige vielfältige Beiträge zur Verbesserung der Umfeldbedingungen und nutzen außerdem ihre Rechte, als Eltern oder Betroffene ihre Interessen wahrzunehmen. Eine gewisse Sonderstellung nehmen die Kirchen und Religionseinrichtungen ein. Ihre Kernaufgaben bestehen darin, Gläubigen einen würdigen religiösen Kult zu gewährleisten und seelsorgerisch tätig zu sein. Um diesen religiösen Kern herum haben sich vielfältige soziale und kulturelle Aufgaben entwickelt. Neben der üblichen gemeindlichen Kinder-, Jugend, Alten- und Frauenarbeit ergibt sich ein wichtiger Teil von Aufgaben daraus, dass die Kirchen als öffentlich-rechtliche Institution staatlich anerkannt sind und die ihnen zugeordneten Einrichtungen soziale, gesundheits- und bildungsbezogene, kulturelle und andere Dienstleistungen übernehmen.²⁰

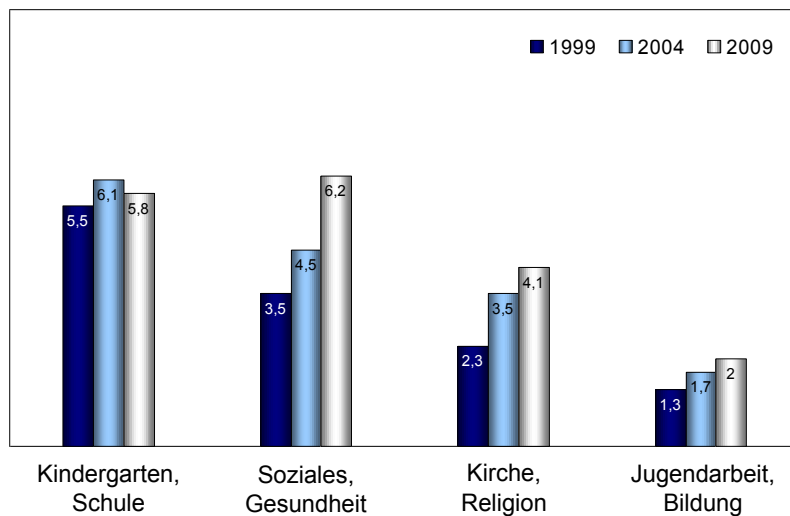
²⁰

Die Nähe der beiden großen christlichen Kirchen zu Staat und Gemeinwesen zeigt sich im staatlichen Einzug und der Absetzbarkeit der Kirchensteuern für die Steuerzahler und den erheblichen Mitteln, die der Staat den Kirchen für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen zur Verfügung stellt. Darüber hinaus verfügen die Kirchen über erhebliche Sonderrechte in ihrem Verwaltungsbereich, nicht zuletzt beim Umgang mit den hauptamtlich Beschäftigten.

Grafik 9

Freiwilliges Engagement in den Bereichen Kindergarten/Schule, Soziales/Gesundheit, Kirche/Religion, Jugend/Bildung (NL 1999-2009)

Bevölkerung ab 14 Jahren (Angaben in %)



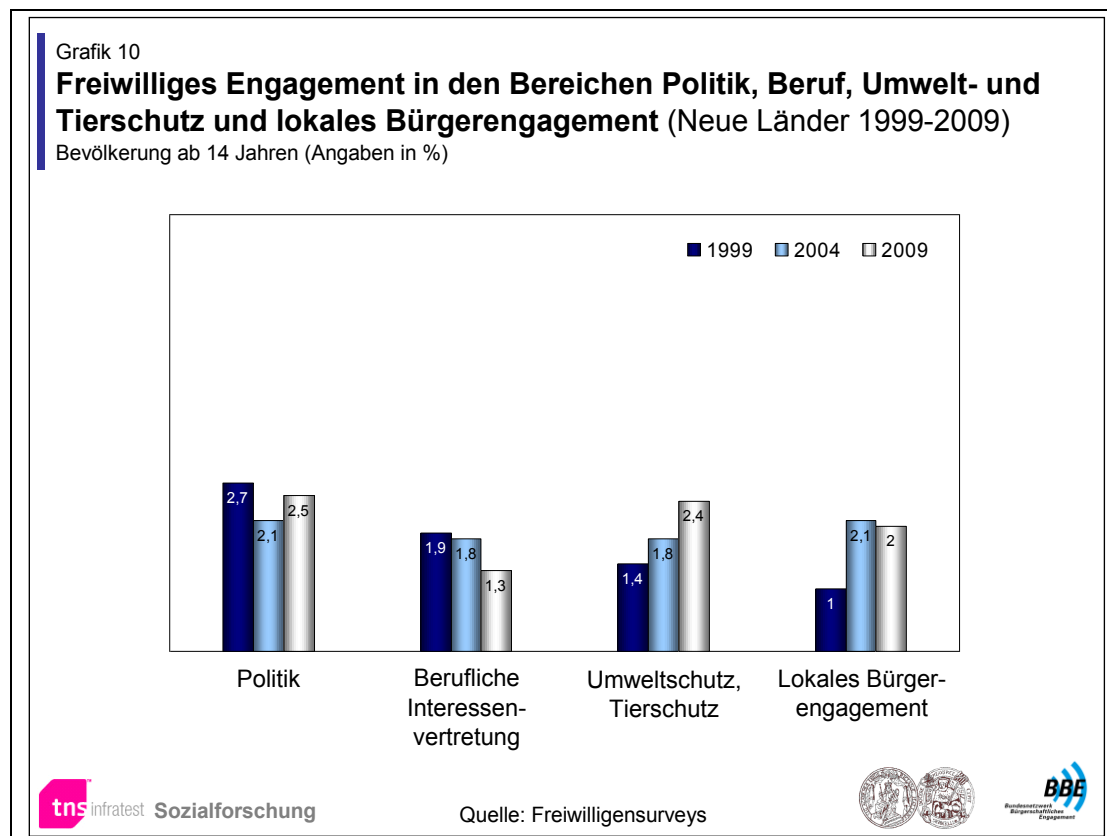
Angesichts eines Umfelds, das stark entkonfessionalisiert ist, muss auf das in den neuen Ländern relativ hohe Niveau des Engagements bei den Kirchen und Religionsgemeinschaften hingewiesen werden. Die trotz aller Finanz- und Personalprobleme flächendeckende Präsenz der Kirchen und ihrer Angebote scheint sich darin bemerkbar zu machen, vor allem aber auch die bessere Mobilisierung der im Osten viel kleineren Gruppe der mittel bis stark gebundenen Gläubigen. Das freiwillige Engagement im Umfeld von Kindergärten und Schulen war in den neuen Ländern stets relativ hoch, stagnierte allerdings über die gesamte Periode. Hier dürfte sich vor allem der demografische Wandel auswirken, durch den es in den neuen Ländern weniger Kinder und Jugendliche gibt. Angesichts dessen erscheint das Niveau weiterhin als hoch.

Klarer Aufsteiger der Periode war das soziale und gesundheitliche Engagement, worauf bereits die stark gestiegene öffentliche Beteiligung hinwies. Anders als beim Sport ging diese mit einem deutlichen Anstieg auch des Anteils Freiwilliger an der Bevölkerung einher, was auch den Gepflogenheiten in diesem zum großen Teil institutionalisierten und klientenorientierten Bereich entspricht, in dem traditionell mehr Freiwillige weniger unverbindlich Beteiligten gegenüberstehen.²¹ Klassisches Verbandsengagement spielt sich im Rahmen von Gewerkschaften, Berufsverbänden und Parteien ab. Berufsbezogenes Engagement war rückläufig, politisches eher stabil (Grafik 10). Diejenigen Formen des Engagements, die insofern basisnäher sind, als sie sich auf konkrete Zwecke wie bestimmte Aspekte des Umweltschutzes oder des

²¹

Man denke nur an die großen Mannschaften im Sport, für deren Betreuung relativ wenige Freiwillige benötigt werden. Andererseits zahlen diese auch Mitgliedsbeiträge und die *selbstorganisierte Struktur* der Vereine erlaubt es (gerade im ländlichen Raum) nur in begrenztem Maße, auf Hauptamtliche zurückzugreifen. Der Staat stützt das Engagement in diesen nicht-institutionellen Strukturen durch Steuererleichterungen.

lokalen Gemeinwesens beziehen, hatten seit 1999 Zulauf von Freiwilligen, beim Umwelt-, Natur- und Tierschutz auch seit 2004.



Die Entwicklung in den Bereichen lässt sich wegen der Größenunterschiede besser vergleichbar darstellen, wenn man den Stand 1999 gleich 100 setzt und dann die prozentuale Zunahme einheitlich bestimmt (Grafik 11, Lesebeispiel: Der Bereich „Lokales Bürgerengagement“ hat sich zwischen 1999 und 2009 genau verdoppelt, also einen Zuwachs von 100% erfahren). Danach gab es in wesentlich mehr Bereichen Zunahmen als Abnahmen des Engagements, wobei die Zunahmen oft aus der Periode von 1999 bis 2004 stammen. Das lokale Bürgerengagement ragt dabei besonders hinaus, desgleichen Soziales und Gesundheit sowie Umwelt- und Tierschutz, teils auch Religion und Kirche.²²

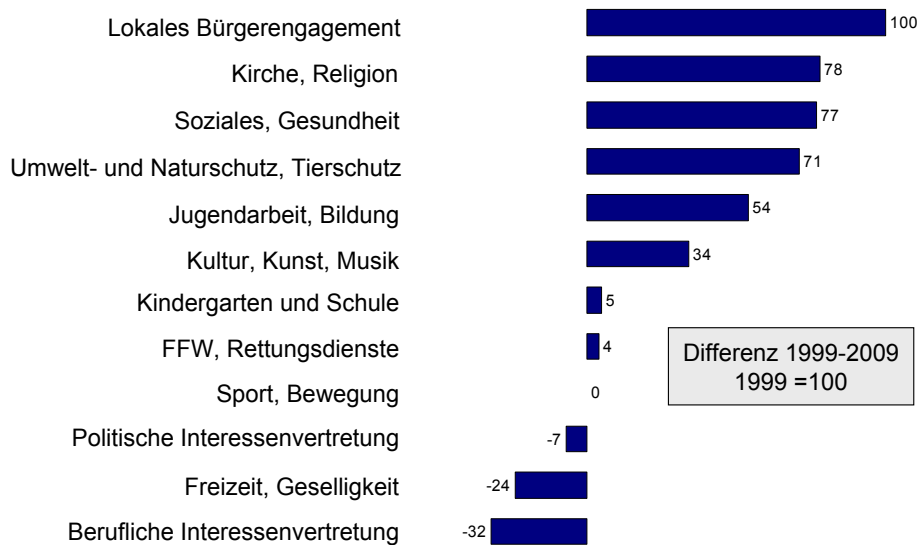
²² Bei Religion und Kirche ist die Entwicklung überzeichnet, da ein Teil der Angaben 2009 aufgrund verschiedener Überlegungen konsequenter zugunsten dieses Bereichs korrigiert wurde (z. B. Kirchenchöre oder kirchliche Jugendarbeit). Allerdings deutet die Zunahme der öffentlichen Aktivität (unter Einrechnung des typischen Verhältnisses von unverbindlich Aktiven und Freiwilligen in diesem Bereich) darauf hin, dass ein Teil des Anstiegs wohl echt ist.

Grafik 11

Veränderung des Umfangs der Bereiche des freiwilligen Engagements

(Neue Länder 1999-2009, 1999 = 100)

Bevölkerung im Alter ab 14 Jahren (Angaben in %)



Anderweitig kann man den standardisierten Vergleich einsetzen, in dem man den Stand *in den alten Ländern* gleich 100 setzt und die neuen Länder daran misst (Grafik 12). Hier zeigt sich, wie sehr im stark entkonfessionalisierten Milieu Ostdeutschlands der Umfang der Gruppe der Freiwilligen im Bereich Kirche und Religion hinter Westdeutschland zurückbleibt. Dagegen geht ein Bereich im Osten sogar über das Niveau im Westen hinaus, das lokale Bürgerengagement. Das politische Engagement liegt nur wenig zurück. Auch das Engagement im Umwelt- und Tierschutz bewegt sich inzwischen im vergleichbaren Bereich. Der starke Anstieg des sozialen und gesundheitlichen Engagements über die gesamte Periode hat auch diesen Bereich relativ nahe an das Niveau der alten Länder herangebracht.

Grafik 12

Umfang der Bereiche des freiwilligen Engagements gemessen an Westdeutschland (ABL=100)

Bevölkerung im Alter ab 14 Jahren (Angaben in %)

Alte Länder =100

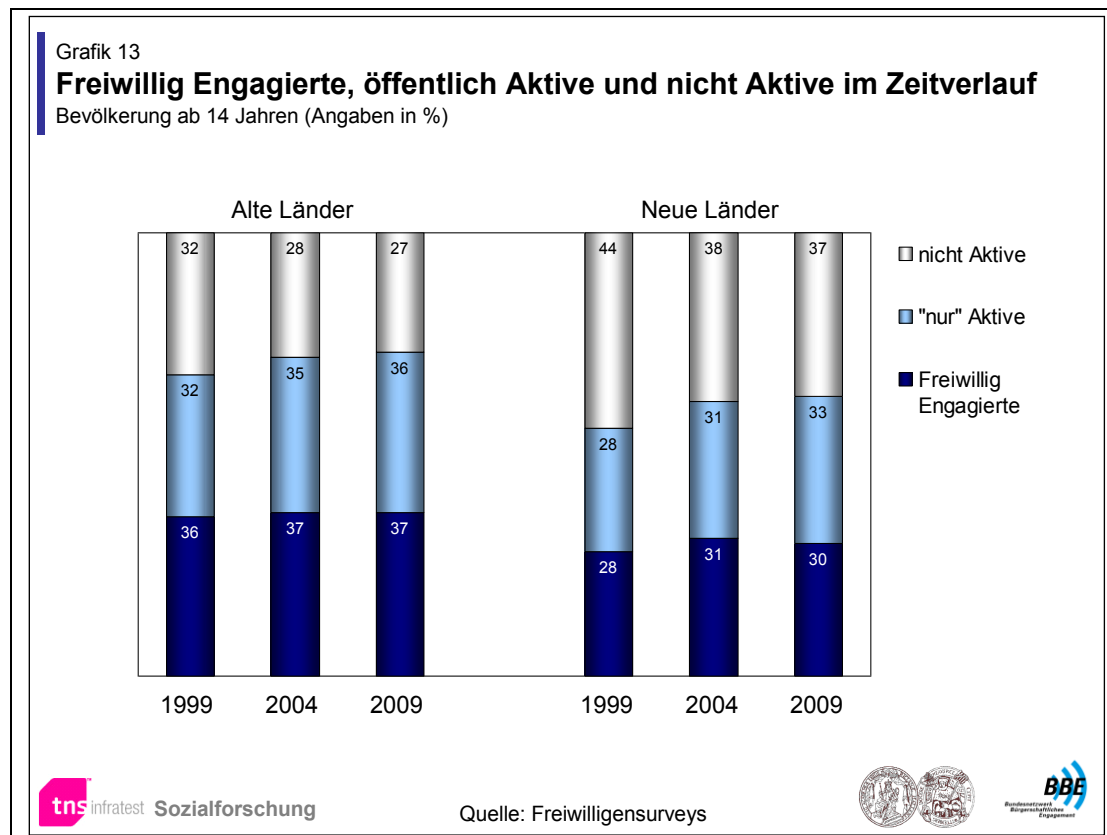


Wie sich zeigen wird, markieren ca. 80% das (im Vergleich zum Stand in den alten Ländern und über alle Einzelbereiche hinweg) *allgemeine Niveau* der Verbreitung des freiwilligen Engagements in den neuen Ländern. Die größten Beiträge zu diesem recht hohen Niveau leisteten schon immer die Großbereiche Kindergarten und Schule sowie Sport und Bewegung, und inzwischen betrifft das auch Soziales und Gesundheit. Das sind die großen Säulen, auf denen die Masse des freiwilligen Engagements in den neuen Ländern ruht, bei den alten Ländern zählen dazu auch noch Kirche und Religion. Wäre Letzteres im Osten ebenso der Fall, läge das allgemeine Niveau des Engagements näher beim Westen, aber aus den bereits diskutierten Gründen wird dieser Bereich in den neuen Ländern wohl auch weiterhin diese stützende Rolle nicht erfüllen können.

II.2.2.2 Verbreitung freiwilligen Engagements in der Bevölkerung

Freiwilliges Engagement vollzieht sich im Rahmen einer Vielfalt von Themen und Zusammenhängen und auch die eben dargestellten Bereiche sind letztlich relativ grobe Zusammenfassungen verschiedenster Unterbereiche und Facetten. Diese Zusammenfassungen sind jedoch sinnvoll, um einen Überblick über die thematischen Gewichte des Engagements zu erhalten. Eine andere sinnvolle Reduktion hilft dabei, die Verbreitung des freiwilligen Engagements in der Bevölkerung zu den jeweiligen Messzeitpunkten zu ermitteln. Was eben gezeigt wurde, war zunächst der Zuspruch der Menschen für die verschiedenen Themen des Engagements. Daraus wird jedoch noch nicht erkennbar, welcher *Anteil an der Bevölkerung* sich freiwillig engagiert, aber auch welcher Teil nicht oder wer sich zumindest unverbindlich öffentlich beteiligt (Grafik 13). Die vielen freiwilligen Tätigkeiten, die sich 2009 in den neuen Ländern (über die Bereiche hinweg gezählt) auf ca. 45% (West 59%) aufsummierten, ruhten in Wirklichkeit auf

den Schultern von nur 30% der Bevölkerung (37% West). Das bedeutet, viele Freiwillige üben nicht nur eine Tätigkeit aus, sondern mehrere, entweder im gleichen Bereich oder in verschiedenen Bereichen. In manchen Fällen bringen es Freiwillige auf bis zu 10 Tätigkeiten. In den alten Ländern ist nicht nur der Kreis der Freiwilligen anteilig größer, sondern diese haben, wie auch das Verhältnis der aufsummierten Einzelbereiche anzeigt (Ost 76 : West 100), auch mehr Tätigkeiten übernommen.²³



In den alten Ländern ist der Anteil der Freiwilligen, die nur eine Tätigkeit ausüben, mit 55% niedriger als mit 62% in den neuen Ländern. 26% üben zwei Tätigkeiten aus (Ost 23%) und 19% drei und mehr Tätigkeiten (Ost 15%). In den alten und neuen Ländern hat die Gruppe der Engagierten mit mehr als einer Tätigkeit deutlich zugenommen (Grafik 14). In Westdeutschland, wo der Kreis der Engagierten sich seit 1999 kaum erweitert hat, heißt das, dass diese heute deutlich mehr Aufgaben schultern als damals. Im Osten hat sich in der Periode des Freiwilligensurveys zum einen der Kreis der Engagierten stärker vergrößert als im Westen, zum anderen hat auch die Anzahl der von diesen übernommenen Aufgaben zugenommen. Vor allem zwischen 2004 und 2009 war in den neuen Ländern zu beobachten, dass eine insgesamt sogar leicht abnehmende Gruppe von Freiwilligen mehr Tätigkeiten ausübte, wobei vor allem die hochengagierte Gruppe von 10% auf 15% zunahm, die drei und mehr Tätigkeiten übernommen hatte.

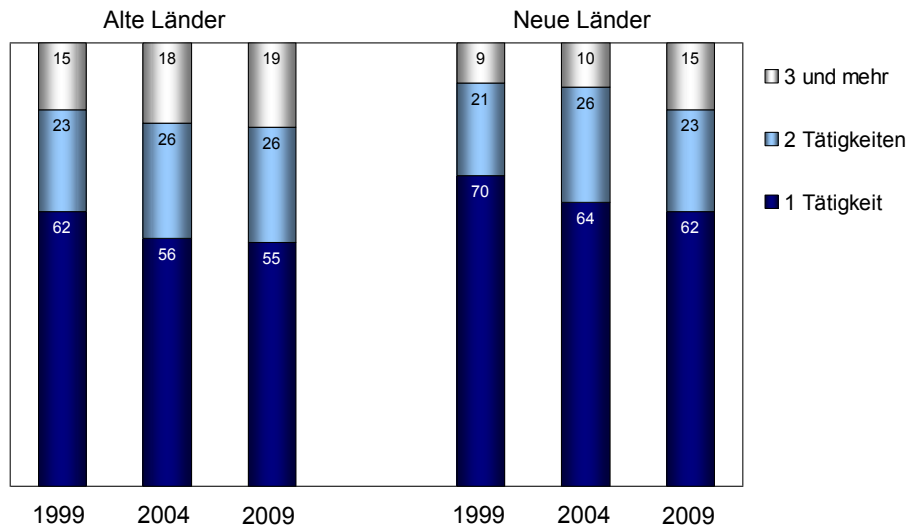
²³

Das auf die Kommastelle (auch der Engagementquoten) genaue Verhältnis ist 81,5:100.

Grafik 14

Engagierte mit einer und mehreren Tätigkeiten

Engagierte ab 14 Jahren (Angaben in %)



Von Anfang an war die Differenz bei der Gruppe der unverbindlich öffentlich Beteiligten („nur“ Aktive) zwischen den neuen und alten Ländern kleiner als bei den Freiwilligen (nochmals Grafik 13). Das Verhältnis beträgt 92:100, lag aber bereits 1999 bei 88:100. Es ist also weiterhin der Übergang von der unverbindlichen öffentlichen Aktivität und Beteiligung in das gebundene freiwillige Engagement, der in den neuen Ländern weniger zum Tragen kommt als in den alten.

Exkurs: Die Annahmen offenlegen

Es sind an dieser Stelle bereits zwei Dinge festzuhalten, zum einen, dass das freiwillige Engagement in den neuen Ländern *recht hoch* ist, zum anderen aber, dass es hinter den alten Ländern *erkennbar zurückbleibt*.²⁴ Beides sind erklärungsbedürftige Befunde. Erwartbarer gewesen wäre angesichts der ungünstigeren wirtschaftlichen und sozialen Lage ein niedrigeres Niveau des freiwilligen Engagements. Allerdings hat bereits die Vorgängerstudie gezeigt, dass diese Hypothese, die an den Verhältnissen der alten Bundesrepublik ausgerichtet ist, in den neuen Ländern weniger greift. Dennoch ist die Annahme plausibel, dass die freiwillige Zuwendung zum Gemeinwesen sowohl Ressourcen als auch eine gewisse Entlastung von ökonomischen Zwängen voraussetzt und ohnehin eine positive gesellschaftliche und persönliche

²⁴ Wollte man ganz simpel ökonomistisch an den Vergleich herangehen, dann müsste man das Niveau des freiwilligen Engagements des Ostens erkennbar oberhalb des dortigen wirtschaftlichen Leistungsniveaus einordnen, das im Moment in der Nähe von ca. 65% bis 70% der alten Länder angegeben wird, insbesondere wenn man noch Indikatoren wie Kapital- und Vermögensausstattung und erst recht die Steuerkraft heranziehen würde. Im Verhältnis zum Lohn- und Gehaltsniveau der Arbeitnehmer wäre allerdings mehr Ähnlichkeit vorhanden, ähnlich auch beim (gesetzlichen) Rentenniveau.

Grundstimmung voraussetzt. In einer Region, die von hoher Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung belastet ist, würde man das weniger vermuten.

Tiefer setzt ein anderes Argument an, das eigentlich noch mehr zu dem Schluss veranlassen kann, dass die vom Freiwilligensurvey empirisch für die neuen Länder ermittelte Engagementquote zu hoch ist. Zivilgesellschaft und freiwilliges Engagement sind Kulturphänomene, und Kulturen verändern sich nur langsam. Nun ist die Meinung nicht wenig verbreitet (auch wenn sie nicht immer offen ausgesprochen wird), dass es in der DDR eine zivilgesellschaftliche Kultur der Freiwilligkeit praktisch nur in den kleinen oppositionellen Kreisen im Umkreis der Kirchen und im kirchlichen Engagement gegeben hätte, maximal gewisse Ansätze dazu in den weniger parteinahen zugelassenen Organisationen. Ein so hohes Engagement, wie es (gemessen an diesem Argument) schon 1999 in den neuen Ländern gab, kann sich nach dieser Annahme eigentlich so schnell gar nicht entwickelt haben.

Somit ist aus verschiedenen Gründen beiden Auffassungen, der ökonomischen und der kulturellen, gemeinsam, dass das relativ hohe Engagementniveau in den neuen Ländern unplausibel ist. Es gibt wie immer zwei Möglichkeiten, damit umzugehen. Entweder man *bezweifelt das zu Erklärende*, das mit den Annahmen nicht zusammenstimmt oder *man ändert seine Annahmen*. Wenn, wie die Vorgängerstudie gezeigt hat und die hier vorliegende noch mehr zeigt, das Engagement in den neuen Ländern vermehrt eines von Arbeitslosen und materiell Unterprivilegierten ist, dann kann man diesen Teil des Engagements als *unechtes Engagement* definieren, da es lediglich der Verbesserung der eigenen materiellen Lage dient. Dann ließen sich beide Voraussetzungen aufrechterhalten, nämlich, dass echtes Engagement nur bei guter materieller Versorgung möglich ist bzw. nur aus westlich-demokratisch-zivilgesellschaftlicher Überzeugung erwächst.

Nun sieht auch der Autor dieser Studie durchaus mit einer gewissen Vorsicht auf jenen besonders in den neuen Ländern verbreiteten Typ des Engagements, der arbeitsmarktnah ist. Dennoch hält er diesen Typ quantitativ bei Weitem nicht für so bedeutsam (eher schon *qualitativ*), wie man ihn nehmen müsste, wenn die oben genannten Argumente aufrecht erhalten werden sollen (vgl. Kapitel B1). Zum einen steckt auch in diesem Engagement ein wichtiger Anteil an Gemeinwesenbezug. Zum anderen lässt sich die große Masse des Engagements in den neuen Ländern (ähnlich wie im Westen) einem Typus des bodenständig-lokalen, auf die unmittelbare Gestaltung des Gemeinwesens und der sozialen Beziehungen gerichteten Engagements zuordnen. Und (das ist das Wichtigste und bildet den größten Gegensatz zur Kulturhypothese) in diesem Bereich ist von einer *erheblichen Kontinuität* zur früheren DDR auszugehen.

Um zu einer realistischen Lagebeschreibung der Zivilgesellschaft in den neuen Ländern zu gelangen, wird hier vorgeschlagen, die Geltung der Ökonomie- und Kulturhypothese deutlich einzuschränken.²⁵ Es bliebe noch ein Weg zur Rettung der anspruchsvollen Kulturhypothese, indem man auch jenen letztgenannten Typ des bodenständig-lokalen Engagements zum unechten Engagement erklärt. Dann hätte man aber das Problem, mindestens zwei Drittel der freiwilligen Tätigkeiten aussondern zu müssen. Er muss jedoch noch unausgesprochener bleiben als die Nichtanerkennung des Engagements Arbeitsloser oder materiell Schwacher, weil

²⁵ Ich kann hier nur auf meine langjährige Forschungs- und Publikationstätigkeit zu den neuen Ländern seit 1990 (siehe Literaturliste) hinweisen (und nicht zuletzt auf meine persönlichen Erfahrungen), die die erheblichen Ähnlichkeiten der kulturellen Grundorientierungen zwischen Ost und West herausgearbeitet haben, ohne die Unterschiede auszublenden, die mit Fragen der sozialen Distinktion, der Ernsthaftigkeit und einem unterschiedlich gefärbten Freiheitsverständnis zu tun haben.

man es nicht wagen würde, ihn den vielen freiwilligen Sporttrainern, Feuerwehrleuten oder Helfern im Sozialbereich und anderen Freiwilligen ins Gesicht zu sagen.

Aber das ist nicht das einzige Problem. Wie gesehen, ist es ja das lokale Bürgerengagement, das politische und das ökologische Engagement, das in den neuen Ländern quantitativ am meisten mit den alten Ländern vergleichbar ist, und politische Aktivitäten werden teilweise intensiver ausgeübt als in den alten Ländern. Andererseits hat man den Eindruck, dass bezogen auf den Vereinsbereich die ökonomische Hypothese eine gewisse Plausibilität hat, da hier Mitgliedsbeiträge anfallen und die knappen Ressourcen der Kommunen und Organisationen eine Rolle spielen. Noch mehr greift hier jedoch die Strukturhypothese, da zum Beispiel sportliche Aktivitäten in der DDR stark an die Großbetriebe gebunden waren, die nach der Wende als Struktur und Finanzier von Anlagen und Personal oft abrupt ausfielen.

In einem ökonomisch krisenhaften Umfeld neue Strukturen zu schaffen, stellt in der Tat ein erhebliches Problem dar. Dennoch hatten die neuen Länder im Vergleich zu den früheren sozialistischen Bruderländern erhebliche Vorteile, da sie auf die relativ gut funktionierenden Strukturen des Westens und dessen Ressourcen zurückgreifen konnten. Das hat zwar oft das Gefühl von Fremdbestimmtheit erzeugt, brachte aber eine erhebliche Stabilisierung der Verhältnisse mit sich. Da sich zwischen Ost und West die Mentalitäten bei Weitem nicht so auseinander entwickelt hatten, wie manchmal unterstellt wird („Mauer in den Köpfen“), haben sich die Verhältnisse in den neuen Ländern zwar nicht an die der alten angeglichen, aber die quantitativen Kennziffern der öffentlichen Beteiligung und des freiwilligen Engagements liegen nicht sehr weit auseinander.

Ein allgemeiner und folgenreicher Fehler bei der Analyse der DDR-Verhältnisse besteht darin, *über der Form den Inhalt zu vernachlässigen*. Wenn sich in der DDR aus politischen Gründen selbstorganisierte Strukturen weniger entwickeln konnten als im Westen, dann heißt das noch lange nicht, dass freiwilliges Engagement nicht möglich gewesen wäre. Andererseits ließen sich z. B. betriebliche bzw. an die Betriebe angebundene Strukturen durchaus im Sinne von selbstbestimmter freiwilliger Tätigkeit nutzen. Das ist nur ein Beispiel, aber wer sich in den DDR-Verhältnissen auskennt, weiß, welche Spielräume in den Betrieben bestanden. Auch im kommunalen Bereich und in den neuen Wohngebieten war einiges möglich. Deshalb erscheint dem Insider trotz aller Brüche ein relativ geordneter Übergang der relativ unpolitischen Teile der Zivilgesellschaft der DDR in die neue Gesellschaft nicht unplausibel.

II.2.2.3 Freiwilliges Engagement nach Alter: Geschichte im soziologischen Blick

Engagementforschung ist in den neuen Ländern in besonderem Maße auch historische Forschung und deswegen ist es wichtig, die Entwicklung des Engagements in den DDR-Generationen besonders zu verfolgen. Die Wiedervereinigung beeinflusste das Leben der Menschen in den neuen Ländern je nach Alter sehr unterschiedlich. Entscheidend war, dass sich für die jüngeren Menschen eher neue Chancen auftaten, für die älteren dagegen, insbesondere für jene in der kritischen Phase zwischen 45 und 65, eher Risiken. Die Rentner kamen wegen der Angleichung des Rentenrechts, ihrer vielen Beitragsjahre, die aus der relativ kurzen Ausbildungsphase und praktisch nicht vorhandener Arbeitslosigkeit in der DDR resultierten

(und wegen der nur gering verbreiteten Teilzeittätigkeit), oft in den Genuss deutlicher Rentenerhöhungen²⁶ und ihre Lebensbedingungen verbesserten sich auch ansonsten erheblich.

Die Last²⁷ des Systemwechsels trugen vor allem die reiferen Jahrgänge, die sich nicht so schnell in die Rente retten konnten. Allerdings wurde seitens der Kohl-Regierung einiges getan, um diese Last für die älteren von ihnen einigermaßen abzumildern. Für den jüngeren Teil dieser Gruppe ergab sich allerdings zunehmend eine besonders prekäre Lage. Durch Arbeitslosigkeit in Abwechslung mit Beschäftigung zu oft ungünstigen Löhnen verschlechterten sich ihre Rentenansprüche zusehends. Zusätzlich wurden sie die Hauptleidtragenden der Hartz-Reformen. Was diese sozioökonomischen Faktoren allerdings nicht abbilden, sind die Verluste der reiferen und älteren Jahrgänge an sozialem Prestige und ihre Schwierigkeiten mit der geistig-moralischen Verankerung im neuen Gemeinwesen.

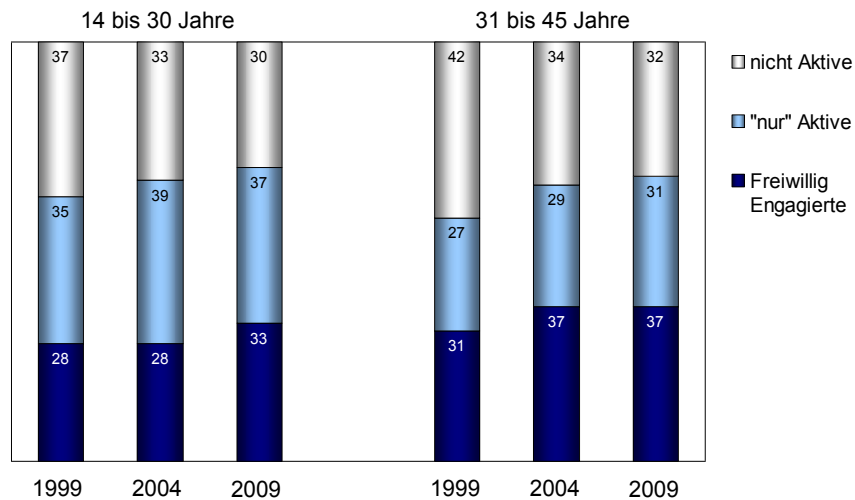
²⁶ Relativ zur Bundesrepublik profitierten gerade die Rentnerinnen der neuen Länder von der Ausweitung des bundesdeutschen Systems auf den Osten, da alle die genannten Faktoren viel mehr auf ihren Lebensweg als den der westdeutschen Rentnerinnen zutrafen.

²⁷ Es gilt zu betonen, dass die Sozialforschung objektiv urteilt und sich mit Systembewertungen zurückhält. Unabhängig vom Charakter der Systeme hat ein Umbruch immer Gewinner und Verlierer. In einer Arbeitsgesellschaft westlichen Typs, in der Arbeitgeber die Arbeitskraft und Formbarkeit junger Leute der Geprägtheit mittlerer und älterer Arbeitnehmer vorziehen, sind Letztere in einer Situation großer Knappheit an attraktiven Arbeitsplätzen zumeist die Verlierer. Es ist zu vermuten, dass die reiferen und älteren Arbeitnehmer in den neuen Ländern den Bruch ihrer mit der Wende verbundenen Hoffnungen und eines anschließenden flächendeckenden Arbeitsplatzabbaus besonders schmerzhaft empfunden haben.

Grafik 15

Freiwillig Engagierte, öffentlich Aktive und nicht Aktive im Zeitverlauf (Neue Länder: 14- bis 45-Jährige)

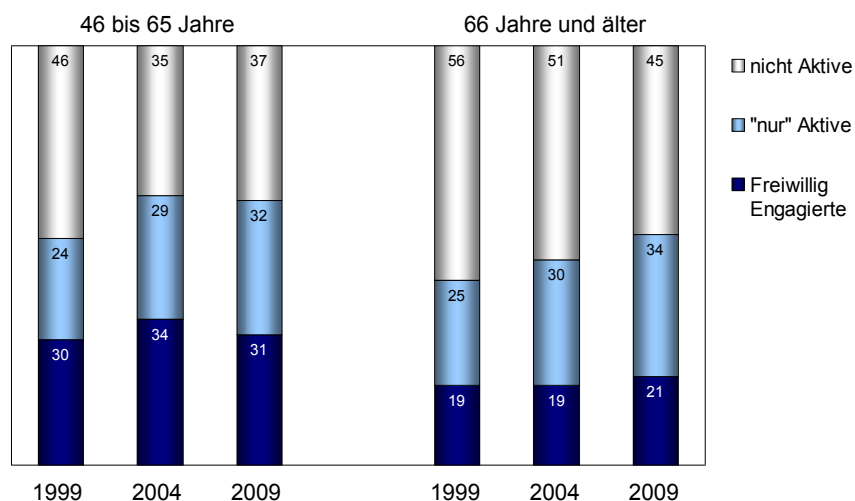
Bevölkerung ab 14 Jahren (Angaben in %)



Grafik 16

Freiwillig Engagierte, öffentlich Aktive und nicht Aktive im Zeitverlauf (Neue Länder: ab 46-Jährige)

Bevölkerung ab 14 Jahren (Angaben in %)



Die zur Wende mittleren und älteren Jahrgänge verdankten der DDR vieles an sozialem Aufstieg, die jüngeren auch an gesellschaftlicher Hoffnung, die im Laufe der gestiegenen Prosperität und Liberalität in den 1960er- und beginnenden 1970er-Jahren bei den jungen Leuten in der DDR aufgekommen war. Da freiwilliges Engagement einen Gemeinwesenbezug hat, dürfte sich der Systemwechsel in dieser Hinsicht gerade für die früheren und mittleren DDR-Jahrgänge ungünstig ausgewirkt haben. Dennoch erscheint die 2009 immerhin noch durchschnittliche Beteiligung der 46- bis 65-Jährigen am Engagement bemerkenswert, trotz der besonderen Belastung durch die Wende und ihre Folgen (Grafik 16). Aber gemessen daran, dass diese Altersgruppe „an sich“ ein ganz besonderer Träger der Zivilgesellschaft ist, schon deswegen, weil sie dort (etwa wegen ihrer Lebenserfahrung und der geringeren familiären Beanspruchung) oft Führungsfunktionen übernimmt, ist das relativ wenig.

Noch mehr fällt allerdings die Schwäche des Engagements in der ältesten Gruppe auf. Lag das Verhältnis 2009 zwischen Ost und West bei den 46- bis 65-Jährigen bei 78 zu 100, und damit noch relativ nahe am Durchschnitt, so bei den ab 66-Jährigen nur bei 70 zu 100. Der ökonomische Effekt dürfte in dieser Gruppe deutlich geringer sein als in der jüngeren und der ideelle der mangelnden geistig-ideologischen Integration in das neue Gemeinwesen ist höher zu veranschlagen. Dadurch vollzogen die Senioren des Ostens jene eindrucksvolle Belebung des freiwilligen Engagements, die in der Periode des Freiwilligensurveys im Westen zu beobachten war, nicht mit.²⁸ Bemerkenswert ist allerdings die Zunahme der (unverbindlichen) öffentlichen Beteiligung, die durchaus Anlass zu der Annahme gibt, dass sich bei den Älteren zukünftig auch das freiwillige Engagement erhöhen wird.

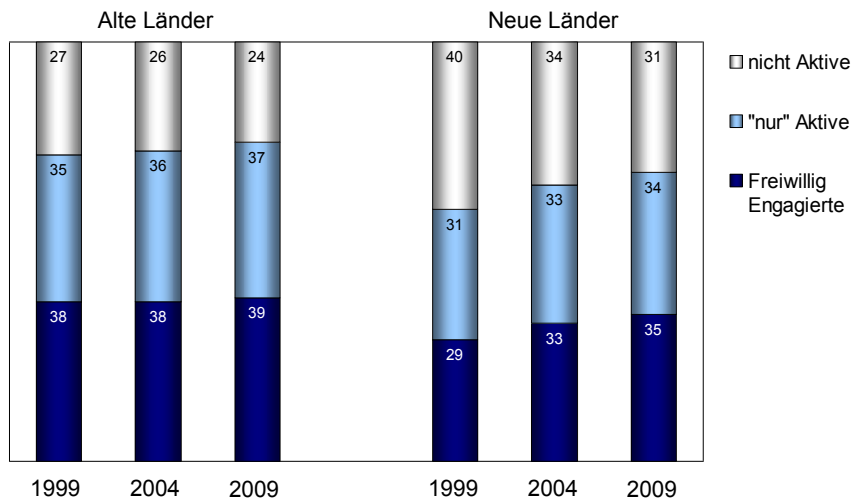
Genauso wichtig, wie die Verarbeitung der Wende durch die reiferen und älteren Jahrgänge zu untersuchen, ist es, zu beobachten, was sich unter den jüngeren Menschen tut, die aus ökonomischen und ideologischen Gründen weniger Probleme haben, sich in die neuen Verhältnisse einzufinden. Zwar erkennt man bei den jüngeren Jahrgängen im Alter von bis zu 45 Jahren Unterschiede bei der Entwicklung der öffentlichen Beteiligung und des freiwilligen Engagements, allerdings weist der Pfeil in beiden Gruppen insgesamt nach oben. Wie die Frage des Gemeinwesenbezugs des freiwilligen Engagements sich bei den Älteren eher negativ auswirkte, so bei den Jüngeren eher positiv (Grafik 17). Was man hier sieht, ist offensichtlich ein Ausdruck zunehmender Integration in das neue Gemeinwesen.

²⁸ Diese Belebung war allerdings eher einem Generationeneffekt geschuldet, indem sich in der 2009 ältesten Gruppe viele Menschen wiederfinden, die als junge Leute den Aufschwung der Zivilgesellschaft der Bundesrepublik in den 1960er- und 1970er-Jahren miterlebt und oft auch mitgestaltet und ihre engagementfreundliche Einstellung bis heute beibehalten haben.

Grafik 17

Freiwillig Engagierte, öffentlich Aktive und nicht Aktive im Zeitverlauf (Alte und neue Länder: 14- bis 45-Jährige)

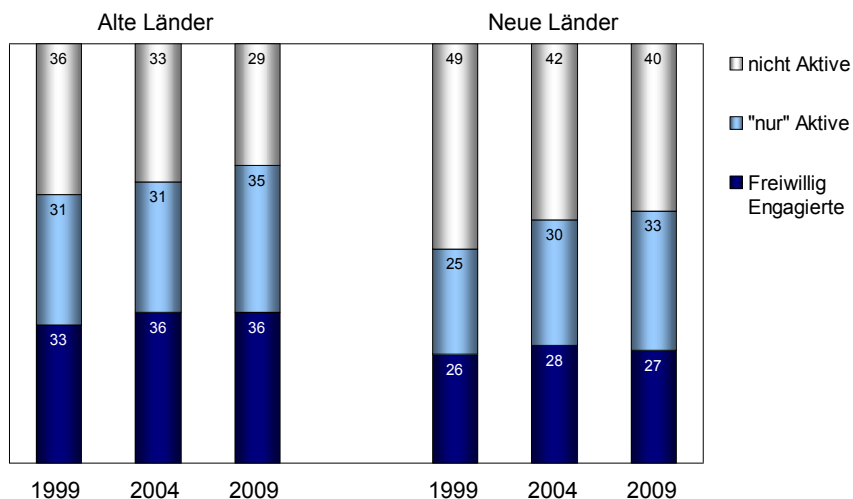
Bevölkerung ab 14 Jahren (Angaben in %)



Grafik 18

Freiwillig Engagierte, öffentlich Aktive und nicht Aktive im Zeitverlauf (Alte und neue Länder: ab 46-Jährige)

Bevölkerung ab 14 Jahren (Angaben in %)



Beim freiwilligen Engagement gingen zunächst die 31- bis 45-Jährigen voran, die im Freiwilligensurvey als die *jüngeren Familienjahrgänge* bezeichnet werden (weil sie besonders oft als Eltern mit Kindern und Jugendlichen im Haushalt zusammenleben).²⁹ Das freiwillige Engagement stieg in dieser Altersgruppe zwischen 1999 und 2004 stark an (von 31% auf 37%). Bei der jüngeren Gruppe fiel schon 1999 der hohe Anteil der unverbindlich öffentlich Beteiligten auf, der bis 2004 weiter anstieg. Offensichtlich gelang es in der Folge, aus dieser 2004 enorm groß gewordenen Gruppe (37%) mehr Freiwillige zu gewinnen. Dadurch hat sich das Verhältnis beim freiwilligen Engagement in der Bevölkerung im Alter von bis zu 45 Jahren zwischen den neuen und alten Ländern stark angeglichen (absolute Prozentsätze in Grafik 17, Ratio 1999 78:100 und 2009 90:100).

Bei den ab 46-Jährigen lag diese Ratio zwischen Ost und West mit 75 zu 100 deutlich niedriger, nachdem sie 1999 noch günstiger gewesen war (79:100). Dafür war hauptsächlich der Anstieg des Engagements bei der westdeutschen Gruppe zwischen 1999 und 2004 verantwortlich (Grafik 18). Damit ist in der älteren ostdeutschen Gruppe auch das Verhältnis zwischen „nur“ öffentlich Aktiven und freiwillig Engagierten besonders unausgeglichen, während in allen anderen Vergleichsgruppen der Anteil der Engagierten größer ist als der der unverbindlich Beteiligten, nach einem Gleichgewicht 2004 inzwischen auch ganz knapp in der jüngeren ostdeutschen Gruppe. In keiner anderen Gruppe hat sich mit der Zeit ein solches Ungleichgewicht zwischen Engagierten und „nur“ Aktiven herausgebildet.

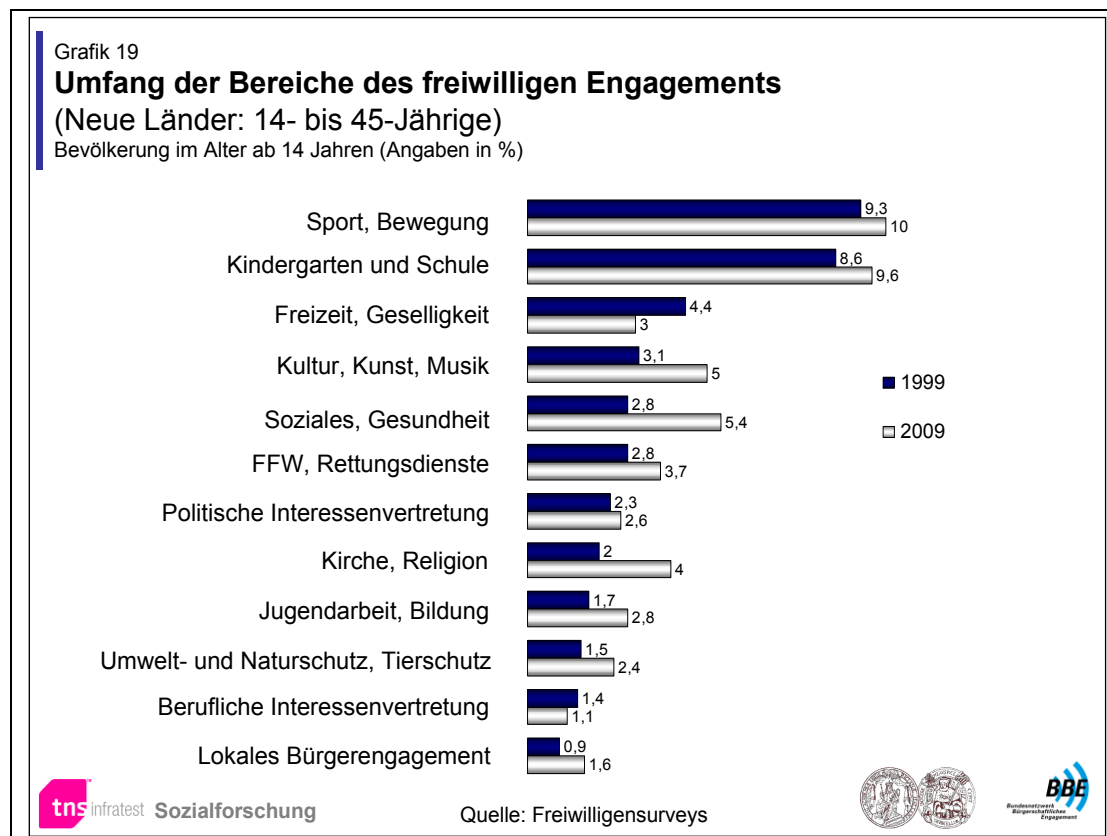
Wenn sich die günstige Entwicklung bei den jüngeren Menschen in den neuen Ländern als stabil erweisen sollte, wäre das ein großer Fortschritt der Zivilgesellschaft in den neuen Ländern. Sie steht auch nicht im Widerspruch zur vorhin angesprochenen Kontinuitätshypothese. Die Vermutung ist, dass auch in den neuen Ländern *Traditionen weitergegeben* werden und bevorzugt Personen, deren Eltern engagement-affin waren oder sind, diese Traditionen (wenn auch in neuer Form) weiterführen. Das müsste noch genauer untersucht werden. In dieser Studie wird das später am Beispiel von Personen mit höherer Bildung bzw. höheren Bildungsaspirationen weiter betrachtet.

Um ein präziseres Bild von der Engagemententwicklung bei den 14- bis 45-Jährigen in den neuen Ländern zu gewinnen, lohnt es sich, die Themen und Bereiche des Engagements genauer zu untersuchen (Grafik 19). Die Belegung des Engagements zeigt sich zunächst in den zwei typischen Bereichen dieser Jahrgänge, dem Sport sowie bei Schule und Kindergarten, wobei im ersten Fall die 14- bis 30-Jährigen besonders auffallen, im zweiten die 31- bis 45-Jährigen. Dann ist es bemerkenswert, dass auch ein für die jüngere Gruppe eher untypischer Bereich sich nahezu verdoppeln konnte, Soziales und Gesundheit, wobei hier beide Untergruppen von unterschiedlichen Niveaus aus dazu beitrugen. Hier zeigt sich offensichtlich ein übergreifender Trend in den neuen Ländern, der auf höherem Niveau auch bei der älteren Gruppe zu erkennen ist, ähnlich auch beim kirchlich-religiösen Engagement.³⁰ Es gibt inzwischen mehrere Bereiche, in denen der Umfang des Engagements der 14- bis 45-Jährigen im Osten den der Gruppe im Westen überschreitet, besonders in der *Politik* und beim *Umwelt- und Tierschutz*, auch bei *Soziales und Gesundheit* sowie knapp bei Kultur, Kunst und Musik. Deutlich geringer ist das Engagement dagegen weiterhin in den Bereichen Kirche und Religion, Freizeit und Geselligkeit und Sport und Bewegung, geringer auch in der Jugend- und Bil-

²⁹ Man beachte das Erstgebäralter, das bei den Frauen heute um das Alter von 30 Jahren herum liegt.

³⁰ Hierbei ist vor allem das inzwischen erreichte Niveau der jüngsten Gruppe bemerkenswert, wobei der Trend wegen der bereits angesprochenen Umcodierungen überzeichnet sein kann.

dungsarbeit, bei den Freiwilligen Feuerwehren und Rettungsdiensten sowie bei Kindergarten und Schule.



II.2.3. Viel Potenzial für mehr freiwilliges Engagement

Die Freiwilligen sind auch in den alten Ländern eine begrenzte Gruppe, die große Leistungen für das Gemeinwesen erbringt. Schon wegen der natürlichen und regionalen Fluktuation besteht ständig Bedarf, neue Freiwillige zu gewinnen, um nur den „Bestand“ an Köpfen zu halten, ganz besonders weil der demografische Wandel in Deutschland (in den neuen Ländern noch mehr als in den alten) immer fühlbarer wird.³¹ Um die zukünftigen Chancen für die Gewinnung neuer Freiwilliger abschätzen zu können, ermittelt der Freiwilligensurvey seit 1999 das so genannte externe Potenzial für mehr Engagement. Hier geht es darum zu prüfen, inwieweit die nicht Engagierten bereit sind, sich freiwillig zu engagieren, und diese Bereitschaft kann bestimmter oder unbestimmter sein.

Grafik 20 zeigt, dass in allen Altersgruppen in den neuen und alten Ländern die unbestimmte Bereitschaft zum Engagement deutlich höher ist als die bestimmte. Da Engagement den Einzelnen Freizeit und Anstrengung, oft genug auch Geld kostet (z. B. Fahrkosten, die oft nicht erstattet werden), ist schon bei der Bekundung der Einstellung zum Engagement eine innere psychische Barriere zu überwinden, die sich in der unterschiedlichen Bestimmtheit klar ausdrückt. Dass es dabei auch um objektive Faktoren geht, zeigt das Verhältnis der unbestimmten und bestimmten Bereitschaft bei den 31- bis 45-Jährigen, das besonders auseinandergeht (wieder Grafik 20). Das hat auch damit zu tun, dass die jüngeren Familienjahrgänge oft eine

³¹ Vgl. die Faktenzusammenstellung in Anhang 2.

Doppelbelastung aus Familien- und Erwerbsarbeit schultern müssen und deswegen ihre Bereitschaft zum Engagement vorsichtiger betonen.

Dass sich in dieser Gruppe dennoch viele Menschen eine Dreifachbelastung zumuten, indem das freiwillige Engagement zur Erwerbs- und Familienarbeit noch hinzukommt, dokumentiert die vielen Anlässe, die diese Lebensphase für das freiwillige Engagement setzt. In den alten Ländern gibt es allerdings eine Altersgruppe, die über 65-Jährigen, in der das Verhältnis zwischen bestimmter und unbestimmter Bereitschaft zum Engagement noch ungünstiger ausfällt (Grafik 21). Hier ist es das fortgeschrittene Lebensalter, das einerseits mit mehr Erfahrung im Engagement gesättigt ist, andererseits zunehmend seine Beschränkungen für geistig und körperlich anspruchsvollere Aktivitätsformen setzt. Außerdem ist in den alten Ländern die Engagementbereitschaft der Senioren bereits mehr als in den neuen Ländern ausgeschöpft, indem sich unter ihnen bereits 30%, in den neuen Ländern nur 21% engagieren.

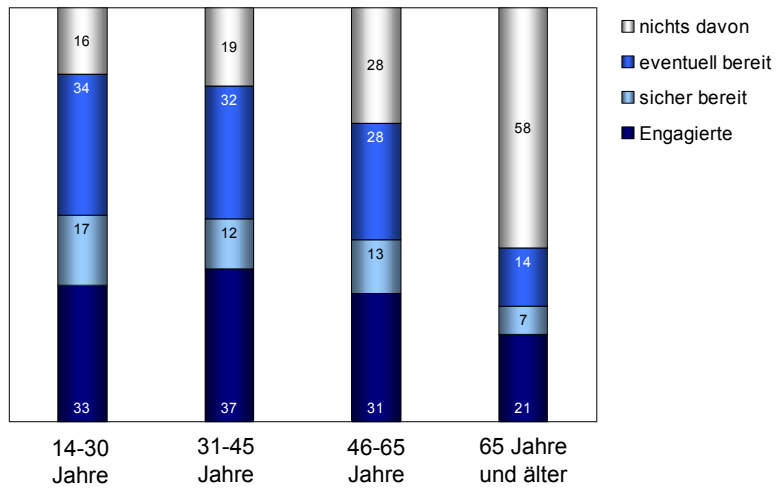
Eine noch stärkere Ausschöpfung der Bereitschaft zum Engagement erkennt man im Westen in der Gruppe der 46- bis 65-Jährigen. Mit 9 Punkten ist der Unterschied zwischen den alten und neuen Ländern beim aktuellen Engagement besonders stark. Wenn hier eine Angleichung zukünftig wahrscheinlicher werden soll, dann müsste das bestimmte Potenzial ungleich höher sein. Diese ungünstige Situation wurde in der Studie bereits aus den ökonomischen und historischen Faktoren des Systemwechsels erklärt.

Grafik 20

Bereitschaft zum Engagement bei nicht Engagierten

„Externes“ Potenzial in den *neuen Ländern* nach Alter (2009)

Bevölkerung ab 14 Jahren (Angaben in %)

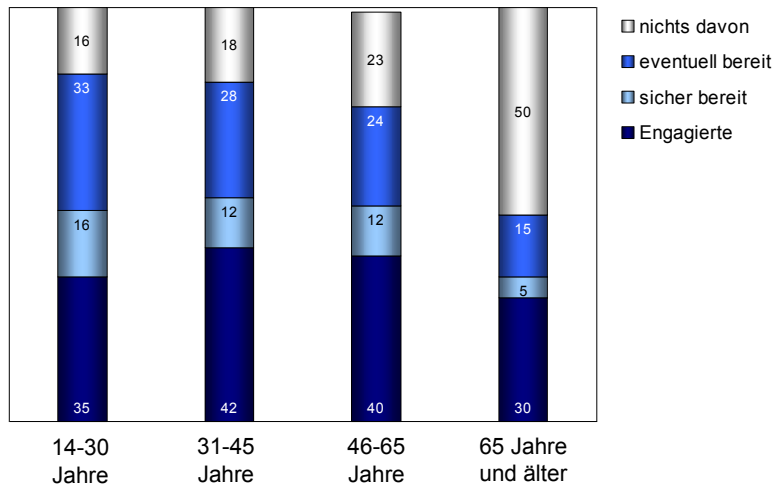


Grafik 21

Bereitschaft zum Engagement bei nicht Engagierten

„Externes“ Potenzial in den *alten Ländern* nach Alter (2009)

Bevölkerung ab 14 Jahren (Angaben in %)



In der jüngsten Gruppe wird das seit 2004 deutlich gestiegene Engagement durch ein besonders hohes bestimmtes Potenzial begleitet. In keiner Altersgruppe in Ost und West zeigt sich beim Engagement *und* der Engagementbereitschaft ein so ähnliches Bild. Somit stehen (zumindest subjektiv) bei der jungen Generation eigentlich alle Signale auf Grün für eine weitere Steigerung des freiwilligen Engagements. Die Umsetzung in tatsächliches Verhalten ist allerdings keine Selbstverständlichkeit, denn es müssen innere wie äußere Barrieren überwunden werden. Der Hauptbericht des Freiwilligensurveys hat gezeigt, dass die jungen Menschen, die bestimmt zum Engagement bereit sind, hohe Ansprüche an die Qualität eines potenziellen Engagements stellen. Dabei stehen Bedürfnisse nach *sozialer Wirksamkeit* und Möglichkeiten zur *Steigerung ihrer Kompetenzen* besonders im Vordergrund, was auch damit zusammenhängt, dass diese jungen Leute häufig den höheren Bildungsweg beschreiten bzw. bereits höhere Abschlüsse erworben haben.

Ein anderer Weg, wie es zu mehr zivilgesellschaftlichem Engagement kommen könnte, besteht darin, dass Engagierte ihr Engagement *intensivieren* oder *ausweiten* (so genanntes „internes Potenzial“). Auch hier geht es - wie auch beim externen Potenzial - weniger um eine konkrete Prognose für Verhaltensänderungen, sondern um den *Test einer Stimmung*, die mehr oder weniger positiv sein kann. Man erkennt (wie auch beim bestimmten externen Potenzial) einen deutlichen Zusammenhang mit dem jüngeren Alter. In der jüngsten Gruppe ist sowohl das Potenzial für mehr Engagierte als auch für mehr Engagement bei bereits Engagierten besonders hoch (Grafiken 22 und 23). In den sehr hohen Werten der jüngsten Gruppe scheint sich zunächst ein allgemeines und auch ganz normales Expansionsbedürfnis auszudrücken, das auch in anderen Lebensbereichen zu beobachten ist. Es muss allerdings auffallen, dass dieses Bedürfnis bei den jungen Menschen in der Dekade des Freiwilligensurveys deutlich zugenommen hat, und das ist nicht selbstverständlich. Entweder muss man annehmen, die Mentalität der jungen Generation sei zwischen 1999 und 2009 expansiver geworden, wofür es zumindest gewisse Signale gibt.³² Oder man interpretiert diese Entwicklung als ambivalent, als indirekten Indikator für Hemmnisse, der auch einen *Aufstau der Expansionslust* der jungen Leute anzeigt.

Jeder, der Verantwortung für den Einsatz junger Freiwilliger hat, sollte diese Interpretation des externen und internen Potenzials junger Menschen im Hinterkopf haben und sehr aufmerksam die Stimmung der jungen Leute beobachten. Wieder fällt die sehr ähnliche Situation in der jüngsten Gruppe in den alten und neuen Ländern auf, ein weiterer Hinweis darauf, dass die Verhältnisse sich hier zwischen Ost und West stark angeglichen haben. Das bedeutet aber auch, dass sich in beiden Landesteilen gleichermaßen das Problem stellt, junge Leute, die in Bezug auf die Inhalte ihrer Tätigkeit anspruchsvoll sind, in die Wirklichkeit der Zivilgesellschaft zu integrieren und denen, die man bereits für das Engagement gewonnen hat, Möglichkeiten zu gewähren, ihre Bedürfnisse einzulösen. Hier ist Fingerspitzengefühl gefordert, da die Realität wie so oft den Wünschen der jungen Leute nicht immer gerecht werden kann. Entscheidend ist in diesem Zusammenhang, ob es gelingt, den jungen Leuten attraktive Engagementangebote zu offerieren, die an ihre biografische Situation angepasst und ihren subjektiven Wünschen und Bedürfnissen Rechnung tragen.

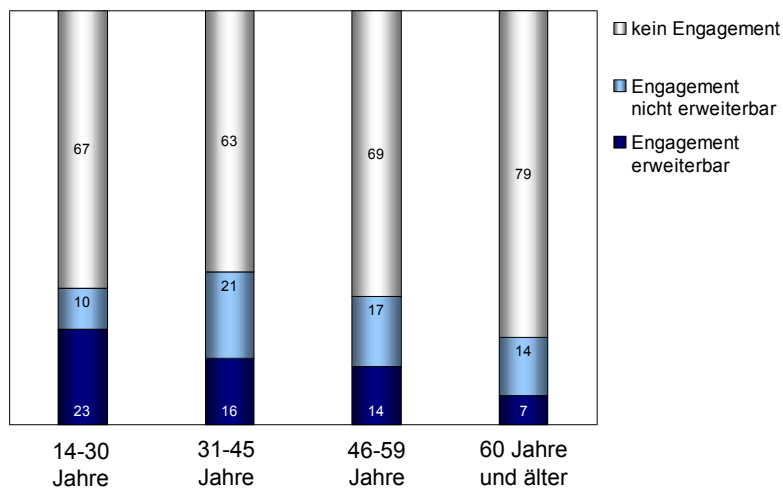
³² Vgl. die Shell Jugendstudien, die in den 2000er-Jahren das Bild einer zunehmend ehrgeizigen und nach praktischer Selbstwirksamkeit strebenden Jugend zeigen. Vgl. Gensicke 2010.

Grafik 22

Bereitschaft zur Erweiterung des Engagements bei Engagierten

„Internes“ Potenzial in den *neuen Ländern* nach Alter (2009)

Bevölkerung ab 14 Jahren (Angaben in %)

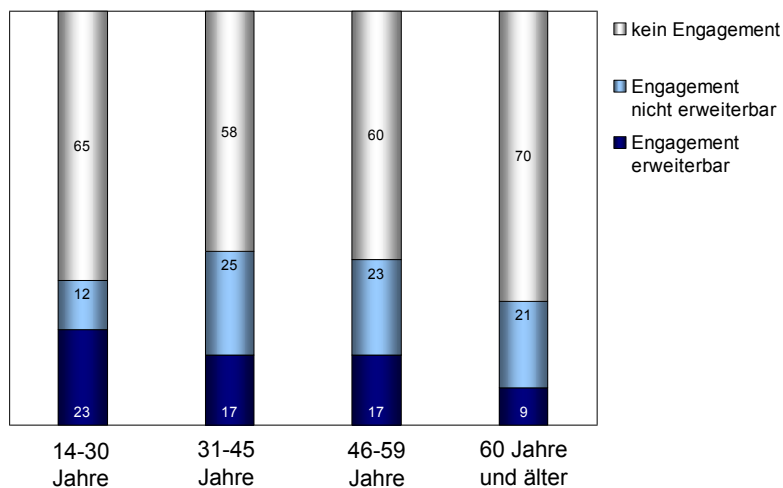


Grafik 23

Bereitschaft zur Erweiterung des Engagements bei Engagierten

„Internes“ Potenzial in den *alten Ländern* nach Alter (2009)

Bevölkerung ab 14 Jahren (Angaben in %)



II.2.4. Informelle Vernetzung und soziale Qualität

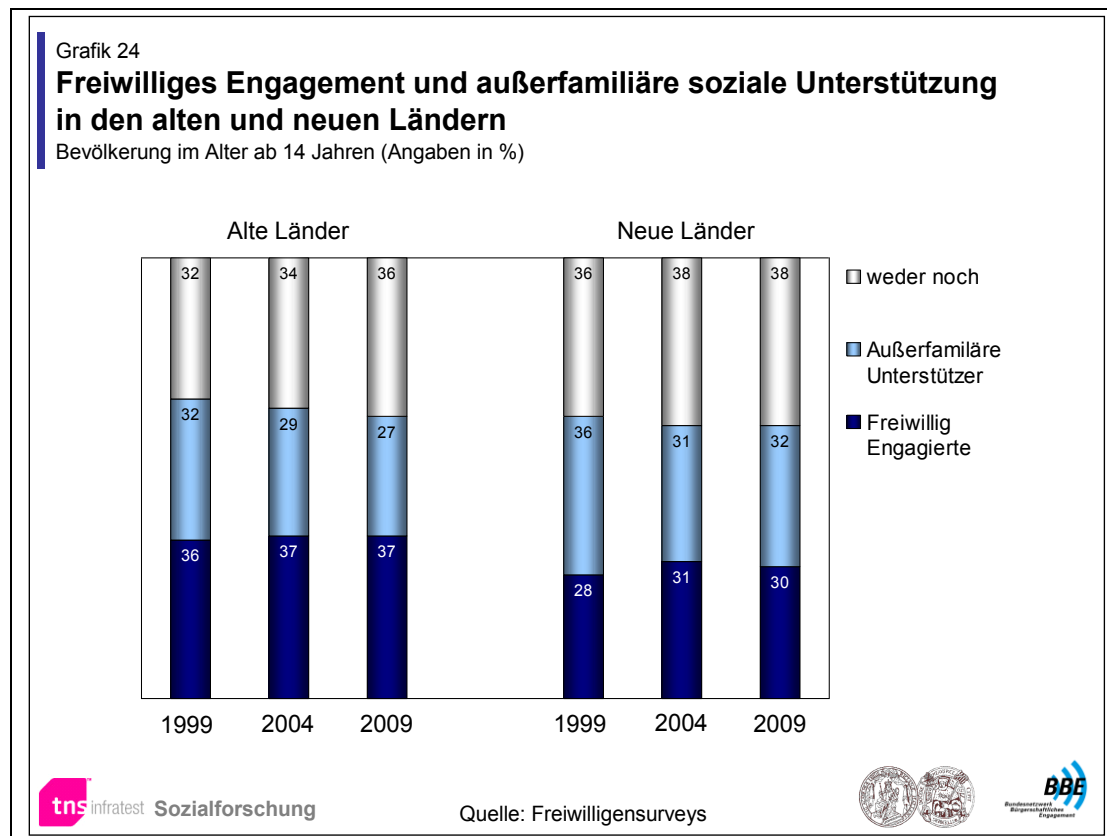
Wie bisher umfassend dargestellt, ist in den neuen Ländern die *organisierte Sphäre* der sozialen Aktivitäten und Beziehungen mehr als 20 Jahre nach der Wende weniger entwickelt als in den alten Ländern, nicht so sehr bei der teilnehmenden öffentlichen Aktivität, besonders deutlich bei den Mitgliedschaften in Organisationen und erkennbar bei der anspruchsvollen zivilgesellschaftlichen Tätigkeitsform des freiwilligen Engagements. Allerdings wurde in der letzten Zeit in der Forschung mit Recht darauf hingewiesen, dass eine enge soziale Vernetzung und damit soziales Kapital (soziale Bindung) nicht nur durch öffentliche Aktivitäten vieler Menschen im Rahmen von Organisationen und Institutionen erzeugt und gefestigt werden. Das gilt wegen der ökonomischen und sozialen Belastungen der Wende besonders für die neuen Länder.³³ Zwischen der rein familiären Privatsphäre und der öffentlichen Ebene gibt es noch eine halb-öffentliche bzw. halb-private (oft auch als „informell“ bezeichnete) Sphäre der sozialen Beziehungen zwischen Freunden und guten Bekannten und zwischen Nachbarn. Wechselseitige Unterstützungsleistungen im Rahmen dieser Beziehungen tragen zu einem Gefühl enger sozialer Bindung bei, wahrscheinlich sogar mehr als organisierte Formen der öffentlichen Aktivität. In diesem Zusammenhang muss auch danach gefragt werden, was aus der engen sozialen Vernetzung der DDR geworden ist, die man – möglicherweise übertrieben - als „Nischengesellschaft“ gegen die Vernetzungsformen des „Systems“ gestellt hat.

Der Hauptbericht des Freiwilligensurveys hat herausgearbeitet, dass informelle Unterstützungen in der Periode des Freiwilligensurveys abgenommen haben. Im Westen erbrachten 1999 noch 73%, 2009 aber nur noch 64% der Bevölkerung (zumindest gelegentlich) Unterstützungsleistungen für Personen, die nicht in ihrem Haushalt lebten, also für Verwandte, Nachbarn, Freunde oder Bekannte oder andere Personen. In den neuen Ländern waren das anteilig stets etwas mehr (1999 75% und 2009 66%). Der Rückgang erklärt sich wahrscheinlich aus der immer selteneren Wohnweise der Menschen an ihrem Geburtsort, also der Zunahme der lokalen, regionalen und internationalen Mobilität. Umso wertvoller bleiben die weiterhin von vielen Personen geleisteten Unterstützungen für Personen außerhalb des Haushalts. Der Hauptbericht des Freiwilligensurveys hat außerdem darauf hingewiesen, dass der Rückgang der wechselseitigen Unterstützungen nicht überzubewerten ist, da weiterhin (und fast ohne Veränderung seit 1999) sehr viele Menschen den Eindruck haben, sie könnten im Zweifelsfall auf solche Leistungen zurückgreifen (West: 87%, Ost: 88%). 1999 meinten in den alten Ländern z. B. erst 35% (neue Länder: 31%), Unterstützung durch Nachbarn sei prinzipiell gegeben, 2009 waren es jedoch bereits 43% (neue Länder: 38%). Im Westen blieb dieser Typ der Unterstützung (zumindest auf der Ebene der Erwartung) also signifikant wichtiger als im Osten. Auf der Ebene des tatsächlichen Verhaltens besteht allerdings kein Unterschied. 28% helfen in Ost und West zumindest ab und zu den Nachbarn.

Zum anderen schätzten zwischen 2004 und 2009 (trotz gestiegener Mobilität) sogar etwas mehr Menschen den *sozialen Zusammenhalt* in ihrem Wohnumfeld als gut oder sogar sehr gut ein. 1999 waren das in den alten Ländern 60%, 2009 63%, in den neuen Ländern 54% und 56%. Als sozial schlecht sahen ihr Wohnumfeld nur 7% im Westen und 10% im Osten an, jeweils 3% gaben keine Einschätzung ab (Rest „befriedigend“: 27% West, 31% Ost). Die ungünstigeren Werte in den neuen Ländern sind auch deswegen auffällig, weil hier etwas mehr

³³ Vgl. den Engagementbericht der Bundesregierung (Alscher et. al 2009). Wir folgen jedoch weder diesem Bericht noch der Schweizerischen und Österreichischen Freiwilligen-Berichterstattung, wenn solche Aktivitäten als informelles „Engagement“ bezeichnet werden. Diesen Begriff reservieren wir mit guten Gründen für gemeinwesenbezogene Aktivitäten in einem öffentlich-organisierten Kontext.

Menschen seit Geburt an ihrem Wohnort leben (Ost 28%, West 25%) und etwas weniger erst seit bis zu 10 Jahren (Ost: 26%, West: 28%). Einzige Parallele dazu ist die in den neuen Ländern ungünstigere Erwartung von Hilfeleistungen seitens der Nachbarn.



Eine typologische Aufarbeitung ermöglicht es, die vom organisierten Engagement getrennte informelle Seite der sozialen Qualität und Vernetzung in den neuen und alten Ländern mit der organisierten Freiwilligkeit in Beziehung zu setzen (Grafik 24). Der Abgleich mit den nicht Engagierten, die soziale Unterstützung für Nachbarn, Freunde und Bekannte leisten,³⁴ zeigt in den neuen Ländern eine größere Bedeutung des Letzteren als in den alten, auch wenn diese Gruppe („außerfamiliäre Unterstützer“) in beiden Landesteilen abgenommen hat. Dominierte seit 1999 im Westen die Gruppe der Engagierten quantitativ die Unterstützer immer mehr, so ist im Osten die Gruppe der außerfamiliären Unterstützer etwas größer geblieben als die der „Formellen“³⁵, wenn man die organisierten Freiwilligen so bezeichnen will. Auch diese typologische Darstellung macht in ihrer Weise klar, dass im Jahrzehnt des Freiwilligensurveys die informellen Unterstützungsleistungen zurückgegangen sind. In den neuen Ländern hat sich allerdings die Entwicklung zwischen 1999 und 2004, als die Gruppe der „Informellen“³⁶ deut-

³⁴ Es wird an dieser Stelle die Verwandtschaft, also die familiäre Dimension weggelassen, um zunächst jene *halböffentliche* Ebene von der reinen Privatheit abzugrenzen. Die familiäre Vernetzung (über die Haushaltsgrenzen hinweg) wird erst später einbezogen.

³⁵ Der Begriff „Formelle“ für die Engagierten steht in Anführung, weil diese Gruppe auch vielfältige informelle Unterstützungsleistungen erbringt. „Formalität“ und Informalität schließen sich also ganz und gar nicht aus, wie sich auch an den deutlich überdurchschnittlich großen Freundes- und Bekanntenkreisen der Freiwilligen zeigt.

³⁶ Auch hier müssen Anführungen gesetzt werden, weil in dieser Gruppe ein beträchtlicher Anteil unverbindlich öffentlich aktiv ist, sich also zumindest im Einflussbereich der Infrastruktur der Zivilgesellschaft bewegt.

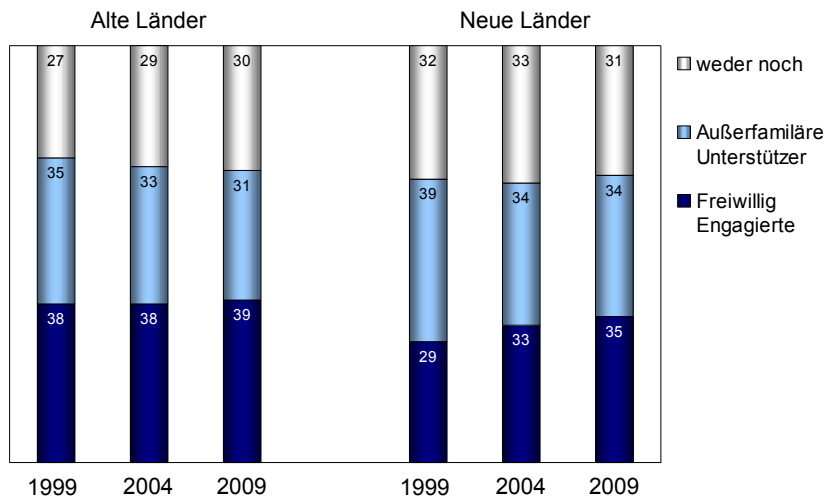
lich kleiner wurde, im Folgenden nicht fortgesetzt. Deswegen war diese 2009 mit 32% weiterhin deutlich größer als in den alten Ländern (27%). Dort weist dagegen die Entwicklung auf eine gewisse „Formalisierung“ der sozialen Beziehungen hin, die sich zunehmend an organisierte Strukturen anlehnen. Festzuhalten ist, dass mit 36% und 38% jener Teil der Bevölkerung, der weder freiwillig engagiert ist noch soziale Unterstützungsleistungen für Nachbarn, Freunde und Bekannte erbringt, in West und Ost ähnlich groß ist.

Bei den jüngeren Menschen im Alter von bis zu 45 Jahren (Grafik 25) weicht die Größe der Gruppe der außerfamiliären Unterstützer zwischen Ost und West viel weniger ab als bei der älteren Gruppe im Alter von über 45 Jahren (Grafik 26). Die starke Differenz zum Westen stammt also vor allem von der älteren Gruppe. Besonders im Westen fällt der Unterschied zwischen den jüngeren und älteren Jahrgängen auf, die Gruppe der Unterstützer hat im Westen bei den Älteren nur den Umfang von 24%, bei den Jüngeren immerhin von 31%. Bei den jüngeren Ostdeutschen ist die Schrumpfung dieser Gruppe vor allem im Vergleich zur älteren Gruppe auffällig (von 1999 enormen 39% auf 2009 34%), während sie bei den Letzteren ihre Größe einigermaßen gehalten hat und deutlich größer als die der Freiwilligen geblieben ist. Eindrucksvoll ist die unterschiedliche Bedeutung beider Gruppen bei den ab 46-Jährigen im Ost-West-Vergleich. Stehen Freiwillige und Unterstützer im Westen in einem Verhältnis von 150 zu 100, so im Osten von in einem von 90 zu 100. Halböffentliche Unterstützung und Vernetzung spielen also gerade bei den ostdeutschen Jahrgängen im Alter von über 45 Jahren eine große Rolle, zumindest relativ zum Engagement und im Vergleich zu den Altersgenossen im Westen. Absolut gesehen ist die Informalität allerdings bei den Jüngeren in den neuen Ländern wichtiger, ebenso jedoch auch das freiwillige Engagement, so dass die Restgruppe, die weder engagiert ist noch Freunde, Bekannte oder Nachbarn unterstützt, viel kleiner ist, aber ebenso groß wie bei den Jüngeren im Westen. Dennoch hat die verbleibende Restgruppe auch bei den ab 46-Jährigen im Osten eine nur etwas geringere Größe wie in der entsprechenden Gruppe im Westen, wodurch die relative Bedeutung der halb-öffentlichen Vernetzung in der älteren ostdeutschen Gruppe noch einmal unterstrichen wird.

Grafik 25

Freiwilliges Engagement und außerfamiliäre soziale Unterstützung in den alten und neuen Ländern (14- bis 45-Jährige)

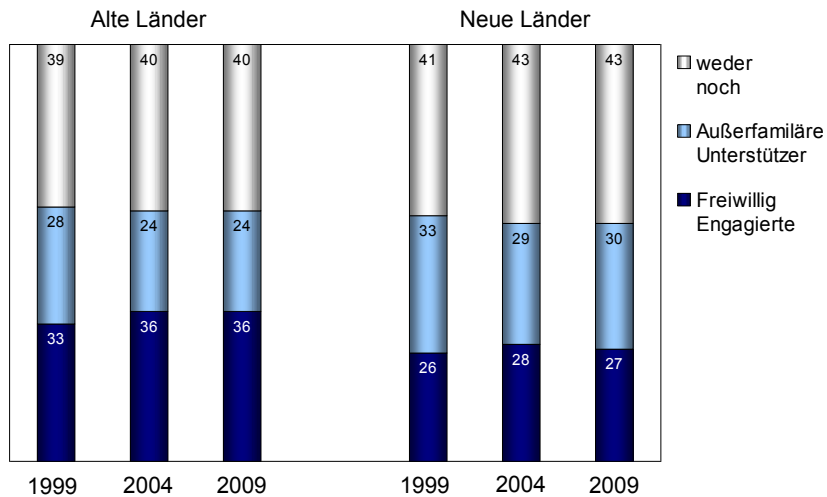
Bevölkerung im Alter ab 14 Jahren (Angaben in %)



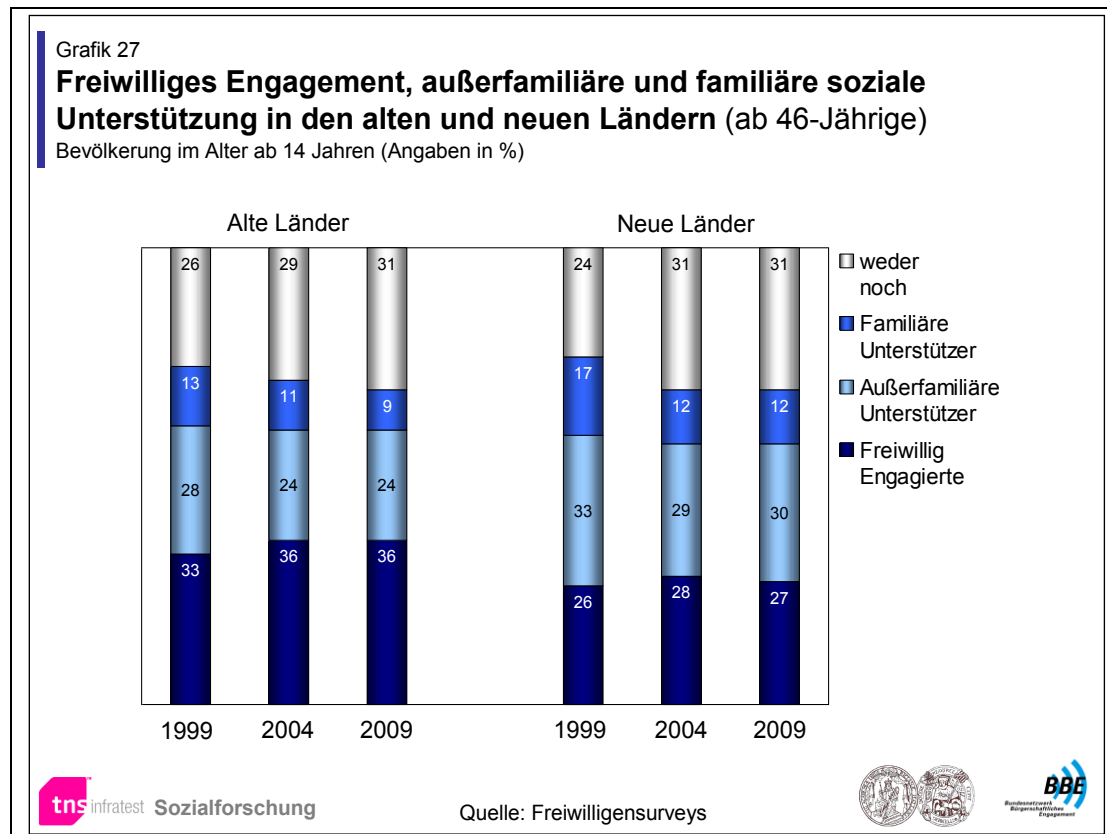
Grafik 26

Freiwilliges Engagement und außerfamiliäre soziale Unterstützung in den alten und neuen Ländern (über 45-Jährige)

Bevölkerung im Alter ab 14 Jahren (Angaben in %)



Die in der letzten Grafik noch erkennbare relative soziale „Vernetzungslücke“ bei den älteren Jahrgängen des Ostens schließt sich völlig, wenn man die *verwandtschaftliche Unterstützung* (über die Haushaltsgrenze) hinaus einbezieht (Grafik 27). Bei den über 45-Jährigen in den neuen Ländern gab es 2009 neben den 30%, die durch Unterstützungsleistungen mit Freunden, Bekannten und Nachbarn vernetzt sind, noch 12% familiäre Unterstützer, die sich zumindest gelegentlich um verwandte Personen außerhalb ihres Haushaltes kümmerten. Diese Gruppe ist in Ost und West deutlich geringer geworden, aber in den neuen Ländern größer geblieben als in den alten. Bei den jüngeren Jahrgängen im Alter von bis zu 45 Jahren spielt sie in Ost und West eine geringere Rolle.



Um die soziale Qualität in den neuen Ländern besser zu verstehen, muss also über die organisierten Formen der Vernetzung hinausgesehen und die Bedeutung der informellen sozialen Beziehungen und Netzwerke hinreichend gewürdigt werden. Man kann es so ausdrücken, dass in den neuen Ländern die zurückbleibenden formellen durch mehr sozial informelle Beziehungen ausgeglichen werden. Es muss darauf hingewiesen werden, dass dieses Phänomen besonders *im ländlichen Raum* der neuen Länder zu beobachten ist, in dem anteilig viel mehr Menschen leben als in den alten Ländern. Dies alles eingerechnet, ist es erstaunlich, dass (wie bereits erwähnt) in den neuen Ländern die soziale Qualität des Wohnumfeldes (sozialer Zusammenhalt) dennoch ungünstiger eingeschätzt wird. Besonders große Unterschiede zwischen West und Ost gibt es (trotz einer ebenso großen informellen Vernetzung) diesbezüglich im ländlichen Milieu.

Der weniger ausgeprägte Eindruck guten sozialen Zusammenhalts zieht sich außerdem durch alle eben betrachteten Gruppen. Zwar schätzen auch in den neuen Ländern Engagierte den sozialen Zusammenhalt in ihrem Umfeld häufiger als andere als gut ein (West 69%, Ost 61%) und die am wenigsten sozial vernetzte Gruppe, die keine informellen Unterstützungsleistungen

erbringt, deutlich weniger (West 56%, Ost 51%). Damit würden (zumindest theoretisch) mehr Engagierte in den neuen Ländern auch insgesamt bessere Einschätzungen des sozialen Zusammenhalts bedeuten, aber doch nur in beschränktem Maße. Das heißt, bei diesen Urteilen wird in den neuen Ländern auch ein allgemeiner Vorbehalt gemacht, für den die verschiedensten Faktoren verantwortlich sein können, die hier nicht aufgeklärt werden können; hohe Arbeitslosigkeit ebenso wie ein Gefühl des Verlustes besonders enger sozialer Beziehungen aus der DDR-Zeit.³⁷

II.3. Besonderheiten des freiwilligen Engagements in den neuen Ländern

Im Folgenden werden wichtige Eigenarten des freiwilligen Engagements in den neuen Ländern untersucht. Sie sind insofern Besonderheiten, als man die Situation in den alten Ländern als normal unterstellt. Dies erscheint wegen der schon von der Bevölkerungszahl her dominanten westdeutschen Kultur als durchaus legitim.³⁸ Das Normalkonzept ergibt sich inhaltlich aus der Definition des Engagements als *gemeinnützig motiviert*, seine auffälligen schichthierarchischen Aspekte dagegen vor allem aus einer gewissen Notwendigkeit *individueller Ressourcen* für das freiwillige Engagement. Dieses Konzept ist jedoch auch mit Traditionen unterlegt, die in den Gewohnheiten und Lebensstilen verschiedener Milieus festgeschrieben sind. Von der traditionellen Seite her gibt es auch in den alten Ländern einen Wandel, in dem sich (nicht nur in der Zivilgesellschaft) die Verhältnisse ändern. Das scheint allerdings mehr in den Leitbildern als in den praktischen Routinen zu geschehen. Schwächen sich die Traditionen der Zivilgesellschaft zunehmend ab, z. B. die Bindung an bestimmte Kulturmilieus, dann verbleibt immer noch die Ressourcenfrage. Diese kann sich in Zeiten zunehmender sozialer Ungleichheit und Armut verschärfen. Mit Ressourcen sind hier sowohl materielle als auch ideelle gemeint, wie sie am sozioökonomischen Status und am Bildungsniveau von Personen festgemacht werden können. In den neuen Ländern hatte sich auch das jüngere Lebensalter als eine „Ressource“ eigener Art gezeigt, die im Rahmen des Umbruchs über den Zugang zur Ausbildung und vor allem zum Arbeitsmarkt entschied. Die Fragen der Ressourcen und Traditionen gilt es im Vergleich der neuen und alten Länder zu untersuchen.

Das Normalkonzept des Engagements lässt sich anhand der gesamtdeutschen Daten an verschiedenen Merkmalen nachweisen:

- deutlich nach oben gestuftes Engagement von einfacher über mittlere zu höherer Bildung (mit einem besonders hohen Engagement bei Akademikern)
- ähnliche Hierarchie mit steigendem beruflichem Status bei Arbeitnehmern
- gestuft zunehmendes Engagement mit besserer persönlicher wirtschaftlicher Lage
- gestuft zunehmendes Engagement mit besserem (bzw. besser empfundenem) Wohnumfeld
- besondere Affinität bei der „gemeinnützig tätigen“ Berufsgruppe der Beamten, insbesondere in gehobener und höherer Laufbahn
- erhöhte Affinität bei (beschäftigenden) Freiberuflern und Unternehmern

³⁷ Es lässt sich zumindest festhalten, dass in Umfragen in den neuen Ländern bis heute der „enge soziale Zusammenhalt“ im Vergleich zu den bundesdeutschen Verhältnissen als einer der größten Vorzüge der DDR genannt wird. Vgl. die Zusammenstellung von Umfragedaten in Anhang 2.

³⁸ In den neuen Ländern (inkl. Berlins) leben nur ca. 20% der gesamten Bevölkerung Deutschlands. Vgl. dazu Anhang 2.

- deutlich mehr Engagement bei Erwerbstätigen gegenüber nicht Erwerbstätigen, insbesondere gegenüber Arbeitslosen

Neben diesen hierarchischen Elementen des Engagements gibt es weitere Merkmale, die zum Teil quer dazu stehen. Oft sind es die Typik der Lebensphase oder die jeweiligen Gelegenheitsstrukturen, die erhöhtes Engagement erklären: etwa bei Familien mit Kindern und Jugendlichen im Haushalt, bei im Wohnort Verwurzelten oder im ländlich-kleinstädtischen Raum. Dazu kommt die soziale Vernetzung (Größe der Freundes- und Bekanntenkreise sowie die wechselseitige soziale Unterstützung), die in Wechselbeziehung zum freiwilligen Engagement steht. Im öffentlichen Bereich tätige männliche Erwerbstätige mit akademischem Abschluss, die schon länger im Wohnort integriert sind, Kinder und Jugendliche im Haushalt und ein großes soziales Netzwerk haben, sind mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit freiwillig engagiert. Allerdings müssen diese Merkmale empirisch erst einmal zusammenkommen. Dass Männlichkeit im Normalkonzept des freiwilligen Engagements eine große Rolle spielt, hat verschiedene Ursachen. Männer sind in allen Lebensphasen recht stark engagiert, während das Engagement der Frauen in der Familienphase kumuliert, in anderen Phasen aber eher niedrig ist (z. B. in der verlängerten Ausbildungsphase oder in der Zeit des „empty nests“, wenn die Kinder „flügge“ geworden sind). Außerdem sind die Angebote des Engagements in der Breite mehr auf den männlichen Lebensstil und die männlichen Interessen hin ausgerichtet, die stärker als bei Frauen auf öffentliche Einflussnahme gerichtet sind.

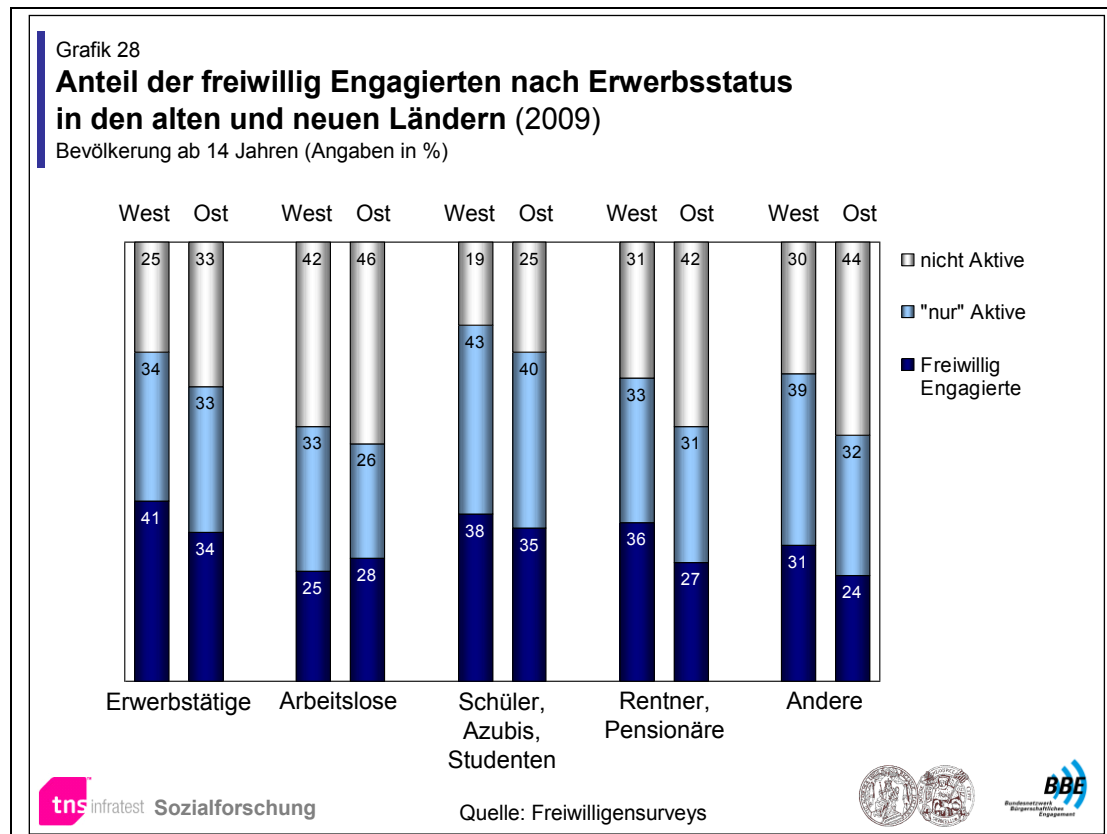
Bereits die Vorgängerstudie hatte herausgearbeitet, dass viele Elemente des Normalkonzeptes des freiwilligen Engagements in den neuen Ländern kaum oder weniger wirksam sind. Bevor diese auf dem Stand von 2009 erneut untersucht werden, sollen zunächst diejenigen Merkmale hervorgehoben werden, die auch in den neuen Ländern jenem westdeutschen Normalkonzept in etwa entsprechen. Das sind:

- Geschlecht; Mann
- Höherer Bildungsstatus
- Höherer Berufsstatus
- Beamte, beschäftigende Selbstständige
- Erwerbstätige, verlängerte Ausbildungsphase
- Familienphase
- Soziale Vernetzung

Allerdings ist in den neuen Ländern die Bedeutung einiger Merkmale erkennbar schwächer ausgeprägt. Am auffälligsten ist das bei der *Erwerbstätigkeit*, insbesondere deswegen, weil sich die neuen Länder hierbei seit 2004 vom Normalkonzept wegbewegt haben. Zwar ist in Grafik 28 das höhere Engagement der Erwerbstätigen gegenüber den Rentnern und Pensionären sogar etwas mehr zu erkennen, wobei hier jedoch der für die neuen Länder bereits diskutierte Alterseffekt durchscheint.³⁹ In Relation zu den jungen Leuten in der (verlängerten) Ausbildungsphase und den Arbeitslosen ist eine besondere Rolle der Erwerbstätigen gar nicht bzw. viel weniger zu erkennen. Der Abstand zwischen Erwerbstätigen und Arbeitslosen ist inzwischen sogar bemerkenswert gering (2009 im Osten nur noch 6 Punkte, im Westen 16 Punkte; 1999: noch 11 versus 14 Punkte). Zu keiner anderen größeren Gruppe hat sich also die Schere von 1999 dermaßen geschlossen wie zwischen Erwerbstätigen und Arbeitslosen in den neuen Ländern. Nimmt man nur die Jahrgänge im Alter von bis zu 45 Jahren, findet man

³⁹ In der Restgruppe der „Anderen“ ist es vor allem der Unterschied zwischen der im Westen etwa durchschnittlich freiwillig engagierten Gruppe der Hausfrauen, die im Osten sehr wenig engagiert, aber auch sehr klein ist (West: 7%, Ost 2%).

in den neuen Ländern 2009 *überhaupt keinen Unterschied mehr* (Erwerbstätige und Arbeitslose 36% Freiwillige). In den alten Ländern ist der Unterschied bei den Jüngeren fast genauso groß wie im Durchschnitt (40% zu 25%), obwohl sich auch hier das Engagement der Arbeitslosen erhöht hat (von 19% auf 25%). Bei keinem Merkmal verstößt die Situation in den neuen Ländern mehr gegen das Normalmodell der Bundesrepublik als beim Verhältnis des Engagements zwischen Erwerbstätigen und Arbeitslosen, und das ganz besonders bei den jüngeren Menschen im Alter von 14 bis 45 Jahren, wozu vor allem die äußerst starke Zunahme des freiwilligen Engagements der jüngeren Arbeitslosen des Ostens von 1999 22% auf 2009 36% beigetragen hat.

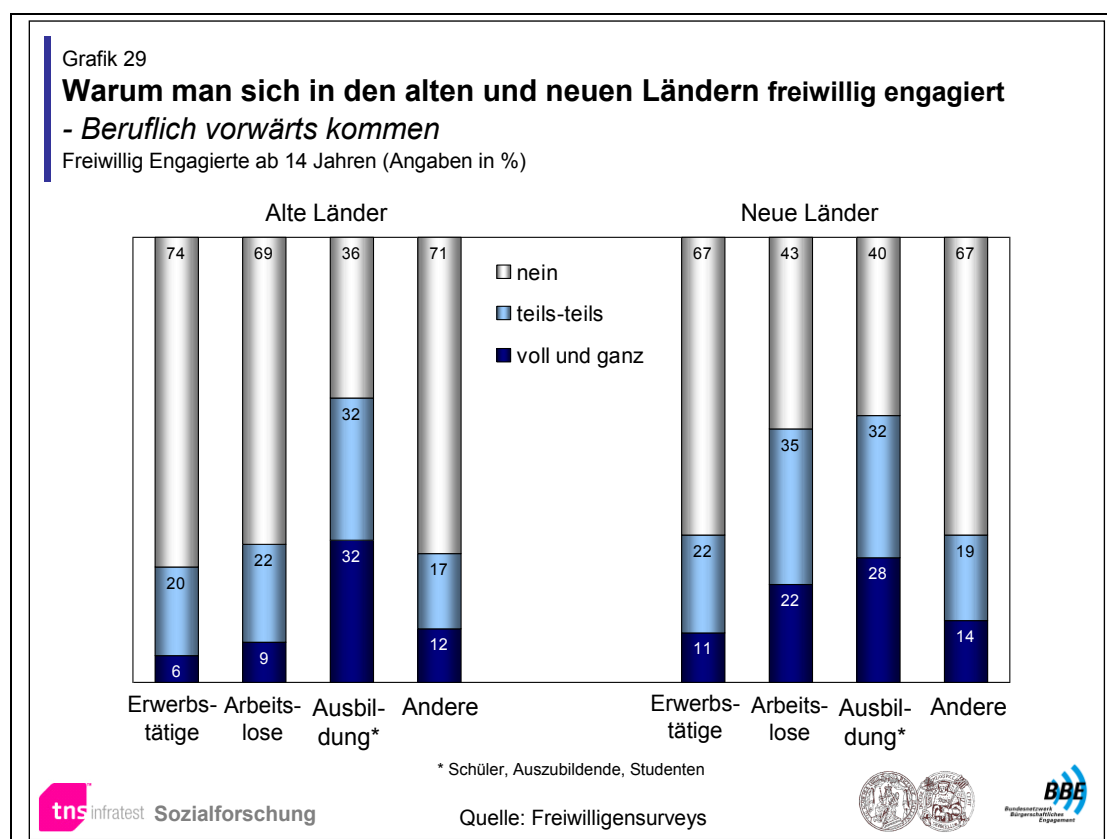


II.3.1. Erhöhte Arbeitsmarktnähe

Die *quantitative* Bedeutung des deutlich erhöhten Engagements der Arbeitslosen und des größeren Umfangs dieser Gruppe in den neuen Ländern für den Charakter des freiwilligen Engagements darf allerdings nicht überschätzt werden. Zwar stehen unter den Engagierten im Alter von bis zu 45 Jahren in den neuen Ländern mehr Arbeitslose weniger Erwerbstätigen gegenüber. Dennoch ist das Verhältnis von 9% Arbeitslosen zu 55% Erwerbstätigen in den neuen Ländern nur graduell verschoben, im Westen ist es mit 3% Arbeitslosen und 60% Erwerbstätigen zumindest nicht gravierend anders. Der quantitative Effekt ist also nicht besonders stark, was jedoch noch nichts über den *qualitativen* Effekt aussagt, der sich erst aus weiteren Merkmalen erschließen lässt. Die Präsenz von Arbeitslosen (im Sinne der Arbeitsverwaltung) kann sich verstärken, wenn im Umfeld der zivilgesellschaftlichen Organisationen und Institutionen so genannte 1-Euro-Kräfte, inzwischen vor allem „Bürgerarbeiter“ vertreten sind,

die gering bezahlte Tätigkeiten ausüben, die auch Freiwillige ausüben oder ausüben könnten.⁴⁰

Ein weiterer Beleg für die deutliche Abweichung der neuen Länder vom Normalmodell des freiwilligen Engagements ist, dass Arbeitslose in den neuen Ländern weit mehr als in den alten Ländern deswegen engagiert sind, weil sie dadurch beruflich vorwärtskommen wollen (Grafik 29). Allerdings muss auffallen, dass in Ost und West die Gruppe der Schüler, Auszubildenden und Studenten noch stärker als die der Arbeitslosen vom Normalmodell des Engagements abweicht, nachdem das Engagement dem Gemeinwohl dienen und kein Vehikel zur Verbesserung der persönlichen Arbeitsmarktchancen sein soll. Die besondere Motivlage der jüngeren Menschen erkennt man daran, dass bei ihnen in Ost und West das Motiv der Mitgestaltung des Gemeinwesens wesentlich gleichgewichtiger mit dem arbeitsmarktbezogenen Motiv auftritt als bei den Engagierten insgesamt („voll und ganz“ bei allen: 61% zu 10%; bei Schülern, Auszubildenden und Studenten 49% zu 31%). Auffällig ist besonders der Unterschied bei der Ablehnung des beruflichen Motivs, das von allen Freiwilligen zu 71% ausgeschlossen wird, bei Schülern, Auszubildenden und Studenten nur zu 37%.



Zwar schließen auch bei den Schülern, Auszubildenden und Studenten ganz wenige das Motiv der Mitgestaltung aus, aber viele machen hier Einschränkungen, und das sind sogar *deutlich mehr als bei den Arbeitslosen*. Dieses Phänomen zieht sich bei den jungen Leuten ziemlich gleichmäßig über die Bildungsgruppen hinweg, und es ist auch relativ unabhängig von der

⁴⁰ Das gilt zumindest dann, wenn es sich dabei wirklich um so genannte *zusätzliche* Arbeiten handelt, die nicht eigentlich durch hauptamtliches Personal oder durch die Privatwirtschaft auszuüben wären, also nicht der Versuch vorliegt, *notwendige* Arbeit möglichst kostengünstig bearbeiten zu lassen.

persönlichen wirtschaftlichen Lage. Sie sind zum einen Ausdruck der besonderen Lebenssituation der jungen Menschen in der (verlängerten) Ausbildungsphase. Darauf deutet der abrupte Bruch von der Altersgruppe der 14- bis 30-Jährigen zur Gruppe der 31- bis 45-Jährigen hin. Bei den ersten spielt das berufliche Motiv nur zu 44% keine Rolle, bei der nächstälteren Gruppe bereits zu 72%. Zum anderen dürfte sich in diesen Daten auch ein kultureller Wandel verbergen, der die Koordinaten der Zivilgesellschaft längerfristig verschieben kann. Es ist sicher schwer einzuschätzen und weiter zu beobachten, ob sich mit der bereits im Gange befindlichen Verbesserung der Ausbildungs- und Arbeitschancen der jungen Menschen wieder eine Abschwächung des Bezugs des Engagements zum Arbeitsmarkt einstellen wird, sich dieses Phänomen also wieder normalisieren wird. Es ist zu vermuten, dass das in gewissem Maße der Fall sein wird, dass sich aber dennoch der Arbeitsmarktbezug des Engagements zukünftig in einem gewissen Maße in der Zivilgesellschaft ausbreiten wird.

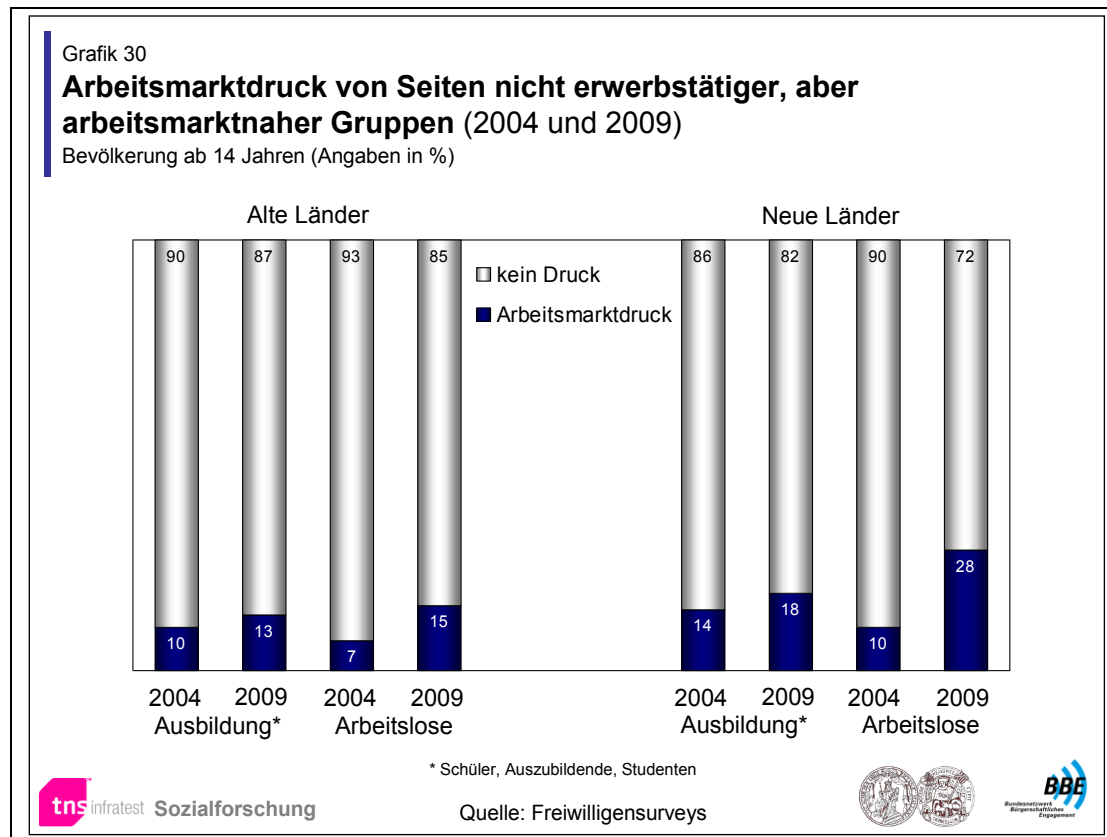
Es stellt sich ohnehin die Frage, inwieweit die Zivilgesellschaft bereits jetzt *objektiv* und unmittelbar einen solchen Bezug zum Arbeitsmarkt besitzt. Das ist z. B. dann der Fall, wenn Tätigkeiten, die Freiwillige ausüben, in deren organisatorischem Umfeld auch hauptberuflich ausgeübt werden. Eine solche Parallelität kann für Freiwillige die Frage aufwerfen, ob sie ihre freiwillige Tätigkeit nicht lieber bezahlt ausüben sollten, naturgemäß besonders für solche, die ohnehin Arbeit suchen. Zwischen 2004 und 2009 gab es diesbezüglich gewisse Veränderungen. In den alten und neuen Ländern vollzogen sich freiwillige Tätigkeiten 2004 zu jeweils 22% parallel zu gleichartigen, aber bezahlten, 2009 waren es im Westen 26% und im Osten bereits 28%. Im gleichen Zeitraum wollten von jenen Freiwilligen, die das in ihrem Umfeld wahrnahmen, in den alten Ländern erst 24%, dann 26% ihre Tätigkeit lieber bezahlt ausüben. Im Osten war dieser Anstieg wesentlich stärker (von 25% auf 32%).

Um sich ein Bild von diesem unmittelbaren Arbeitsmarktbezug zu machen, müssen beide Daten zueinander in Beziehung gesetzt werden. Es gilt, jene Gruppe der Freiwilligen zu quantifizieren, die die Möglichkeit hat, die Tätigkeit auch bezahlt auszuüben, und diese Möglichkeit auch nutzen will. Im Zeitraum von 2004 bis 2009 stieg in den alten Ländern der Anteil dieser auf den Arbeitsmarkt drängenden Gruppe in den alten Ländern von 5% auf 7%, in den neuen von ebenfalls 5% auf 9%. Das bedeutet, dass diese Gruppe weiterhin klein ist, auch wenn sie sich in den neuen Ländern fast verdoppelt hat. Allerdings ist diese Zahl nicht besonders aussagekräftig, so lange sie sich auf Gruppen bezieht, die von ihrer Lebenssituation her gar nicht auf den Eintritt in den Arbeitsmarkt hin orientiert sind, wie Erwerbstätige oder Rentner und Pensionäre.

Aufschlussreicher ist die Betrachtung derjenigen Gruppe, die *noch nicht* auf dem Arbeitsmarkt tätig ist (Schüler, Auszubildende und Studenten), und derjenigen, die das im Moment *nicht mehr* sind, aber es wieder sein wollen, wie insbesondere die Arbeitslosen. Und hier wird die Vermutung bestätigt, dass es vor allem die Arbeitslosen sind, die im Rahmen ihres Engagements einen Druck auf den Arbeitsmarkt ausüben, weil sie einerseits vermehrt Dinge tun, die parallel auch bezahlt erledigt werden, zum anderen diese Dinge lieber bezahlt bearbeiten würden. Und dieser Druck ist seit 2004 deutlich gestiegen (2004: 8%, 2009 20%). In gewissem Maße zeigt sich dieser Trend auch bei jungen Menschen in der (verlängerten) Ausbildungsphase (2004: 11%, 2009 14%).

Eine gewisse Dramatik erhalten diese Zahlen erst, wenn man die Werte für die neuen Länder getrennt darstellt (Grafik 30), und das bezieht sich vor allem auf die Arbeitslosen. Von den freiwillig engagierten Arbeitslosen drängen im Osten 28% auf den Arbeitsmarkt, im Westen 15%. Noch auffälliger als diese Absolutzahlen ist der Trend, der im Westen immerhin eine Verdopplung anzeigt und im Osten sogar zu einer Verdreifachung tendiert. Daneben nehmen

sich die Zahlen für die Schüler, Auszubildenden und Studenten geringer aus, sind aber dennoch überdurchschnittlich. Dennoch fällt in Ostdeutschland die Sondersituation der Arbeitslosen klar ins Auge, die fast doppelt so stark auf den Arbeitsmarkt drängen wie die jungen Menschen in der (verlängerten) Ausbildungsphase.



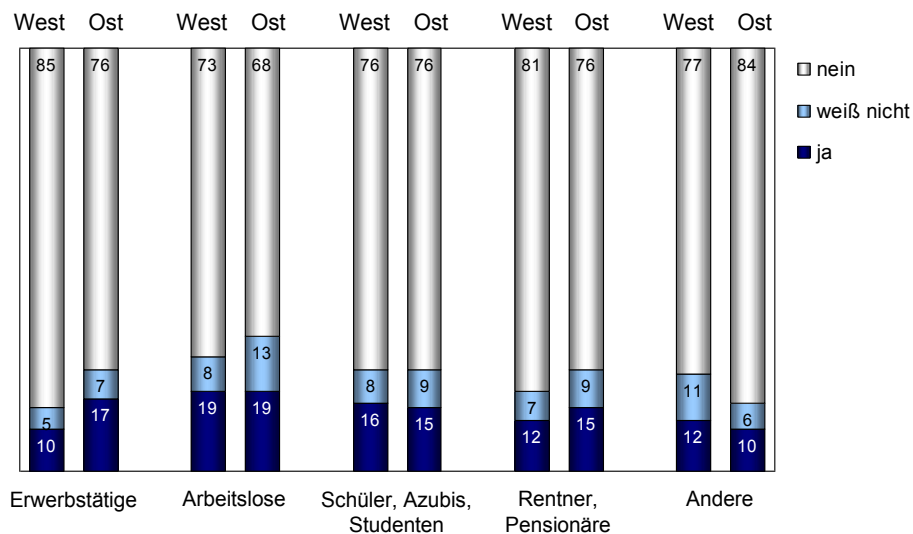
Da hier der Begriff „Arbeitsmarktdruck“ verwendet wird, gilt es eine mögliche Assoziation, die man damit verbinden kann, weitgehend auszuschließen. Es geht nicht darum, den Arbeitslosen eine Mentalität zu unterstellen, hauptamtlich Berufstätige aus ihren Tätigkeiten zu verdrängen, sondern um den Druck der objektiven Verhältnisse. In den neuen Ländern gibt es nun einmal anteilig mehr Arbeitslose und das Angebot an halbwegs attraktiven Arbeitsplätzen ist schlechter als in den neuen Ländern. Die Arbeitslosen des Ostens haben eine hohe Motivation zu arbeiten und viele nutzen alle (legalen) Möglichkeiten, von der staatlichen Alimentation wegzukommen und eigenes Geld zu verdienen.

Arbeitsmarktdruck kann allerdings auch anderweitig gemessen werden. Wenn Freiwillige den Eindruck haben, in ihrem Umfeld werden hauptberufliche Arbeitsplätze in unbezahlte (oder nur geringfügig entlohnte) Tätigkeiten umgewandelt, gibt es hier einen Druck insofern, dass in den Organisationen und Institutionen der Zivilgesellschaft ein Arbeitsplatzabbau stattfindet. 2009 hatten 12% der Engagierten in den alten Ländern und 16% in den neuen Ländern den Eindruck, ein solcher Prozess finde statt. Die insgesamt höheren Werte in den neuen Ländern erklären sich allerdings kaum aus den Antworten jener Gruppen, die einen erhöhten Arbeitsmarktdruck ausüben. Dennoch sind es in Ost und West die Arbeitslosen, die solche Prozesse vermehrt wahrnehmen oder zumindest nicht ausschließen können. Die Abweichungen des Ostens zum Westen stammen allerdings ganz besonders von den Erwerbstätigen und auch von den Rentnern und Pensionären (Grafik 31).

Grafik 31

Eindruck freiwillig Engagierter, in ihrem Umfeld würden hauptberufliche Tätigkeiten durch unbezahlte Tätigkeiten ersetzt werden (2009)

Bevölkerung ab 14 Jahren (Angaben in %)



tns infratest Sozialforschung

Quelle: Freiwilligensurveys



Der scheinbare Widerspruch zwischen dem Befund, dass Arbeitssuchende im Bereich der Zivilgesellschaft zunehmend in bezahlte Beschäftigung drängen, jedoch gleichzeitig hauptberufliche Stellen abgebaut werden, lässt sich aufklären. Die Annahme ist ein Modell, nachdem im Dritten Sektor, vor allem im Bereich der sozialen und anderweitigen Daseinsvorsorge, relativ gut bezahlte und sozial abgesicherte Tätigkeiten durch „freiwillige“ Tätigkeiten ersetzt werden, bei denen die neuen „Beschäftigten“ eine gewisse Bezahlung erhalten, die den „Arbeitgeber“ aber wegen des geringeren Umfangs und der Abkopplung von den Sozialsystemen deutlich weniger kostet als früher. Die Bedeutung solcher Phänomene kann hier nicht quantifiziert werden, qualitativ sind sie jedoch für potenzielle und aktive Freiwillige, die nicht nach einer „Beschäftigung“ streben, sicher nicht besonders motivierend. Zum anderen gibt es hier eine rechtliche Grauzone und es würden sich sogar Straftatbestände ergeben, wenn die Gesetzgebung Lücken schließen würde, die durch die Reformgesetze entstanden sind.⁴¹

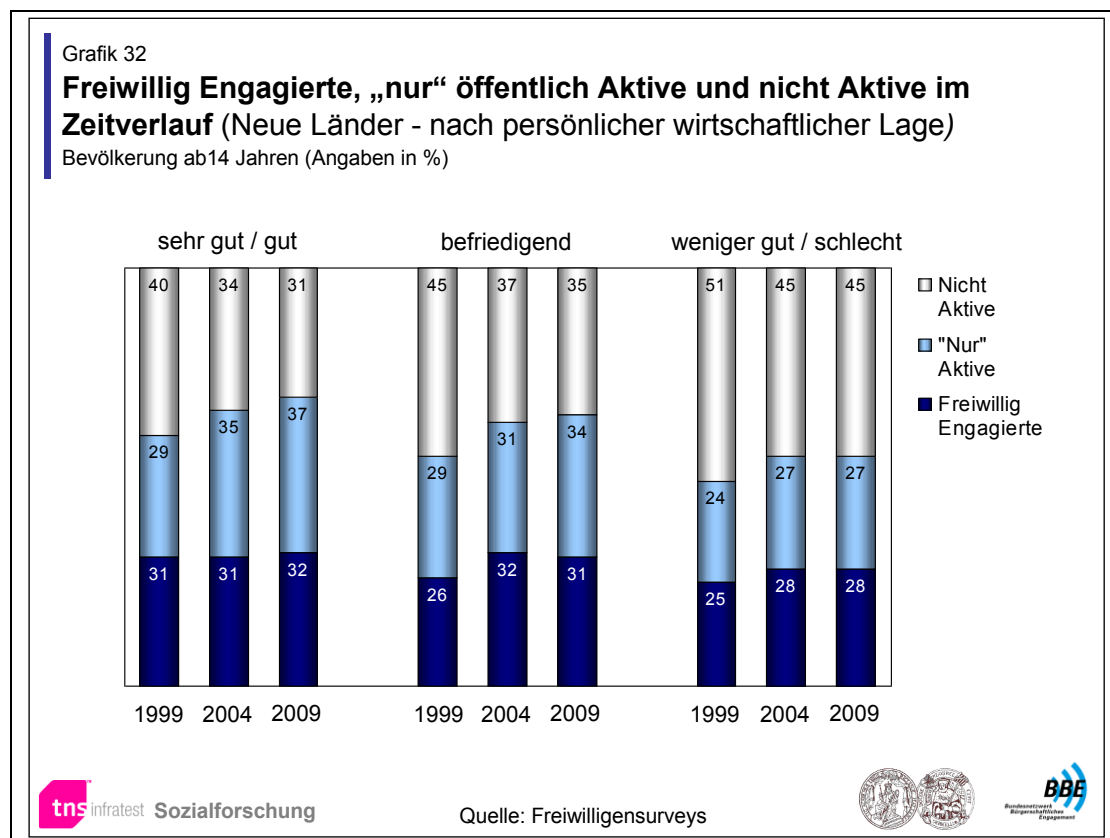
Somit kommt für die neuen Länder eine ganze Reihe von Phänomenen zusammen, die dazu führen können, dass der Dritte Sektor und die Zivilgesellschaft schleichend einen immer mehr auf den Arbeitsmarkt bezogenen Charakter bekommen. Aus dem Typus des sozial mitgestaltenden Engagements materiell und sozial einigermaßen gesicherter Personen wird zunehmend ein Engagement von Menschen, die auf der Grundlage einer eher prekären persönlichen Situation nach Arbeit und Qualifikation suchen. Diese Gefahr besteht auch in den alten Ländern, aber wegen der Schwäche des Arbeitsmarktes und der öffentlichen Hand in Ostdeutschland ungleich mehr in den neuen. Diese Arbeitsmarktnähe des Engagements in Ostdeutschland wird auch durch die qualitative Studie bestätigt (vgl. Kapitel III). Politik und Gesellschaft müssen das zur Kenntnis nehmen und sich entscheiden, ob sie den schleichenden

⁴¹ Die Gewerkschaften beobachten diese Grauzonen mit Recht besonders sensibel und auch die öffentliche Berichterstattung versucht hier, etwas Licht in das Dunkel zu bringen.

Verlust der Eigenart der deutschen Engagementkultur hinnehmen oder gegensteuern wollen (vgl. auch die Empfehlungen in Kapitel VI).

II.3.2. Geringere Statusabhängigkeit

Neben der erhöhten Beziehung des Engagements in den neuen Ländern zum Arbeitsmarkt und einem erhöhten Druck Freiwilliger auf den Arbeitsmarkt (insbesondere seitens Arbeitsloser, teils auch von Schülern, Auszubildenden und Studenten) fällt über die gesamte Periode des Freiwilligensurveys der geringe Zusammenhang mit dem materiellen Status ostdeutscher Freiwilliger auf (Grafik 32).⁴² Gegenüber 2004 und der entsprechenden Analyse der Vorgängerstudie haben sich die Verhältnisse fast gar nicht verändert. Bei denen, denen es materiell gut oder sehr gut geht, liegt das Engagement bei 32%, bei denen, denen es weniger gut oder schlecht geht, bei 28% (West 41% versus 30%).

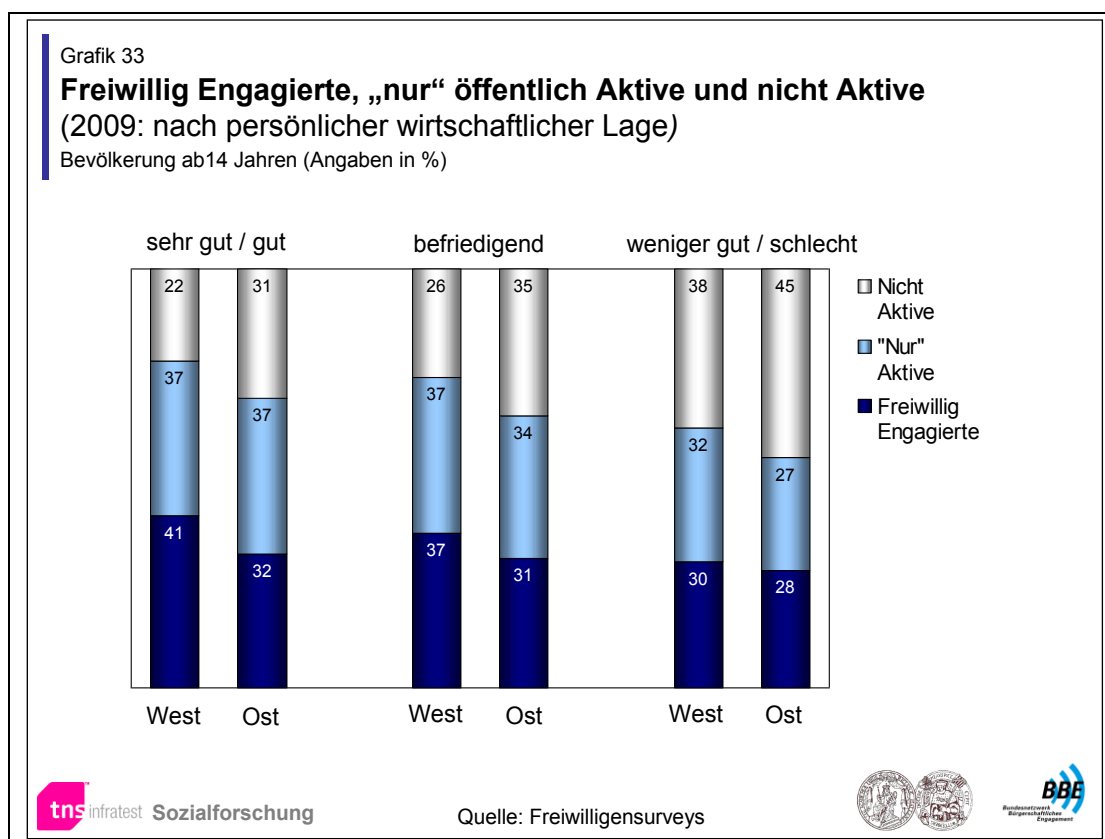


2009 fällt allerdings ein Phänomen noch mehr als früher ins Auge: Je höher der ökonomische Status, desto mehr dominiert der Typus des „nur“ öffentlich Aktiven (quantitativ) den des Freiwilligen. Schon 2004 galt in den neuen Ländern folgende Regel: Je besser der materielle Status, desto mehr tritt der Typus des „nur“ Aktiven auf, wobei 2009 dieser Anteil bereits ab der Grenze der befriedigenden Versorgung deutlich erhöht ist. Sich unverbindlich in der Zivilgesellschaft zu beteiligen ist inzwischen offensichtlich eine Art „Luxus“, den sich die wenigstens befriedigend Versorgten leisten, während bei materiell weniger gut oder schlecht Versorgten

⁴² Zur Frage des sozialen Status im Vergleich von Ost und West siehe die Faktenzusammenstellung im Anhang 2.

der neuen Länder öffentliche Beteiligung in der Zivilgesellschaft bevorzugt auch die dauerhafte Übernahme bestimmter freiwilliger oder ehrenamtlicher Tätigkeiten bedeutet.

Gerade bei Arbeitslosen dürfte der hohe Anteil an gebundenen Freiwilligen an den öffentlich Beteiligten bedeuten, dass man schon aus Gründen der Strukturierung und der inhaltlichen Anreicherung seines Lebens bevorzugt eine freiwillige „Beschäftigung“ sucht, die außerdem einem potenziellen Arbeitgeber Hinweise auf das persönliche Arbeits- und Qualifizierungsbedürfnis gibt, andererseits zuweilen sogar in eine bezahlte Tätigkeit übergehen kann. Auch hier gilt wie im vorigen Kapitel die Ambivalenz dieses Befunds, nach der die Gefahr besteht, dass sich schleichend die Maßstäbe von eigentlich zivilgesellschaftlichen Motiven zu arbeitsmarktbezogenen verschieben können. In diese Situation sind dann im Freiwilligensektor zunehmend präsente Modelle wie etwa die Bürgerarbeit Langzeitarbeitsloser einzurechnen und auf ihre Wirkung auf das Image „freiwilliger Beschäftigung“ hin zu hinterfragen.⁴³



⁴³ „Bürgerarbeit“ erscheint in der öffentlichen Diskussion eher als schillernder, denn genau definierter Begriff. Immer wieder wird auf den Bezug solcher Tätigkeiten zum Gemeinwohl hingewiesen, und ursprünglich wurde er als freiwillige Arbeit ins Spiel gebracht. Eine staatliche Definition ist allerdings bundesweit (nach der Vorlage eines Projektes in Sachsen-Anhalt) getroffen worden und zwar als nicht freiwillige (sozialversicherungspflichtige, aber nicht arbeitslosenversicherte) Beschäftigungsform für Langzeitarbeitslose, die bei Verweigerung mit Sanktionen rechnen müssen. Es wurden ca. 34.000 Plätze eingerichtet. Eine Klammer zum Gemeinwesen wird dadurch hergestellt, dass als Arbeitgeber „Gemeinden, Städte und Kreise“ genannt werden, aber auch andere „im Einvernehmen“ mit Ersteren, was auch Leiharbeitsfirmen sein können. Die Arbeitsfelder der Bürgerarbeiter sollen „zusätzlich“ sein und im öffentlichen Interesse liegen. Eigentliches Ziel sei die Eingliederung in den regulären Arbeitsmarkt, was allerdings nach ersten Erfahrungen selten gelingt. (Vgl. <http://www.bmas.de/DE/Service/Presse/Pressemitteilungen/buergerarbeit.html>).

In diesem Zusammenhang gerät auch der Befund in ein neues Licht, nachdem im Osten im Vergleich zum Westen die Beteiligung am freiwilligen Engagement desto geringer ist, je besser die Menschen ihre persönliche wirtschaftliche Lage einschätzen (Grafik 33). Beträgt der Unterschied zwischen Ost und West bei der Gruppe mit der ungünstigsten Versorgung nur 2 Punkte, so bei befriedigender Lage bereits 6 Punkte und bei der am besten versorgten Gruppe sogar 9 Punkte. Diese besonders große Differenz bei den Letzteren betrifft sowohl Erwerbstätige (diese noch etwas mehr) als auch nicht Erwerbstätige. Von der Seite der materiellen Ressourcen her ist es kaum nachzuvollziehen, warum das so ist.

Eine erhöhte Beanspruchung der Erwerbstätigen durch Höhe oder Unregelmäßigkeit der Arbeitszeit scheidet dabei als Erklärung weitgehend aus, weil diese Dinge zwischen Ost und West nur wenig abweichen. Gerade in der großen Gruppe der ostdeutschen Erwerbstätigen in guter bis sehr guter wirtschaftlicher Lage, *die ihre Freizeit besonders gut planen können*, bleibt das Engagement weit mehr hinter der westdeutschen Vergleichsgruppe zurück als bei denen, die schlechter planen können. Das ist wieder ein Hinweis auf einen im Vergleich zum Westen erhöhten Zusammenhang von Merkmalen der Prekarität (hier des Mangels an Souveränität über seine Freizeit bei Erwerbstätigen) dem freiwilligen Engagement bzw. auf den Nicht-Zusammenhang mit dieser Souveränität.

Die Gründe, warum die Beteiligung der gut versorgten Ostdeutschen so oft und sogar zunehmend im Unverbindlichen verbleibt, sie also (egal ob erwerbstätig oder nicht erwerbstätig) so oft im Status der zivilgesellschaftlich „nur“ Aktiven verbleiben, müssen woanders liegen. Eine Denkrichtung kann sein, dass der starke Arbeitsmarktbezug des Dritten Sektors in den neuen Ländern dazu führen kann, dass es den Erwerbstätigen nicht einleuchtet, dass sie dort eine „freiwillige Beschäftigung“ aufnehmen, wie es offensichtlich viele Arbeitslose tun. Und die im Osten besonders präsenten öffentlichen Angebote „gemeinnütziger Beschäftigung“ dürften auch nicht dazu motivieren. So verbleibt man in abwartender Reserve, zu der dann auch noch andere Faktoren hinzukommen können, z. B. ideologischer Art.⁴⁴

Die Barrieren des Übergangs von unverbindlicher öffentlicher Beteiligung in freiwilliges Engagement sind bei guter oder sehr guter wirtschaftlicher Lage umso geringer, je höher das Bildungsniveau ist (Grafik 34). Bei einfacher Bildung, die bei dieser materiellen Lage allerdings sehr unwahrscheinlich ist, beträgt die Differenz zwischen Ost und West 16 Punkte, bei mittlerer Bildung 13 Punkte und bei höherer Bildung 8 Punkte. Gleichzeitig nähert sich auch der gesamte Umfang der öffentlichen Beteiligung zwischen Ost und West stark an. Es muss allerdings auffallen, dass selbst in der wahrscheinlichsten Kombination von mindestens guter wirtschaftlicher Lage und hohem Bildungsstatus noch eine recht große Differenz des freiwilligen Engagements verbleibt.

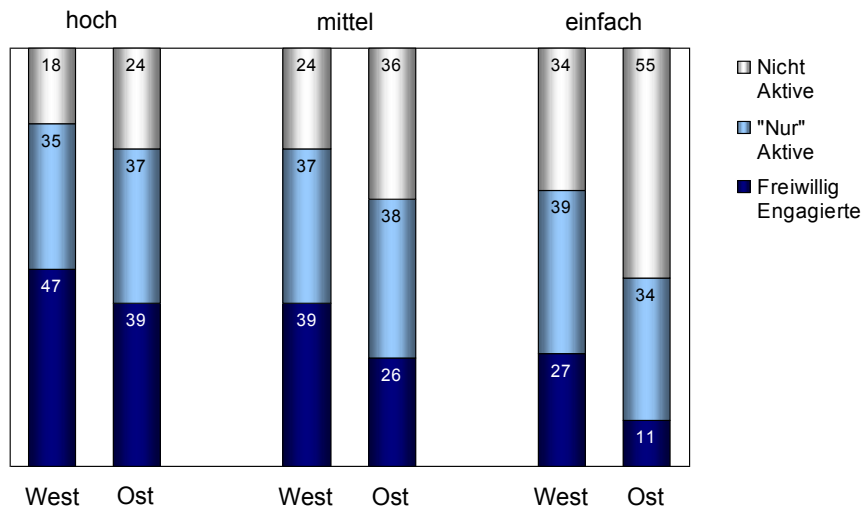
⁴⁴

Vgl. Anhang 2.

Grafik 34

Freiwillig Engagierte, „nur“ öffentlich Aktive und nicht Aktive (2009: wirtschaftliche Lage gut: nach Bildungsstatus)

Bevölkerung ab 14 Jahren (Angaben in %)



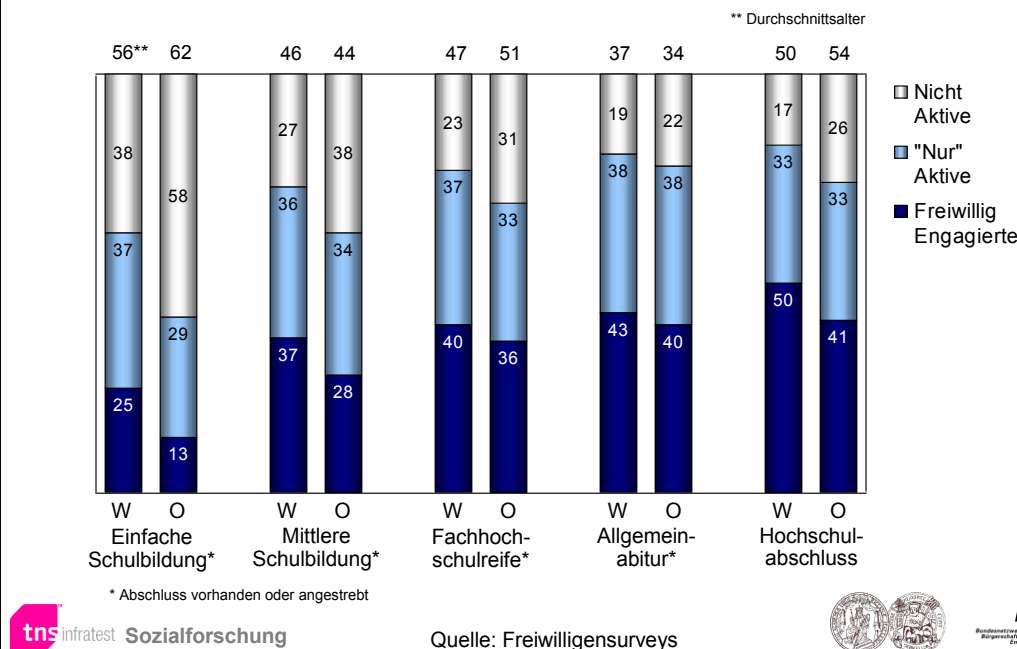
Die vergleichende Untersuchung der in beiden Landesteilen sozusagen „besten aller Statuswelten“ zeigt somit zwar eine Reduktion des Unterschieds beim freiwilligen Engagement an, dennoch liegt das Verhältnis von West und Ost bei 100:83 und damit nur sehr wenig über der allgemeinen Ratio. Auffälliger ist, dass in der Statuselite der Anteil der „nur“ Aktiven im Osten sogar größer ist als im Westen. Die Typik des „Luxusstatus“ der nur teilnehmenden öffentlichen Aktivität wird in dieser ostdeutschen Gruppe im Grunde nur noch weiter hervorgetrieben, ohne dass das freiwillige Engagement sich wirklich deutlich an die westdeutsche Elite annähert. Verschärft man die Gunst der Bedingungen und vergleicht nur die Statuselite bei den bis zu 45-Jährigen, reduziert sich der Unterschied des Engagements zwar etwas, was aber vor allem auf das im Vergleich zum westdeutschen Durchschnitt etwas geringere Engagement der jüngeren Gruppe des Westens zurückgeht. Man kann es also drehen und wenden, wie man will, auch unter den günstigsten Bedingungen (hoher materieller und Bildungsstatus sowie jüngeres Alter) verbleibt beim Engagement immer noch eine deutliche Differenz zwischen West und Ost.

Um die eigenständige Rolle der Bildung darstellen zu können, lohnt es sich, diese vom materiellen Status zu trennen, auch wenn es zwischen beiden einen gewissen Zusammenhang gibt. Zum anderen führen eine Verfeinerung der Bildungsanalyse und eine Verknüpfung mit dem Lebensalter weiter (Grafik 35). Was unter Einbezug des materiellen Faktors nicht gelingt, funktioniert besser durch den Einbezug eines verfeinerten Modells der Schul- und Hochschulbildung. Zwischen Ost- und Westdeutschen, die über ein fachbezogenes und allgemeines Abitur verfügen, beträgt der Unterschied der Engagementquote nur 4 bzw. 3 Punkte. Sehr groß ist der Unterschied bei Menschen mit einfacher Bildung (12 Punkte), groß auch bei mittlerer Bildung, interessanterweise jedoch auch bei Menschen mit abgeschlossenem Hochschulstudium.

Grafik 35

Anteil der freiwillig Engagierten in den neuen und alten Ländern nach Bildungsweg bzw. -abschluss (2009)

Bevölkerung ab 14 Jahren (Angaben in %)



Das Lebensalter der jeweiligen Gruppen mischt sich recht unterschiedlich in diese Betrachtungsweise ein. Ins Auge fällt, dass Menschen mit allgemeiner Hochschulreife (aber ohne Hochschulabschluss) in Ost und West die jüngste Gruppe sind. In dieser Gruppe und in derjenigen mit mittlerem Schulabschluss sind die Ostdeutschen sogar jünger als die Westdeutschen, in den anderen Gruppen durchweg älter. Ganz besonders ist das bei Menschen mit einfacher Schulbildung der Fall und dieser Umstand dürfte in einem erheblichen Maße zur besonders großen Differenz beim Engagement beitragen. Dazu kommt auch die Marginalisierung dieser Gruppe in den neuen Ländern, die hier besonders klein ist.⁴⁵ Dass die Gruppe mit mittlerer Schulbildung im Osten jünger ist als diejenige im Westen, führt jedoch nicht dazu, dass der Unterschied beim Engagement hier besonders gering wäre, wie es bei der Gruppe mit Allgemeinabitur der Fall ist. Andererseits steht das höhere Alter der Fachabiturienten des Ostens einer recht geringen Differenz des Engagements zur westdeutschen Gruppen nicht entgegen. Faktoren, die mit der höheren Schullaufbahn verbunden sind, wirken offensichtlich in beiden Gruppen.

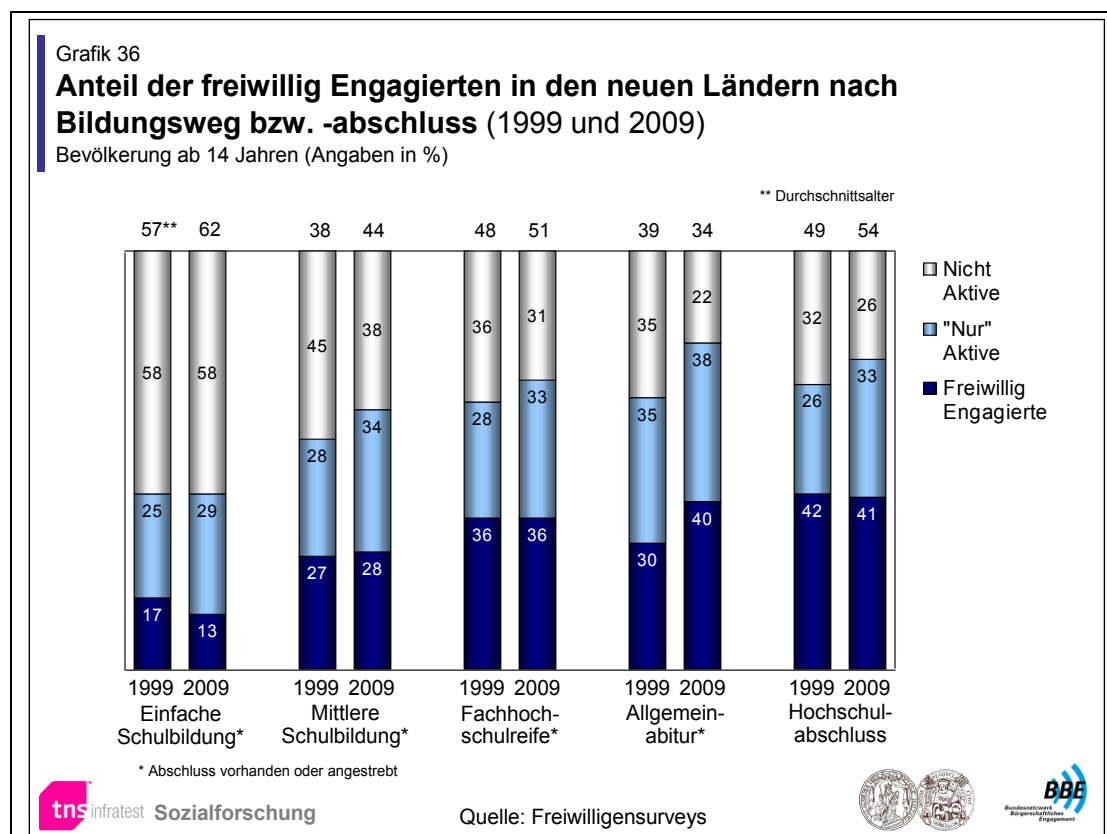
In der Situation der jungen Menschen, die im Osten über das Allgemeinabitur, aber noch nicht über einen Hochschulabschluss verfügen, bündeln sich viele Faktoren, die in den neuen Ländern zu einem vergleichsweise hohen Engagement führen. Jüngeres Lebensalter, Herkunft aus einem sozial und bildungsmäßig gehobenen Milieu, die besonderen Einsichten und Motive, die die höhere und fachübergreifende Bildungslaufbahn vermittelt, sowie die höheren beruflichen Aspirationen vereinen sich bei den Allgemeinabiturienten zu einem Komplex engagementförderlicher Bedingungen. Umso mehr muss die vergleichsweise hohe Engagementquote der neuen Bundesbürger mit Fachabitur ins Auge fallen, weil hier die Uni-

⁴⁵ Vgl. hierzu Anhang 2 mit der Zusammenstellung von statistischen Daten für neue und alte Länder.

versalität der Bildungsanregung nicht so ausgeprägt ist, vor allem aber das Lebensalter höher ist.

Bei den Westdeutschen mit mittlerer Bildung erklären wahrscheinlich systemische Sozialisationsbedingungen die gegenüber der ostdeutschen Vergleichsgruppe höheren Engagementquoten. In den neuen Ländern dürften dafür vor allem die ungünstigeren Lebenschancen verantwortlich sein, die sich dieser Gruppe bieten, außerdem der Mangel an intrinsischen Anregungen zum Engagement. Das relativ hohe Engagement der mittleren Bildungsgruppe, besonders auch der einfachen Gruppe im Westen dürfte vor allem extrinsische Umstände zum Hintergrund haben, z. B. milieuspezifische oder lokal-regionale Traditionen, die mit einer entsprechenden Angebotsstruktur einhergehen. Sowohl diese Traditionen als auch die entsprechenden Angebote dürften bei der ostdeutschen Gruppe weniger zur Verfügung stehen.

Dagegen entzieht sich die Situation bei den Ostdeutschen mit Hochschulabschlüssen einer einfachen Erklärung. Die Engagementquoten der jüngeren und älteren Menschen in dieser Gruppe waren 2009 völlig identisch. Das gilt jedoch auch für die alten Länder. Wenn das Lebensalter gerade im Osten unterschiedliche Sozialisationsbedingungen ausdrückt, bedeutet das, dass dieser Faktor im Bezug auf die Beteiligung am freiwilligen Engagement in dieser Gruppe inzwischen nur eine geringe Bedeutung hat (Grafik 36). Vielmehr ist zu vermuten, dass gerade in dieser Gruppe eine Tradierung einer erhöhten Engagementaffinität erfolgt. Das erfolgt indirekt über das, was die Bildungssoziologen als „soziale Vererbung“ höherer Bildung bezeichnen. Dieser Prozess ist seit den 1970er-Jahren auch für die DDR typisch geworden, nachdem die Verhältnisse in den 1950er- und 1960er-Jahren noch ganz anders lagen.



Auffällig ist der zwischen 2004 und 2009 *deutliche Rückgang* des freiwilligen Engagements bei den Menschen mit Hochschulabschlüssen in den neuen Ländern. Dadurch ist der Unterschied zwischen Ost und West überhaupt erst entstanden. Das geht deutlich mehr auf den Rückgang bei den Männern zurück als auf den bei den Frauen. Beide Geschlechter waren bei den Hochschulabsolventen 2009 in den neuen Ländern fast gleichermaßen engagiert (Männer 41%, Frauen 40%, etwas ungleicher im Westen 51% zu 47%). Nach dem Lebensalter betrachtet ist die Entwicklung nicht eindeutig, das Engagement ging in den neuen Ländern sowohl bei den 31- bis 45-jährigen Hochschulabsolventen deutlich zurück als auch bei den ab 66-jährigen. Für eine Bewertung dieser Entwicklung ist es im Moment noch zu früh.

II.3.3. Geringere Beziehung zu Mitgliedschaften und zum politischen Interesse

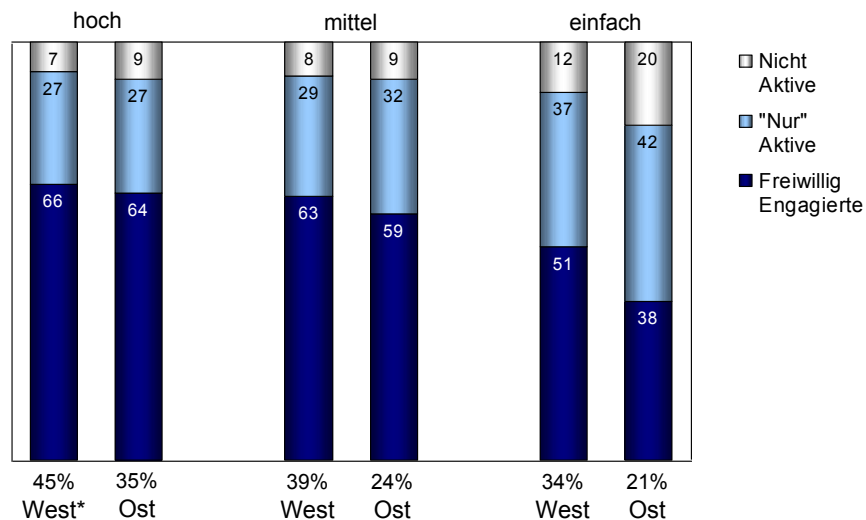
Es sind nicht nur die Arbeitsmarktnähe und die geringere Statusabhängigkeit des Engagements, die die Engagementkultur der neuen Länder von der der alten unterscheiden. Jene Faktoren sind eher den materiellen Bedingungen nach der Wende zuzuordnen, die von Arbeitsmarktschwäche und knappen öffentlichen Finanzen bestimmt werden. Der Faktor Bildung wies allerdings stärker in Richtung Kultur. Noch mehr betrifft das im engeren Sinne sozialkulturelle und ideologische Faktoren der Lebensweise und des Lebensstils, die Unterschiede zwischen Ost und Westen setzen. Ein solcher Unterschied war bereits anhand der höheren Bedeutung der informellen Vernetzung in den neuen Ländern festgestellt worden. Allerdings kann bei diesem Faktor und bei den folgenden nicht strikt zwischen den Nachwirkungen der DDR-Kultur und der Situation der Nachwendezeit unterschieden werden.

Das beginnt bereits bei den Unterschieden der Mitgliedschaft in säkularen Organisationen. Diese sind (wie bereits in Kapitel II 1.2 gesehen) in den neuen Ländern deutlich weniger verbreitet als in den alten. Mitglieder werden aber auch im Osten ähnlich häufig für freiwilliges Engagement mobilisiert. 62% der Mitglieder im Westen und 59% im Osten sind freiwillig engagiert. Da die Relation des Engagements zwischen West und Ost günstiger ist als die bei den Mitgliedern, tritt in den neuen Ländern vermehrt ein Typus von Freiwilligen auf, der nirgendwo in einer säkularen Organisation Mitglied ist. Im Westen sind von den Freiwilligen 67% auch irgendwo in säkularen Organisationen Mitglied, im Osten nur 55%. Bezieht man auch die kirchlich-religiösen Organisationen mit ein, dann gibt es im Westen unter den Freiwilligen nur 10%, die weder in einer säkularen noch in einer religiösen Organisation Mitglied sind, im Osten sind es wegen der sehr geringen Konfessionalität jedoch 31%.

Grafik 37

Freiwillig Engagierte, „nur“ öffentlich Aktive und nicht Aktive unter den Mitgliedern in gemeinnützigen Organisationen (nach Bildungsstatus)

Bevölkerung ab 14 Jahren (Angaben in %)



* Anteil der Mitglieder in den Gruppen

Grafik 37 zeigt in ihrer Unterzeile, dass die Unterschiede der Mitgliedschaft zwischen Ost und West in der Gruppe mit einfacher und mittlerer Bildung besonders hoch sind und nur in der höher gebildeten Gruppe geringer (letztere 45% West, 35% Ost, Prozentwerte unterhalb der Säulen). Allerdings fällt (in der eigentlichen Abbildung) auf, dass es im Osten ebenso wie im Westen sowohl bei Mitgliedern mit höherer Bildung als auch bei solchen mit mittlerer Bildung (wenn auch nicht ganz so stark) gelingt, viele Freiwillige zu mobilisieren. Außerdem gibt es in diesen Gruppen sehr wenige nicht öffentlich Aktive. Nur bei einfach Gebildeten ist beides im Osten deutlich weniger der Fall als im Westen. Allerdings spielt diese Gruppe in den neuen Ländern quantitativ eine eher geringere Rolle, so dass der gesamte Mobilisierungseffekt unter den Mitgliedern gemeinnütziger Organisationen im Osten mit 59% mit dem Westen vergleichbar ist (62%).

Rein materielle Faktoren können dabei ausgeschlossen werden, da die Mitgliedschaft in den neuen Ländern (gemessen an den Verhältnissen in den alten Ländern) umso mehr „zu wünschen übrig lässt“, je besser die materielle Versorgung ist. 45% Mitglieder bei mindestens gut Versorgten im Westen stehen nur 30% im Osten gegenüber. Bei befriedigender Versorgung sind es 38% gegenüber 30% und bei weniger guter oder schlechter Versorgung 31% gegenüber 24%. Wäre also die große Gruppe der materiell gut Versorgten der neuen Länder in ähnlichem Maße wie in den alten Ländern bereit, Mitglied in säkularen gemeinnützigen Organisationen zu werden, so würde bei den Mitgliedschaften (und beim freiwilligen Engagement) bei Weitem keine so große Lücke zwischen Ost und West klaffen. Die im Vergleich zum Westen mangelnde Mobilisierung der materiellen „Elite“ der neuen Länder beginnt also schon bei der Bereitschaft, in eine Organisation einzutreten.

Man steht hier wieder vor dem Phänomen der besonderen zivilgesellschaftlichen Zurückhaltung (bzw. der nicht über die anderen Gruppen hinausgehenden Mobilisierung) der materiell gut Versorgten in den neuen Ländern. Bei den Mitgliedschaften in säkularen Organisationen

schlägt das noch auffälliger zu Buche als beim freiwilligen Engagement. Das ist noch merkwürdiger, weil es hier ja im Zweifelsfall nur um Mitgliedsbeiträge geht, die zu leisten für diese Gruppe kein Problem sein dürfte. Bei den gut Versorgten muss es demzufolge besondere Widerstände gegen das Sich-Einlassen auf die Gepflogenheit der alten Länder geben, sich als materielle Elite auch zivilgesellschaftlich als Elite zu verhalten. Wenn sich Menschen in günstiger Lebenslage allerdings auf Mitgliedschaften einlassen, dann ist die Mobilisierung für freiwilliges Engagement zumindest einigermaßen vergleichbar (West 62% zu 57%), aber doch zurückbleibend.

Aufschlussreich sind auch die Daten zu den gemeinnützigen Spendenaktivitäten. Auch hier gilt wie bei Mitgliedschaft und Engagement: Je besser die materielle Lage, desto größer werden die Unterschiede zwischen Ost und West, vor allem wenn man sich diejenigen betrachtet, die keine gemeinnützigen Spenden leisten. Auch in der Spendenabstinenz wird wieder die relative Zurückhaltung der gut Versorgten in den neuen Ländern gegenüber denen in den alten Ländern deutlich. Allerdings steigt die Spendenaktivität auch in den neuen Ländern mit der materiellen Lage deutlich an, wobei jedoch der erhöhte Anteil von Kleinspendern bei den gut Versorgten in den neuen Ländern auffällt, der genauso groß ist wie bei den befriedigend Versorgten. Auch hier also wieder die vergleichsweise Zurückhaltung bei denen, die von ihrer materiellen Lage her durchaus mehr geben könnten.

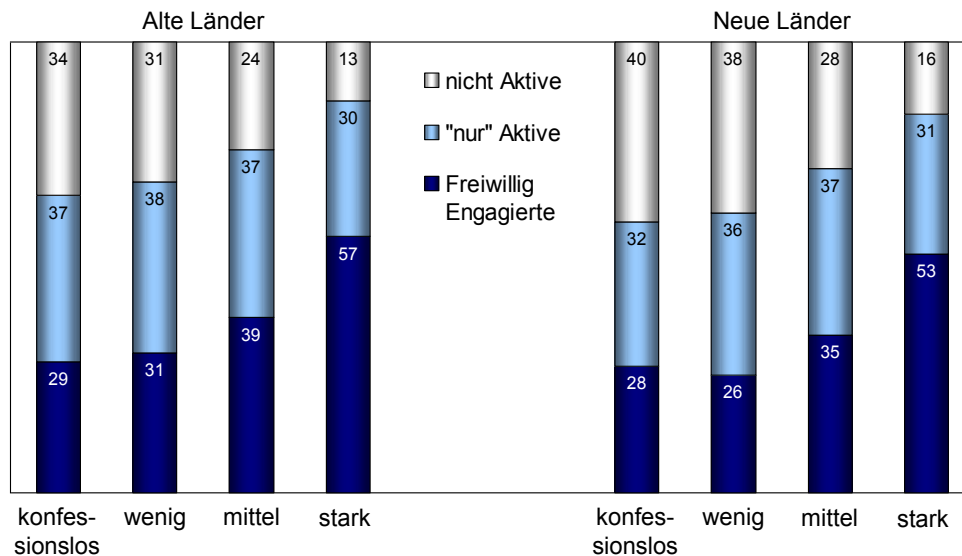
Ein anderer Unterschied zwischen Ost und West zeigt sich (und zunächst unabhängig vom materiellen Status betrachtet) bei den kirchlich-religiösen Verhältnissen. Unterschiede zwischen West und Ost werden weit mehr in den unterschiedlichen Verteilungen der Mitgliedschaften und in diesem Fall auch bei der Nähe zu den Organisationen erkennbar als im unterschiedlichen freiwilligen Engagement von Mitgliedern oder kirchennahen Personen (Grafik 38). Das gilt schon beim Engagement im Allgemeinen (in allen Bereichen) und noch mehr, wenn man nur das Engagement im für diese Mitglieder besonders in Frage kommenden Bereich Kirche und Religion betrachtet. Konfessionslose und wenig mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften verbundene Mitglieder sind im Osten und Westen ganz allgemein deutlich weniger freiwillig engagiert als mittel gebundene Mitglieder und erst recht als stark gebundene Mitglieder. Allerdings sind im Westen alle Mitgliedertypen mehr im Engagement vertreten als im Osten.

Grafik 38

Freiwillig Engagierte, öffentlich Aktive und nicht Aktive

(alte und neue Länder nach Kirchenbindung 2009)

Bevölkerung ab 14 Jahren (Angaben in %)



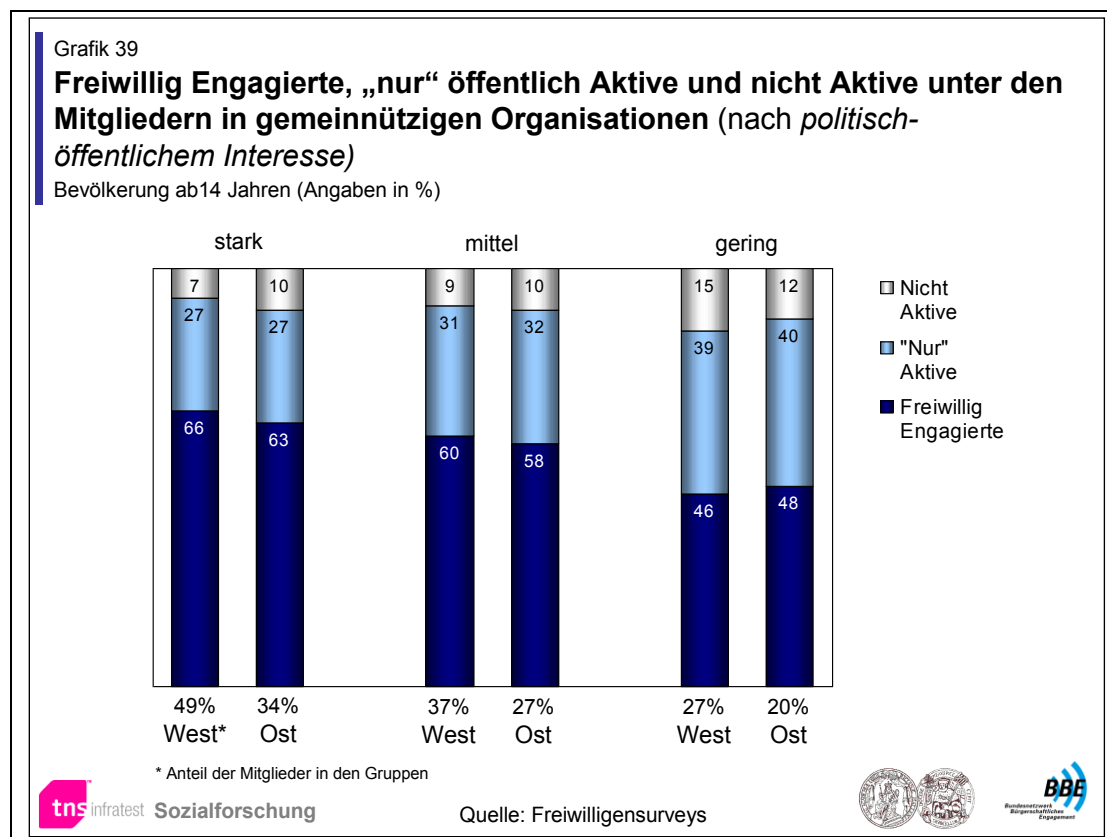
Was in den neuen Ländern allerdings sogar besser als in den alten funktioniert, ist der Einbezug der mittel und stark an die Kirchen und Religionsgemeinschaften Gebundenen ins freiwillige Engagement des Bereiches *Kirche und Religion*. Die Engagementbereitschaft der im Osten mittel und stark mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften Verbundenen wird also einseitiger in Richtung der religiösen Themen des Engagements kanalisiert als in Richtung anderer Themen, während die religiöse Bindung im Westen thematisch breiter für das freiwillige Engagement sensibilisiert. Auch deshalb gibt es (angesichts so weniger mittel bis stark gebundener Gläubiger im Osten) ein relativ hohes Engagement im Bereich Kirche und Religion. Der religiöse Kern ist also in seiner ostdeutschen Diaspora zumindest im religiösen Sinne aktiver als die viel größere Vergleichsgruppe im Westen.

In Bezug auf die Kirchenbindung liegen die Zusammenhänge mit der materiellen Lage etwas verwickelter als bei den Mitgliedschaften in säkularen Organisationen. In den alten Ländern gibt es keinen systematischen Zusammenhang des individuellen materiellen Status mit der Mitgliedschaft in Kirchen und Religionsgemeinschaften. In materiell ungünstiger Lage sind allerdings etwas mehr Menschen als im westdeutschen Durchschnitt nicht Mitglied in Kirchen und Religionsgemeinschaften. Außerdem ist die Gruppe der nur wenig Gebundenen größer. Rechnet man die Gruppe der mittel und stark an die Kirchen und Religionsgemeinschaften Gebundenen zusammen, gibt es einen gewisse Statusseffekt insofern, als diese Gruppe ab einer befriedigend empfundenen materiellen Lage deutlich größer ist als bei ungünstig eingeschätzter Lage. Der Anteil springt von 39% auf 50% und liegt dann in der gut versorgten Gruppe bei 52%.

Nur in der kleinen westdeutschen Gruppe der stark Gebundenen gibt es einen klaren hierarchischen Effekt. Die Gruppe ist umso größer, je besser die materielle Lage ist (weniger gut oder schlecht 11%, befriedigend 16%, gut oder sehr gut 19%). In den neuen Ländern ist prak-

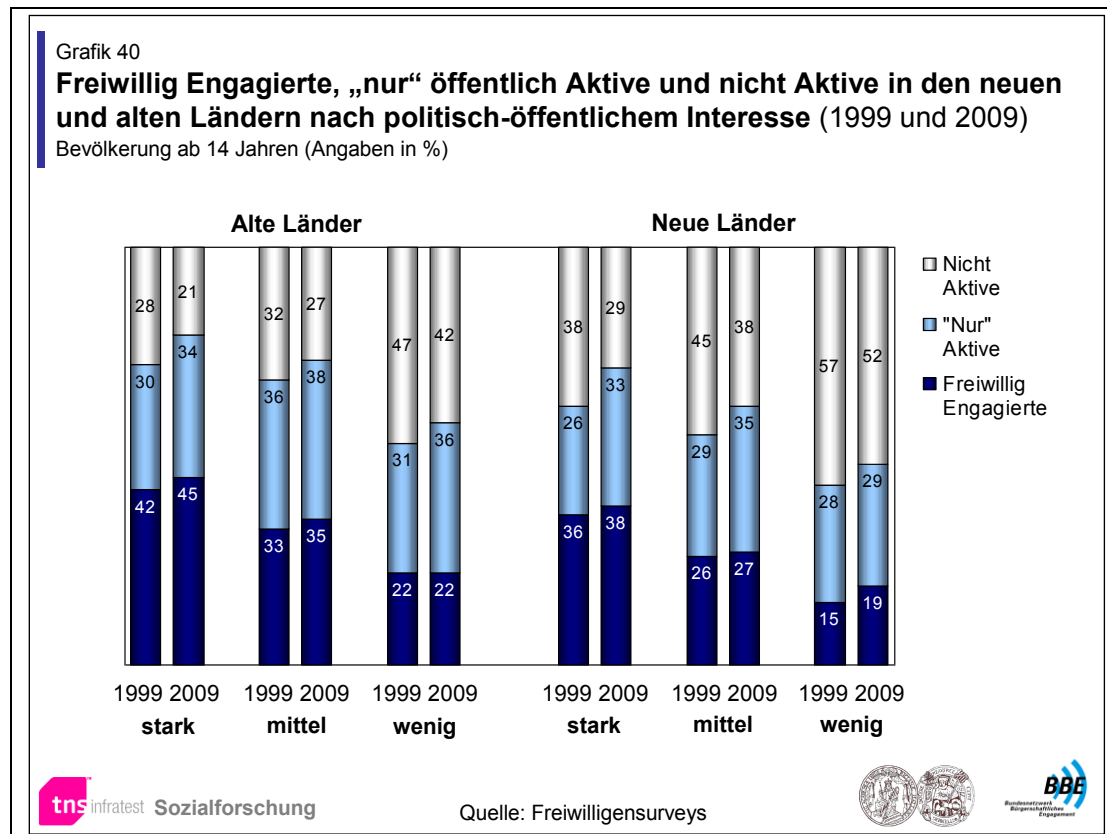
tisch kein Unterschied der Versorgungsgruppen in Bezug auf die Mitgliedschaft in den Kirchen und Religionsgemeinschaften zu erkennen. Der Anteil der Mitglieder liegt jeweils knapp unter 30%, bei den schlechter Versorgten etwas höher. Ein leichter hierarchischer Effekt zeigt sich bei den mittel und stark Gebundenen. Deren Anteil steigt von der ungünstigsten Versorgung bis zur günstigsten von 16% (über 20% in der mittleren Gruppe) auf 22% in der oberen an. Mehr als dieser mäßige Effekt ist jedoch nicht zu erkennen.

Ein anderer Typ der Bindung, und zwar an das Gemeinwesen, wird durch das öffentlich-politische Interesse gesetzt. Wie gesehen war es in den neuen Ländern in der Periode des Freiwilligensurveys (und vorher) zumeist etwas geringer ausgeprägt als in den alten. Grafik 39 zeigt zunächst (in der Unterzeile) einen linearen Zusammenhang des Interesses mit der Mitgliedschaft in säkularen Organisationen in West und Ost. Allerdings erscheint der Abstand bei der obersten Position des starken Interesses besonders groß (49% West versus 34% Ost). Dennoch nimmt (relativ betrachtet) die Differenz vom geringen Interesse (Ost 74 : West 100) hin zum starken Interesse nicht sehr zu (69:100). Wieder (bzw. gegenüber der Bildung auch bei der untersten Position) besteht das Wesentliche darin, dass die Mobilisierung bei den jeweiligen Mitgliedern etwa gleichmäßig ist. Mehr noch: In Ost und West ist der Sprung vom geringen zum mittleren Interesse (von 48% auf 58% Engagierte) bei Weitem nicht so groß, wie er sich beim Vergleich des einfachen zum mittleren Bildungsstatus darstellte (von 38% auf 59%).



Unabhängig von den (deutlich geringeren) säkularen Mitgliedschaften fällt auf, dass der Zuwachs an Freiwilligen in den neuen Ländern seit 1999 besonders von denjenigen Menschen getragen wird, die nur *wenig politisch-öffentlich interessiert sind* (+4 Punkte). Das Engagement dieser Gruppe kommt damit recht nahe an das der Vergleichsgruppe im Westen heran, freilich ausgehend von einem ganz besonders niedrigen Niveau von 1999 nur 15% (Grafik 40). In den alten Ländern ging es dagegen seit 1999 umso mehr mit dem Engagement aufwärts, je stärker

das politisch-öffentliche Interesse war. Da im Westen jedoch das starke Interesse abgenommen hat, kam das Engagement auch im Ganzen nur wenig voran. Das heißt, in den alten Ländern konzentrierte sich das Engagement zunehmend auf diejenigen (wenigeren), die auch weiterhin politisch-öffentlich besonders aufgeschlossen waren. In den neuen Ländern wäre es dagegen besonders wichtig, die Gruppe mit mittlerem politisch-öffentlichem Interesse für das Engagement zu gewinnen, da sie besonders groß ist und am meisten hinter ihrer Vergleichsgruppe in den alten Ländern zurückbleibt. Immerhin ist hier die Gruppe der öffentlich „nur“ Aktiven, die im Rahmen der Zivilgesellschaft keine bestimmten Aufgaben übernommen haben, gegenüber den anderen die größte.

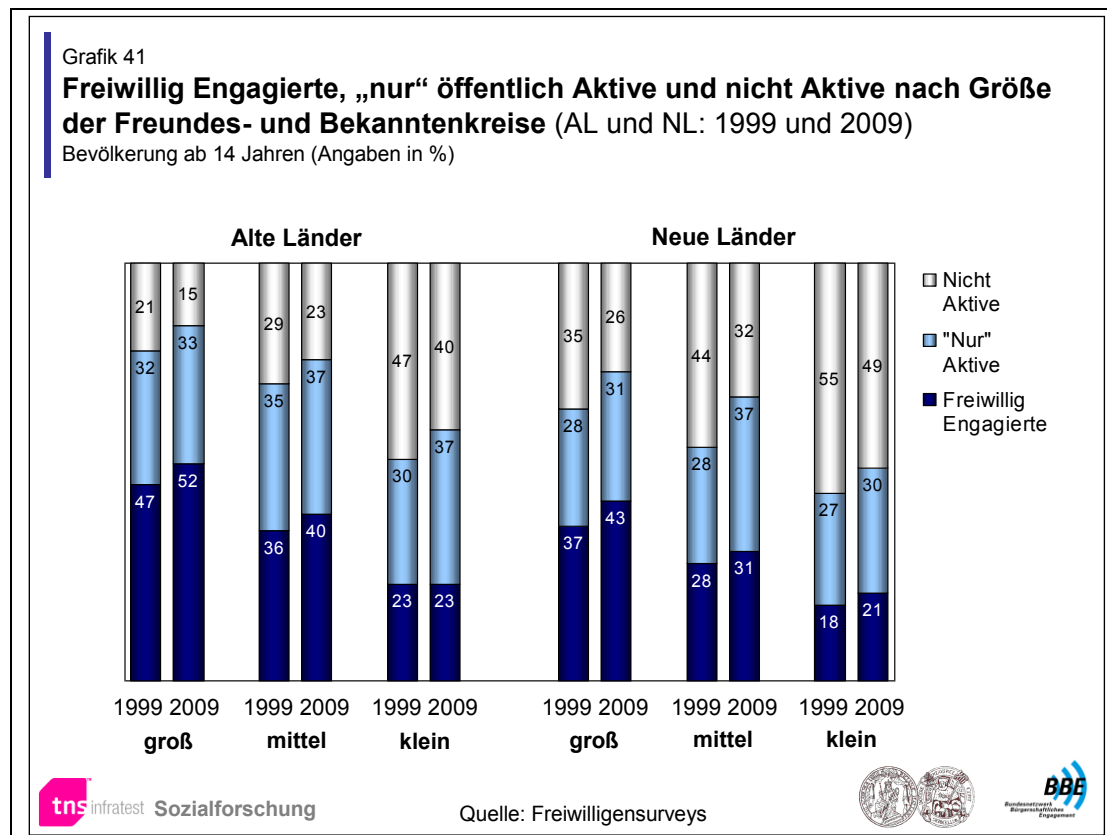


II.3.4 Geringe Beziehung zur sozialen Einbindung und zur Siedlungsweise

Ein weiterer Faktor mit hoher Erklärungskraft für die zivilgesellschaftliche Aktivität ist in West und Ost die soziale Einbindung von Personen, wie sie sich ganz besonders an der Größe der Freundes- und Bekanntenkreise zeigt, also der verfügbaren sozialen Netzwerke. Der Freiwilligensurvey⁴⁶ hat gezeigt, dass in ganz Deutschland diese Einbindung (offensichtlich im Zusammenhang mit der erhöhten regionalen und internationalen Mobilität) zwischen 1999 und 2009 weniger intensiv geworden ist, wobei der Rückgang in den neuen Ländern stärker war als in den alten. Über einen großen Freundes- und Bekanntenkreis zu verfügen, gaben in den alten Ländern 1999 29% an, 2009 waren es nur noch 23%, in den neuen ging der Wert von 29% auf 20% zurück. Das geschah vor allem zugunsten kleiner Netzwerke; im Westen nah-

⁴⁶ Vgl. Gensicke, Geiss 2010a.

men diese von 27% auf 32% zu, im Osten von 29% auf 34%. Somit dominierten in beiden Landesteilen 2009 die als mittelgroß eingeschätzten Freundes- und Bekanntenkreise noch mehr als 1999 (West 45%, Ost 46%). Die vermehrte Exklusivität der Verfügung über ein großes soziales Netzwerk ging in West und Ost im Zeitraum des Freiwilligensurveys auch mit einem engeren Zusammenhang dieser sozial günstigen Lage mit dem freiwilligen Engagement einher (Grafik 41).

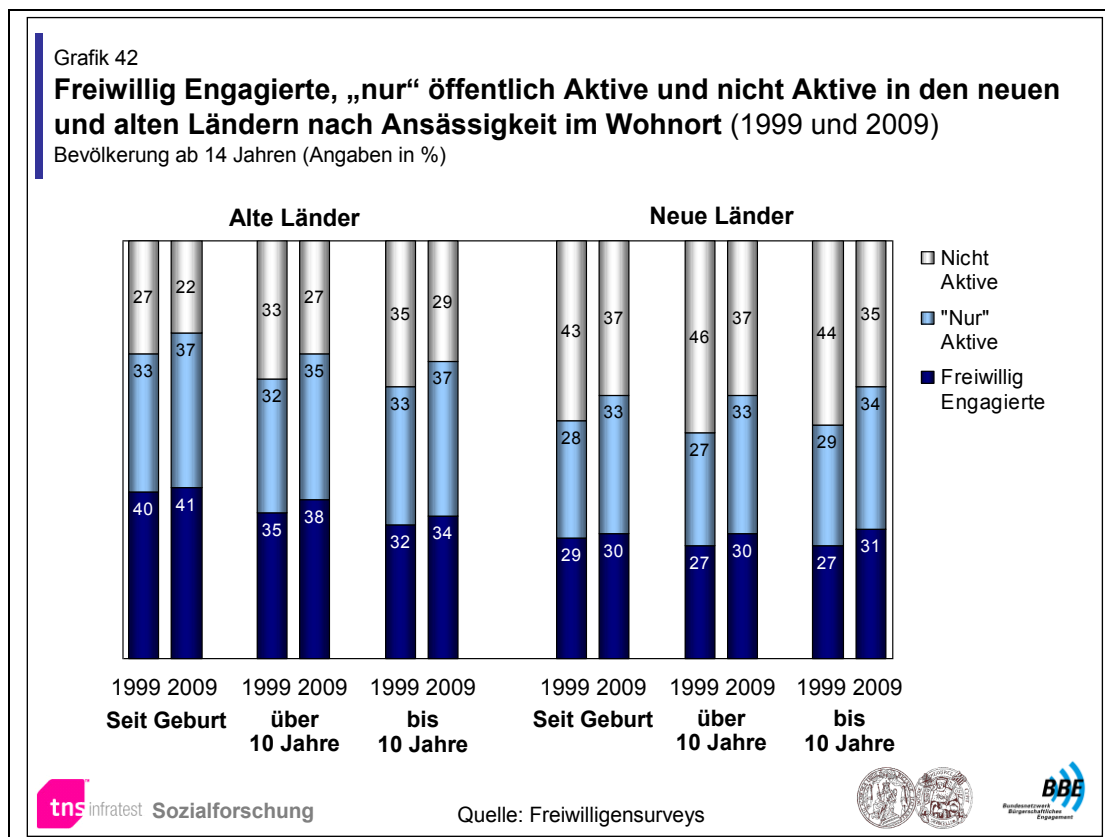


Im Ergebnis dieser Entwicklung stand in den alten Ländern das Engagement derjenigen mit einem nur kleinen sozialen Netzwerk zu denen mit einem großen Netzwerk in einem Verhältnis von 44:100, war also nicht einmal halb so hoch. Das bedeutet, dass die deutliche Ausweitung der sozial nur wenig integrierten Gruppe im Aggregat des Westens die Fortschritte in den anderen Gruppen zum Teil wieder ausgeglichen hat. Allerdings konnte dadurch die Gruppe der „nur“ Aktiven expandieren, die bei den sozial eher Isolierten im Westen besonders zugenommen hat (von 30% auf 37%).

In den neuen Ländern verlief die Entwicklung etwas anders. Hier war 1999 die Relation zwischen den gut und weniger gut sozial integrierten nicht ganz so ungünstig, weil sich das Engagement der einen von den anderen mit 100:49 nicht so deutlich unterschied. Nach dem folgenden Anstieg in allen Gruppen blieb dieses Verhältnis allerdings identisch. Ähnlich wie beim politisch-öffentlichen Interesse haben sich im West-Ost-Vergleich die Gruppen mit den untersten Ausprägungen weitgehend angenähert. Sich für die öffentliche Sache nur wenig zu interessieren und sozial eher isoliert zu sein bedeutet somit bezogen auf das Engagement in Ost und West ziemlich das Gleiche, und zwar eine nur geringe Beteiligung daran. Der Unterschied liegt allerdings in der deutlich größeren unverbindlichen öffentlichen Beteiligung im Westen. Wieder ist es in den neuen Ländern die Belebung des Engagements in der mittleren Gruppe, die am meisten Potenzial für eine Steigerung des Engagements insgesamt hätte, zumal hier

die Gruppe der zivilgesellschaftlich „nur“ Aktiven stark expandierte und sehr groß geworden ist (von 28% auf 37%).

Zu jedem Zeitpunkt des Freiwilligensurveys stand der Grad der Einbindung von Personen in Freundes- und Bekanntenkreise in einem Zusammenhang mit der Art der Ansässigkeit am Wohnort. Ansässigkeit seit Geburt geht danach mit einem deutlich größeren sozialen Netzwerk einher als eine Zugehörigkeit, die erst weniger als 10 Jahre umfasst. Im ersten Fall verfügten 2009 32% über ein großes soziales Netzwerk und nur 21% über ein kleines, im zweiten Fall sind es jeweils 15% und 41%. Der Schwerpunkt liegt allerdings in beiden Gruppen bei den mittelgroßen sozialen Kreisen. Trotz dieser Überschneidung zwischen Ansässigkeit und Netzwerkgröße ist der Zusammenhang zwischen der Art der Ansässigkeit und dem freiwilligen Engagement deutlich geringer als der zwischen Engagement und Netzwerkgröße. Im Allgemeinen interveniert hier das Lebensalter. Ältere Menschen sind oft länger ansässig, haben aber auch kleinere Netzwerke als jüngere, was ungünstiger für das freiwillige Engagement ist bzw. jüngeren zugezogenen Menschen gelingt es relativ schnell, solche Netzwerke aufzubauen, und sie gelangen dadurch auch schneller ins Engagement, so dass sich zwischen den Altersgruppen begünstigende und weniger günstige Effekt ausgleichen.



Dass sich aber in den neuen Ländern überhaupt kein Zusammenhang der Zugehörigkeit zum Wohnort mit der Beteiligung am Engagement zeigt, ist ungewöhnlich (Grafik 42). Und die Fortschritte beim Engagement seit 1999 waren in den neuen Ländern umso größer, je kürzer die Menschen im neuen Wohnort lebten. Die Entwicklungen der Verhältnisse in den Großräumen von Berlin, Dresden und Leipzig dürften dabei der quantitativ wichtigste Hintergrund gewesen sein. Andererseits ist die Entwicklung im ostdeutschen ländlichen Raum eher ein Gegenstück zur eher stagnierenden Entwicklung beim freiwilligen Engagement. Besonders aber gibt der starke Unterschied des Engagements bei den seit Geburt im Wohnort Ansässigen zwischen

Ost und West, aber auch bei denen, die schon seit mehr 10 Jahren dort wohnen, Hinweise auf Besonderheiten der zivilgesellschaftlichen Entwicklung des ländlichen Raums der neuen Länder.

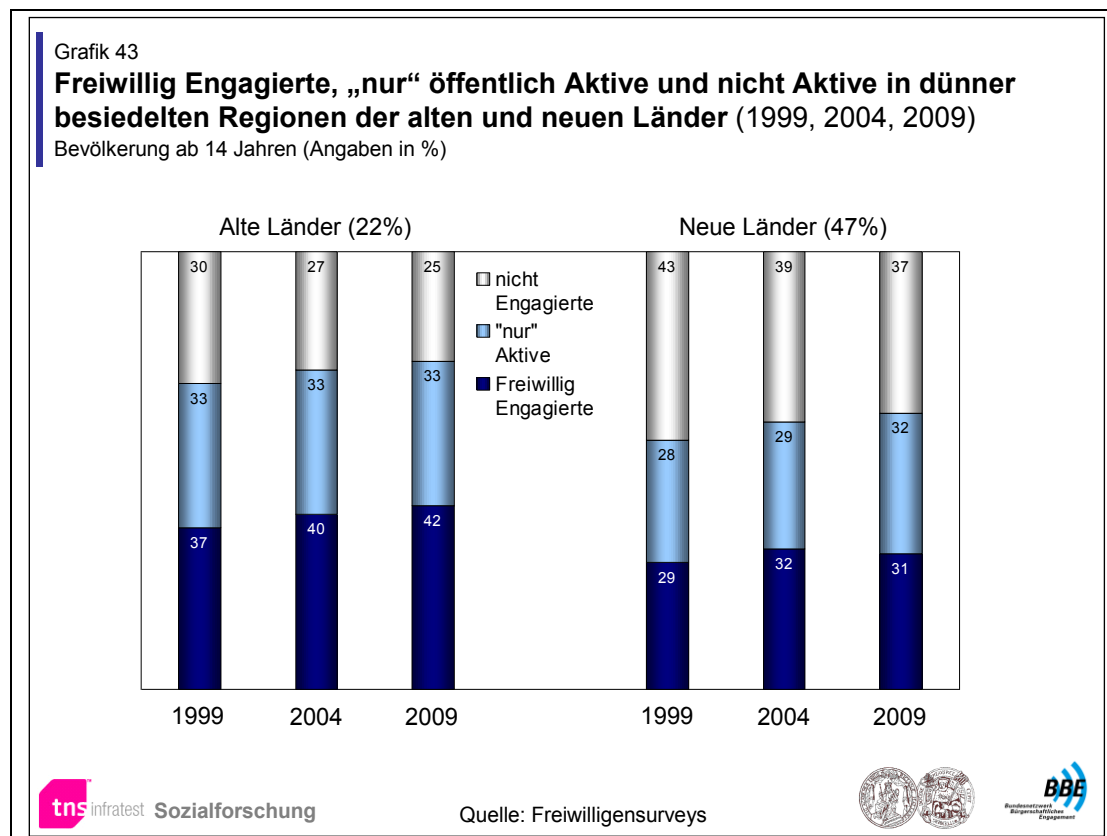
In der Tat findet man extreme Unterschiede, wenn man die Merkmale „Ansässigkeit seit Geburt“ und „ländlicher Raum“ verknüpft. Trifft beides zu, dann erreichte das freiwillige Engagement in den alten Bundesländern 2009 das Rekordniveau von 47%, was weit über dem westdeutschen Schnitt von 37% liegt. In den neuen Ländern waren es jedoch nur leicht überdurchschnittliche 32% (Gesamt 30%). Bei Großstädtern, die seit Geburt an ihrem Wohnort leben, ist der Unterschied weit geringer (West 32%, Ost 28%). Dagegen ist die Abweichung zwischen West und Ost im verdichteten Umland der Großstädte besonders groß (West 43%, Ost 29%). Diese Differenz ist entscheidend für den Unterschied zwischen alten und neuen Ländern insgesamt, da in diesem bürgerschaftlich aktiven Milieu 49% der Westdeutschen leben, die durch ihre Masse den Durchschnitt somit besonders bestimmen. Umgekehrt wird der Durchschnitt des Ostens durch den vergleichsweise ungünstigen Wert des (eher dünnbesiedelten) ländlichen Raums besonders beeinflusst, da hier 47% der Bevölkerung leben.

Siedlungsstrukturell lässt sich demnach die Differenz des freiwilligen Engagements zwischen Ost und West *auch* als Resultat einer jahrzehntelangen *regionalen Umstrukturierung* verstehen. Die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik hat zu einer Verdichtung der ländlichen Fläche um alte und neue Zentren verschiedener Größe herum geführt, die in den neuen Ländern weit weniger zu beobachten ist. Diese Verdichtung hat sich in Infrastrukturen niedergeschlagen, die in der in den neuen Ländern dominierenden unverdichteten ländlichen Fläche nicht in diesem Maße bestehen. Eine dieser Infrastrukturen ist diejenige der Zivilgesellschaft mit ihren vielfältigen sozialen und kulturellen Aktivitäts- und Vernetzungsformen und Andockstellen zu Staat und Wirtschaft. Besonders bemerkenswert ist jedoch, dass der verbliebene, weniger verdichtete ländliche Raum der alten Länder zivilgesellschaftlich sogar noch stärker vernetzt ist als der verdichtete. Und diese Vernetzung hat in der Periode des Freiwilligensurveys noch deutlich zugenommen.

Nur die großstädtischen Strukturen der alten und neuen Länder ähneln sich in den grundlegenden zivilgesellschaftlichen Kennziffern (Umfang der organisierten öffentlichen Aktivität und des freiwilligen Engagements). Man erkennt die regionalen Unterschiede auch und besonders anhand der Mitgliedschaften in Organisationen. Sind im großstädtischen Raum des Westens 34% Mitglied, so im Osten 27%. Dieser Unterschied ist weit geringer als im Vergleich des verdichteten stadtnahen Raums (West 41%, Ost 28%, was beiderseits fast punktgenau dem Durchschnitt entspricht) und erst recht in der dünn besiedelten ländlichen Fläche (West 47%, Ost 29%). Wenn die Verhältnisse im letzteren und von der Bevölkerung her stark dominierenden Milieu der neuen Länder wenigstens einigermaßen dem in den alten Ländern entsprechen würden, läge der Gesamtwert des Ostens somit deutlich höher.

Nirgendwo wird eine von den Erfahrungen der alten Länder ausgehende Prognose für die neuen Länder so sehr verfehlt wie bei der Siedlungsstruktur. Daran gemessen müssten die neuen Länder *optimale Voraussetzungen* für eine hohe öffentliche Aktivität und hohes freiwilliges Engagement haben, da sie mit ihrem großen ländlichen Raum geradezu dazu geschaffen sind. Ist es doch eine Eigenart des Landes, dass es hier nicht jene Anonymität der Massen, nicht jene Reizüberflutung eines entwickelten Freizeitkommerzes und viel weniger jene Konkurrenz durch öffentliche Kulturangebote gibt als in der Großstadt und Metropole. Menschen, die sich kennen oder sich kennenlernen wollen, finden sich im Rahmen der Organisationen der Zivilgesellschaft zusammen und viele legen Hand an die Dinge, von denen viele wegen

fehlender Infrastrukturen bzw. fehlender öffentlicher und privater Finanzen gar nicht angepackt werden würden.



Aber gerade das Gegenteil ist der Fall. Die ländliche Struktur der neuen Länder ist in Kombination mit dem dort im Vergleich zum Westen geringen Engagement im Moment geradezu ein Handicap für die neuen Länder, zumindest gemessen an den zivilgesellschaftlichen Kernquoten, Mitgliedschaften, öffentlicher Beteiligung und freiwilligem Engagement (Grafik 43). Was besonders negativ zu Buche schlägt, ist, dass es im Vergleich zum dünn besiedelten Raum im Westen nicht wenigstens einen Überhang an unverbindlich öffentlich Aktiven gibt, die für freiwilliges Engagement gewonnen werden können.⁴⁷ Das zeigt indirekt auch ein Infrastrukturproblem an, und zwar ein doppeltes: Es betrifft fehlende Angebote von Organisationen und Institutionen ebenso wie lange oder teure Wege zu den Gelegenheiten der öffentlichen Beteiligung und des Engagements. Eine Minimalinfrastruktur ist dabei schon die Ortskneipe als Möglichkeit der Begegnung.

Ganz besonders wird der Unterschied zwischen dem dünn besiedelten ländlichen Raum in Ost und West bei der Kirchenbindung deutlich. Können sich Kirchen und Religionsgemeinschaften in den alten Ländern im dünn besiedelten Raum auf 53% mittel und stark gebundene Mitglieder stützen, so in den neuen Ländern nur auf 20%. Allerdings ist die jahrzehntelange Ausei-

⁴⁷ In den alten Ländern fällt auf dem dünn besiedelten Lande die starke Stellung der Freiwilligen gegenüber den „nur“ Aktiven auf, was bedeutet, dass öffentliche Beteiligung hier besonders häufig auch das gebundene und regelmäßige Engagement bedeutet. Das ist auf deutlich höherem Niveau der öffentlichen Aktivität ein Gegenstück zu den Arbeitslosen (vor allem im Osten). Auf dem westdeutschen Lande drückt das im Freiwilligenbereich auch einen Mangel an hauptamtlich Beschäftigten aus und die Notwendigkeit, selbst Hand anzulegen, bei den ostdeutschen Arbeitslosen auch einen Mangel an (bezahlter) Beschäftigung überhaupt.

nderentwicklung zwischen alten und neuen Ländern so groß, dass auch im großstädtischen Milieu der Unterschied stark ist (West: 43%, Ost 20%). Entscheidend für die alten Länder ist wieder der hohe Wert im verdichteten ländlichen Raum (West: 50%, Ost 22%), während wiederum in den neuen Ländern die (gemessen an den alten Ländern) sehr niedrigen Quoten der Kirchenbindung des großen isolierten ländlichen Milieus besonders durchschlagen.

II.3.5 Familienkultur in den neuen Ländern ungünstig für freiwilliges Engagement?

In der Lebenslage von Familien in den alten und neuen Ländern bündelt sich eine Reihe von Faktoren, die dazu beitragen, dass Familien mit Kindern und Jugendlichen im Haushalt ein besonders wichtiger Träger der Zivilgesellschaft sind. Allerdings gibt es dabei auch Unterschiede, die im Folgenden zu besprechen sind. Wie Anhang 2 (Faktensammlung) zeigt, hatten die neuen Länder seit der Wende mit der Abwanderung der Bevölkerung, insbesondere jüngerer Leute, zu kämpfen sowie mit einer niedrigen Geburtenrate. Dadurch ist der Anteil der Familien an der Bevölkerung stark geschrumpft. Ein im Vergleich zu den alten Ländern mustergültig ausgebautes Betreuungssystem in Kindergarten und Schule und ein partnerschaftliches Familienmodell konnten dabei nur Schlimmeres verhindern. Der schwache Arbeitsmarkt ist die Hauptursache des Kindermangels in den neuen Ländern.

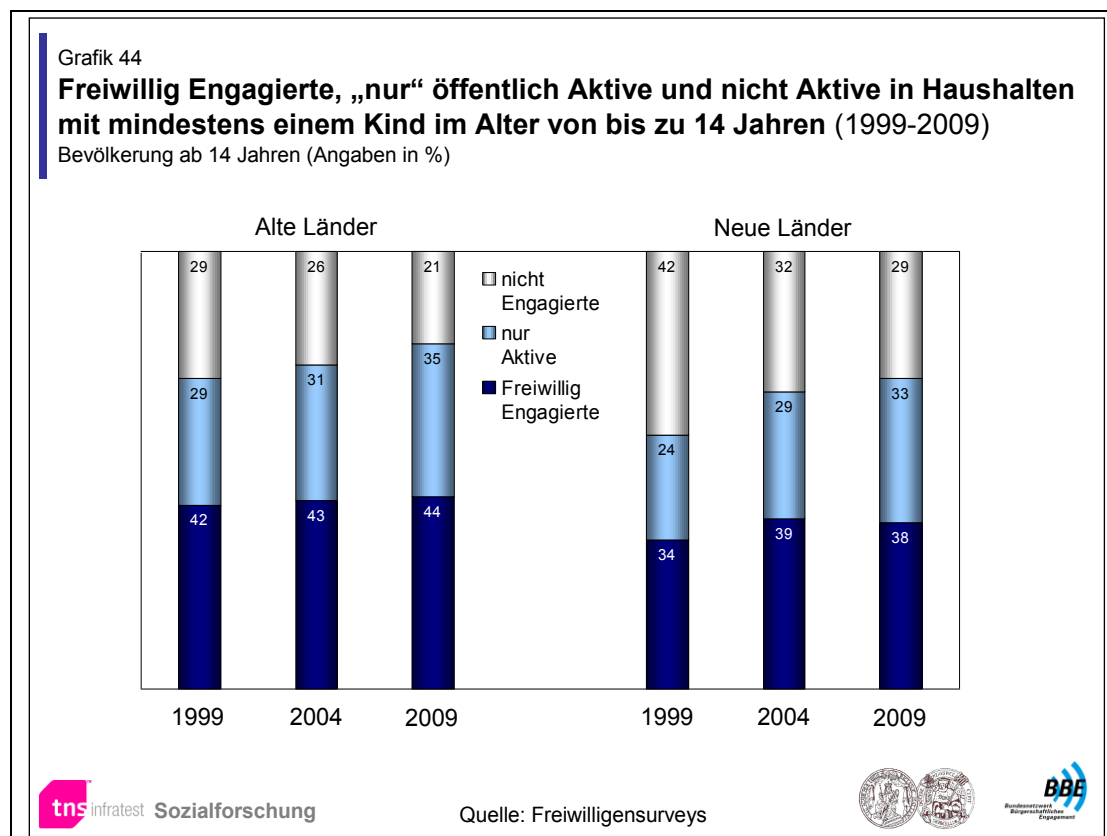
Warum aber sind Familien so wichtig für die Zivilgesellschaft? Zum einen ist es das enge Verhältnis der Familien zur öffentlichen (und privaten) Infrastruktur der Kinder- und Jugendbetreuung und zu den Organisationen, die sich der Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen widmen. Dann siedeln sich jüngere Menschen im Rahmen der Familiengründung oft in einem neuen lokalen Milieu an, wo sie Kontakte und soziale Integration suchen, wozu sie auch die Institutionen und Organisationen der Zivilgesellschaft nutzen. Außerdem sind sie als Eltern stark in die Erwerbstätigkeit einbezogen. Abgesehen von der Etablierungs-, Versorgungs- und Vorsorgefunktion der Erwerbstätigkeit setzt die Arbeitswelt als öffentliches System direkt oder indirekt auch Anregungen zu öffentlicher Beteiligung und freiwilligem Engagement.

In ihrer *Verantwortungsrolle* als Ernährer und Erzieher beschäftigen sich Eltern jedoch auch oft mit Themen, die Anregungen für zivilgesellschaftliche Aktivität vermitteln. Da sind die Sorgen um eine gute Bildung und Ausbildung der Kinder oder Fragen der Gesundheit und generell die Zukunftsaussichten ihrer Kinder. Das bedeutet, dass die Lebensform der Familie mit Kindern und Jugendlichen vielfältige institutionelle und thematische Andockstellen an öffentliche Systeme und öffentliche Themen setzt und damit immer wieder auf Fragen des Gemeinwesens stößt. Umso besser also, wenn es viele Familien gibt, aber umso schlechter, wenn es zu wenige gibt, so dass diese am Ende nur noch eine relativ kleine Gruppe in der Gesellschaft bilden und mit ihren Problemen zu wenig Gehör finden. Ein Gemeinwesen, das zu wenige Kinder hat, gefährdet seine elementaren Grundlagen.

Anhang 2 zeigt, dass dieser gesellschaftlich ungünstige Zustand in den neuen Ländern noch mehr zu beobachten ist als in den alten. Eine solche Situation ist auch wirtschaftlich fatal: Die fehlende Nachfrage der Familien kann die Wirtschaft (vor allem die Binnenwirtschaft) nicht tragen und die vergleichsweise vielen Alleinlebenden und kinderlosen Paarhaushalte, die heute typisch sind, gleichen das bei Weitem nicht aus. Familien benötigen große Wohnungen, Familienautos und überproportional viele andere Verbrauchsgüter und Dienstleistungen. Arbeitgeber, die dasjenige praktizieren, was der Familienforscher Hans Bertram einmal „die strukturelle Rücksichtslosigkeit der Arbeitswelt gegenüber den Familien“ genannt hat, sägen

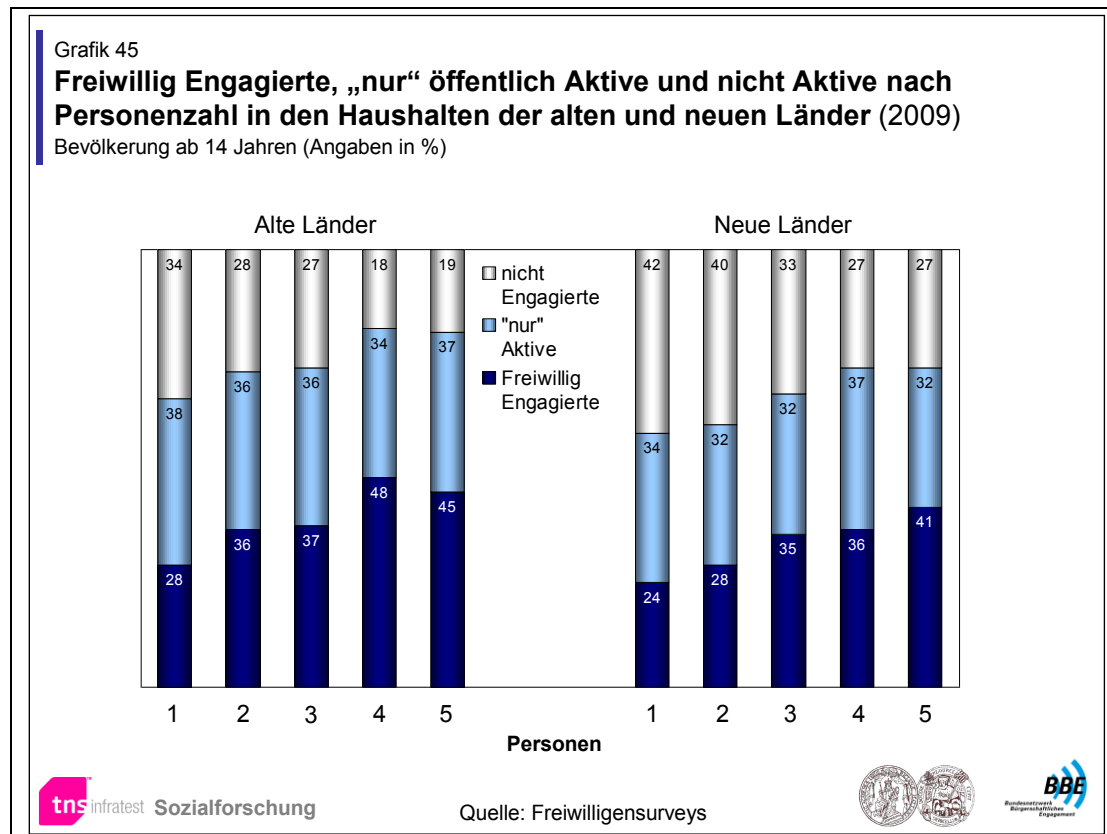
damit letztlich am eigenen Ast, auf jeden Fall jedoch am Ast des Gemeinwesens. Der Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt ist überdeutlich: Familien sind dort, wo es Arbeitsplätze gibt, und sei es in der Reichweite des Pendelns.

Empirisch beschreibt der Freiwilligensurvey das Phänomen „Familie und Zivilgesellschaft“ in verschiedener Weise. Er kann sowohl die Situation und die Entwicklung in Haushalten mit Kindern bis zum Alter von 14 Jahren darstellen als auch in Haushalten verschiedener Größe sowie bei Menschen im jüngeren Elternalter von 31 bis 45 Jahren. Letzteres ist in Kapitel II 3.3 bereits erfolgt und es wurde zwischen 1999 und 2004 ein stark zunehmendes Engagement erkennbar, das aber seitdem stagniert. In Familien mit mindestens einem Kind im Alter von bis zu 14 Jahren war in den alten Ländern das Engagement bereits sehr hoch und ist seitdem noch ein wenig gestiegen (Grafik 44). Die 44% von 2009 sind eine enorm hohe Quote, die noch einmal das bisher über die Familien Gesagte illustriert. In den neuen Ländern hatte (ganz analog zu den 31- bis 45-Jährigen) das Engagement in Familien mit mindestens einem Kind im Alter von bis zu 14 Jahren zwischen 1999 und 2004 deutlich zugenommen, um dann ganz leicht zurückzugehen.



Wichtig ist es festzuhalten, dass die Relation des Engagements zwischen den jüngeren Familien in West und Ost mit 100:86 über dem allgemeinen Verhältnis beider Landesteile von 100:80 liegt. Das Verhältnis des Engagements zwischen den jüngeren Familien in West und Ost bewegt sich damit leicht unter den Verhältnissen bei den 31- bis 45-Jährigen (100:88). Mehr Familien in den neuen Ländern würden danach auch mehr Engagement bedeuten, allerdings ist der Unterschied der Relationen nicht sehr groß, würde aber bei gleichen Anteilen für

einen gewissen Ausgleich sorgen.⁴⁸ Mehr Aufschluss gibt die Analyse der Haushaltsgrößen (Grafik 45). In einer Gesellschaft, die von der modernen Normalfamilie bestimmt wird, bedeuten mehr als zwei Personen im Haushalt zuallermeist Kinder und Jugendliche. Der Drei-Generationen-Haushalt ist sehr selten geworden. Und wenn man sich den Zusammenhang der Haushaltsgröße mit dem freiwilligen Engagement vergegenwärtigt, dann sind die Verhältnisse in den neuen Ländern sogar schlüssiger als in den alten Ländern. Während der „Rekord“ beim Engagement in den alten Ländern ziemlich abrupt bei den 4-Personen-Haushalten erreicht wird, kulminiert das Engagement in den neuen Ländern bei den 5-Personen-Haushalten (bzw. den noch größeren), die allerdings auch relativ selten sind.



Es muss aber auffallen, dass das Engagement auch in den 5-Personen-Haushalten (und den größeren) hinter den alten Bundesländern zurückbleibt, wobei allerdings der Unterschied eher gering ist (West 100 : 91 Ost). Wirklich markant fällt allerdings der Vergleich der 4-Personen-Haushalte aus (West 100 : 75 Ost). Diese Zurückhaltung in der von den Wünschen der meisten Menschen her idealen Familiengröße in den neuen Ländern ist bemerkenswert. Ein gewisser Hinweis könnte die Wirtschaftslage sein, die in keinem Haushaltstyp des Ostens so gut beschrieben wird wie in diesem. In den alten Ländern gibt es eine gröbere Stufenlogik. Oberhalb der Gruppe der Alleinlebenden ist das Engagement in den 2- und 3-Personen-Haushalten deutlich höher und dann wieder bei den Haushalten ab einer Größe von 4 Personen. In den neuen Ländern geht es dagegen mit dem Engagement ziemlich kontinuierlich aufwärts, je größer der Haushalt ist. Die Erklärung ist, dass es sich in den alten Ländern bei den größeren

⁴⁸ Laut dem Freiwilligensurvey lag der Anteil der Gruppe 2009 in den alten Ländern bei 23% und in den neuen bei 19%. Das zeigt noch einmal die relative Marginalität der Lebensform „Junge Familie“ in Ost und West.

Haushalten ab 5 Personen vermehrt um Haushalte von Migranten⁴⁹ handelt, was wegen der geringeren Beteiligung der Migranten am Engagement (ab 5-Personen-Haushalte: Nicht-Migranten 51%, Migranten 19%) den Durchschnitt gegenüber den 4-Personen-Haushalten drückt. Der Anteil der Migranten in dieser Kategorie ist in den alten Ländern 21% (2004 17%) und in den neuen 10% (2004 7%).

Wie bereits gesehen, gibt im Gegenteil zu den alten Ländern eine gute Wirtschaftslage in den neuen Ländern keine Prognose für ein besonders hohes Engagement ab. Bei den 4-Personen-Haushalten im Westen zeigt sich dieses Zusammentreffen von guter materieller Versorgung mit hohem Engagement besonders deutlich. Mit 47% guten Einschätzungen der Wirtschaftslage wird der beste Wert aller Haushaltstypen erreicht, der sich bei den 5-Personen-Haushalten (und größeren) wieder auf 39% verschlechtert. Dieser Abschlag gilt noch mehr im Osten, wo in 5-Personen-Haushalten (und größeren) gegenüber den 42% guten materiellen Einschätzungen in den 4-Personen-Haushalten nur noch 33% zu verzeichnen sind. Und in dieser (allerdings eher seltenen) Konstellation ist das Engagement in den neuen Ländern trotz der nicht besonders günstigen persönlichen Wirtschaftslage nicht nur durchschnittlich, sondern sogar besonders hoch. Weitere Hinweise ergibt der Einbezug des *Geschlechtes*. In den 4-Personen-Haushalten des Ostens fällt auf, dass das Engagement von Männern und Frauen, das sich in allen Haushaltstypen unterscheidet, dort mit 36% völlig identisch ist. Gäbe es auch in dieser Konstellation den typischen Unterschied zwischen Mann und Frau, wie er im höheren Engagement der Männer in den 1- bis 3-Personen-Haushalten erscheint, würde das Engagement näher an der westdeutschen Vergleichsgruppe liegen. Interessant ist, dass es in dieser Konstellation auch im Westen eine gewisse Tendenz zur „Egalität“ zwischen Mann und Frau gibt, aber auf deutlich höherem Niveau des Engagements (Männer 50%, Frauen 46%).

Man kann daran nur Vermutungen knüpfen. In den alten Ländern ist es die typische Bindung des Engagements der Frauen an die frühere und mittlere Familienphase, die darin zum Ausdruck kommt. In den neuen Ländern dürften sich dahinter eher die Folgen der egalitären Aufteilung der Erwerbsarbeit und deren Konsequenzen verbergen, die bei Männern und Frauen die Zeit für das Engagement verknappen. Außerdem könnte sich darin auch die Eigenart des im Osten viel ausgebauteren Kinder- und Jugendbetreuungssystems zeigen, das im Unterschied zum Westen auch mehr hauptamtliche Beschäftigung bedeutet und deshalb mit weniger „Ehrenamt“ auskommt bzw. wodurch die Notwendigkeit der Gestaltung des Nachmittags durch andere Angebote (Vereine usw.) reduziert wird. In der Konstellation des 5-Personen-Haushaltes passiert etwas Eigenartiges, indem hier in den neuen Ländern das Engagement der Frauen sogar größer ist als das der Männer und im Westen nur noch knapp hinter den Männern liegt. Es sind in dieser (eher seltenen) Konstellation also besonders die Frauen, die den hohen Wert des Engagements tragen, besonders im Osten, aber auch im Westen.

Nimmt man alle Fakten zusammen, dann kann man eine (allzu simple) Behauptung⁵⁰ ins rechte Licht rücken, wonach ein regional gut ausgebautes Angebot der Kinder- und Jugendbetreu-

⁴⁹ Die Migranten werden wegen der knappen Finanzmittel des Freiwilligensurveys nur unzureichend erfasst. Osteuropäer sind überproportional vertreten und es fehlen vor allem Migranten mit muslimischem Hintergrund. Vgl. dazu Geiss 2006.

⁵⁰ Der so genannte Engagementatlas des Prognos Institutes im Auftrag des Generali Zukunftsfonds von 2009 stellte eine negative (einfache) Korrelation zwischen der Höhe des freiwilligen Engagements und dem regionalen Ausbaugrad der öffentlichen Kinderbetreuung fest. Anstatt zu zeigen, dass dahinter der doppelte Unterschied zwischen dem hohen Ausbaugrad in den neuen Ländern und dem geringeren in den alten Ländern sowie zwischen den Engagementquoten (Westen höher, Osten niedriger), wurde dem Leser suggeriert, der Ausbau der Kinderbetreuung wäre „an sich“ ein Hindernis für freiwilliges Engagement.

Vgl. http://www.prognos.com/fileadmin/pdf/aktuelles/Engagementatlas_2009_PDF_Version.pdf

ung (wie es für die neuen Länder typisch ist) ein ungünstiger Faktor für das freiwillige Engagement sei. Man muss das Phänomen, um das es dabei geht, in einen kulturellen Gesamtkontext stellen. Die klassische ostdeutsche Familienkonstellation, wo zwei gut ausgebildete Eltern trotz zweier Kinder im Haushalt in Vollzeit erwerbstätig sind (was nur dadurch möglich ist, dass die Kinder ganztags in Schule und Kindergarten betreut werden), scheint in der Tat unter den aktuellen Bedingungen nicht besonders „engagementfreundlich“ zu sein. In den alten Ländern muss die teilzeittätige Mutter den Nachmittag mit Angeboten für die Kinder füllen, wobei sie gerne auf die Zivilgesellschaft zurückgreift und sich selber dort einbringt. Der Vater beteiligt sich auch daran, zum anderen bringt er sich auch im beruflichen und anderen Interesse in Organisationen und Vertretungen ein, wobei er damit gelegentlich auch aus der Enge und dem Stress der Familienverhältnisse flieht. Diese westdeutsche Arbeitsteilung, insbesondere in der bürgerlichen Mittelschicht, begünstigt die umfassende (geschlechtsspezifische) Beteiligung der Eltern in der Zivilgesellschaft, während die Egalität der ostdeutschen Familie dafür nicht so günstig ist.

Wichtig ist es jedoch, die bisher schon herausgestellte Bedeutung des Bildungsstatus zu untersuchen. Hier lässt sich zunächst festhalten, dass sich die Typik des Ostens, dass in der Konstellation des 4-Personen-Haushaltes das Engagement von Männern und Frauen in etwa gleich ist, sowohl bei höherem als auch bei mittlerem Bildungsstatus zeigt. Nur ist das Niveau *äußerst unterschiedlich*, und das hat Konsequenzen für den West-Ost-Unterschied überhaupt. Sind bei höherem Bildungsstatus jeweils 47% der Männer und Frauen engagiert, so bei mittlerem Status nur jeweils 29%. Damit bleibt der Osten in der Konstellation „4-Personen-Haushalt und mittlerer Bildungsstatus“ äußerst weit hinter dem Westen zurück (West: Männer 51%, Frauen 49%), während das bei höherem Bildungsstatus weit weniger der Fall ist (West: Männer 56%, Frauen 48%). Und während die hochgebildeten ostdeutschen Frauen in der klassischen Familienkonstellation den Wert der westdeutschen Frauen fast punktgenau erreichen, so sind es die hochgebildeten ostdeutschen Männer, die hinter dem (extrem hohen!) Wert der westdeutschen Männer zurückbleiben.

Man kann diesen Komplex demnach unter Einbezug des Bildungsstatus folgendermaßen zusammenfassen: Familien mit Kindern und Jugendlichen, vor allem mit zwei oder mehr davon, sind in den alten *und* neuen Ländern eine günstige Konstellation für die Zivilgesellschaft. In ihrer klassischen Form mit 2 Eltern und 2 Kindern trifft das jedoch im Moment mehr auf den Westen als den Osten zu. Das erklärt sich daraus, dass die westdeutsche Familie trotz aller Modernisierung der Geschlechterkultur den konsequenten Schritt zur Egalität der Erwerbsbeteiligung nicht vollzogen hat und wohl auch zukünftig nur zögerlich vollziehen wird. Zu tief ist das traditionelle Familienideal verankert, das in den neuen Ländern durch die Veränderungen der DDR-Zeit stark verloren hat. Das neue Familienideal und die damit verbundene Infrastruktur sind die tiefgreifendste und stabilste Erbschaft der DDR-Kultur, auch weil sie mit Entwicklungen in Skandinavien, teils auch in Frankreich und Belgien verwandt sind.

Zumindest in den skandinavischen Ländern sieht man, dass das moderne Familienideal mit einer hohen Beteiligung in der Zivilgesellschaft durchaus verträglich ist. In den neuen Ländern gilt das im Moment nur für das Milieu der *höher Gebildeten*, bei denen die intrinsischen Anreize der höheren Bildung zu hohem Engagement führen. Im Milieu des mittleren Bildungsstatus gibt es dagegen gemessen am Westen eine deutliche Engagementschwäche, die sich sicher *auch* aus dem alltäglichen Kampf dieser Gruppe ums Auskommen und besonders auch um die Erhöhung des Lebensstandards erklärt. In den skandinavischen Ländern, wo diesem Milieu nicht zuletzt durch den Staat relativ gesicherte und auskömmliche Lebensbedingungen gewährt sind, ist auch die Engagementneigung höher. Allein aus dem Engagement des höheren

Bildungsmilieus wären jedenfalls die hohen Engagementquoten dieser Länder mit musterhaften Gemeinwesen und der höchsten Lebensqualität der entwickelten Länder nicht zu erklären.

III Qualitative Studie „Stand und Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in Ostdeutschland“

Ergebnisse der qualitativen Studie zu „Stand und Entwicklung
des bürgerschaftlichen Engagements

Durchgeführt im Auftrag des
Bundesministeriums des Inneren

Vorgelegt von
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Projektleiter: Prof. Dr. Thomas Olk
Mitarbeiterinnen: Dipl. Päd. Franziska Käsmarker, Diana Handschke

Halle/ Saale, November 2011

III.1 Einleitung

Auf der Grundlage der Ergebnisse der vertiefenden Auswertung des Freiwilligensurveys werden im folgenden die Sichtweisen, Einschätzungen und Problemdefinitionen zum bürgerschaftlichen Engagement von Schlüsselpersonen aus Zivilgesellschaft, Politik/ öffentliche Verwaltung und Wirtschaft, wie sie in einer qualitativen Studie ermittelt worden sind, präsentiert. Durch eine qualitative Vorgehensweise gelingt es, ein facettenreiches und lebendiges Bild der subjektiven Relevanzsetzungen und Sichtweisen der Befragten herauszuarbeiten. Es geht also im Folgenden um eine möglichst detaillierte und „dichte“ Beschreibung subjektiver Sichtweisen und Handlungszusammenhänge von Akteuren im Bereich der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in ostdeutschen Regionen.

Zu diesem Zweck wurden 40 leitfadengestützte Experteninterviews mit Schlüsselpersonen im ländlichen und städtischen Raum durchgeführt. Dabei standen Fragen zur Situation und Entwicklung von bürgerschaftlichem Engagement und Zivilgesellschaft sowie die erkennbaren Ansätze zur Förderung des Engagements unter den konkreten Bedingungen der jeweiligen lokalen beziehungsweise regionalen Kontexte im Mittelpunkt der Untersuchung.

Entsprechend der Anlage der Untersuchung gliedert sich das folgende Kapitel wie folgt: Zunächst wird das Design der qualitativen Studie inklusive der Forschungsfragestellungen, der Samplebildung, dem Zugang zum Untersuchungsfeld und der Auswertungsstrategie vorgestellt (Abschnitt 2). Auf dieser Grundlage werden zunächst die Rahmenbedingungen für die konkreten Bedingungen der Engagementförderung in den städtischen und ländlichen Regionen Ostdeutschlands skizziert. Dies geschieht, indem Engagementpolitik als neues Politikfeld markiert und die föderalen Ebenen des Staates in ihren Aufgaben und Zuständigkeiten im Bereich der Engagementförderung beschrieben werden (Abschnitt 3). Im Anschluss daran werden die empirischen Ergebnisse der qualitativen Studie präsentiert (Abschnitt 4). Die Darstellung gliedert sich in eine Beschreibung von Zivilgesellschaft und die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in ländlichen und städtischen Regionen, die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in der ostdeutschen Zivilgesellschaft, die Kooperations- und Konfliktbeziehungen zwischen Haupt- und Ehrenamt, die Beschreibung von normativen Bildern und subjektiven Zugängen zum Engagement, die Analyse von Entwicklungen im Bereich von Bildung und Engagement sowie schließlich die Förderung des Engagements durch ostdeutsche Unternehmen.

III.2 Methodisches Vorgehen

III.2.1 Forschungsfragestellungen

In der qualitativen Studie ging es darum, folgende Forschungsfragestellungen zu beantworten:

1. Welche Vorstellungen über Rolle und Bedeutung von bürgerschaftlichem Engagement und Zivilgesellschaft (Vereinsleben, Verbände, Initiativen etc.) lassen sich bei den Befragten identifizieren? (sozialkulturelle Ebene: normative Vorstellungen über bürgerschaftliches Engagement bei den Befragten)

2. Welche zivilgesellschaftlichen Strukturen und Vernetzungsformen bestehen in den Untersuchungsregionen? Wie wird der Kooperationserfolg aus der subjektiven Sicht verschiedener Akteure/Kooperationsbeteiligter beurteilt? (strukturelle Ebene der Zivilgesellschaft: Merkmale und Handlungsressourcen von Verwaltungen, Organisationen sowie Vereinen und Verbänden, Grad der Kooperation, branchen- und sektorübergreifende Vernetzung)
3. Welche Formen und Inhalte des bürgerschaftlichen Engagements (Engagement in Vereinen und Verbänden, projektbezogenes Engagement, Engagement in lokalen und regionalen Netzwerken, z.B. Agenda 21-Gruppen, Netzwerke gegen rechtsextremistische Bestrebungen sowie Engagement in Feldern wie Sport, Freizeit und Geselligkeit, Soziales etc.) sind in der jeweiligen Region besonders stark bzw. besonders schwach vertreten? Welche Besonderheiten können erfasst werden? (formale und inhaltliche Ebene des Engagements)
4. Auf welche Strukturen, Programme und Instrumente der Engagementförderung kann in der jeweiligen Untersuchungsregion zurückgegriffen werden und welche Erfahrungen werden diesbezüglich artikuliert? (z.B. Bundes- und Landesprogramme, kommunale Fördertöpfe sowie Beauftragte, Förderung durch infrastrukturelle Maßnahmen sowie durch finanzielle Förderung etc.)
5. Welche hemmenden und förderlichen Bedingungen identifizieren die Befragten hinsichtlich der Entwicklung zivilgesellschaftlicher Strukturen und Aktivitäten? Wie schätzen die Befragten den Stand der Entwicklung von Maßnahmen der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in ihrer Region ein? (Wirkungen von Programmen und Instrumenten zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements)

III.2.2 Forschungsdesign

Zur Beantwortung der skizzierten Forschungsfragestellungen wurden im Rahmen der qualitativen Erhebung insgesamt 40 leitfadengestützte Experteninterviews durchgeführt. Hierbei wurden in jedem der neuen Bundesländer acht bis zehn Interviews durchgeführt, um unterschiedliche Kontextbedingungen zu erfassen und eine Vergleichbarkeit und Kontrastierung der Ergebnisse zu gewährleisten.

Ein durchgehender methodischer Anspruch der qualitativen Erhebung bestand darin, unterschiedliche Perspektiven zu erfassen. Solche Perspektivendifferenzen können sich z.B. daraus ergeben, dass die Befragten im lokalen Kontext (Gemeinde, Landkreis bzw. örtlich und regional tätige Vereine, Einrichtungen und Initiativen) bzw. auf der Landesebene tätig sind. Darüber hinaus ist von Bedeutung, ob die Befragten im ländlichen Raum bzw. in kreisfreien Städten bzw. hoch verdichteten städtischen Regionen tätig sind. Aus diesem Grund wurden sowohl Interviewpartnerinnen und -partner auf der Landesebene und der kommunalen Ebene berücksichtigt, als auch Interviewpartnerinnen und -partner aus städtischen und ländlichen Räumen befragt. Hinsichtlich der Abgrenzung von Siedlungsräumen hat es sich grundsätzlich als sinnvoll erwiesen, zwischen ländlichen Räumen, Übergangsräumen und städtischen Räumen zu unterscheiden⁵¹. Da das Sample der hier darzustellenden qualitativen Studie lediglich

⁵¹ Die Kategorien wurden in Anlehnung an die von der OECD aufgestellten Klassifizierung gewählt (vgl. EU-Kommission (2007): Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums 2007-2013).

40 Befragte umfasst, konnten die besonderen Profile aller drei Siedlungsräume nicht gleichgewichtig repräsentiert werden. Dennoch werden in den genannten Raumtypen deutlich sichtbar.

In der Tabelle 1 wird die Anzahl der Interviews entlang der genannten Dimensionen Landesebene – lokale bzw. regionale Ebene sowie ländliche Räume – städtische Räume dargestellt. Hieraus geht hervor, dass der Schwerpunkt der qualitativen Studie auf der lokalen bzw. regionalen Ebene (mit 5-7 Interviews je Bundesland) lag und dass die Anzahl der Befragten aus ländlichen (mit 10 Befragten) und städtischen Regionen (mit 12 Befragten) in etwa gleich hoch ausfiel. Die Übergangsregionen konnten lediglich mit 2 Interviews erfasst werden. Wegen der geringen Anzahl von Befragten aus diesen Regionen konzentrierte sich die Auswertung im Wesentlichen auf die besonderen Gegebenheiten und Unterschiede in städtischen und ländlichen Räumen. Es wäre wünschenswert gewesen, in allen Bundesländern eine etwa gleich große Anzahl von Befragten entlang der vier Unterscheidungskriterien in die Untersuchung einzubeziehen. Dies war allerdings angesichts der Gesamtanzahl von Interviews ($n = 40$) nicht möglich. Es wurde allerdings darauf geachtet, dass in jedem Bundesland insgesamt eine etwa gleich große Anzahl von Interviews durchgeführt wurde (ca. 8-10 Interviews je Bundesland).

Tab. 1: Übersicht über die Anzahl der Befragten nach Untersuchungsdimension

Ebenen	Anzahl der Interviews insgesamt
Landesebene	16 Interviews
Lokale, regionale Ebene:	24 Interviews
• städtische Region	12 Interviews
• Übergangsregion,	2 Interviews
• ländlich strukturiertes Gebiet	10 Interviews

Quelle: eigene Darstellung

Abgesehen von der Unterscheidung der Befragten nach ihrer Zugehörigkeit zur Landes- bzw. lokalen Ebene und ihrer Lokalisierung im ländlichen oder städtischen Raum ist zusätzlich ihre Sektorzugehörigkeit von Bedeutung. Um die unterschiedlichen Perspektiven im Untersuchungsfeld abbilden zu können, wurden die Befragten danach unterschieden, ob sie dem Bereich von Politik und öffentlicher Verwaltung, der Zivilgesellschaft oder der Wirtschaft zugehören. Die entsprechende Anzahl von Befragten je Bundesland ist in Tabelle 2 dargestellt.

Tab. 2: Übersicht über die Anzahl der Befragten nach Sektor- und Ebenezugehörigkeit

Sektoren/Ebenen	Verwaltung/Politik	Zivilgesellschaft	Wirtschaft
Landesebene	ca. 1-2 Interviews	ca. 1-2 Interviews	ca. 1 Interviews
Lokale bzw. regionale Ebene	ca. 2-3 Interviews	ca. 2-3 Interviews	ca. 1-2 Interviews

Quelle: eigene Darstellung

Das zentrale Ziel der qualitativen Untersuchung bestand darin, Gelingens- bzw. Misslingsbedingungen für eine Politik der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements auf der lokalen bzw. regionalen Ebene in Ostdeutschland zu identifizieren. Die hiermit zusammenhängenden Leitfragen lassen sich – ergänzend zu den eingangs formulierten generellen Untersuchungsfragen – etwa folgendermaßen zusammenfassen: Wie sind die zivilgesellschaftlichen Strukturen, Organisations- und Handlungsformen in Ostdeutschland beschaffen? Und was sind die Bedingungen für deren Stabilisierung und Weiterentwicklung? Welche normativen Vorstellungen artikulieren die relevanten Akteure im Hinblick auf Ehrenamt bzw. bür-

gerschaftliches Engagement? Und welche Handlungspraxen entwickeln sich diesbezüglich vor Ort? Welche Unterschiede gibt es in dieser Hinsicht zwischen städtischen und ländlichen Regionen? Und was bedeutet dies für die Entwicklung förderlicher Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliche Strukturen und Artikulationsformen? Wie muss eine Politik zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements beschaffen sein, damit sie angemessen auf die besonderen Bedingungen in den städtischen und ländlichen Räumen Ostdeutschlands reagieren und die zivilgesellschaftlichen Potenziale, Akteure und Ressourcen mobilisieren kann? Was sind hemmende Bedingungen, die einer weiteren Entwicklung der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland möglicherweise entgegenstehen und wie könnten diese reduziert werden?

III.2.3 Sample und Zugang zum Untersuchungsfeld

Im Folgenden werden das gestufte Vorgehen bezüglich der Auswahl des Untersuchungssamples sowie der Zugang zum Forschungsfeld dargelegt.

Um die Bandbreite an Engagementserfahrungen und die organisationalen Rahmungen und Förderstrukturen des Engagements in den Untersuchungsländern zu erfassen und um einen kontrastiven Vergleich zu ermöglichen, wurden bei der Konstruktion des Untersuchungssamples ein dreistufiges Auswahlverfahren vorgenommen:

- In einem ersten Schritt wurde eine Auswahl der Befragten nach ihrer Zugehörigkeit zu einem der drei Sektoren. (Politik/öffentliche Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wirtschaft) durchgeführt und dabei die relevanten Funktionen (z.B. hauptamtliche und ehrenamtliche Politiker, Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung, ehrenamtliche Vorstandsmitglieder von Vereinen) berücksichtigt.
- In einem zweiten Schritt wurde eine Differenzierung in die unterschiedlichen Ebenen (Landes- vs. lokale/regionale Ebene) vorgenommen.
- In einem dritten Schritt wurden die Befragten nach ihrer Zugehörigkeit zu den genannten Raumstrukturen (städtische Region, Übergangsregion, ländliche Region) ausgewählt.

Um bei der konkreten Auswahl von Untersuchungspersonen in der Phase des Feldzugangs entsprechend dieser Auswahldimensionen vorgehen zu können, musste eine gewisse Balance zwischen Offenheit im qualitativen Forschungsprozess (vgl. Flick 2004) und Orientierung an vorgegebenen Kriterien aufrecht erhalten werden. Zur Erfassung der unterschiedlichen Perspektiven wurden daher zunächst Akteure ausgewählt, die als Schlüsselpersonen im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements gelten. Diese haben sowohl im Hinblick auf die Ebene, auf der sie selbst angesiedelt sind, als auch hinsichtlich der beiden übrigen Ebenen relevante Informationen zur Verfügung gestellt. Hierdurch konnten die Erfahrungen der Befragten zum Thema des bürgerschaftlichen Engagements und seiner Förderung unter den jeweils konkreten situativen Bedingungen sowie zusätzliche Informationen über deren normative Vorstellungen zu Zivilgesellschaft und Engagement und den Stand der Entwicklung der regionalen bzw. lokalen Zivilgesellschaft gewonnen werden. Bei der Auswahl der Interviewpartner war auch für die spätere Kontrastierung darauf zu achten, dass Gesprächspartner berücksichtigt werden, die über gewisse Erfahrungen im Feld der Engagementförderung verfügen, also hinsichtlich der Untersuchungsfragestellung auskunftsfähig sind. Eine solche Auswahl setzt spezifische Vorerfahrungen der Forscherinnen und Forscher bzw. gute Kontakte zum Untersuchungsfeld voraus. Diese Vorerfahrungen mit dem Untersuchungsfeld waren aufgrund der langjährigen Betätigung in diesem Feld sehr weitgehend gegeben. Die Auswahl der Untersuchungspersonen bei diesem Sample beruhte daher vorwiegend auf eigenen Recherchen und eigenem Vorwissen. Diese basierte sowohl auf mehrjähriger Forschungserfahrung in diesem Feld als

auch auf der Einbindung in zivilgesellschaftliche Vernetzungsstrukturen (z.B. Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement). Desweiteren wurde die Auswahl durch das Insiderwissen weiterer Expertinnen und Experten gestützt. Zudem wurden die Kontakte zur den jeweils befragten Interviewpartner unmittelbar genutzt, um Hinweise und Vorschläge für die weitere Auswahl von Interviewpartnern zu gewinnen (Schneeballsystem). Durch die Nutzung des Insiderwissens der befragten Interviewpartner wurde das Sample im laufenden Forschungsprojekt fortwährend ergänzt und erweitert.

III.2.4 Feldzugang zu den Organisationen und zu Interviewpartnern

Im Anschluss an die Auswahl erster Interviewpartnerinnen und -partner wurden entsprechende Zugänge zum Untersuchungsfeld hergestellt. Die in diesem Zusammenhang durchgeführten Arbeitsschritte werden im Folgenden kurz dargelegt.

Zunächst wurden die (potenziellen) Interviewpartner telefonisch hinsichtlich ihrer Bereitschaft zur Mitwirkung angefragt. Dabei erwies es sich als vorteilhaft, dass mit der anvisierten Erarbeitung von Gelingens- und Misslingensbedingungen für die Förderung von Zivilgesellschaft und Förderung bürgerschaftlichen Engagements in Ostdeutschland zentrale Bedürfnisse und Interessen der Interviewpartner aufgegriffen wurden. Im Falle einer Mitwirkungsbereitschaft wurden terminliche Absprachen zur Durchführung des Interviews getroffen. Ein Großteil der Interviews wurde vor Ort am Arbeitsplatz der Interviewpartnerinnen und -partner durchgeführt.

Im Großen und Ganzen erwies sich der Zugang zum Untersuchungsfeld als unproblematisch. Allerdings zeigten sich sektorspezifische Differenzen. So gestaltete sich der Zugang zu den (potenziellen) Interviewpartnerinnen und -partner aus dem zivilgesellschaftlichen Bereich als überwiegend problemlos und es konnten relativ rasch Interviewtermine vereinbart werden. Dies gestaltete sich hinsichtlich der Interviewpartner aus Politik und öffentlicher Verwaltung sowie Wirtschaft schwieriger. Insbesondere im Bereich der öffentlichen Verwaltung waren zum Teil zeitraubende Klärungsprozesse innerhalb der Ämter und Behörden erforderlich, da zunächst Fragen der Zuständigkeit und der Erlaubnis zur Teilnahme an den Interviews auf dem Dienstweg entschieden werden mussten. Aber auch hier ist es gelungen, relevante Interviewpartnerinnen und -partner mit entsprechenden Zuständigkeiten und Erfahrungen zu gewinnen. Im Hinblick auf die Auswahl von Interviewpartnerinnen und -partnern aus dem Bereich der Wirtschaft stellten sich grundsätzlichere Fragen des Zugangs zum Untersuchungsfeld. Hier mangelt es an verlässlichen Informationen über Anzahl und Verteilung von in Ostdeutschland angesiedelten Unternehmen, die über Erfahrungen mit der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements jenseits des Einsatzes klassischer Instrumente wie Spenden und Sponsoring verfügen. Bevor einzelne Unternehmen angefragt wurden, wurde daher eine Recherche zu diesem Gegenstandsbereich durchgeführt, wobei sowohl auf Internetquellen als auch auf Kontakte zu Experten in diesem Feld zurückgegriffen wurde. Im Verlaufe dieser Recherche zeigte sich, dass pessimistische Vermutungen hinsichtlich der Verbreitung von Corporate Volunteering-Aktivitäten im Unternehmensbereich in Ostdeutschland nicht bestätigt werden konnten. Im Gegensatz zu solchen Vermutungen konnte eine hohe Anzahl von Wirtschaftsunternehmen identifiziert werden, die sich im Bereich der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements mit unterschiedlichen Instrumenten und Handlungsformen engagieren. Die Kontaktaufnahme zu diesem spezifischen Bereich des Untersuchungsfeldes und die Motivierung potenzieller Interviewpartner zur Mitwirkung gestalteten sich dennoch als keineswegs unkompliziert. Dies könnte damit zusammenhängen, dass die Unternehmen, die sich in Ostdeutschland im Bereich der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements engagieren, über wenig Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit sozialwissenschaftlicher Forschung verfügen und zum Teil auch der Nutzen dieser Zusammenarbeit für die jeweiligen Unternehmen nicht gesehen

wird. Dennoch konnten in einem längeren Recherche- und Kontaktaufnahmeprozess Interviewpartnerinnen und -partner aus sieben Unternehmen für eine Mitarbeit gewonnen werden und damit der Bereich der Wirtschaft angesichts einer Gesamtzahl von 40 Interviews in starkem Maße berücksichtigt werden. Aus nahe liegenden Gründen war es nicht ganz einfach, die Wirtschaftsunternehmen im Hinblick auf ihre Zuordnung zur Landes- bzw. lokalen Ebene zu sortieren. Es wurden daher diejenigen Unternehmen der Landesebene zugeordnet, die überregional bzw. sogar deutschlandweit wirtschaftlich tätig sind, während diejenigen Unternehmen, die – wie kleine Handwerksbetriebe oder Wohnungsgesellschaften – in ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit am lokalen Raum orientiert sind, der lokalen bzw. regionalen Ebene zugeordnet wurden.

Die sich hieraus ergebende Zuordnung der Interviewpartnerinnen und -partner aus allen gesellschaftlichen Sektoren und auf der Landes- bzw. lokalen und regionalen Ebene wird im Folgenden abschließend bezogen auf die einzelnen Bundesländer aufgeschlüsselt. Wie sich die Gruppe der Interviewpartnerinnen und -partner entsprechend ihrer Zusammensetzung nach Zugehörigkeit zu gesellschaftlichen Sektoren bzw. Landes-, regionale und lokale Ebene je nach Bundesland zusammensetzt, ist in Anhang 3 tabellarisch aufgeschlüsselt (siehe Anhang 3).

III.2.5 Erhebung und Auswertung

Bei der Erhebung und Auswertung der Interviews wurde auf das Erhebungsverfahren des leitfadengestützten Experteninterviews und das Auswertungsverfahren der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring zurückgegriffen.

Zur Datenerhebung

Im Rahmen des geplanten Forschungsvorhabens wurde davon ausgegangen, dass divergierende Vorstellungen, Erfahrungen und Sichtweisen hinsichtlich bürgerschaftlichen Engagements und der Beschaffenheit zivilgesellschaftlicher Strukturen sowie Förderkulissen vorliegen.

Aus diesem Grund wurden leitfadengestützte Experteninterviews auf unterschiedlichen Ebenen geführt und damit unterschiedliche Perspektiven erfasst. Die Vorteile dieser Interviewform für das geplante Forschungsvorhaben liegen darin, dass es in der Erhebung eine flexible Abfolge von erzählgenerierenden und verständnisgenerierenden Fragen ermöglicht, und damit eine Ausdifferenzierung der Untersuchungsschwerpunkte während des Interviews zulässt (vgl. Witzel 2000). In Anlehnung an die Anregungen und Empfehlungen von Witzel wurden im Rahmen der durchgeführten Interviews ein Interviewleitfaden, eine Tonbandaufzeichnung und ein Postskript eingesetzt (vgl. Witzel 2000). Im Nachgang wurden die Experteninterviews transkribiert und ausgewertet.

Zur Auswertung der Daten

Die Auswertung der Experteninterviews erfolgte mittels der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (vgl. Mayring 2002). Die konkrete Gestaltung des Ablaufmodells erfolgt durch ein Kategoriensystem, nach welchem bestimmte Stellen aus den Interviews (deduktiv, ausgehend vom Theoriestand und induktiv, ausgehend vom Leitfaden bzw. Material) kodiert und extrahiert werden können. Das Kategoriensystem muss aus der Fragestellung abgeleitet und theoretisch begründet werden.

Entsprechend der Fragestellung wurden in diesem Projekt die Kategorien, Vorstellungen, Merkmale und Auswirkungen als Hauptkategorien ausgewählt. Aus dem Material wurden diese drei Hauptkategorien für jeden Fragenkomplex extrahiert. Darüber hinaus konnten Unterkategorien entwickelt werden, die in Abschnitt 2 näher beschrieben werden sollen (vgl. zentrale Fragestellungen Abschnitt 1.1).

Die Entwicklung eines solchen Kategoriensystems ist nach Mayring der entscheidende Arbeitsschritt, da in diesen Kategorien die Ziele der Analyse konkretisiert werden. Besondere Aufmerksamkeit wird in der qualitativen Inhaltsanalyse auf die Konstruktion der Kategorien sowie Unterkategorien und auf deren Begründung gelegt. Zudem werden diese Kategorien am konkreten Material überprüft, wodurch eine Überarbeitung des Kategoriensystems möglich wird und die Analyse an Flexibilität gewinnt. Es sind also Rückkopplungsschleifen möglich, um die Kategorien und damit den ganzen Ablaufplan datengerecht zu verändern und anzupassen (vgl. Mayring 2002, S. 83 f.).

Aus den Ergebnissen sollen Rückschlüsse für Gelingens- und Misslingensbedingungen für die Implementierung, Umsetzung und Weiterentwicklung von Programmen und Maßnahmen der Förderung von Zivilgesellschaft und bürgerschaftlichem Engagement gewonnen werden. Hierzu wurde ein dreischrittiges Verfahren mit selektiven Kontrastierungen vorgesehen.

In einem ersten Arbeitsschritt erfolgten die bereits erläuterten Einzelauswertungen für jede Datenquelle getrennt voneinander. Dabei wurde das Datenmaterial den Fragestellungen entsprechend gesichtet und die Inhalte, gemäß den Hauptkategorien, herausgefiltert.

Auf dieser Basis konnte in einem zweiten Schritt die getrennten Interpretationen für jede Ebene (Landesebene, regionale und kommunale Ebene) gegenübergestellt wurden. Dabei konnten die Unterkategorien in Abstimmung mit dem aktuellen Forschungsstand herausgearbeitet werden.

In der Zusammenführung dieser Erkenntnisse wurden Gemeinsamkeiten, Unterschiede sowie Passungsprobleme für spezielle Regionen bzw. Kommunen heraus kristallisiert und festgehalten. Dadurch konnten die bereits gewonnenen Ergebnisse erweitert und vervollständigt werden (vgl. Flick 2004, S. 332; Stuth 2011; Jakob 2009, 2010; Olk 2002; Berlin Institut 2011).

In einem dritten Schritt ging es mittels eines kontrastierenden Vergleichs um die notwendige Verallgemeinerung der Befunde sowie eine theoretische Verknüpfung. Anhand grundlegender analytischer Kategorien wurden darauf aufbauend – über die engagementspezifischen Entwicklungen, Kontextbedingungen und strukturellen Rahmenbedingungen hinausgehend – zusammenfassend herausgearbeitet, wie es gelingt, zivilgesellschaftliche Strukturen zu entwickeln und welche Gelingens- und Misslingensbedingungen diesbezüglich ausschlaggebend sind.

In Anlehnung an das skizzierte Forschungsdesign wurde folgendes Kategoriensystem des Projektes: „Stand und Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in Ostdeutschland“ entwickelt (siehe Tab. 8):

Tabelle 8: Übersicht über die Kategorien und Unterkategorien

Methodik	Inhalt
Hauptkategorien	<p>1. Vorstellungen (über bürgerschaftliches Engagement – Blick der Befragten auf politische Entscheidungsträger und auf Bürgerinnen und Bürger)</p> <p>2. Merkmale (Welche Institutionen/Förderungen (Kulisse) und Formen des bürgerschaftlichen Engagements bestehen)</p> <p>3. Auswirkungen (Welche Struktureffekte und Veränderungen in der engagierten Bevölkerung wurden ersichtlich)</p>
Unterkategorien	<p>zu 1. Vorstellungen</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Erfahrungen (der Befragte mit verschiedenen engagierten Bevölkerungsgruppen) ○ Meinungen (der Befragte über die Vorstellungen der verschiedenen engagierten Bevölkerungsgruppen über bürgerschaftliches Engagement) ○ Orientierungen (der politischen Entscheidungsträger hinsichtlich Engagement) <p>zu 2. Merkmale</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Personal (Werdegang, Persönlichkeitsmerkmale, weitere Besonderheiten) ○ Rückhalt bzgl. der Implementierung (politischer, in der eigenen Institution bzw. Institutionalisierung des Engagements) ○ Förderkulisse und Förderbedingungen ○ (Programme, Projekte, Initiativen) <p>zu 3. Auswirkungen</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Unterschiede im ländlichen, städtischen Raum, Übergangsregionen

	<ul style="list-style-type: none"> ○ Bevölkerungsgruppen (Kinder- und Jugendliche; Erwachsene, Senioren, Besonderheiten) ○ Struktureffekte durch die Förderung und Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements ○ Anerkennungskultur ○ Qualitätsentwicklung (Qualität und Evaluation)
Abstrahierung der Ergebnisse	(Entwicklungs-)Muster Herausforderungen/Probleme Spannungen

III.3 Strukturen und Handlungsformen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Ostdeutschland

III.3.1 Engagementpolitik als neues Politikfeld

Die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements entwickelt sich in Deutschland seit den 1990er Jahren zunehmend zu einem eigenständigen politischen Handlungsfeld, das sich auf die Förderung der unterschiedlichen Formen und Spielarten des bürgerschaftlichen Engagements und die Verbesserung der Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliche Organisationen bezieht (vgl. Olk 2007 sowie Hartnuß/Olk/Klein 2011). Von einem eigenständigen Politikfeld zu sprechen, ist allerdings keineswegs selbstverständlich. Denn bis in die späten 1980er Jahre hinein erfolgte die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements hauptsächlich indirekt durch Förderung gemeinnütziger Organisationen (wie etwa Wohlfahrtsverbände) sowie als ein Nebenaspekt in bestimmten politischen Handlungsfeldern wie Sozialpolitik, Familienpolitik und Gesundheitspolitik. Die Zusammenhänge zwischen bereichsspezifischen und bereichsübergreifenden Entwicklungen von Zivilgesellschaft und bürgerschaftlichem Engagement werden jedoch zunehmend erkannt mit der Folge, dass die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements immer mehr als politische Querschnittsaufgabe verstanden wird⁵². Anliegen und Themen einer bereichsübergreifenden Engagementpolitik sind daher etwa die Verbesserung rechtlicher und finanzieller Rahmenbedingungen des bürgerschaftlichen Engagements, die Unterstützung engagementfreundlicher Organisationsentwicklungsprozesse, die Gewährleistung engagementfördernder Infrastrukturen auf lokaler und überregionaler Ebene sowie die Stärkung von Demokratie und Partizipation durch neue Beteiligungsformen. Eine Engagementpolitik als Querschnittspolitik hat daher – auf kommunaler, Landes- und Bundesebene – eine doppelte strategische Ausrichtung: Es müssen sowohl ressortübergreifende Ziele und Instrumente einer Engagementpolitik entwickelt als auch dafür Sorge getragen werden, dass in den einzelnen Ressorts und Zuständigkeitsbereichen Maßnahmen und Programme entwickelt werden, die die jeweils kontextspezifischen Rahmenbedingungen für gemeinnützige Organisationen und bürgerschaftliches Engagement verbessern.

Der ordnungspolitische Rahmen von Engagementpolitik ist in Deutschland insbesondere durch das Subsidiaritätsprinzip und den Föderalismus geprägt. Das Subsidiaritätsprinzip besagt, dass nächst höhere Ebene der unteren Ebene nichts wegnehmen darf, was diese selbst zu leisten imstande ist. Auch hat die höhere Ebene eine Forderverpflichtung gegenüber der unteren

⁵² Das Agenda-Setting einer staatlichen Engagementpolitik wurde durch die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ erreicht (Enquete-Kommission 2002). Vergleiche zu weiteren offiziellen Dokumenten zu Stand und Entwicklung der Debatte und Maßnahmen BMSFSJ 2009, Alscher u.a. 2009 sowie BMSFSJ 2012.

ren Ebene, um diese in die Lage zu versetzen, ihre Aufgaben zu erledigen (vgl. Nell-Breuning 1976). Übertragen auf das Gebiet der Engagementpolitik besagt dies, dass die Förderung der unterschiedlichen Formen des bürgerschaftlichen Engagements zunächst eine Aufgabe der zivilgesellschaftlichen Organisationen selbst und erst dann eine Verantwortung des Staates bzw. der öffentlichen Verwaltung darstellt. Damit wird den zivilgesellschaftlichen Akteuren in diesem Politikfeld eine entscheidende Rolle zugeschrieben. Darüber hinaus sind die Zuständigkeiten für engagementpolitische Vorhaben und Programme arbeitsteilig zwischen Bund, Ländern und Kommunen verteilt, was komplexe Aufgaben der Abstimmung und Koordination mit sich bringt. Da sich der überwiegende Teil des bürgerschaftlichen Engagements auf der lokalen Ebene abspielt, haben die Kommunen eine herausgehobene Bedeutung in der Engagementpolitik. Gemäß dem Subsidiaritätsprinzip sollen Länder und Bund die Kommunen bei der Erfüllung ihrer engagementpolitischen Aufgaben unterstützen und auf diese Weise die kommunale Ebene überhaupt erst in die Lage versetzen, diesen Verpflichtungen sachgerecht nachzukommen. Im Folgenden sollen die Aufgaben und Zuständigkeiten von Bund, Ländern und Kommunen in der Engagementpolitik knapp skizziert werden (vgl. hierzu auch die einschlägigen Beiträge in Olk/Klein/Hartnuß 2010).

Die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten der Bundespolitik beziehen sich im Feld der Engagementförderung zunächst einmal auf die Gestaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen (Gemeinnützigkeitsrecht, Vereinsrecht, Stiftungsrecht, Steuerrecht, Haftpflicht- und Versicherungsschutzregelungen etc.). Die darüber hinaus gehenden Zuständigkeiten der Bundesebene konzentrieren sich im Wesentlichen auf die Förderung von Anschub- und Modellprojekten sowie die Förderung der unterschiedlichen Formen von Engagementdiensten. Auch die Länder verfügen über gewisse Zuständigkeiten bei der Gesetzgebung, denn diese sind zwischen Bund und Ländern geteilt (Art. 70ff. GG), wobei die Länder in einigen Bereichen (z.B. Schule, Kultur, Polizei, Kommunalverfassung) die ausschließliche Gesetzgebungsbefugnis haben. In den übrigen Gesetzesbereichen können die Länder gesetzliche Regelungen treffen, wenn der Bund von seinem Gesetzgebungsrecht keinen Gebrauch macht. Für die Rahmenbedingungen des bürgerschaftlichen Engagements sind Landesgesetze – etwa im Bereich der Ausgestaltung der Institutionen Kitas und Schulen, der Beteiligungsrechte für Bürgerinnen und Bürger in der Kommunalverfassung etc. – in vielen Fällen relevant. Dazu kommt, dass die Ausführung der Gesetze – auch der Bundesgesetze – in den Aufgabenbereich der Länder fällt (Art. 83 GG). Abgesehen davon können auch die Länder selbst das bürgerschaftliche Engagement durch geeignete Programme und Maßnahmen fördern und unterstützen.

Nach unten wird die Zuständigkeit der Länder durch die ebenfalls im Grundgesetz festgelegt kommunale Selbstverwaltung beschränkt. Sie erlaubt es den Kommunen, Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln (Art. 28 GG). Die Institution der kommunalen Selbstverwaltung setzt sowohl rechtlichen Regelungen als auch finanziellen Zuwendungen durch die Länder Grenzen. So fällt etwa die Finanzierung infrastruktureller Einrichtungen und Angebote, deren Leistungen sich auf den kommunalen und regionalen Einzugsbereich beziehen, grundsätzlich in die Zuständigkeit der Kommunen. Auch hier beschränkt sich die Zuständigkeit der Länder grundsätzlich auf Anschub- und Modellförderung sowie gegebenenfalls auf die Anteilsfinanzierung unter Beteiligung der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaft. Insgesamt kommt den Ländern bei der Förderung und Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements jedoch eine wichtige Rolle zu, da sie Anstöße und Entwicklungen sowohl aus den Kommunen als auch von der Bundesebene aufgreifen, bündeln und in übergreifende landesbezogene Förderkonzepte und -strategien überführen können (Enquete-Kommission 2002, S. 333ff). Abgesehen davon können sie selbst initiativ tätig werden und eigene Handlungsansätze und Instrumente entwickeln (etwa in Form von Landesgesetzen, Erlassen, Richtlinien etc.). Durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit, Informationskampagnen und Aufrufe können sie darüber hinaus den Wissenstand in der Bevölkerung bzw. das Image des Engagements verbessern, zur Entwicklung eines engagementfreundlichen Klimas

beitragen sowie nicht zuletzt durch Ehrung und Würdigung des Engagements einen Beitrag zur öffentlichen Anerkennung dieses Engagements leisten.

Die Kommunen sind nicht nur der zentrale Ort, an dem sich der überwiegende Anteil des bürgerschaftlichen Engagements konkretisiert, sondern sie stellen auch grundsätzlich die wichtigste Ebene der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements dar. Viele freiwillige, aber auch einige Pflichtaufgaben der Gemeinden werden ehrenamtlich erbracht. So werden z.B. Brandschutz und Gefahrenabwehr in der Bundesrepublik Deutschland von den lokalen Freiwilligen Feuerwehren gewährleistet. Aber auch in Sport, Kultur und sozialem Bereich ist es in erheblichem Maße das Ehrenamt, das zur Gewährleistung kommunaler Daseinsvorsorge und zur Verbesserung der Lebensqualität vor Ort maßgeblich beiträgt (vgl. Enquete-Kommission 2002: S. 333ff.). Viele kommunale Infrastrukturangebote ließen sich ohne den Einsatz der bürgerschaftlich Engagierten nicht oder nicht in der gewünschten Qualität und im erforderlichen Umfang aufrecht erhalten. Es kann daher nicht überraschen, dass die Politik zur Förderung und Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements auf kommunaler Ebene entstanden ist und hier auf die längste Tradition zurück blicken kann. Zu den Instrumenten der kommunalen Engagementförderung gehören Würdigungen und Anerkennungen (Anerkennungskultur) ebenso wie die Gewährleistung einer Engagement fördernden Infrastruktur (Selbsthilfekontaktstellen, Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros, Ehrenamtsanlaufstellen, Bürgerstiftungen, Förderung traditioneller Vereine und Verbände), die Vernetzung örtlicher und regionaler Akteure, der Einbezug von Bürgerinnen und Bürger in Bürgerbeteiligungsprozesse und vorparlamentarische Formen der Beteiligung (Kinder- und Jugendräte, Seniorenbeiräte, sachkundige Bürger in Ausschüssen) sowie die Förderung des Verbands- und Vereinswesens durch infrastrukturelle und finanzielle Förderung (Bereitstellung von Räumlichkeiten, Trainings- und Spielstätten, finanzielle Unterstützung).

Mit der qualitativen Studie zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Ostdeutschland wird – wie in Abschnitt I ausgeführt – das Ziel verfolgt, dem multiperspektivischen Ansatz entsprechend die Perspektiven und Sichtweisen der befragten Akteure aus den Bereichen Politik/öffentliche Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wirtschaft im Hinblick auf das Untersuchungsfeld der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements zu analysieren. Daher wird insbesondere die lokale und regionale Ebene in ländlichen und städtischen Regionen in Ostdeutschland in den Blick genommen. Welche Ziele verfolgen die Akteure in diesem Feld und welche Maßnahmen und Instrumente haben sie zur Erreichung dieser Ziele entwickelt? Auf welche förderlichen und hemmenden Bedingungen stoßen sie? Welche Lösungen zur Überwindung möglicher Widerstände und Probleme konnten sie entwickeln? Hinsichtlich der im Folgenden präsentierten empirischen Ergebnisse ist vorab zu beachten, dass die befragten Akteure unter spezifischen Rahmenbedingungen agieren (müssen).

So musste in den neuen Bundesländern nach der Wende und dem politischen Systemumbruch im Jahre 1990 das politische und verwaltungsbezogene Institutionensystem auch auf kommunaler Ebene umgestellt und die Strukturen im zivilgesellschaftlichen Bereich transformiert werden. Im Verlaufe dieser Entwicklung sind im Bereich von kommunaler Politik und öffentlicher Verwaltung sowie im zivilgesellschaftlichen Bereich neue Institutionen und Akteurskonstellationen entstanden und haben sich die Formen des freiwilligen und unentgeltlichen Engagements differenziert und pluralisiert (vgl. Angershausen 1998, Backhaus-Maul u.a. 2003, Gensicke/Olk u.a. 2010, Stimpel 2012). Für den zivilgesellschaftlichen Bereich spielt hier insbesondere eine Rolle, dass abgesehen von dem Um- und Neuaufbau der Verbände- und Wohlfahrt neue und zum Teil innovative Formen des bürgerschaftlichen Engagements (wie Initiativen und Projekte, Bürgerstiftungen, aber auch Netzwerke im Bereich von Kultur und Soziales sowie bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus) in den ostdeutschen Regionen entstanden sind. Überkommene normative Vorstellungen und Bilder hinsichtlich des gesellschaftlichen Engagements wurden herausgefordert und neue veränderte Leitbilder des bürgerschaftlichen Engagements gewannen an Bedeutung. Zugleich erwiesen sich die Rahmenbedingun-

gen für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements auf lokaler und regionaler Ebene von Beginn an als prekär. Hierzu haben sowohl die im Vergleich zu Westdeutschland relativ hohen Arbeitslosenzahlen und die zunächst zögerlich einsetzende Restabilisierung der ost-deutschen Wirtschaft der Bevölkerungsrückgang durch Abwanderung und niedrige Geburten sowie die unzureichende Finanzausstattung der Kommunen beigetragen.

Insbesondere in einigen ländlichen Regionen (z. B. im Norden Sachsen-Anhalts und in Mecklenburg-Vorpommern sowie Brandenburg) ist die Situation auf kommunaler bzw. regionaler Ebene durch Phänomene wie den Wegzug insbesondere jüngerer qualifizierter Bevölkerungsgruppen, die Ausdünnung der Infrastruktur, eine anhaltende Wirtschaftsschwäche und Alterung der Bevölkerung gekennzeichnet. Dieses Phänomen der Strukturschwächung ländlicher Räume mit den entsprechenden Folgen für Wirtschaftskraft und Sozialstruktur ist zwar in allen Landesteilen nachweisbar, ist aber in Ostdeutschland stärker verbreitet als in den westdeutschen Bundesländern. Angesehen davon erweist sich die nachhaltige Ressourcenschwäche der Kommunen als ein hemmendes Merkmal der lokalen bzw. regionalen Ebene in Ostdeutschland. Obwohl auch in Westdeutschland ein zunehmender Anteil der Kommunen über erhebliche Fehlbeträge im Verwaltungshaushalt verfügt und der Haushaltssicherung unterliegt, ist die kommunale Einnahmekrise in Ostdeutschland besonders stark ausgeprägt (vgl. Gemeindefinanzbericht 2011). Darüber hinaus hat die in einigen der neuen Bundesländer durchgeführte Kommunalstrukturreform erhebliche Auswirkungen auf zivilgesellschaftliche Handlungsformen, da mit der Neuschneidung (und faktischen Vergrößerung) von Landkreisen komplexe Prozesse der Irritation und Neuformierung lokaler Identitäten und Netzwerkstrukturen verbunden sind.

In den nächsten Abschnitten wird – dem qualitativen Forschungsansatz folgend – aus der subjektiven Sichtweise der Interviewten beschrieben, wie die befragten Akteure aus Politik/öffentlicher Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wirtschaft die Entwicklung zivilgesellschaftlicher Strukturen und Organisationen in Ostdeutschland einschätzen und welche Maßnahmen und Strategien zur Förderung und Unterstützung des Engagements entwickelt wurden. Dabei werden markante, über den Einzelfall hinausweisende Ansätze, Muster und Problemlagen herausgearbeitet, die in der gegenwärtigen Situation prägend für die Entwicklungen in der Praxis der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements sind.

III.3.2 Entwicklungen in der Zivilgesellschaft und die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Ostdeutschland

Im Folgenden werden die inhaltlichen Ergebnisse der qualitativen Studie vorgestellt. Die Studie konzentriert sich – wie skizziert – auf die diesbezüglichen Entwicklungen und Erfahrungen auf der lokalen bzw. regionalen Ebene und berücksichtigt dabei die Perspektiven von Akteuren aus Politik/öffentlicher Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wirtschaft. Auf diese Weise wird sicher gestellt, dass Perspektivendifferenzen zwischen den Akteuren aus den drei gesellschaftlichen Sektoren, mögliche Spannungen, aber auch Unterschiede in den Erfahrungen – dem multiperspektivischen Ansatz folgend – angemessen zum Ausdruck kommen. Da die Fallzahl ($n = 40$) zu gering ist, um aussagekräftige Differenzen zwischen den einzelnen neuen Bundesländern herausarbeiten zu können, ist die folgende Auswertung der qualitativen Interviews länderübergreifend angelegt. Allerdings hat sich die Differenzierung nach Raumtypen als in hohem Maße relevant herausgestellt. So sind die Gegebenheiten in der Zivilgesellschaft und die Bedingungen und Handlungsspielräume zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements sehr unterschiedlich, je nachdem, ob die Akteure im ländlichen (strukturschwachen) Raum oder aber in einer kreisfreien Stadt oder im städtischen Umland lokalisiert sind. Aus diesem Grund werden unterschiedliche Gegebenheiten und Handlungsorientierungen der Akteu-

re in ländlichen und städtischen Räumen in den einzelnen Unterkapiteln – da, wo sie relevant sind – entsprechend markiert und hervorgehoben. Die Interviews, die mit Akteuren auf der Landesebene durchgeführt wurden, dienen hier dem Zweck, die Perspektive von landesweit agierenden Akteuren auf die lokale bzw. regionale Ebene herauszuarbeiten. Darüber hinaus ist von Interesse, mit welchen Instrumenten und Maßnahmen die Akteure der Landesebene versuchen, die Entwicklungen auf lokaler bzw. regionaler Ebene zu beeinflussen und zu befördern.

III.3.2.1 Zivilgesellschaft und die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements durch Kommunalpolitik und Verwaltung

Im Folgenden wird die Perspektive der Vertreter kommunaler Politik und öffentlicher Verwaltung dargestellt. Die Analyse beruht auf den Auskünften von neun Befragten. Ein Interviewpartner entstammt der kommunalpolitischen Ebene, die übrigen sind in der kommunalen öffentlichen Verwaltung in einschlägigen Positionen tätig.

Sowohl die Entwicklungen und Gegebenheiten innerhalb der örtlichen Zivilgesellschaft als auch die Rahmenbedingungen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements unterscheiden sich auf der lokalen Ebene deutlich zwischen ländlichen und städtischen Regionen. Aus diesem Grunde wird im Folgenden zunächst auf die Situation in ostdeutschen Landkreisen und danach auf die Situation in den kreisfreien Städten und städtischen Verdichtungsräumen eingegangen. Hinsichtlich der Ausdifferenzierung und Entwicklung unterschiedlicher Formen des bürgerschaftlichen Engagements und den Instrumenten zu dessen Förderung gibt es in den ostdeutschen Untersuchungsregionen erhebliche Unterschiede. So haben sich in den städtischen Räumen vielfältige Formen des bürgerschaftlichen Engagements entwickelt und auch die Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements als einer wichtigen Ressource zur Gestaltung des örtlichen Gemeinwesens weist ein anderes, komplexeres Profil auf als in ländlichen Regionen. In den ländlichen Regionen Ostdeutschlands überwiegen im Bereich der Zivilgesellschaft nach wie vor die traditionellen Formen des Vereins- und Verbändewesens (Sport, geselliges Leben, Kultur, Freiwillige Feuerwehr, Wohlfahrtspflege). Neue Ausdrucksformen des zivilgesellschaftlichen Engagements (Initiativen, Bürgerstiftungen, Netzwerke, Projekte) verbreiten sich in ersten Ansätzen, finden allerdings oft noch nicht eine vergleichbare Form der Anerkennung und Berücksichtigung bei den örtlichen Honoratioren und der öffentlichen Verwaltung.

Im Unterschied dazu ist die Engagementlandschaft in den städtischen Räumen deutlich pluraler und enthält sowohl traditionelle als auch neuere Engagementformen und bei den politisch Verantwortlichen entsteht in vielen Fällen ein Bewusstsein hinsichtlich der Bedeutung diese Engagements für ein vitales städtisches Gemeinwesen. Auch wird die Relevanz des Engagements als Ressource für die Aufrechterhaltung eines ausdifferenzierten Angebots der Daseinsvorsorge zunehmend anerkannt. Insbesondere die Befragten aus dem Bereich Politik und öffentlicher Verwaltung sehen bürgerschaftliches Engagement vielfach als einen relevanten Lösungsansatz für die Bewältigung von Herausforderungen für die Kommune. In den Interviews werden insbesondere genannt:

- die Auswirkungen des demografischen Wandels, wie etwa der Wegzug jüngerer und qualifizierter Bevölkerungsgruppen, die Ausdünnung der Infrastrukturangebote, die hiermit zusammenhängenden Mobilitätsprobleme, wirtschaftliche Standortprobleme sowie
- spezifische Probleme im Sozialraum, wie etwa (Jugend-)Arbeitslosigkeit, Rechtsextremismus, Kriminalität, „erschöpfte Familien“, Schulversagen sowie nicht zuletzt Segregationstendenzen in den Städten etc.

Allerdings hat sich auch in einigen Kommunen des ländlich strukturierten Raums die Einsicht durchgesetzt, dass ohne bürgerschaftliches Engagement das örtliche Gemeinwesen verödet und austrocknet und die Aufrechterhaltung grundlegender Dienstleistungen (öffentlicher Nahverkehr, Einkaufsgelegenheiten vor Ort, Geselligkeit und soziale Kommunikation, Beratungs- und Unterstützungsangebote) ohne Einbezug engagierter Bürgerinnen und Bürger nicht mehr gewährleistet werden könnte. Auch in diesen Regionen haben sich inzwischen Instrumente und Strategien der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements herausgebildet, die sowohl von kommunaler Politik und öffentlicher Verwaltung als auch von zivilgesellschaftlichen Organisationen (traditionelle Vereine, große und kleine Verbände sowie neue Initiativen und Zusammenschlüsse) entwickelt und getragen werden. In einigen Regionen haben inzwischen auch Unternehmen damit begonnen, eigene Strategien und Instrumente der Engagementförderung zu erproben (siehe Abschnitt 3.2.6).

Die Perspektive von Politik und öffentlicher Verwaltung in ländlichen Regionen

Entsprechend den Größenordnungen und finanziellen Ressourcen der öffentlichen Verwaltung in ländlichen Räumen müssen die Interviewpartnerinnen und -partner aus den ländlichen Regionen die Aufgabe der Förderung und Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements überwiegend neben sonstigen Verpflichtungen und Aufgaben erledigen. So bekleideten die Befragten z.B. Funktionen als Gleichstellungsbeauftragte, als Fachkräfte in der Sozial- bzw. Jugendbehörde etc. Darüber hinaus berichteten einige der Befragten, dass bis Mitte der 1990er Jahre in ihrer Kommune kaum Anlauf- und Beratungsstellen in besonderen Lebenslagen vorhanden waren (Arbeitslose, schwangere Frauen, Menschen, die eine Selbsthilfegruppe suchten etc.). Nach ihren Aussagen sind insbesondere in den letzten 15 Jahren auf kommunaler Ebene sowohl Einrichtungen, Dienste und Beratungsangebote für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen geschaffen worden als auch ein breites Spektrum an Projekten und Initiativen im zivilgesellschaftlichen Bereich entstanden.

Zudem sind viele Arbeitsgruppen, Projekte und Bündnisse entstanden, die sich mit sozial-räumlichen Problemstellungen auseinandersetzen, wie z.B. AG Infrastruktur, familienfreundliche Personalpolitik, Bildung für Wiedereinstieg u.a. oder Projekte für Alleinerziehende wie u.a. mit dem Xenos-Projekt; Beratungstätigkeit für Bürger und Träger oder der Zusammenarbeit mit Vereinen zu gleichstellungsrelevanten Themen, Langzeitarbeitslosigkeit und Alter (vgl. 02_VP-Interview, 03_VP-Interview, 09_VP-Interview).

Bevor auf die Ansätze zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements eingegangen wird, sollen zunächst die Aussagen zu Formen, Inhalten und Verbreitung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten präsentiert werden. Folgt man den Aussagen der Interviewpartnerinnen und -partnern, dann gibt es in den ländlichen Räumen der neuen Bundesländer vielfältige Aktivitäten und Organisationsformen des Engagements. Dabei handelt es sich in den ländlichen Räumen erwartungsgemäß vor allem um traditionelle Formen des Ehrenamts und der freiwilligen Mitarbeit in Vereinen – etwa Freiwillige Feuerwehr, Karnevals-Verein, Heimat-Verein, Musik-Chöre, Sportvereine etc. Diese Formen spielen für das soziale Leben in den Städten und Gemeinden eine zentrale Rolle und sind zumeist auch gut in die örtlichen sozialen und politischen Netzwerke eingebunden. Allerdings steht dieses klassische ländliche Vereinsleben vor erheblichen Herausforderungen. So sind gerade die Verein und Verbände in den ländlichen Regionen von einer Alterung ihrer Mitgliedschaften – und hier insbesondere auch der in den Vereinsvorständen agierenden Personen – geprägt. Die Herausforderung besteht hier darin, jüngere Einwohnerinnen und Einwohner zu einer Mitarbeit zu motivieren und vor allem auch für Vorstandsposten zu gewinnen. Darüber hinaus sind in den ländlichen Regionen die zeitlichen Ressourcen für freiwilliges Engagement und Vereinsleben eng begrenzt. Insbesondere Erwerbstätige müssen oft lange Wege zur Arbeit zurücklegen und ein erheblicher Anteil der Bevölkerung pendelt

– z.T. über langes Strecken – zum Arbeitsort und ist daher nur am Wochenende für freiwilliges Engagement ansprechbar. Darüber hinaus führt der demografische Wandel dazu, dass der Anteil jüngerer Menschen abnimmt mit der Folge, dass sich Vereine, Initiativen und Netzwerke in Konkurrenz um eine schwindende Gruppe um potenzielle jüngere Mitglieder befinden. Das Zeitbudget jüngerer Menschen ist aber zusätzlich dadurch beschränkt, dass auch hier die Entfernungen und Wohnort und Schulstandort bzw. Ausbildungsstandort weit auseinander liegen mit der Folge, dass nur noch die Abendstunden bzw. Wochenenden für bürgerschaftliches Engagement und Vereinsleben zur Verfügung stehen. Zugleich ist es insbesondere die Gruppe, die durch Abwanderung zusätzlich schrumpft. Im Gegensatz dazu sind Arbeitslose durchaus in hohem Maße an freiwilligem Engagement interessiert. Diese Gruppe erhofft sich durch die Beteiligung am Engagement eine Strukturierung ihres Tagesablaufs, die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und verbesserte Chancen zum (Wieder-)Einstieg in die eigentlich gewünschte Erwerbsarbeit (vgl. auch die Ergebnisse der quantitativen Studie in Kapitel II). Damit ist die Gruppe der Arbeitslosen besonders gut für freiwilliges Engagement zu gewinnen, allerdings benötigt diese spezifische Gruppe besondere Formen der Anerkennung und Wertschätzung sowie glaubhafte Chancen auf gesellschaftliche Integration bzw. Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Eine weitere wichtige Gruppe Engagement interessierter Personen stellen die Senioren dar. Obwohl die quantitative Studie (vgl. Kapitel II) gezeigt hat, dass der Anteil freiwillig Engagierter unter den älteren Menschen in Ostdeutschland niedriger ausfällt als in Westdeutschland, gibt es eine durchaus relevante Gruppe älterer Menschen, die sich gerade in ländlichen Räumen durch freiwilliges Engagement an der Gestaltung ihres Gemeinwesens beteiligen wollen. Da es gerade diese Gruppe ist, die für sich entschieden hat, nicht wegzuziehen sondern da zu bleiben, scheint eine Beteiligung am freiwilligen Engagement für sie besonders sinnstiftend zu sein. Diese Gruppe möchte über das Berufsleben hinaus eine sinnstiftende Funktion erfüllen (z.B. das eigene Wissen und Können weiter geben) und im gesellschaftlichen Leben integriert sein. Die Motivlagen und Erwartungen an das Engagement sind allerdings unterschiedlich. Während die Gruppe der „Traditionellen“ sich in ihrer zivilgesellschaftlichen Aufgabe eingerichtet hat und konsequent und verlässlich ihre Funktion erfüllt, sind „junge Alte“ durchaus bereit, sich an innovativen Formen des Engagements zu beteiligen. Dabei setzen diese jungen Alten an ihren persönlichen Wahrnehmungen und ihrer eigenen Betroffenheit an und versuchen mittels ihres Know-hows Projekte in ihrer unmittelbaren Umgebung zu entwickeln und umzusetzen. Hierzu gehören Projekte des altersgerechten Wohnens, intergenerative Projekte (Lesepatenschaften) sowie Pflege- und Gesundheitsberatung (Stichwort: Demenz). Insbesondere diejenigen älteren Menschen, die über einen relativ guten Gesundheitszustand und eine zumindest grundlegende materielle Basis verfügen, könnten sich zu einer zentralen Trägergruppe des freiwilligen Engagements in strukturschwachen ländlichen Regionen entwickeln. Hierzu ist es allerdings erforderlich, für diese spezifische Gruppe attraktive Engagementmöglichkeiten zu schaffen und die Rahmenbedingungen bereit zu stellen, damit dieses Engagement auch unter erschwerten Bedingungen (lange Fahrwege, schwierige Kommunikationsbedingungen vor Ort, fehlende öffentliche Infrastruktur) zur Entfaltung gelangen kann.

Angesichts der Ausdifferenzierung zivilgesellschaftlicher Handlungs- und Organisationsformen stellt sich zunehmend auch für die öffentliche Verwaltung die Aufgabe, Kontakte zur Zivilgesellschaft aufzubauen und entsprechende Förderinstrumente zu entwickeln. Dabei stehen in der Regel Fragen einer Verstetigung bestehender Organisationen und Netzwerke sowie die Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und öffentlicher Verwaltung im Mittelpunkt der Arbeit. Auch werden verschiedene Formen der Bürgerbeteiligung sowie Instrumente der Förderung von bürgerschaftlichen Initiativen und Projekten entwickelt und erprobt. Bei dieser Suche nach neuen Formen und Instrumenten der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements sind die einzelnen Kommunen vor dem Hintergrund der jeweiligen finanziellen und sozialräumlichen Rahmenbedingungen und politischen Prioritäten-

setzungen unterschiedliche Wege gegangen. In drei der untersuchten kommunalen Verwaltungen wurde die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements durch einen Beschluss der Verwaltungsspitze eingeleitet (vgl. 02_VP-Interview, 03_VP-Interview, 09_VP-Interview). Allerdings kam es zumeist noch nicht zu ressortübergreifenden Arbeitsansätzen und Formen der Handlungskoordination, sondern die Interviewpartnerinnen und -partner beschrieben die ersten Anfänge einer Förderung des bürgerschaftlichen Engagements als relativ isolierte, in einem bestimmten Fachressort verankerte „Insellösungen“. In der Regel wurden für diese neue Aufgabe Personen angesprochen und eingesetzt, von denen bekannt war, dass sie in irgendeiner Weise eine Nähe zu zivilgesellschaftlichen Organisationen bzw. dem Ehrenamt aufwiesen. Die Entwicklung einer Konzeption wurde entweder von dem/der zuständigen Mitarbeiter/in oder gemeinsam mit der Verwaltungsspitze vorgenommen. Dabei wurden von allen Befragten auf der kommunalen Ebene zwei Aufgabenkomplexe bzw. Handlungsfelder für die Unterstützung und Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements benannt: die Hilfestellung bei finanziellen Förderungen (Hilfe bei Antragstellung, direkte Mittelvergabe) sowie Beratung und Begleitung von Ehrenamtlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen (Vereine, Initiativen, Projekte, Netzwerke). In zwei Fällen wurden Bürgerbüros bzw. Ehrenamtsbüros eingerichtet, die diese Aufgaben übernahmen. Solche Initiativen kamen insbesondere in denjenigen Landkreisen zustande, in denen das zivilgesellschaftliche Engagement wenig ausgebildet bzw. in gering formalisierter Form vorhanden war. In diesen – zumeist ländlich strukturierten Räumen – entwickelten die Zuständigen in den öffentlichen Verwaltungen ein Interesse daran, die bestehenden Initiativen und Handlungsformen zu stärken und neue, ungewohnte Formen des Engagements zu etablieren.

Die Einführung von klaren Zuständigkeiten und die Bereitstellung von für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements zuständigen Infrastrukturen (wie Ehrenamtsbüros) wirkten sich positiv auf die Möglichkeiten zur Förderung des Engagements vor Ort aus. So berichtet z.B. eine Mitarbeiterin in einem Ehrenamtsbüro im ländlichen Raum, dass sie vor der Eröffnung dieser Einrichtung die Beratung und Vermittlung potenzieller Freiwilliger neben ihren eigentlichen Aufgaben erledigen musste. Nach der Eröffnung des Büros konnte sie gezielt engagierte Bürgerinnen und Bürger begleiten, beraten und unterstützen, was sie als eine deutliche Verbesserung ihrer Handlungsmöglichkeiten einschätzt (vgl. 09_VP-Interview).

Die Eröffnung einer neuen Institution zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements kann allerdings auch Zuständigkeitskonflikte hervorrufen, was eine Klärung von Aufgaben und Formen der Arbeitsteilung erforderlich macht. Auch können latente Konkurrenzen zwischen Akteuren entstehen, die an unterschiedlichen Stellen mit der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements betraut sind. So berichtet z.B. eine Mitarbeiterin aus einer öffentlichen Verwaltung des ländlichen Raums, dass in diesem Landkreis nach der Eröffnung einer Freiwilligenagentur Konkurrenzbeziehungen im Hinblick auf den Zugang zu in diesem Landkreis lebenden Jugendlichen entstanden. Die Befragte kritisierte, dass die mit aus ihrer Sicht viel Geld für Jugendprojekte und Öffentlichkeitsarbeit unterstützte Freiwilligenagentur bestrebt war, genau diejenigen Jugendlichen zu erreichen, die bereits in Projekten von Vereinen eingebunden waren, die sie als Verwaltungsmitarbeiterin koordiniert (vgl. 03_VP-Interview). Dieses Beispiel verweist zugleich auf die hohe Bedeutung von ressortübergreifender Kooperation gerade in ländlichen Räumen, in denen der quantitative Umfang der Zielgruppen begrenzt bzw. im Schwinden begriffen ist. In Landkreisen, in denen aufgrund von Geburtenrückgang und Wegzug die Anzahl der jüngeren Menschen zurückgeht, während der Anteil der älteren Menschen an der Bevölkerung steigt, ist es von hoher Bedeutung, zielgruppenbezogene Strategien der Engagementförderung zu entwickeln und arbeitsteilig vorzugehen. So können sich bestimmte Institutionen und Akteure auf die Förderung des Engagements junger Menschen konzentrieren, während sich andere Akteure und Institutionen wiederum auf die Aufgabe der Förderung des Engagements älterer Menschen spezialisieren könnten. Auf diese Weise können die be-

stehenden Ressourcen optimal genutzt, Synergieeffekte erzeugt und Doppelstrukturen sowie Fehlinvestitionen vermieden werden.

Wie wichtig die Klärung von Zuständigkeiten und die ressort- und einrichtungsübergreifende Kooperation sind, belegt auch ein anderes Beispiel. So wurde z.B. von einer Interviewpartnerin berichtet, dass in ihrem Landkreis eine Einrichtung aus dem Bereich der Kinderbetreuung zu einem Treffen des lokalen Bündnisses für Familie eingeladen hatte, ohne sich mit ihr als der Zuständigen für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in der kommunalen Verwaltung abzustimmen. Sie beklagt daher „ungeklärte Kommunikationswege und Zuständigkeiten sowie wenig Anerkennung“. Kritikwürdig war aus ihrer Sicht nicht die Eigeninitiative der Einrichtung, die zu diesem Treffen eingeladen hatte, sondern die Problematik der ungeklärten Zuständigkeiten (07_Vp-Interview).

Ein weiteres Problem, das in den Interviews deutlich wurde, besteht in der unübersehbaren „Diskrepanz zwischen Konzept und Realisierung“. Dieses Problem entsteht dadurch, dass in vielen öffentlichen Verwaltungen die Relevanz der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements zwar zunehmend anerkannt wird, allerdings keine verlässlichen Strukturen geschaffen werden, die mit der Erledigung dieser Aufgabe betraut werden könnten. Eine wichtige Gelingensbedingung für eine erfolgreiche Politik der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements besteht daher darin, nicht nur die Bedeutung der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements anzuerkennen, sondern diese Aufgabe auch mit entsprechenden Verantwortlichkeiten, Personalstellen und Finanzmitteln zu untersetzen.

Darüber hinaus ist die Lokalisierung dieser Verantwortlichkeit in der öffentlichen Verwaltung ein Dauerproblem, das nicht nur die Kommunen im ländlichen Raum Ostdeutschlands betrifft. Es stellt sich nämlich die grundsätzliche Frage, an welcher Stelle der öffentlichen Verwaltung die Querschnittsaufgabe „Förderung des bürgerschaftlichen Engagements“ am besten aufgehoben ist. In der Regel wird diese Aufgabe im Fachbereich Soziales und Jugend verortet. Dies führt allerdings oft dazu, dass Formen des bürgerschaftlichen Engagements im Bereich von Umwelt, Bürgerpartizipation, Kultur etc. nicht systematisch berücksichtigt werden. Insgesamt zeigt sich im Hinblick auf die Situation im ländlichen Raum, dass es keineswegs an engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mangelt, die bereit und in der Lage sind, den Aufgabenbereich der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements konzeptionell zu begründen und mit entsprechenden Handlungsstrategien zu untersetzen. Allerdings gibt es durchaus Optimierungsbedarf. So benötigen die engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine systematische Unterstützung bei der Verbesserung ihres Fachwissens (Fort- und Weiterbildung), bedarf es der Etablierung ressortübergreifender Kooperationsstrukturen und kann die Unterstützung durch die politische Ebene (Landräte, Dezernenten) deutlich verbessert werden. So assoziieren nach Interviewaussagen viele Landräte insbesondere im ländlichen Raum mit der Aufgabe der Förderung des Ehrenamtes bzw. des bürgerschaftlichen Engagements bislang insbesondere noch ausschließlich die Förderung traditioneller Formen des Engagements im örtlichen und regionalen Vereins- und Verbandswesen (Freiwillige Feuerwehr, Karnevalsverein, Heimatverein, Sportverein, Wohlfahrtsverbände). Im Hinblick auf die Berücksichtigung neuer und unkonventioneller Formen des bürgerschaftlichen Engagements gibt es hier noch erheblichen Informations- und Beratungsbedarf.

Engagement und Engagementförderung in Übergangsregionen

Das bürgerschaftliche Engagement in Übergangsregionen ist durch eine erhebliche Dynamik gekennzeichnet. Neben und jenseits der ebenfalls vorhandenen klassischen Vereins- und Verbändeaktivität entwickelt sich gerade hier ein breites Spektrum neuer zivilgesellschaftlicher Aktivitätsformen. Mit dem Zuzug von Neubürgern aus der nahe liegenden Metropole (Berlin) kommen Bevölkerungsgruppen in diese Region, die einen städtischen Erfahrungshintergrund

sowie bürgerliche Verhaltensnormen mit sich bringen. Ein Großteil dieser Bürgerinnen und Bürger ist im Besitz eines Eigenheims und hat eine Familie. Im neuen Lebensumfeld wird durchaus ein erheblicher Anteil der freien Zeit verbracht. Die Nähe zur Stadt ermöglicht einen Zugang zu einem breiten Spektrum an Freizeitaktivitäten mit vielen unterschiedlichen Angeboten und auch die Pendlerwege sind wesentlich kürzer als in ländlich strukturierten Räumen. Für das bürgerschaftliche Engagement in diesen Räumen hat das zur Folge, dass Engagementformen, die auf Beteiligung im Gemeinwesen und Widerstand gegen unerwünschte Entwicklungen hinaus laufen, an Bedeutung hinzu gewinnen. Damit verbreitert sich das Spektrum der Formen und Inhalte des freiwilligen Engagements und des Ehrenamts gegenüber der Vergangenheit.

Zudem besteht ein weiterer erheblicher Unterschied im Hinblick auf die finanzielle Situation der Kommunen, die im Vergleich zu den anderen beiden Raumtypen etwas günstiger ausfällt (vgl. 02_Z-Interview, 03_Z-Interview, 08_Z-Interview und 09_Z-Interview). In diesen Räumen gibt es eine Grundausstattung an sozialer Infrastruktur und damit relativ gute Bedingungen für engagementfördernde Einrichtungen und Institutionen. Neben dem traditionellen Vereinsengagement etabliert sich, den Interviewten zufolge, hier eher durch die Hinzugezogenen aus der Stadt eine Form des Engagements, die sich als „Aktionismus oder Bürgerbewegung“ bezeichnen lässt. Dieser neue Trend aus der Stadt bringt eine Mentalität in den ländlich-städtischen Raum, der zunehmend dadurch geprägt ist, sich punktuell zu organisieren, um weniger klassische Vereinsangebote zu organisieren (wie Feste organisieren und gestalten) sondern vielmehr die Attraktivität und Vorteile der Region gegenüber Bedrohungen von Außen zu schützen (Flughafenbau). Dabei werden Störfaktoren im Umfeld registriert, Verbünde mit Gleichgesinnten geschlossen und aufgrund des gleichen aktivistischen Erfahrungsfundus aus der Stadt im lokalen Umfeld Aktionen geplant und durchgeführt, die zur Vermeidung des unerwünschten Zustandes führen sollen. Die Befragten aus den Infrastruktureinrichtungen des bürgerschaftlichen Engagements (Mehrgenerationenhaus, Freiwilligenzentrum) nehmen wahr, dass ihre Dienste durch diese Gruppe von Engagierten weniger nachgefragt werden, da die engagierten Bürgerinnen und Bürger selbst über das Know-how und die sozialen Kontakte verfügen, die sie zur Artikulation ihrer Anliegen benötigen (vgl. 02_Z-Interview, 03_Z-Interview, 08_Z-Interview und 09_Z-Interview). Die Befragten aus den Übergangsregionen berichten, dass die Finanzierung ihrer Tätigkeit in den Einrichtungen (Freiwilligenzentren und Mehrgenerationenhäuser) als relativ gesichert gelten kann, da die Kommunen, in denen sie arbeiten, Finanzmittel für die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement zur Verfügung stellen, und zudem auch gute Netzwerke bestehen, in denen man über neue Projekte und Programme von der Bundes- und EU-Ebene informiert wird (vgl. 03_Z-Interview, 08_Z-Interview). „Meine Stelle/Stellung ist ziemlich sicher. Der Kreistag hat ein Strategiepapier bis 2013, wo die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements gesichert ist. Andere Kommunen sind finanziell gut ausgestattet und fördern die dortigen Verbände“ (03_Z-Interview). Die Interviewte eines Freiwilligenzentrums berichtet, dass mit dem Kennenlernen in den letzten fünf Jahren die Kommune auch die Potenziale erkannt hat, die sie als „Freiwilligenzentrum“ hat: Sie führt aus, dass es zwei bis drei Jahre gedauert hat, bis sie über Gespräche, Aufklärung, viel „Klinkenputzen“, stetige Kontakte und zuverlässige Zusammenarbeit den Akteuren ihre Rolle bewusst gemacht hatte. „Mein Arbeitsfeld konnte nur wachsen, indem mir die Möglichkeiten gegeben wurden. Meine Leistungen sind gestiegen, zu Beginn wurde ich nicht angesprochen“ (03_Z-Interview). Mit z.B. Vorstellungsrunden über Fördermöglichkeiten für Vereine konnte sie sich zivilgesellschaftlichen Institutionen nähern, da diese diesbezüglich einen hohen Beratungsbedarf haben. Aber auch durch die Vermittlung von Freiwilligen im ganzen Landkreis, die Beratung von Einrichtungen/Vereinen, die mit Engagement arbeiten wollen (Rechtsschutz, Versicherungen, Entschädigungen) und auch Projektentwicklung, wie z.B. Markt der Möglichkeiten hat sich, ihrer Ansicht nach, ihre Funktion im Landkreis etabliert, sodass die Kommune bereit ist, die Finanzierung ihrer Einrichtung fortzusetzen. Ebenso werden Mehrgenerationenhäuser in der

Übergangsregion gefördert „Es werden im Landkreis im Speckgürtel sogar zwei gefördert, die machen viel und laufen gut, im ländlichen Bereich sind sie gar nicht integriert. Allerdings müssen diese aufpassen, denn die machen momentan zu viel allein, die haben einen geringen Vernetzungsgedanken außerhalb der Zentren. Die Kommunen müssen den Vernetzungsgedanken mehr propagieren, auch außerhalb der Kommune“ (03_Z-Interview).

Damit spricht sie das vorhandene „Kirchturmdenken“ an. Persönliche Abneigungen gegen Einzelpersonen oder ganze Dörfer, können dazu führen, dass Kooperationschancen nicht genutzt und damit vorhandenes Engagement und knappe finanzielle Mittel nicht optimal eingesetzt werden.

Zur Situation in städtischen Räumen

Etwas anders stellen sich die Bedingungen und Handlungsmöglichkeiten im städtischen Bereich dar. Hier hat sich seit der Wende eine Vielfalt von Formen und Bereichen des freiwilligen Engagements herausgebildet. Auch hier existiert ein reichhaltiges klassisches Vereinsleben in den Bereichen Freiwillige Feuerwehr, Sport, Kultur, Jugendarbeit, Seniorenarbeit, Rettungsdienste etc. Hinzu kommen städtische Formen des bürgerschaftlichen Engagements, die sich in einer facettenreichen Initiativenlandschaft (zur Verfolgung ökologischer Anliegen, zum Erhalt historischer Bausubstanz, für die Förderung lokaler kultureller und sozialer Einrichtungen etc. gebildet haben. Auch Bürgerstiftungen und neue Formen von Netzwerken (z.B. gegen rechtsextremistische Bestrebungen) haben sich in den Städten entwickelt. Im Vergleich zum ländlichen Raum ist das Vereins- und Initiativenleben also deutlich vielfältiger und umfasst unterschiedliche Bevölkerungsgruppen. Auch der demografische Wandel ist in den städtischen Räumen spürbar. So bildet sich – oft angedockt an die örtliche Seniorenvertretung – eine lebendige Szene des Engagements älterer Menschen heraus, während auf der anderen Seite Jugend- und Bildungsinitiativen und -einrichtungen versuchen, einen möglichst großen Anteil der an Gesamtzahl abnehmenden Gruppe der Kinder- und Jugendlichen für ein Engagement zu gewinnen. Die Gruppe der Erwerbslosen ist auch in den städtischen Anlaufstellen und Infrastrukturen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements eine relevante Zielgruppe. Sie spielt allerdings keine vergleichbar große Rolle wie in einigen ländlichen Regionen. In den Städten sind – mehr noch als in den ländlichen Räumen – die Übergänge zwischen dem geselligen sozialen Engagement und dem politische Engagement fließend. So spielen Initiativen zur Durchsetzung von Bürgerbeteiligungsverfahren, aber auch die bereits erwähnten Bürgerstiftungen in den Städten eine deutlich größere Rolle als in den ländlichen Räumen.

Die Befragten aus städtischen Räumen berichteten häufiger, dass in ihrer Kommune übergreifende Konzepte zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements entwickelt, ressortübergreifende Formen der Kooperation etabliert und eine Vielfalt von Engagement fördernden Infrastrukturen geschaffen worden sind. Auch hier ist das Engagement einzelner engagierter Akteure zumeist der Ausgangspunkt für die Entwicklung entsprechender Programme und Maßnahmen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Allerdings finden diese Akteure tendenziell eine höhere Sensibilität bei den politisch Verantwortlichen, bessere Handlungsmöglichkeiten in den Verwaltungen sowie eine etwas günstigere Ressourcenlage vor. Dementsprechend berichtet ein Interviewpartner, dass das von ihm entwickelte Konzept zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements im Zuge der Gebietsstrukturreform in dem Bereich Gemeinwesenarbeit bzw. Sozialplanung eingearbeitet werden konnte mit der Folge, dass dieser Ansatz ressortübergreifende Wirkung entfaltet. Es zeigte sich, dass auf diese Weise das Personal in den verschiedenen Fachbereichen und Ressorts eine gemeinsame konzeptionelle Basis erhält, sodass die Kommunikation in diesem Handlungsfeld zwischen den Zuständigkeitsbereichen deutlich vereinfacht wurde.

Auch konnte in einem Fall davon berichtet werden, dass eine Software für die Vergabe der Fördermittel in der Kommune eingeführt wurde mit der Folge, dass alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung einen Überblick darüber hatten, welche zivilgesellschaftlichen Organisationen Fördermittel für welche Zwecke erhalten (haben). Dieser Informationsspool hatte zwei wesentliche positive Auswirkungen: Zum einen konnten die knappen Ressourcen gebündelt und optimal eingesetzt sowie Doppelförderungen vermieden werden. Zum anderen entstand ein Überblick darüber, welche zivilgesellschaftlichen Organisationen sich in welchen Tätigkeitsbereichen engagieren (vgl. 06_VP-Interview).

Die aktive Person in der Verwaltung wirkt nach Aussagen eines Befragten „wie ein Maulwurf“ (06_VP-Interview), der Strukturen und Aufgaben umwirft und neu verteilt. Eine günstige Voraussetzung hierfür besteht darin, das bürgerschaftliche Engagement in das Leitbild der Stadt aufzunehmen sowie – da wo dies erforderlich ist – Verwaltungsvorschriften und Förderbestimmungen weiter zu entwickeln. In dem hier angesprochenen Fall konnten diese Voraussetzungen geschaffen werden, wodurch das bürgerschaftliche Engagement sich in dieser Stadt positiv weiter entwickeln und stabilisieren konnte (06_VP-Interview).

Mit der Entwicklung eines Konzepts für die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement wurden dann über die bestehenden informellen und/oder formalen Netzwerke (in Sitzungen, Gremien, Konferenzen oder Workshops) je nach Verwaltung und Fachtreffen Veranstaltungen durchgeführt. Auf diesen Veranstaltungen wurde das Konzept grundlegend diskutiert und es wurden Diskussionen und Abstimmungen über Verfahrensregeln und Antragsverfahren in diesem Bereich (wie z.B. Fonds für Projekte) durchgeführt (vgl. 03_VP-Interview, 06_VP-Interview, 08_VP-Interview, 09_VP-Interview).

Die Vorgehensweisen in diesem Bereich stellen sich in den untersuchten Kommunen höchst unterschiedlich dar: In einigen Kommunen wurde eine Plattform geschaffen auf deren Basis das gegenseitige Kennenlernen verschiedener engagierter Akteure der Kommune (Verwaltung, Zivilgesellschaft, Wirtschaft) und ein kontinuierlicher Informationsaustausch über vorhandene und geplante Projekte stattfinden konnten.

In einer untersuchten Kommune konnte ein Beteiligungsverfahren für Bürgerinnen und Bürger über diese Plattform hinaus aufgebaut werden. Dieses Verfahren ermöglicht es den Bürgerinnen und Bürgern, sich aktiv zu beteiligen, Bedarfe aufzudecken und regelmäßige gemeinsame Treffen durchzuführen. In diesem speziellen Fall hat sich die Stadt mit der Zeit zurück genommen und Aufgaben bezüglich der Vernetzungsaktivitäten der Bürgerschaft übergeben. Durch diesen Ermöglichungsrahmen haben sich mehrere Bürgerinitiativen gegründet, die Verantwortung im zivilgesellschaftlichen Bereich übernommen haben. Im Zuge dieser Entwicklung übernimmt die Stadt nunmehr verstärkt eine steuernde, moderierende und vermittelnde Funktion. Die Verwaltung wirkt hier als verlässliche und neutrale Mittlerinstanz zwischen Politik und Zivilgesellschaft. Dies kann allerdings nur funktionieren, wenn ein ständiger Austausch und Transparenz gegeben sind. Die Berichterstattung in der Öffentlichkeit und an die Stadträte erfolgte kontinuierlich, um die Teilnahme aller relevanten Akteure zu gewährleisten oder zumindest die Ergebnisse der gemeinsamen Sitzungen transparent nach außen zu transportieren.

In dieser Kommune können Bürgerinnen und Bürger Anträge auf Projektförderung einreichen, die nach Aussage der Interviewpartner innerhalb von 3 Tagen bis drei Wochen entschieden werden. Diese Gelder sind als Anschubförderung von Projekten, nicht aber als Vollfinanzierung gedacht. Bürger, die sich an diesem Antragsverfahren beteiligen, entscheiden über das Konzept und die Verwaltung prüft die Einhaltung der von der Verwaltung vorgegebenen Kriterien. In diesem speziellen Fall existiert eine Stabstelle für bürgerschaftliches Engagement, die mit einem Leiter und einer Koordinatorin ausgestattet ist. Die Koordinatorin unterstützt und koordiniert die Sprecher des Beteiligungsverfahrens im Rahmen des Verwaltungshaushaltes. Damit konnten nach Einschätzung des Interviewpartners Bürokratie abgebaut und Wege vereinfacht werden, sodass schnell, flexibel und bedarfsgerecht gehandelt werden kann. Die

Stabstelle für bürgerschaftliches Engagement in der Verwaltung bündelt die verschiedenen Netzwerke der Stadt. Die Verwaltung verbindet Prozessabläufe innerhalb der verschiedenen Verwaltungsbereiche untereinander und die Anbindung an die zuständigen Dezernenten sicher. Die Verwaltung versucht zudem, den Leitgedanken des bürgerschaftlichen Engagements mittels diverser Netzwerke in die Strukturen der Stadt zu transportieren (vgl. 06_VP-Interview). Dabei konnten vier Ebenen der Vernetzung identifiziert werden. Diese Vernetzungsebenen sind in einer der untersuchten Städte vollzählig vorhanden. In anderen Fällen (2_VP, 3_VP, 7_VP, 8_VP, 9_VP) konnten zumindest einige der genannten Ebenen identifiziert werden.

Vernetzungsebenen:

- gesamtstädtisch horizontal: durch eine „Stabstelle“ bürgerschaftliches Engagement in der Verwaltung wird sowohl eine ressortübergreifende Koordination innerhalb der öffentlichen Verwaltung als auch eine Vernetzung mit zivilgesellschaftlichen Akteuren hergestellt,
- (zumeist) Stadtteil: Vernetzungsaktivitäten zu bestimmten Themen und in bestimmten Sozialräumen der Stadt durch jeweils spezifische Netzwerkknoten (z.B. Freiwilligenagentur; Bürgerinitiativen);
- individuell: jeder Bürger kann sich in den Netzwerken, Foren oder Institutionen engagieren und beteiligen;
- gesamtstädtisch vertikal: die drei Ebenen werden durch das „Netzwerk bürgerschaftliches Engagement“ querverbunden, um eine Transparenz und Zusammenführung zu ermöglichen

Das Verhältnis in der oben angesprochenen Kommune zwischen der Verwaltung und den Bürgerinitiativen wird von dem Befragten als „eine Kultur der Gegenseitigkeit“ (06_VP-Interview) beschrieben. Aus der gemeinsamen Arbeit gingen in den letzten 10 Jahren neue Infrastrukturen wie Freiwilligenagenturen oder auch Selbsthilfekontaktstellen hervor, die gemeinsam durch die Stabstelle bürgerschaftliches Engagement und der Zivilgesellschaft beantragt und in gegenseitiger Unterstützung umgesetzt wurden (sektorübergreifende Zusammenarbeit). Die Antragstellung und die Bereitstellung von geeignetem Fachpersonal wird im stetigen Austausch untereinander entsprechend dem jeweils vorhandenen Know-hows ausgeführt und in der Öffentlichkeit diskutiert, sodass eine hohe Transparenz und rege Beteiligung möglich werden (vgl. 06_VP-Interview).

Als besonders relevant stellten die Befragten die Medien heraus, die stark mit eingebunden wurden. In einem Fall wurde die Zusammenarbeit mit Medien in der Förderrichtlinie der kommunalen Verwaltung⁵³ für Bürgerprojekte verankert und damit die Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit gewährleistet. Die hohe Transparenz, die auf diese Weise im Hinblick auf Förderkriterien und Vorgehensweise erzeugt wurde, führte zu einer hohen Akzeptanz dieses Förderverfahrens sowohl bei den Bürgern als auch bei den Verbänden. Damit konnte das Beteiligungsverfahren einen Status erreichen, „dass die Stadt an einer Weiterführung nicht mehr vorbei kommt“ (06_VP-Interview). Die Ressource bürgerschaftliches Engagement wurde, dem Interviewpartner zufolge, in dieser Kommune erkannt und wird nun sowohl von den Bürgern als auch von der Stadt genutzt und ist durch seine Zuordnung von Zuständigkeiten und Ressourcen in den Verwaltungsstrukturen etabliert.

Die sehr weitgehende Delegation von Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten an die Bürgerschaft führt allerdings zu einer prekären Balance in der Verfahrenskontrolle zwischen Verwaltungsvorschriften und Bürgerbeteiligung. Dementsprechend führt der Interviewpartner aus: „Im Inneren der Stadträte schlagen hierbei zwei Herzen in einer Brust“ (06_VP-Interview). Auf der einen Seite besteht die Gefahr von Machtmissbrauch seitens der Zivilge-

⁵³ In dieser Stadt hat die Verwaltung eine Förderrichtlinie erstellt in der festgehalten ist, wie Bürger Projektmittel für ihre Bürgerprojekte abfordern können.

sellschaft, da die formale Kontrolle des Verwaltungshandelns zum Teil ausgelagert wird. Auf der anderen Seite bedeutet ein Beteiligungsverfahren auch einen kommunalen Mehrwert, der nur durch eine Machtabgabe funktioniert. Als besonders relevant für die gelingende Bewältigung dieses Zusammenhangs wurde sowohl der transparente Austausch von Informationen als auch die Klärung von Rollenerwartungen und Zuständigkeiten hervorgehoben. Dies betrifft besonders die Schnittstellenfunktionen der Sprecherräte (Bürger und Bürgerinnen) und Stadträte (der politisch legitimierten Entscheidungsträger). Es wurde als Herausforderung dargestellt, sich den kritischen Bürgerinnen und Bürgern mit dieser Art der Beteiligung zu stellen.

Einige aktive Bürgerinnen und Bürger haben die Beteiligung an diesem Antragsverfahren als Ansatzpunkt für mehr Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger bei kommunalpolitischen Entscheidungen interpretiert. Dies führte zu weiterreichenden Erwartungen im Hinblick auf politische Beteiligung in dieser Stadt.

Demgegenüber hob der Befragte hervor, dass Entscheidungen im Sinne des Gemeinwohls nach wie vor den demokratisch legitimierten Organen (Stadträten) obliegen und das eingeführte Gremium kein Entscheidungsgremium der Stadt ist, sondern eine Form der erweiterten Einflussnahme. Dementsprechend müssen –so der Interviewpartner - öffentliche Kritiken in einer solchen Schnittstellenarbeit der Verwaltung ausgehalten werden können und eine bewusste Steuerung erfolgen, so dass ein offenes transparentes Informationsklima herrscht, indem eindeutige Rollendefinitionen und aufeinander abgestimmte Zuständigkeiten klar kommuniziert und implementiert werden (vgl. 06_VP-Interview).

Auch im städtischen Raum ist es allerdings erforderlich, die Übernahme der Aufgabe der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements mit entsprechenden Zuständigkeiten und Ressourcen abzusichern. So berichteten einige Interviewpartner, dass in ihrer Stadt zwar die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements als Aufgabe der kommunalen Verwaltung akzeptiert, jedoch nicht konsequent mit entsprechenden Ressourcen ausgestattet wurde (02_VP-Interview, 03_VP-Interview, 08_VP-Interview sowie 09_VP-Interview). In diesen Fällen blieb die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements eine zusätzliche Aufgabe, die den Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern als „add on“ zusätzlich zugemutet wurde. Ohne die Klärung von Verantwortlichkeiten und die Ausstattung des Aufgabenbereichs mit personellen und finanziellen Ressourcen bleibt dieser Handlungsbereich allerdings ein randständiges Thema ohne durchschlagende Wirkung. Die Auswirkungen hieraus lassen sich an dem folgenden Beispiel aus einer ländlichen Kommune ablesen.

In diesem Falle hatte eine Mitarbeiterin in einer ländlichen Kommune die Aufgabe übernommen, das Bündnis für Familie zu koordinieren. Es wurden keine nachhaltigen Finanzierungsmöglichkeiten geschaffen, womit nach dem Auslaufen der Bundesförderung die Aufrechterhaltung des Bündnisses immer schwieriger wurde. Sie versuchte, das Bündnis durch Einladungen und Aktivierungen weiterzuführen, erhält aus der Verwaltung jedoch keinerlei Unterstützung. In dem Jahresbericht der Verwaltung wurde das Bündnis „nicht mal mehr erwähnt und wurde auch nicht von anderen nachgefragt“. Dies führte zu einer erheblichen Frustration hinsichtlich der Bemühungen um die Etablierung von bürgerschaftlichen Engagement bei der Mitarbeiterin (vgl. 07_VP-Interview).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass es zunächst einer „starken“ Person („Kümmerer“) bedarf, die als „inhaltlicher Treiber“ in der Verwaltung dafür sorgt, dass ein Konzept formuliert und umgesetzt wird. Das Konzept wird durch Verfahrensregeln und Richtlinien in der Verwaltung etabliert. Hierdurch wird es gesichert und institutionell verankert und verliert damit seine Personenabhängigkeit („sein Gesicht“ 06_VP-Interview). In einem weiteren Schritt werden wichtige Aufgaben an die Zivilgesellschaft (an engagierte Kinder- und Jugendliche, Eltern, Umweltschützer) übertragen. Das bürgerschaftliche Engagement wird somit für die Weiterentwicklung der Arbeit in den einzelnen Ressorts (Umwelt, Bildung u.a.) genutzt und damit gleichzeitig die Zivilgesellschaft gestärkt. Unterschiedliche Handlungsansätze von Akteuren aus verschiedenen Bereichen werden in gemeinsamer Netzwerkarbeit zusammengeführt, auf

mehreren Ebenen bearbeitet und strategisch umgesetzt (z.B. durch Eröffnung von Freiwilligenagenturen), was eine Bündelung von Ressourcen und eine Erhöhung des Wirkungsgrades des Handlungskonzepts mit sich bringt.

III.3.2.2 Entwicklungen des bürgerschaftlichen Engagements in ostdeutschen Organisationen und Netzwerken der Zivilgesellschaft

Beschreibung der Interviewpartnerinnen und -partner

Bei den Interviewpartnerinnen und -partnern aus der Zivilgesellschaft handelt es sich um insgesamt 24 Personen, die in unterschiedlichen Positionen in Verbänden und Vereinen bzw. in Einrichtungen und Diensten in freier Trägerschaft tätig sind. Die Befragten kommen aus der Freiwilligen Feuerwehr (Landesebene: 1 Interview), den Landessportbund (1 Interview) sowie aus unterschiedlichen Ebenen der Freien Wohlfahrtspflege (Landesebene: 3 Interviews, kommunale Ebene 2 Interviews). Darüber hinaus sind Personen aus Vereinen und Bürgerinitiativen bzw. Bürgerstiftungen (3 Interviews), die in Freiwilligenagenturen bzw. Freiwilligenzentren arbeiten (Landesebene: 2 Interviews, lokale Ebene: 3 Interviews), Befragte aus Bildungsinstitutionen (1 Interview), Seniorenbüros (2 Interviews), Stiftungen (2 Interviews) sowie Mehrgenerationenhäusern (4 Interviews) befragt worden.

Was die Qualifikation der Befragten anbelangt, so repräsentieren die Interviewpartnerinnen und -partner ein breites Spektrum an beruflichen Werdegängen und fachlichen Hintergründen, die deutlich erkennen lassen, dass eine hohe Anzahl der Befragten „Seiteneinsteiger“ sind. Die Stabilisierung und Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements und die Sicherung des Überlebens der jeweiligen Organisation erfordern von den Befragten kreative Problemlösungen und flexible Reaktionen auf wechselnde Bedarfslagen. Die hierfür erforderlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten haben sich die Befragten in der Regel im praktischen Handlungsvollzug erworben. Dabei haben die Befragten ein relativ hohes Maß an Pragmatismus und Effektivität bei der Bewältigung der typischen Alltagsprobleme in diesem Handlungsfeld entwickelt. Ein geschicktes zielorientiertes Agieren in Antragsverfahren zur Mittelakquise gehört ebenso dazu wie die fortlaufende Aneignung neuer Wissensbestände hinsichtlich veränderter Arbeitsschwerpunkte oder neuer Herausforderungen in der Region. Insbesondere die Interviewpartnerinnen und -partner aus Einrichtungen wie Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros und Mehrgenerationenhäusern müssen einen erheblichen Anteil ihrer Arbeitskapazität der Aufgabe der Sicherung von Anschlussfinanzierungen widmen.

Auswirkungen der Fördermittelkulisser auf die Entwicklungen der lokalen Ebene

In den Interviews mit Akteuren aus gemeinnützigen Organisationen standen Probleme und Herausforderungen, die sich aus der Stabilisierung bzw. Weiterführung der Finanzierung der jeweiligen Einrichtung oder Organisation bezogen, oftmals im Mittelpunkt der Ausführungen der Befragten. Dies ist ein deutlicher Hinweis auf die prekären Rahmenbedingungen, unter denen die „Kümmerer“ aus den gemeinnützigen Organisationen arbeiten müssen. Eine zentrale Herausforderung, die von etwa der Hälfte der Befragten benannt wird, besteht in den ostdeutschen Regionen in der Verstetigung von Modellen und Arbeitsformen „guter Praxis“, die durch zeitlich befristete Bundesprogramme initiiert und eingerichtet worden sind. Aus Sicht der Befragten sind die Kommunen in der Regel nicht in der Lage, eine Verstetigung solcher Modelleinrichtungen nach Auslaufen der Bundesförderung zu gewährleisten. Hieraus entstanden und entstehen prekäre Übergangssituationen für die betreffenden Projekte und Einrichtungen. Die beteiligten Akteure bemühen sich in diesen Fällen, innovative Wege zu gehen und Koope-

rationen auf regionaler Ebene bzw. im jeweiligen Stadtteil zu nutzen. Dabei stellt sich allerdings in vielen Fällen heraus, dass Formen der Vernetzung und Kooperation, die durch Programme und Initiativen wie z. B. Lernen vor Ort, Soziale Stadt oder Bündnisse für Familien entstanden sind, nach Auslaufen der jeweiligen Bundesförderung relativ rasch wieder zerfallen. Eine Verstetigung solcher „guten Beispiele“ bzw. erfolgreichen Modelle konnte daher in vielen Fällen nicht gewährleistet werden.

Auch unabhängig von solchen Bundesförderprogrammen stellt sich die finanzielle Situation von Organisationen und Einrichtungen der Zivilgesellschaft in den ostdeutschen Regionen als prekär dar. In der Regel sind die Organisationen und Einrichtungen bemüht, ihre Finanzierungsquellen zu diversifizieren und komplexe Formen der Mischfinanzierung aufzubauen. Dabei wird – wie die Befragten immer wieder hervorheben – sehr viel Zeit und Arbeit darin investiert, Fördermittelanträge zu schreiben und damit finanzielle Mittel in die jeweilige Region zu bringen. Ein Großteil der Befragten verweist allerdings darauf, dass in vielen Fällen der Zeitaufwand für die Erarbeitung von Fördermittelanträgen den Ertrag nicht rechtfertigt, da entweder die Erfolgschancen zu ungewiss oder aber die finanziellen Förderbeträge zu gering sind. Insgesamt entwickeln die beteiligten Verantwortlichen eine hohe Virtuosität, um auf der „Klavatur der Fördermittelanträge“ einigermaßen erfolgreich zu spielen.

Die Befragten beklagen dabei, dass mit dem Auslaufen der Fördermittel von im Prinzip konzeptionell guten Programmen, wie z. B. dem „Freiwilligendienst aller Generationen“ oder dem Programm „Erfahrungswissen für Initiativen“ aufgebaute Infrastruktureinrichtungen und Angebote gefährdet und vor allem den Einrichtungen in den strukturschwachen ländlichen Regionen, in denen die kommunale Haushalte besonders angespannt sind, die Basis entzogen wird. In einem Fall wurde davon berichtet, dass aus diesem Grund ein Freiwilligenzentrum geschlossen und alle Mitarbeiter des Zentrum entlassen werden mussten, obwohl damit die einzige Begegnungsstätte neben dem Fußballverein in der Gemeinde ihre Arbeit einstellen musste, was auch aus Sicht des Interviewpartners als „Austrocknung des zivilgesellschaftlichen Lebens“ bewertet wurde (12_ZG-Interview). Letztlich erweist sich die Förderung einer solchen Einrichtung für eine bestimmte Projektlaufzeit – wie die Befragten beklagen – als Fehlinvestition, da die positiven Effekte, die durch die Entwicklung der Einrichtung erzielt werden konnten, relativ rasch wieder verschwinden. Der Befragte fordert daher veränderte Förderbedingungen, die den jeweiligen regionalen (ländlichen und städtischen) Bedingungen besser angepasst sind.

Unabhängig von den prekären Finanzierungsbedingungen thematisieren die Befragten auch spezifische Erfordernisse hinsichtlich der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in ländlichen Räumen Ostdeutschlands. Viele Befragte betonen, dass es generell genügend Menschen in diesen ländlichen Räumen gibt, die sich freiwillig engagieren wollen. Diese (potentiellen) Freiwilligen benötigen aber spezielle Förderbedingungen für ihr Engagement. Dementsprechend wird gefordert, finanzielle Mittel wie Fahrtkosten zu berücksichtigen und zu gewähren, um das bürgerschaftliche Engagement gerade in ländlichen Räumen stabilisieren zu können. So berichtet zum Beispiel eine Mitarbeiterin eines Seniorenbüros aus dem ländlichen Raum, dass in ihrer Region sehr gut qualifizierte Personen bereit wären, sich zu engagieren, wenn die Bedingungen ihren Erwartungen entsprechen würden. Diese potentiellen Engagierten, die teilweise erwerbslos sind, benötigen aber Fahrtkosten, um die relativ langen Fahrstrecken im ländlichen Raum überwinden zu können. Die Befragte berichtet auch von Erfahrungen mit dem Einsatz von Engagierten in kommunalen Handlungsfeldern. So berichtet sie zum Beispiel von einer Gruppe engagierter Erwerbsloser, die in mehreren ländlichen Gemeinden Aufgaben der öffentlichen Verwaltung übernommen hätten (z. B. Öffentlichkeitsarbeit), die die Kommunen auch finanziell entlastet hätten. Sie bezeichnet dieses Beispiel allerdings als eine positive Ausnahme. Denn zumeist würde man die Erfahrung machen, dass die Einbindung des bürgerschaftlichen Engagements in kommunale Handlungsfelder eine schwierige Aufgabe sei. Dabei täten sich insbesondere die Bürgermeister durchaus schwer bei dem Umgang mit Frei-

willigen. „Die Bürgermeister scheinen zumindest theoretisch interessiert“ (05_Z-Interview), allerdings zeige die Praxis, dass Verwaltungen und Ämter mit dem Einsatz von Freiwilligen einen Mehraufwand verbinden, der auf „mehr Arbeit, Machtabgabe, Wissensabgabe“ (05_Z-Interview) hinauslaufe. Es gibt allerdings – so Interviewpartnerin – auch positive Beispiele. So konnten etwa Aktivitäten, die durch Bundesprogramme wie etwa den „Freiwilligendienst aller Generationen“ finanziert wurden, als „Türöffner in Kommunen“ (15_Z-Interview) genutzt werden. In diesen Fällen konnten auch entsprechende Erfolge verbucht werden. So eben z. B. in einer ländlichen Region die Freiwilligendienste aller Generationen den Weg zu gemeinsamen Verhandlungen zwischen der örtlichen Freiwilligenagentur, Wirtschaftsunternehmen und Verwaltung. Auch wenn das gemeinsam geplante Vorhaben letztlich doch scheiterte, da die Freiwilligenagentur nicht weiter gefördert werden konnte, zeigt sich an diesem Beispiel, dass durch Vernetzungsaktivitäten vor Ort neue Handlungsmöglichkeiten entstehen können. In einem anderen Fall konnte eine Freiwilligenagentur durch ein Projekt im Rahmen der Freiwilligendienste aller Generationen Kooperationszusammenhänge aufbauen, die schließlich zur Durchführung eines Sozialpaten-Projektes beigetragen haben (15_Z-Interview). Aus solchen Erfahrungen heraus plädieren die Interviewpartnerinnen und -partner dafür, insbesondere auch für den ländlich strukturierten Raum Förderkonzepte gemeinsam mit der Verwaltung zu planen, um die spezifischen Bedarfe und Möglichkeiten hoch verschuldeter Kommunen in diesen Regionen Ostdeutschlands entsprechend berücksichtigen zu können (04_Z-Interview, 05_Z-Interview, 06_Z-Interview sowie 14_Z-Interview).

Erfahrungen aus städtischen Regionen

Auch in den städtischen Räumen sind Diskrepanzen im Hinblick auf die sinnvolle Verknüpfung von förderfähigen Projekten, die aus der Zivilgesellschaft heraus (bottom-up) entwickelt worden sind und Förderprogrammen (top-down) die von Bund-, Ländern und EU entwickelt worden sind, zu erkennen. Die Befragten bezweifeln, ob es sinnvoll ist, immer neue Projekte zu entwerfen, die nicht überlebensfähig sind. Aus ihrer Sicht müsste es vielmehr darum gehen, nachweislich „erfolgreiche“ und „gute“ Projekte zu verstetigen. So berichtet die Mehrzahl der Befragten aus städtischen Räumen, dass zum Beispiel der Freiwilligendienst aller Generationen eine durchaus sinnvolle Investition war, um mit den Kommunen vor Ort in Kontakt zu kommen und sowohl gemeinsame Aktivitäten und Informationsaustausch zu verabreden als auch die Bindung von Ehrenamtlichen zu ermöglichen. Eine solche Anschubfinanzierung vor Ort kann dazu beitragen „Neues zu erschaffen“ (02_Z-Interview), auch wenn dies nicht in jedem Ort bzw. in jeder Kommune gleich gut funktionieren muss. Die Befragten betonten (04, 05, 06, 16 und 17_Z-Interview), dass die im Rahmen dieses Programms gewährte Beratung sehr nützlich war, um neue Kontakte und Kooperationen herzustellen. Allerdings hätten sich die Befragten eine Weiterentwicklung und Vertiefung dieser Formen des Kooperationsaufbaus gewünscht. Es zeigte sich allerdings auf der anderen Seite, dass die (potenziellen) Freiwilligen in ihrer Region eine zeitliche Bindung auf mindestens 8 Stunden pro Woche (wie im Rahmen der Freiwilligendienste aller Generationen gefordert) vielfach ablehnten. Die überwiegende Mehrheit der Freiwilligen in diesen Regionen möchte sich nicht vertraglich auf eine bestimmte Stundenzahl festlegen lassen und möchte lieber flexibel mit der Zeit für das Ehrenamt umgehen (04, 05, 06 sowie 16 und 17_Z-Interview). Da die meisten der betroffenen Organisationen bereits über gute Kontakte zu Freiwilligen verfügten, bestand ihr Hauptproblem – nach Aussage der Befragten – weniger darin, Freiwillige durch Verträge an sich zu binden, als vielmehr den (potenziell) engagierten Menschen gute Rahmenbedingungen für ihr Engagement zu gewähren.

Ähnliche Erfahrungen berichteten andere Befragte hinsichtlich der „Bündnisse für Familie“. Die Befragten berichteten, dass in ihren Gemeinden bzw. Kommunen bereits vor dem Beginn des

Programms Bündnisse für Familie entsprechende Formen der Vernetzung bestanden und auch ein Informationsaustausch zwischen den beteiligten Akteuren gepflegt wurde. Hier wären also, den Befragten zufolge, andere Bedarfe zu decken gewesen (03 sowie 05_Z-Interview). Auch hier hätten sich die Befragten eine größere Flexibilität und Passungsfähigkeit des Bundesprogramms hinsichtlich der spezifischen Bedürfnisse vor Ort gewünscht.

In den meisten Fällen wünschen sich die Befragten realistische Möglichkeiten zur Weiterführung der Ansätze und Einrichtungen, die durch Bundesprogramme etabliert worden sind. Es geht danach darum, gut eingeführte Angebote und Einrichtungen zu verstetigen und dem Personal eine gewisse Handlungssicherheit zu geben. Ob und welche Einrichtung bzw. welches Angebot verstetigt werden sollte, dies sollte jedoch im Hinblick auf die besonderen Bedingungen vor Ort abgewogen werden (03, 15 sowie 22_Z-Interview). Von diesen Befragten, die zugleich Leiter von Freiwilligenagenturen bzw. -zentren sind, wurde hervorgehoben, dass nicht alle Bundesprogramme – dies gilt insbesondere für das Programm Mehrgenerationenhäuser sowie für die Bündnisse für Familie – das vorrangige Ziel haben, bürgerschaftliches Engagement zu fördern. Primär geht es bei den Mehrgenerationenhäusern um soziale Dienstleistungen rund um die Familie und bei den Bündnissen für Familie zunächst um die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Vereinbarung von Familie und Beruf. Damit – so die Befragten – ist die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements durch diese Bundesprogramme keineswegs garantiert, sondern bleibt vielmehr sehr stark von den Einschätzungen und Orientierungen der Entscheidungsträger vor Ort abhängig. Dem entspricht, dass einzelne Mehrgenerationenhäuser in der Untersuchungsregion keine Engagementförderung betreiben, sondern „ausschließlich Dienstleistungscharakter“ (03_Z-Interview) aufweisen. Solche Erfahrungen verweisen darauf, dass das Ziel bzw. die Aufgabe der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements ausdrücklich in den Förderrichtlinien solcher Bundesprogramme festgelegt werden sollte, um sicherzustellen, dass bei der Umsetzung des Programms in den Regionen tatsächlich freiwilliges und unentgeltliches Engagement gefördert wird.

Insgesamt zeigt sich, dass Einrichtungen und Dienste, die durch Bundesprogramme etabliert bzw. gefördert werden, in unterschiedlichem Maße in die örtliche Institutionenlandschaft eingebettet sind. So berichten zwei Befragte, dass die in ihrer Gemeinde vorhandenen mit Bundesmitteln geförderten Institutionen im sozialen Umfeld überhaupt nicht in Erscheinung treten und sich „mehrheitlich abkapseln gegenüber anderen Einrichtungen“ (22_Z-Interview). Aus solchen Erfahrungen wird deutlich, dass die Öffnung von Einrichtungen der Engagementförderung gegenüber ihrem sozialen Umfeld und der Aufbau von Kooperationsbeziehungen zu anderen Einrichtungen zu den Gelingensbedingungen in diesem Feld gehören.

Konkurrenz und Kooperation

Die Pluralität der Trägerlandschaft im sozialen Bereich und die Konkurrenz um öffentliche Fördermittel und Leistungsentgelte führen generell dazu, dass sich die einzelnen Organisationen der Zivilgesellschaft untereinander in mehr oder weniger intensiven Konkurrenzbeziehungen befinden. Alle Organisationen – seien dies nun traditionelle Vereine und Verbände oder aber Infrastruktureinrichtungen der Engagementförderung oder Einrichtungen mit spezifischen Dienstleistungsangeboten – müssen Fördermittel akquirieren und ihren Nutzwert bzw. ihre Effektivität und Effizienz nachweisen. Diese Bedingungen stellen sich in den ostdeutschen städtischen und ländlichen Regionen noch einmal verschärft dar: In diesen Regionen sind die kommunalen Haushalte besonders angespannt und finanzkräftige Stiftungen sowie Wirtschaftsunternehmen sind rar. Dies führt dazu, dass nur diejenigen Organisationen überleben können, die über gute Beziehungen zu potenziellen Finanzmittelgebern verfügen und gut in ihrer Region vernetzt sind. Konkurrenz und Kooperation bzw. Vernetzung sind also nicht ein-

fach Gegensätze, sondern sie ergänzen sich und sind in den realen Handlungsstrategien zivilgesellschaftlicher Organisationen auf vielfältige Weise miteinander verknüpft.

Was die Konkurrenz zwischen Engagement fördernden Einrichtungen der Zivilgesellschaft anbelangt, so berichten einige der Befragten, dass sich in den untersuchten Regionen durchaus immer wieder Institutionen herausbilden, die gleiche oder ähnliche Aufgaben übernehmen (z. B. Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros etc.). Im letzten Jahrfünft haben sich vielerorts Doppelstrukturen herausgebildet, da dieselben Aufgaben durch unterschiedliche Einrichtungen übernommen werden. Die Interviewpartnerinnen und -partner heben hervor, dass damit die „notwendige Kooperation zwischen den Institutionen erschwert“ (22_Z-Interview) wird. Fachliche und materielle Ressourcen werden nicht gebündelt, sondern werden für die Profilierung der einzelnen Organisationen eingesetzt.

Insbesondere in den städtischen Regionen berichten einige Befragte von unmittelbaren Konkurrenzsituationen zwischen Einrichtungen mit identischem und ähnlichem Aufgabenprofil. Ein Befragter berichtet zum Beispiel, dass er durch die Gründung einer neuen Organisation in unmittelbarer Nähe sehr irritiert und verwundert war: „Als ich das gehört habe, dachte ich, jetzt entsteht noch was?“ (20_Z-Interview). Die Befragten vermissen hier die Übernahme von Planungsverantwortung durch öffentliche Verwaltungen auf kommunaler und Landesebene. Es fehlt an systematischen Bedarfsanalysen und einer entsprechenden abgestimmten Maßnahmen- und Einrichtungsplanung. Die Befragten erwarten von den Fördermittel gebenden Institutionen, dass neue Institutionen nicht gefördert werden, wenn etablierte Institutionen „nicht auf festen Beinen stehen (...); da geht doch ganz schönes Konkurrenzdenken los (...), ich verteidige hier meinen Stall, den wir über Jahre geschaffen haben, aber ich kann auch andere verstehen, die das auch machen wollen; der Bedarf ist da, aber das Geld reicht nicht für alle.“ (20_Z-Interview). Aus dieser Konkurrenzsituation um Fördermittel folgt, dass die Verantwortlichen in zivilgesellschaftlichen Organisationen skeptisch sind bei der Gründung neuer Institutionen, da in der Regel nicht klar ist, ob diese neuen Institutionen tatsächlich in der Lage sein werden, Mittel in ausreichendem Umfang zu akquirieren. So berichtet eine Interviewpartnerin zum Beispiel, dass sie in ihrer Stadt gegen die Gründung einer Bürgerstiftung plädiert hat, da sie sich nicht vorstellen kann, dass diese Bürgerstiftung genügend Mittel zusammenbringen kann, um eine Personalstelle für die Verwaltung der Stiftung zu finanzieren. Obwohl sie also grundsätzlich für die Gründung einer Bürgerstiftung ist und auch sieht, dass Bürgerstiftungen Finanzmittel aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft einsammeln können, hält sie das Risiko der Gründung einer solchen Stiftung in ihrer Region für zu hoch und befürchtet einen zusätzlichen Konkurrenten um öffentliche Fördermittel: „In der Phase, in der wir gerade sind, und da sage ich immer, man soll auf die Leistung schauen, was haben wir in unserer eigenen Einrichtung gemacht und dann kein Risiko eingehen, wenn hier weggespart wird, kann man nicht mit eigener Arbeitskraft kompensieren, auch finanziell nicht mehr; das kostet alles Energie“ (20_Z-Interview). Die Befragten fordern daher, dass die Politik intervenieren muss, um den Konkurrenzdruck zu senken (01, 03, 08, 09, 15, 16 und 17_Z-Interview).

Obwohl Konkurrenz und Wettbewerb um knappe Finanzmittel die Situation zivilgesellschaftlicher Organisationen in den untersuchten Regionen prägt, gibt es allerdings auch ermutigende Beispiele für Kooperation und Bündnisse zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen. So gibt es immer wieder Beispiele dafür, dass zivilgesellschaftliche Organisationen versuchen, durch gemeinsame Aktivitäten ihr Überleben zu sichern. Vor diesem Hintergrund entstehen in verschiedenen Regionen lokale bzw. Stadtteil bezogene Bündnisse und Netzwerke von zivilgesellschaftlichen Organisationen. Gerade Engagement fördernde Organisationen wie Freiwilligenagenturen oder ähnliche Einrichtungen versuchen auch durch Kooperation mit der Stadtverwaltung Finanzquellen zu sichern. In diesem Falle übernehmen die Freiwilligenagenturen Aufgaben der Verwaltung bei der Förderung des freiwilligen Engagements. Obwohl dies in manchen Fällen zum Erfolg führt, ist dies keine Garantie für die Sicherstellung der eigenen

Finanzierung, sondern ist immer mit Unsicherheiten verbunden (14, 05 sowie 09_Z-Interview, aber auch 06 und 09_VP-Interview).

Wie wichtig die Koordinierung der Engagementlandschaft gerade in den Städten ist, zeigen Interviewaussagen, die auf eine Unübersichtlichkeit der Angebote und Einrichtungen in diesem Feld verweisen. Da die einzelnen Einrichtungen der Engagementförderung unter den gegebenen Konkurrenzbeziehungen isoliert arbeiten und eine gemeinsame Information über das Angebot in einer Region oftmals fehlt, sind die Bürgerinnen und Bürger bei ihrem Zugang zu entsprechenden Angeboten verunsichert und überfordert. Die Frage danach, wo die zentrale Stelle ist, um einen Überblick darüber zu gewinnen, „Was ich machen kann bzw. wo ich welche Unterstützung erhalte“ (01_Z-Interview) sind – den Interviewpartnern zufolge – oftmals nicht zu beantworten. Eine Information über die Gesamtheit der Engagement fördernden Einrichtungen und Angebote und eine Bündelung der Ressourcen wird in den meisten Kommunen noch nicht gewährleistet. Hierfür gibt es zwar den Interviewpartnern zufolge erste Absichtserklärungen, allerdings handelt es sich hierbei nach Aussage der Befragten um „reine Schlagwörter“, die noch nicht mit konkreten Vorgehen (Bestandsanalyse und Bedarfsplanung, Entwicklung von Zielsetzungen, Klärung der Zuständigkeiten und Verteilung der Aufgaben etc.) und mit „Leben gefüllt werden“ (03_Z-Interview, vgl. auch 01_Z-Interview, 14_Z-Interview sowie 2_Z-Interview).

Kooperationsformen

Wie bereits erwähnt, lassen sich in den untersuchten Regionen nicht nur Konkurrenz sondern auch Kooperationsbeziehungen finden. Viele der befragten Akteure vor Ort berichten von unterschiedlichen Formen der Vernetzung und Kooperation sowohl in formalen Gremien (z.B. Jugendhilfeausschuss, Fachausschüsse etc.) als auch in informellen Netzwerken und Bündnissen verschiedenster Art (Bündnisse für Familie, Bündnisse und Netzwerke gegen rechtsextremistische Bestrebungen, bereichsspezifische Netzwerke von Akteuren, die mit Engagementförderung betraut sind, in der Kinder- und Jugendhilfe etc). In diesen formellen wie informellen Kooperationszusammenhängen werden Informationen ausgetauscht, Bedarfe identifiziert, gemeinsame Vorgehensweisen und Projekte verabredet sowie Lobbystrategien entwickelt.

Die Intensität der Kooperation kann – je nach Thema und Region – unterschiedlich ausfallen. Punktuelle Formen der Zusammenarbeit sind ebenso zu finden wie langfristige Kooperationsbeziehungen in Netzwerken und Gremien. Auch die Akteure, die diese Kooperation initiieren bzw. vorantreiben, können variieren. In vielen Fällen (dies gilt insbesondere für die formalen Gremien) geht die Initiative von der öffentlichen Verwaltung aus; in anderen Fällen ist es ein besonders engagierter zivilgesellschaftlicher Akteur oder eine Gruppe von Akteuren, die dafür sorgen, dass Netzwerke und Kooperationsbeziehungen zu bestimmten Themenbereichen entstehen. Insgesamt konnten die folgenden fünf unterschiedlichen Formen von Kooperation und Zusammenarbeit identifiziert werden:

- ***Kommunale Informationsveranstaltungen:*** Bei dieser Form der Kooperation werden die relevanten Akteure zu einer lokalen bzw. regionalen Informationsveranstaltung zu einem Thema (z.B. ein einmal stattfindender „Familientag“) eingeladen. Solche Veranstaltungen können einmalig und unregelmäßig, aber auch regelmäßig stattfinden. Die in einem bestimmten Einzugsgebiet relevanten Akteure kommen zusammen, tauschen sich über ein bestimmtes Thema aus, informieren sich über den Sachstand und entwickeln gemeinsame Lösungsansätze, die bis hin zu einer Strategieentwicklung zu einem bestimmten Themenbereich oder Problem gehen können. So berichtet z.B. ein Interviewpartner aus einer Bürgerinitiative im ländlichen Raum, dass aus einer solchen Informationsveranstaltung die Verabredung eines gemeinsamen Projektes

entstanden ist, bei dem die Akteure und Ressourcen der Region (Handwerker, Kinder- und Jugendliche, Ärzte, Senioren, Lehrer, Kioskbesitzer etc.) mobilisiert werden konnten. So wurde z.B. zum Thema Leerstand eine Tagesveranstaltung in einer Gemeinde durchgeführt mit dem Ergebnis, dass ein leerstehendes Haus wieder aufgebaut und zukünftig als Begegnungsstätte betrieben wird. Bei diesem Vorhaben haben sich die relevanten Akteure, die einen Beitrag hierzu leisten können, dazu verpflichtet, bestimmte Aufgaben im Rahmen des Gesamtprojekts zu übernehmen (06_Z-Interview).

- **Regelmäßig stattfindende Arbeitstreffen:** In diesen informellen und formalen Gremien kommen einschlägige Akteure der Zivilgesellschaft zusammen und bündeln ihre Ressourcen in Arbeitsgemeinschaften. Diese Arbeitsgemeinschaften haben thematische Schwerpunkte, wie etwa die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wirtschaftliche Standortprobleme, ökologische Herausforderungen etc. Die Zusammensetzung dieser Arbeitsgemeinschaften wechselt mit dem Thema, allerdings sind es „häufig dieselben Gesichter, die immer wieder auftauchen“ (14_Z-Interview). Aus diesen Arbeitsgemeinschaften entwickeln sich kleinere Gruppen, aus denen sich projektbezogenen Bündnispartner zusammenfinden und anlassbezogen konkrete Projekte entwickeln. Diese Arbeitskreise stellen sich sehr heterogen dar. Ein Beispiel liefert ein Befragter aus dem städtischen Raum. Er berichtet von einer Arbeitsgemeinschaft, in der viele soziale Träger, wie Diakonie und Caritas oder auch Bildungsträger sowie eine Tourismus und Marketing GmbH und eine Wohnungsbaugesellschaft involviert sind. Die Stadtverwaltung ist nicht beteiligt. In derselben Stadt beschreibt er noch zwei weitere Arbeitskreise, in denen die Verwaltung im engeren Sinn nicht dabei ist, aber der Oberbürgermeister als Schirmherr gewonnen werden konnte. Das ist ein Beispiel dafür, dass in den Arbeitskreisen im Wesentlichen Angelegenheiten bearbeitet werden, „die eben nicht normalerweise ablaufen, Dinge, die die Stadtverwaltung nicht selber macht“ (14_Z-Interview).
- **Regionale Informationsveranstaltungen – die Ehrenamtsmessen:** Die Ehrenamtsmessen sind eine Plattform, die zur Gewinnung von Ehrenamtlichen genutzt wird und bürgerschaftliches Engagement einmal jährlich norddeutschlandweit zum Thema macht. Initiiert werden die Messen in Ostdeutschland hauptsächlich durch das Deutsche Rote Kreuz. Dabei wird weit über einen Informationsaustausch hinausgegangen. Es werden Freiwillige angeworben, Beratungen durchgeführt und Bedarf identifiziert bzgl. der Wünsche von Engagierten oder potenzieller Engagierter und neuen Entwicklungen (Interessengebiete, Bedürfnissen, Bsp. Jugendengagement). Darüber hinaus konnten sich auch die Vertreter der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege (Mecklenburg-Vorpommern) überregional austauschen, womit zum einen Projekte bekannt gemacht und zum anderen Doppelstrukturen vermieden werden. Der Interviewpartner berichtet, dass durch die Messen eine stärkere Vernetzung sowie mehr Transparenz und ein gesunkener Konkurrenzdruck wahrzunehmen sei (vgl. 07_Z-Interview). Anhand der bisherigen Messen ist zum einen erkennbar, dass sich diese innerhalb der fünf Jahre ihres Bestehens von einer reinen Informations- zu einer Vernetzungsveranstaltung weiterentwickelt haben und die Besucher aller Bevölkerungsgruppen nun mit genaueren Vorstellungen die Messen besuchen. So nimmt die Anzahl derjenigen, die als Arbeitslose eigentlich eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung suchen, ab, während die Gruppe der Senioren und Vorruhestandler, die sich engagieren wollen, zunimmt. Der Befragte stellt fest, dass viele Menschen in einem Zeitraum von ca. drei Jahren vor der Rente beginnen, sich mit einem möglichen Engagement im Ehrenamt auseinanderzusetzen (vgl. 07_Z-Interview).

- **Ehrenamtskoordinatoren/ Ortsbetreuer:** Mit dem Konzept der Ehrenamts- bzw. Freiwilligenkoordinatoren oder auch Ortsbetreuer, wie sie in Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern angetroffen werden können, wurde eine Strategie der Freien Wohlfahrtspflege für die Gewinnung neuer Ehrenamtlicher etabliert (Ausbildung als Ehrenamtskoordinator/-manager mit dem Abschluss Fachwirt für Eventmanagement). Sowohl das Deutsche Rote Kreuz in Mecklenburg-Vorpommern als auch die Arbeiterwohlfahrt in Thüringen haben dieses Modell eingeführt und damit Stellen in allen Landkreisen (flächendeckend) in Form von Ansprechpartnern/ Beratern und Begleitern für Ehrenamtliche geschaffen. Diese Initiative wird durch die jeweiligen Wohlfahrtsverbände und durch die Sozialministerien gefördert (bzw. in Thüringen durch die Ehrenamtstiftung). Die Ehrenamtskoordinatoren sind ein wichtiges Bindeglied zwischen Ehrenamtlichen und den Mitarbeitern auf der Kreisebene geworden, die „niemand mehr missen möchte“ (21_Z-Interview). Die flexible Arbeitsweise der Ehrenamtskoordinatoren ermöglicht einen Informationsaustausch über Bedarfe und neue Projekte und Initiativen vor Ort. Damit ist zum einen ein sogenannter „Kümmerer vor Ort“ vorhanden, der die Entwicklungen an der Basis kennt und zum anderen kann schnell auf die Bedarfe vor Ort von der Kreisebene aus reagiert werden. Die Informationen der Ehrenamtskoordinatoren werden in den Kreistreffen an einen zuständigen Mitarbeiter (Referat Ehrenamt) auf Kreisebene weitergegeben. Dieser zuständige Referent wirkt quasi als „Knotenpunkt, an dem alle Informationen zusammen laufen“ (07_Z-Interview) und vertritt die Interessen der Ehrenamtlichen in der Geschäftsführung und den Vorständen und gibt die Entwicklung von Projekten an den Kreis- und Landesverband weiter. In den regelmäßigen Treffen der Ehrenamtskoordinatoren wird berichtet und informiert, wodurch ein Lernen voneinander ermöglicht wird und neue Schwerpunktsetzungen im Hinblick auf Projekte entstehen, womit den Befragten der Kreisverbände zu Folge mehr Transparenz und mehr Möglichkeiten aufgezeigt werden (Innovationspotenzial). Beispielsweise können vorhandene nachbarschaftliche Hilfen oder kleinere nicht formalisierte Projekte wie ein Theaterprojekt vor Ort mit Menschen mit Behinderung unterstützt werden. Ein weiteres Beispiel ist die Unterstützung von pflegenden Angehörigen, indem sie durch Ehrenamtliche in Sozialstationen entlastet werden. Zumeist besteht den Befragten zufolge in den Kreisverbänden ein Stamm von Ehrenamtlichen, der in Absprache mit den Angehörigen bestimmte unterstützende Leistungen übernimmt wie Zeitung (vor)lesen, Bilder anschauen, Spazieren gehen, aber auch die Angehörigen beraten und relevante Kontakte herstellen (vgl. 07_Z-Interview). In einem anderen Beispiel wurde berichtet, dass Ehrenamtliche auf diese Art und Weise auch für Pflegestützpunkte gewonnen werden (vgl. 24_Z-Interview). In der ca. fünfjährigen Bestandszeit wurden Kooperationen eingegangen, wie z.B. mit anderen Einrichtungen vor Ort: Verwaltungen, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Unternehmen, aber auch Projekten wie Marktplatzmethode oder Schülerfreiwilligentag in Thüringen (vgl. 07_Z-Interview und 21_Z-Interview). Die Gelingensbedingungen für das Funktionieren dieser Vorgehensweise mit den Ehrenamtskoordinatoren sind, so die Befragten, ein regelmäßiger Kontakt und eine Ansprechperson (Referat Ehrenamt), eine Bedarfsanalyse sowie die Erstellung von Tätigkeitsprofilen. Es muss dementsprechend ein Freiwilligenmanagement vorliegen, das sich an Qualitätsstandards misst, die die Einrichtungen oftmals selbst aufgestellt haben in der Zusammenarbeit mit den jeweiligen Landesverbänden. Ein weiterer wichtiger Aspekt, der auch unter das Freiwilligenmanagement fällt, ist die Anerkennungskultur. Einen positiven Effekt, so beschreiben es die Hauptamtlichen der Wohlfahrtsverbände vor Ort, hat in diesem Zusammenhang der Ehrenamtspass, wie er in Thüringen flächendeckend eingeführt worden ist. Dieser wird im Rahmen der Arbeit von Ehrenamtsko-

ordinatoren für Engagierte ausgegeben, die mindestens 200 Stunden ehrenamtliche Arbeit leisten. Die IHK klärt Stellenanbieter über den Ehrenamtspass auf, sodass eine förderliche Situation für arbeitssuchende Engagierte entsteht. Dies ist eine von mehreren identifizierten Anerkennungsmöglichkeiten. Weitere wären z.B. jährliche Festveranstaltungen und Preisverleihungen, Ehrenamtsmedaillen, Urkunden, Projektauszeichnungen etc. Insgesamt ist ein Trend zur Individualisierung der Anerkennungskultur zu beobachten (vgl. 07_Z-Interview, 21_Z-Interview und 24_Z-Interview).

- **Formalisierte Kooperationen und Netzwerke:** Die formalisierte Kooperation ist die Form der Zusammenarbeit, die den Befragten zu Folge das größte Handlungspotenzial bereithält. Es wurden Partnerschaften und Bündnisse erwähnt, die vertragliche Regelungen entweder projektbezogen oder zeitlich unbegrenzt eingehen. Beispielsweise beantragten mehrere Mehrgenerationenhäuser ein ESF-Projekt (vgl. 0_Z-Interview). Es werden aber auch langfristige und nachhaltige Verträge geschlossen, wie z.B. eine gemeinsame Partnerschaft im Hinblick auf die Gründung einer Bürgerstiftung (vgl. 04_Z-Interview, 14_Z-Interview, 16_Z-Interview, 22_Z-Interview). Dieser Weg wurde von den Akteuren eingeschlagen, um ein „lokales unabhängiges Finanzierungsinstrument für das bürgerschaftliche Engagement“ (14_Z-Interview) zu schaffen, um mit der Unsicherheit der Förderkulisse selbstbestimmt und effektiv umgehen zu können. Die Gewinnung von Partnern brauchte, so die Befragten, viel Überzeugungsarbeit, die sich aber rentiert habe. Es wurden „Menschen aktiviert, die es sonst nicht gemacht hätten sowohl mit Geld als auch Zeit einbringen“ (14_Z-Interview). Die gegründeten Bürgerstiftungen ermöglichten zusätzliche Projekte und förderten sowohl die Unabhängigkeit der beteiligten Akteure von der Kommune als auch einen Bürokratieabbau. Durch Grenzen ergeben sich zum einen auf das langsame Wachstum einer Bürgerstiftung, denn „am Anfang schöpft man die Bekanntenkreise ab, die aus dem Initiativbereich kommen, dann (...) lichten sich jedoch die Kreise und es werden immer weniger, die angesprochen werden können.“ (14_Z-Interview). Zum anderen wurde die Kommune selbst als Grenze für eine „gute“ Entwicklung einer Bürgerstiftung benannt. Ein interviewter Akteur berichtete, dass die Partner einer Bürgerstiftung sich mit einer Sammelstiftung ihrer Stadt zusammenschließen wollten. Diese Stiftung wurde zum selben Zweck errichtet wie die Bürgerstiftung und hätte viel Kapital einbringen können. Die Stadt lehnte die Zusammenlegung jedoch ab, womit dem Befragten nach die Eigeninteressen der Stadt deutlich wurden. Die Stiftung der Stadt fungiert nach Aussage der Verwaltung als Vereinsförderung der Stadt, um Haushaltsmittel zu entlasten oder zu unterstützen. Die Unterstützung für „neue“ Bürgerprojekte findet hierbei jedoch keine Berücksichtigung (vgl. 04_Z-Interview, 14_Z-Interview, 16_Z-Interview, 22_Z-Interview). Die Bürgerstiftung wird als Instrument der Zivilgesellschaft gesehen. Damit wird diesen Befragten nach ein Bürokratieabbau ermöglicht, da die Einflussnahme von Bund und Ländern sowie der öffentlichen Verwaltung gering ausfällt bzw. gegen Null geht (vgl. 04_Z-Interview, 14_Z-Interview, 16_Z-Interview, 22_Z-Interview).

Probleme der Qualitätssicherung unter Unsicherheitsbedingungen

Zu den Strategien der kommunalen und regionalen Bedarferhebung und Kooperationen treten weitere Strategien der Befragten, um mit der Förderkulisse umzugehen. Mit der nahezu von allen Befragten genannten Problematik, dass die Bedarfe die mit den Programmen gedeckt werden sollen oftmals nicht kompatibel mit den Bedarfen vor Ort sind, werden diese Organisationen zum „Chamäleon und Bittsteller“.

Zum einen gibt es Einrichtungen, die eine gesicherte Finanzierung haben, wie es bspw. bei den Wohlfahrtsverbänden und der Freiwilligen Feuerwehr der Fall ist. Vergleichbar ist die Situation auch für Verbände wie z.B. die Sportverbände bei denen „die Kommunen nicht an der Förderung vorbeikommen“ (19_Z-Interview). Diese gut etablierten traditionellen Institutionen stellen Strukturen für (vorrangig) traditionelles Engagement bereit (07_Z-Interview, 11_Z-Interview, 19_Z-Interview, 21_Z-Interview und 24_Z-Interview). Angesichts ihrer gesicherten Finanzierung gibt es keinen (dringenden) Handlungsdruck für Kooperationen mit anderen Institutionen. Soziale Problemlagen wie der demographische Wandel und die regionale Ausdünnung der ostdeutschen Bundesländer haben jedoch dazu beigetragen, dass auch in dieser etablierten Vereins- und Verbändelandschaft Veränderungen vorgenommen werden müssen. Die internen Strukturen z.B. in Wohlfahrtsverbänden wurden an die externen Bedingungen, wie z.B. Ausdünnung der Region, angepasst. Dabei wurden Probleme der Gewinnung von Freiwilligen bearbeitet, indem Ehrenamtskoordinatoren ausgebildet wurden, die direkt vor Ort, (im gesamten Flächenland) z.B. in Thüringen und in Mecklenburg-Vorpommern, Bürger zum Engagement aktivieren und begleiten sollen (07_Z-Interview, 19_Z-Interview, 21_Z-Interview). Neben Ehrenamtskoordinatoren wurden z.B. auch in der Freiwilligen Feuerwehr neue Strukturen geschaffen, wie z.B. überregionale Zusammenschlüsse von Feuerwehren auf Kreisebene. Damit haben Pendler die Möglichkeit, ihrem Engagement weiter nachzugehen und zur Brandbekämpfung an ihrem Arbeitsort beizutragen (vgl. 11_Z-Interview).

Ein großer Teil der „neueren“ Organisationen wie Freiwilligenagenturen, Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros „erhalten sich am Leben“ (16_Z-Interview), indem sie eine flexible Antragsstellung vornehmen, die auf die vorhandenen Probleme abgestimmt werden. Damit wird die eigene Institutionsidentität immer wieder mit den von außen gesetzten Programmen abgestimmt und gegebenenfalls angeglichen. Nur wenige der untersuchten Organisationen entziehen sich diesem Prozess und suchen andere Wege der Finanzierung wie z.B. durch ein Wirtschaftsunternehmen oder – wie in einem Fall – durch die Bundeswehr (vgl. 06_Z-Interview, 22_Z-Interview).

Befragte bezeichnen dies als „zweischneidiges Schwert“. Auf der einen Seite muss auf die Bedarfe vor Ort reagiert werden, und auf der anderen Seite die eigene Organisationsidentität erhalten werden. Solche Probleme stellen sich sowohl für Mehrgenerationenhäuser, Freiwilligenzentren und Einrichtungen und Dienste der freien Wohlfahrtspflege.

Folgt man einigen der Befragten (vgl. 02_Z-Interview, 06_Z-Interview, 20_Z-Interview), dann erfordert die schwierige Finanzsituation auch Bewältigungsformen, die einen Qualitätsverlust zur Folge haben. So müssen etwa unterfinanzierte Aufgabenbereiche durch Querfinanzierung mühsam am Leben erhalten werden. Auch erschwert es die unsichere Finanzierungslage, den Beschäftigten eine sichere berufliche Perspektive zu geben. Die hierdurch ausgelöste Personalfuktuation führt zu Motivationsverlusten und zur Entwertung arbeitsplatzspezifischer Qualifikationen. Angesichts des ständigen Neubeginns mit neu angestelltem Personal können die selbst und fremd gesetzten Qualitätsstandards kaum eingehalten werden. Auch führt das förderpolitische Patchwork zu einem Mehraufwand für die Mittel akquirierenden Stellen mit der Folge, dass ein erheblicher Anteil der Arbeitszeit nicht für inhaltliche Tätigkeiten sondern für die Beschaffung von Finanzmitteln eingesetzt werden muss. „Mit dem stetig wechselnden Personal ist nicht absehbar, ob die Gelder, die zur Verfügung gestellt werden, auch die gewünschte Qualität erzielen bzw. ob der „jährliche oder halbjährliche Kampf ums Überleben überhaupt“ erfolgreich bestritten werden kann (16_Z-Interview) (vgl. hierzu vor allem 01_Z-Interview, 05_Z-Interview, 06_Z-Interview, 09_Z-Interview, 15_Z-Interview, 16_Z-Interview, 17_Z-Interview).

Anerkennungskultur

Auch hinsichtlich der bislang entwickelten Formen der Anerkennungskultur lassen sich den Befragten zufolge noch erhebliche Entwicklungspotenziale identifizieren. Vielfach wurde thematisiert, dass mit der Einführung eines modernen Freiwilligenmanagements auch über die Anerkennungsveranstaltungen hinaus verstärkt in die Breite gegangen werden könnte (vgl. hierzu vor allem 01_Z-Interview, 02_Z-Interview, 03_Z-Interview, 04_Z-Interview, 05_Z-Interview, 08_Z-Interview, 09_Z-Interview, 10_Z-Interview, 12_Z-Interview, 14_Z-Interview, 15_Z-Interview, 16_Z-Interview). In einigen Institutionen, wobei besonders die Freiwilligenagenturen und in Anfängen auch Wohlfahrtsverbände angesprochen sind, sind bereits Ansätze einer individuellen oder auch regionalen Anerkennungskultur etabliert (vgl. vor allem 01_Z-Interview, 15_Z-Interview, 17_Z-Interview und 22_Z-Interview). Eine Anerkennungskultur, die sich individuell auf den Engagierten einstellt, wird zum Beispiel von Freiwilligenagenturen in Form von Kompetenznachweisen geleistet. Hierbei wird in den individuellen Beratungsgesprächen oder bereits durch Stellenanzeigen für Ehrenamtliche, vor dem Antritt eines Engagements, deutlich, dass mit der Ausübung dieser Tätigkeit ein Kompetenzgewinn angestrebt wird. Mit einem Kompetenznachweis wird dementsprechend auf die individuellen Wünsche der Engagierten reagiert und damit eine besondere Wertschätzung und Anerkennung der geleisteten Tätigkeit entgegengebracht (vgl. 01_Z-Interview). Eine weitere individuelle Form der Anerkennung ist die Möglichkeit der aktiven Mitgestaltung der ehrenamtlichen Tätigkeit. In vielen Einrichtungen wie Seniorenbüros oder Freiwilligenagenturen wurde hervorgehoben, dass die Engagierten „keinen großen Wert auf öffentliches Ansehen“ (05_Z-Interview) legen, sondern eher die Möglichkeit schätzen, auch das Wissen und die Überlegungen sowie Ideen, die sie haben, umsetzen zu können. Es wird zudem deutlich, dass sich ebenso auf regionale Besonderheiten eingestellt wird und gerade in ländlichen Räumen auf die Bedarfe und Wünsche der Ehrenamtlichen reagiert wird. Befragte von Verbänden heben zwar einerseits die Anerkennung der Ehrenamtlichen durch Veranstaltungen und öffentliche Würdigungen hervor, zeigen jedoch zudem auf, dass sie dort wo die Kassen knapp sind auch Umwidmungen von Projektanträgen vornehmen oder trägerinterne Vereinbarungen vornehmen. Es wurde berichtet, dass viele Engagierte eher eine Kostenübernahme für Fahrten oder auch Startfinanzierung für Projekte bevorzugen, als dass Galaveranstaltungen durchgeführt werden (vgl. 05_Z-Interview, 08_Z-Interview, 09_Z-Interview, 10_Z-Interview, 12_Z-Interview, 14_Z-Interview, 15_Z-Interview, 16_Z-Interview).

Viele Einrichtungen, die ein Freiwilligenmanagement etabliert haben wie nahezu alle untersuchten Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros und einige Wohlfahrtsverbände und Mehrgenerationenhäuser haben bereits diese verschiedenen Formen der Anerkennungskultur (individuell und regional) etabliert und versuchen hierfür Standards zu entwickeln und umzusetzen. Deutlich wird, dass Verbände und Vereinigungen wie Sportverbände, Freiwillige Feuerwehr u.a. weniger neue Formen der Anerkennungskultur sondern traditionelle Würdigungen wie z.B. Galaveranstaltungen als Anerkennungskultur benennen (vgl. 07_Z-Interview, 21_Z-Interview und 24_Z-Interview).

III.3.2.3 Kooperations- und Konfliktbeziehungen zwischen Haupt- und Ehrenamt

Die prekäre Finanzsituation sowohl in den kommunalen Haushalten als auch bei den sozialen Einrichtungen und Organisationen führt zu besonderen Belastungen des Verhältnisses zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen. Die Hauptamtlichen, die in den Einrichtungen, Diensten und Organisationen im Kultur-, Sozial-, außerschulischem Bildungs- und Umweltbereich tätig sind, sehen sich – zumindest subjektiv – oftmals in einer unsicheren Beschäftigungssituation.

Auf der anderen Seite besteht die Gruppe der (potenziell) Engagementinteressierten nach Aussagen der Befragten zu einem erheblichen Teil aus Personen, die aufgrund ihrer Arbeitslosigkeit oder Frühverrentung eigentlich an einer Einmündung in Erwerbsarbeit interessiert sind. Viele dieser Engagierten sind bestrebt, sich über ihr Ehrenamt Kompetenzen und Qualifikationen anzueignen, die auch für den Erwerbsarbeitsmarkt nützlich sein können. Vor diesem Hintergrund wächst nach Angaben der Befragten die Befürchtung unter vielen Hauptamtlichen, dass Ehrenamtliche letztlich eine Konkurrenz darstellen und dass es möglicherweise zu Verdrängungsprozessen zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen zu ihren Lasten kommt. Angesichts der aktuellen Einsparungen in den öffentlichen Haushalten vor dem Hintergrund von Überschuldung und Schuldenbremse scheint sich die Situation eher noch zuzuspitzen. Solche Tendenzen stehen einer konstruktiven Zusammenarbeit „auf Augenhöhe“ entgegen.

Gerade im ländlichen Raum berichten die Befragten, dass der Übergang zwischen den Tätigkeiten, die Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen ausüben, in vielen Einrichtungen fließend ist. Dies gilt vor allem dann, wenn es sich bei den Ehrenamtlichen nicht um Laien, sondern um einschlägig qualifizierte Personen handelt.

Unklarheiten über die Handlungsmöglichkeiten von Haupt- und Ehrenamtlichen ergeben sich vor allem in den Einrichtungen und Organisationen, in denen die Zuständigkeiten zwischen beiden Gruppen nicht klar genug voneinander abgegrenzt und die Rahmenbedingungen für den Einsatz von Ehrenamtlichen nur vage geregelt sind. Unter solchen Bedingungen kann nach Aussagen der Befragten eine gute Kooperation zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen und eine entsprechende professionelle Begleitung und Unterstützung der Ehrenamtlichen durch Hauptamtliche kaum entstehen. Die Befragten berichten über „naturwüchsige“ Umgangsstrategien in diesen Einrichtungen, die von einer Marginalisierung dieses Problems (Ignorieren der Probleme) bis hin zur Entwicklung eines Freiwilligenmanagements reichen.

Die Befragten heben hervor, dass die Strategie der Marginalisierung bei Einrichtungen und Organisationen im ländlichen Raum besonders weit verbreitet ist. Dies hängt oft damit zusammen, dass die Organisationen und Einrichtungen hier unter schwierigen äußeren Rahmenbedingungen arbeiten müssen und insgesamt unzureichend auf die Zusammenarbeit mit Freiwilligen vorbereitet sind.

Freiwillige werden, wenn sie vorhanden sind, häufig wie Hilfsarbeiter behandelt, sie erfahren wenig Betreuung und Weiterbildung sowie eine weitgehende Nichtbeachtung ihrer spezifischen Interessen. Beispiele für einen solchen Umgang sind fehlende oder unzureichende Aufklärung über geplante Einsätze in Institutionen und über deren Abläufe, fehlende Absprachen über zu leistende Arbeiten oder mangelnder Versicherungsschutz. Vor diesem Hintergrund fühlen sich Ehrenamtliche unzureichend anerkannt und zugleich nehmen die Hauptamtlichen die Ehrenamtlichen als potenzielle Bedrohung ihres Arbeitsplatzes wahr.

Im Gegensatz dazu sind andere Einrichtungen und Organisationen angesichts der gleichen Herausforderungen dazu übergegangen, das Problem der Kooperation von Haupt- und Ehrenamt bewusst zu managen. Die beteiligten Akteure berichteten davon, dass sie sich selber reflexiv mit der Thematik auseinandergesetzt (z.B. in Form von Mediation) bzw. Hilfe von außen in Anspruch genommen haben. So wurden beispielsweise professionelle Weiterbildungen im Freiwilligenmanagement absolviert, ein konstruktiver Umgang mit Freiwilligen entwickelt (Freiwillige brauchen Befugnisse und Mitsprachemöglichkeiten, Zugang zu Räumen und Infrastrukturen) sowie klare Aufgabenbeschreibungen und Profilbildungen zwischen haupt- und ehrenamtlichen Tätigkeiten eingeführt.

Im Ergebnis zeigt sich, dass diejenigen Organisationen, die ein professionelles Freiwilligenmanagement aufgebaut haben, nicht nur konstruktiver mit den Irritationen und Verunsicherungen zwischen Haupt- und Ehrenamt umgehen können, sondern zudem auch gerade für gut qualifizierte Ehrenamtliche an Attraktivität gewinnen.

Dagegen sind Einrichtungen und Organisationen, in denen ungünstigere Bedingungen für den Einsatz von Ehrenamtlichen vorherrschen, für anspruchsvolle Engagierte weniger interessant

mit der Folge, dass sie mit weniger qualifizierten Ehrenamtlichen vorlieb nehmen müssen. Gerade in diesen Einrichtungen, in denen die Erwartungen zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen ungeklärt bleiben und es keine ausgewiesene Rolle des Engagements in der Organisation gibt, kommt es leichter zu Konflikten und divergierenden Rollendefinitionen zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen und damit zu Enttäuschungen und Abbrüchen des ehrenamtlichen Engagements.

III.3.2.4 Normative Bilder, gesellschaftliche Bedeutung und subjektive Relevanz des bürgerschaftlichen Engagements

In den Interviews wurden die Befragten auch dazu befragt, welche kollektiv geteilten normativen Bilder von Engagement bzw. Ehrenamt sie in ihrer Region wahrnehmen und welche gesellschaftliche Bedeutung diesem Engagement von relevanten Akteuren ihrer Wahrnehmung nach zugeschrieben wird. Auch die individuelle Bedeutung des Engagements für unterschiedliche Gruppen von freiwillig Engagierten wurde thematisiert. Hier geht es darum, welche subjektiven Bedeutungszuschreibungen des Engagements die Befragten bei den freiwillig Engagierten wahrnehmen bzw. erleben bzw. welche Einschätzung sie hinsichtlich der Funktionen und Relevanz dieses Engagements im Hinblick auf die Lebensbewältigung der Engagierten identifizieren. Damit liegt hiermit ein anderer methodischer Zugang zu den kulturellen Images und der individuellen Bedeutung des freiwilligen Engagements vor, als er in Abschnitt II gewählt wurde. Während in Abschnitt II die Ergebnisse der Befragungen der freiwillig Engagierten selbst präsentiert werden, geht es hier um die Wahrnehmungen und Erfahrungen von Akteuren, die in den ostdeutschen Regionen mit Engagierten zu tun haben bzw. mit ihnen kooperieren. Die folgenden Befunde stellen also Zuschreibungen von gesellschaftlichen Relevanzsetzungen und subjektiven Bedeutungen des Engagements dar, wie sie durch die Fachkräfte der Engagementförderung in den Interviews vorgenommen wurden.

Im Folgenden wird zunächst auf die gesellschaftliche Relevanz bzw. die Bedeutung des Engagements für die ostdeutschen Sozialräume und in einem zweiten Schritt auf die subjektive Bedeutung des Engagements für die Engagierten selbst eingegangen.

Bürgerschaftliches Engagement als Ressource für die Bearbeitung sozialräumlicher Herausforderungen

Nahezu alle Interviewpartnerinnen und -partner schätzten das bürgerschaftliche Engagement als eine wichtige Ressource für die Bearbeitung sozialräumlicher Herausforderungen ein. Dies gilt unabhängig davon, ob aus der öffentlichen Verwaltung, der Zivilgesellschaft oder dem Unternehmensbereich entstammen. Dabei fungiert das „bürgerschaftliche Engagement nicht nur in Zeiten knapper Kassen als ein Notnagel für die Haushaltskasse der Kommune, die damit auf lange Sicht spart, sondern wirkt auch als Kompensation für isolierte, einsame und hilfebedürftige Menschen“ (07_VP-Interview). Damit wird zum einen dem bürgerschaftlichen Engagement ein direkter finanzieller Nutzen für die Kommunen zugesprochen (vgl. hierzu 2.4.2.3) und zum anderen der hierdurch erlangte persönliche bzw. soziale Nutzen herausgestellt (vgl. hierzu auch 07_VP-Interview, 09_Z-Interview, 21_Z-Interview, 21_Z-Interview und 24_Z-Interview).

Bürgerschaftliches Engagement als Gewinn und Mehrwert für die Region

Engagement als Standortfaktor und Antrieb

Die Sichtweise der Befragten, wonach bürgerschaftliches Engagement als Standortfaktor und Motor für die Region fungieren kann, hat sich bislang vor allem bei den Befragten in der öffentlichen Verwaltung und privaten Wirtschaft gezeigt. Viele Befragte sprechen die Belebung des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens in der Region sowie die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf als „weiche Standortfaktoren“ an (vgl. hierzu vgl. 01_VP-Interview, vgl. 02_VP-Interview, vgl. 03_VP-Interview, 04_W-Interview und 06_W-Interview). Eine Befragte hebt hervor, dass mit der demographischen Entwicklung der Fachkräftebedarf zunehmend in den Mittelpunkt rückt und kreative Ideen und Diskussionen über Lösungen gefragt sind (vgl. 02_VP-Interview). Als Beispiel beschreiben sie, dass sie im Rahmen einer Arbeitsgruppe zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf Arbeitnehmer- und Arbeitgeberkonferenzen initiiert und durchführt. Hierbei wurden z.B. Probleme und Herausforderungen diskutiert, die alleinerziehende Mütter im Gastronomiegewerbe haben. „Mit der Einsicht, dass nicht genügend Fachpersonal vorhanden ist und immer mehr Fachpersonal benötigt werden wird, um die touristisch wertvolle Region zu beleben, brauchen wir gute Rahmenbedingungen und dazu gehört Ehrenamt“ (02_VP-Interview).

Zudem wurde auch bei einigen wenigen Befragten die Erkenntnis zum Ausdruck gebracht, dass bürgerschaftliches Engagement auch ein Antrieb für Entwicklungen in der Region darstellen kann (vgl. 02_VP-Interview, 05_ZG-Interview und 06_W-Interview). Hierzu gehören den Befragten nach aber auch Partner und strategische Kooperationen. Eine Mitarbeiterin beschreibt ein Projekt, dass durch Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft initiiert und durchgeführt wird. Es handelt sich um ein Gesundheitsprogramm, das in Kindergärten organisiert wird. Der Zusammenschluss von Wirtschaftsunternehmen, in einer ländlichen und strukturschwachen Region, wird von der Verwaltung hauptsächlich mit Informationen und unbürokratischen Verfahrensabläufen unterstützt. „Die Unternehmen arbeiten gut zusammen, machen eine Aktion nach der anderen, immer bei der IHK angebunden, weil dort Themenfelder auflaufen, da kann man gucken, was vor Ort anfällt, wie z.B. zu dicke oder zu unsportliche Kinder“ (02_VP-Interview). Es werden dann Informationsveranstaltungen und Sportveranstaltungen in Kindergärten unternommen oder Patenschaften übernommen. „Es geht uns vor allem darum, Interesse zu wecken, Einstellungen zu verändern, uns zu erlauben, das zu finanzieren, das bringt die Region voran“ (02_VP-Interview). Von einer sehr schwach strukturierten ländlichen Region wurde berichtet, dass ohne bürgerschaftliches Engagement die Aufrechterhaltung vieler kommunaler Dienste nicht mehr möglich wäre. „Wenn man in die Dörfer geht, ist es ausschließlich ehrenamtliches Engagement, das Kleinstveranstaltungen wie Kinderfeste, Seniorenveranstaltungen und zum großen Teil auch Fahrtendienste ermöglicht. Es wird angefangen von der Organisation der Räumlichkeiten bis hin zu Kuchenspenden gebeten (...) ohne dieses Engagement würde gar nichts mehr passieren. Kommunen sind nur noch in der Lage, eine Minimalausstattung zu leisten“ (03_VP-Interview). Die Motivation hierzu kommt nach Auskunft der Befragten aus der Gemeinschaft heraus. Sie berichtet weiter, dass es „im ländlichen Raum wichtig [ist, d.V.] in einer Gemeinschaft zu sein, es läuft letztlich über Helfen und dass mir geholfen wird, hinaus“ (03_VP-Interview).

Dieser Umgang mit bürgerschaftlichem Engagement und die Erkenntnis, dass es als Standortfaktor und Antrieb für die Region zu betrachten sei, ist jedoch kein weit verbreiteter Ansatz. Vielmehr stellt sich die Engagementförderung vielerorts auf kommunaler Ebene als „unüberlegt und nicht strategisch“ (02_Z-Interview) dar. Bei vielen „kommunalen Projekten und vielen staatlich geförderten Programmen ist nicht klar, ob Engagement gefördert wird und es wird nicht sichergestellt, dass ein Überblick herrscht, wer gerade aus welchem Programm gefördert wird“ (02_Z-Interview). Es geht den Akteuren vor Ort weniger um die Anzahl der Programme,

sondern dass Bedarfe beachtet werden und eine Strategie erkenntlich wird (vgl. 02_VP-Interview, 03_VP-Interview sowie auch 05_Z-Interview, 06_Z-Interview, 08_Z-Interview und 16_Z-Interview).

Engagement als Marke

Einige Befragte beschreiben, dass sich durch Projekte oder auch durch Zertifikate und Auszeichnungen für Ehrenamtliche das Engagement als Marke in der Region etabliert hat (vgl. 07_Z-Interview, 13_Z-Interview, 20_Z-Interview, 02_VP-Interview).

Ein Projekt, was als gut etabliert bewertet wurde (vgl. 13_Z-Interview), hat es durch Beständigkeit mit einer Projektlaufzeit von 10 Jahren und Öffentlichkeitsarbeit geschafft, eine Marke der Region zu werden. Es gilt, folgt man der Befragten, als ein Symbol für „gutes“ Engagement in der Region. Die Stiftung, die dieses Projekt etabliert hat, bietet mittels Öffentlichkeitsarbeit ihr Produkt an. Es handelt sich hierbei um Seminare für Schülervertreter, die durch Schüler geleitet werden. Der große Erfolg und Bekanntheitsgrad hat eine hohe Nachfrage nach diesem Produkt ausgelöst und bietet nunmehr einen starken Anreiz für Schüler, auch zu der Gruppe der Mitwirkungsmoderatoren zu gehören. Hieran wird, folgt man den Befragten, deutlich, dass sich die Gruppe der Engagierten mit der Engagementmarke, dem Produkt und den damit verbundenen Aufgaben als Moderator identifiziert (vgl. 13_Z-Interview).

Mit Hilfe von Zertifikaten wie dem Ehrenamtpass, das Ehrenamtsdiplom oder andere Auszeichnungen, besteht die Möglichkeit, Engagement ein Profil zu geben, um die Besonderheit des Engagements hervorzuheben. Die Befragte 07_Z beschreibt, dass engagierte Ehrenamtliche einen Ehrenamtpass bekommen, wenn sie mindestens 200 Stunden im Jahr in einem Ehrenamt aktiv waren. Dieser Pass (in Mecklenburg-Vorpommern) kann bei der Bewerbung genutzt werden und wie in einem Fall berichtet, vergeben spezielle Organisationen, wie die IHK, vorrangig Stellen oder Ausbildungen an Personen, die diesen Pass vorweisen können. Die Funktion des Passes wird auf der einen Seite auf der personellen Ebene gesehen, denn mit Hilfe des Engagements kann die eigene Attraktivität für den Arbeitsmarkt gesteigert werden (vgl. 02_VP-Interview). Auf der anderen Seite stellt dieses Zertifikat ein Instrument dar, mit dessen Hilfe das Thema Engagement öffentlich dargestellt werden kann. Indem diese Auszeichnung durch die IHK als relevantes Einstellungskriterium anerkannt wird, wird die Attraktivität für andere Personen, sich bürgerschaftlich zu engagieren, gesteigert, wodurch Engagement als Marke etabliert wird: „So etwas spricht sich schneller rum, eher als Geld für Engagement“ (02_VP-Interview). Die Befragten stellen jedoch heraus, dass die Anerkennungskultur sehr heterogen ist. Es existieren unterschiedliche Auszeichnungen, Zertifikate, Nachweise etc. nebeneinander sodass keine Vergleichbarkeit möglich ist und der Wert und Bekanntheitsgrad der einzelnen Zertifikate reduziert wird. „Einige Kommunen haben Ehrenamtscards herausgegeben, das DRK und das Sozialministerium geben die Ehrenamtpässe aus, verschiedene Einrichtungen haben sich zusammengetan und dort bekommt man als Ehrenamtlicher Erlasse bei Eintrittsgeldern. Es ist in kommunaler Hand und sehr unterschiedlich von Kommune zu Kommune“ (07_ZG-Interview). Daneben berichteten Unternehmensvertreter, dass sie Engagement zunehmend als eigene Unternehmensmarke erkannt haben. „Engagement ist eine stabile Größe und ein Wettbewerbsfaktor geworden. Engagement ist eine Marke des Unternehmens und bei Hochschulabsolventen achten wir auf solche Punkte“ (06_W-Interview). Es kann demnach als ein Aushängeschild von Unternehmen begriffen werden, um potenzielle Fachkräfte für ihr Unternehmen zu gewinnen und zu halten.

Engagement und Kompetenzgewinn

Diese Auszeichnungen werden darüber hinaus auch als Kompetenznachweise genutzt. Die Befragten beschreiben, dass durch das Engagement sowohl fachliche als auch soziale Kompetenzen gewonnen werden können. Vor allem die fachlich-inhaltlichen Kompetenzen werden von den interviewten Personen hervorgehoben. „Wir brauchen Fachkräfte im Gesundheits- und Sozialbereich, das Ehrenamt kann eine bindende Funktion haben und Rekrutierungsfunktion sein“ (24_ZG-Interview). Neben der fachlichen Kompetenz heben die Befragten hervor, dass im Engagement „die Möglichkeit besteht, sich weiter zu entwickeln“ (09_ZG-Interview), was auf den sozialen Kompetenzgewinn verweist. Eine interviewte Person berichtet von einem introvertierten Studenten, den sie in einer Selbsthilfegruppe angesprochen hat, um ihn für ein Engagement zu gewinnen. Der Student hat ein Bewerbungstraining für Arbeitslose angeboten und „ist über sich selbst hinaus gewachsen“ (05_ZG-Interview). Sein neu gewonnenes Selbstvertrauen hat sich, so die Befragte, in einem Anstellungsverhältnis niedergeschlagen (vgl. 05_ZG-Interview).

Es wäre, den Ausführungen einer Befragten zu Folge, jedoch zu kurz betrachtet, diesen Kompetenzgewinn nur auf berufsrelevante Qualifikationen zu begrenzen. „Es ist ein Trugschluss, dass nur solche Kompetenzen erworben werden sollen. Wir leben in einer Dienstleistungsgesellschaft, da braucht man andere Fähigkeiten und Kompetenzen, Menschen müssen Entscheidungen treffen können, gestalten können, mitdenken und handeln können“ (18_Z-Interview). Einige interviewte Personen verweisen kritisch darauf, dass durch Engagement partizipatorische Prinzipien erlernt und gelebt werden müssten, „damit Engagierte mit den Anforderungen einer gut funktionierenden Demokratie vertraut sind und diese leben. Sie bekommen ein Gefühl für die Wichtigkeit des bürgerschaftlichen Engagements für die demokratische Gesellschaft“ (13_Z-Interview) (vgl. 13_Z-Interview, 18_Z-Interview).

Die individuelle Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements

Im Folgenden geht es um die zugeschriebene individuelle Bedeutung des Engagements. Die befragten Akteure wiesen daraufhin, dass Erfahrungen von Isolation und Einsamkeit für einen Teil insbesondere älterer Menschen in den ländlichen Regionen zu beachten sind. Wirtschaftliche Probleme und unattraktive Arbeitsangebote sorgen für eine erhöhte Abwanderung. Dies stellt eine hohe Belastung für die „Zurückgebliebenen“ und hierunter vor allem für die Senioren dar, da hiermit oftmals die Familienstrukturen zu „bröckeln“ (10_Z-Interview) beginnen. Ältere Menschen suchen daher vermehrt in Anlaufstellen wie z.B. Begegnungsstätten, den Seniorenbüros, den Mehrgenerationenhäusern oder auch Freiwilligenzentren „gute Freunde und vertrauensvolle Partner“ (20_Z-Interview) (vgl. hierzu z.B. 03_Z-Interview, 04_Z-Interview, 08_Z-Interview und 09_Z-Interview). In den Patenprojekten, wie beispielsweise dem Projekt „Leihopa/-oma“, berichteten vor allem ältere Menschen, dass sie sich nicht nur „Anerkennung und Wertschätzung durch Engagement [..., d.V.] selbst erarbeitet [haben, sondern d.V.] das Zentrum als Familienersatz“ (08_Z-Interview) fungiert. Damit, so beschrieben es die Befragten, „wird durch Ehrenamt wieder mehr Lebendigkeit in die Kommune [gebracht, d.V.]“ (20_Z-Interview).

Eine andere Personengruppe, die Erwerbslosen, wurde ebenfalls von mehreren Befragten besonders hervorgehoben. Zivilgesellschaftliche Einrichtungen haben „einen großen Pool an Arbeitslosen, die Bestätigung und Bildung benötigen“ (09_Z-Interview). In Ostdeutschland, insbesondere in den ländlichen Räumen, ist die Arbeitslosigkeit relativ hoch. Es gibt viele Menschen, u.a. auch gut Qualifizierte, die keine Erwerbsarbeit finden. Diese Personengruppe sucht im Engagement Sinnstiftung, Gemeinschaft und Qualifizierung (vgl. vor allem 01_Z-

Interview, 02_Z-Interview, 05_Z-Interview, 06_Z-Interview, 08_Z-Interview, 10_Z-Interview und 20_Z-Interview). Das bürgerschaftliche Engagement wirkt damit als Strukturierung des Alltags und Instrument zur Integration in Erwerbsarbeit und in das soziale Gemeinschaftsleben. Eine Befragte schlägt eine Unterscheidung der Engagierten in zwei Gruppen vor: „die erste Gruppe betreibt Engagement aus Freiheit, selbst gewählt, als Potenzial. Die zweite Gruppe betreibt Engagement, um soziale Isolation zu überwinden, Freundschaften aufzubauen, mit jemanden zu reden, der einen versteht, ein Auffangnetz, um nicht in ein tiefes Loch zu fallen“ (20_Z-Interview). Die befragten „Kümmerer“ beschrieben, dass sie die Verantwortung für sozial Benachteiligte mittragen, dass sie die Menschen mit ihren Problemen und Schwierigkeiten wahrnehmen und ernst nehmen und „es wird gemeinsam nach einer Lösung gesucht, denn ohne die Gruppe der Arbeitslosen würde gar nichts funktionieren“ (20_Z-Interview). Die Befragten unterstützen sozial Benachteiligte, damit diese sich ebenso in das Gemeinwesen einbringen können und ein Mehrwert für alle entsteht (nach dem Prinzip Hilfe zur Selbsthilfe). Die Engagierten erfahren durch ihre Tätigkeit „Wertschätzung, Lob und Anerkennung, was ihnen Lebensfreude und Engagement zurückgibt“ (20_Z-Interview) (vgl. 20_Z-Interview und vgl. 09_Z-Interview). Es wurde beispielsweise von einer Befragten berichtet, dass ein 33-Jähriger, der noch nie gearbeitet hatte, ein Projekt zur Begleitung und Unterstützung Langzeitarbeitsloser entwickelt hat. Er konnte aus der eigenen Betroffenheit heraus Strategien zur Bearbeitung der Thematik finden und zugleich von einer Gruppe Gleichgesinnter aufgefangen werden, womit er seine eigenen Depressionen überwinden konnte (vgl. 05_Z-Interview).

Bürgerschaftliches Engagement und Erwerbslosigkeit

Die erwähnte Gruppe der Erwerbslosen, die für alle Befragten eine hohe Bedeutung aufwies, wurde als heterogen dargestellt. Diese Personengruppe wurde prototypisch in drei Gruppen unterteilt.

Engagement als traditionelles Ehrenamt

Zunächst lässt sich eine Gruppe erwerbsloser Ehrenamtlicher identifizieren, die bereits eine Engagementkarriere hinter sich hat und seit Jahren oder seit früher Kindheit in Vereins- und Verbandstrukturen oder anderen Initiativen eingebunden sind (wie in der Freiwilligen Feuerwehr oder Sportbund, aber auch Wohlfahrtsverbänden). Es handelt sich hierbei beispielsweise um Personen, die „ihren Spaß und ihr Wissen am Sport als Übungsleiter weitergeben wollen“ (19_Z-Interview). Für diese Gruppe ist die Arbeitslosigkeit kein Grund, ihr Engagement aufzugeben. Eine Mitarbeiterin eines Wohlfahrtsverbandes hob hervor, dass ein unbezahltes Ehrenamt ein „echtes Ehrenamt [sei, d.V.] und die Ehrenamtlichen Anerkennung und Ehre wollen, denn Anerkennungskultur im Ehrenamt ist alles“ (07_Z-Interview). In ihrer Einrichtung ist das Ehrenamt so geregelt, „dass man es wirklich ehrenamtlich macht, denn alles andere ist eine freiwillig bezahlte Tätigkeit, wie der Bundesfreiwilligendienst, der ist kein Ehrenamt“ (07_Z-Interview) (vgl. hierzu auch 19_Z-Interview, 21_Z-Interview und 11_Z-Interview).

Engagement als (Wieder)Einstieg in das (Berufs)Leben

Eine zweite Gruppe von erwerbslosen Ehrenamtlichen, die von den Befragten identifiziert wurde, ist eher in „neueren“ Einrichtungen wie Mehrgenerationenhäusern und Freiwilligenagenturen tätig. Es handelt sich hierbei um Personen, die gezielt diese Institutionen anlaufen, um im gesellschaftlichen Leben eingebunden zu bleiben. Die Befragten beschrieben, dass diese Personengruppe „eine Aufgabe braucht, etwas Gutes tun möchte, da ihnen ansonsten die Decke auf den Kopf fällt“ (10_Z-Interview). Für diese Engagierten wird zudem seitens mehrerer Be-

fragter hervorgehoben, dass sie eine Aufwandsentschädigung möchten bzw. brauchen. Diese benötigen sie aber nicht als zusätzliches Einkommen, sondern um sich weiterhin längerfristig engagieren zu können. Es wurde z.B. dargestellt, dass „ALG II Empfänger, die evtl. außerhalb arbeiten möchten, sich den Bus nicht leisten können (...) Am Donnerstag kommt bei uns die Tafel. Es sind unsere Ehrenamtlichen, die dort hingehen (...) Damit wird deutlich, dass Engagement für diese Leute eine finanzielle Grenze hat, an einigen Stellen“ (09_Z-Interview). Von einer Mitarbeiterin einer Einrichtung wurde berichtet, dass sie Engagierte dabei unterstützt, Aufwandsentschädigungen über das Sozialamt zu beantragen. „Es konnten jedoch nicht alle Anträge bewilligt werden, erst im April wurde das Geld, was Ende Oktober beantragt wurde, ausgezahlt. Dies nutzt Ehrenamtlichen, die das Geld jetzt benötigen würden, wenig. Damit werden Personen ausgeschlossen, die einen Anspruch auf z.B. Fahrkosten haben“ (17_Z-Interview). Diejenigen Engagierten, die keine Aufwandsentschädigung wollen, sind meist berufstätig oder mit „guter“ Rente, was in der alltäglichen Praxis oftmals zu Reibungspunkten führen kann (vgl. 10_Z-Interview, 12_Z-Interview). So wurde von einem Fall berichtet, bei dem zwei Ehrenamtliche, ein Erwerbsloser und ein Erwerbstätiger, ein Gemeindefest mit organisierten. Der Erwerbslose bestand darauf, dass er eine Aufwandsentschädigung erhalten sollte, während der Erwerbstätige dieses nicht nachvollziehen konnte und die beiden Engagierten letztlich im Streit auseinandergingen (vgl. 10_Z-Interview).

Ein weiteres markantes Kennzeichen dieser Personengruppe gilt der Erwartung, über ein Engagement wieder in den Arbeitsmarkt integriert zu werden. Es wurde von mehreren Befragten beschrieben, wie Ehrenamtliche über Projektarbeit in bezahlte Stellen wie ABM, Bürgerarbeit und sogar auch in Teilzeitstellen einmündeten. Zum Beispiel wurde von einer Befragten, die eine Freiwilligenagentur leitet, berichtet, dass eine Lesepatin, „die von Beginn an in diesem Projekt involviert war, nunmehr das Engagementlotsenprojekt in Bürgerarbeit leitet. Sie hat viel Freude an ihrer Arbeit und das Entgelt ist dabei nicht so wichtig“ (17_Z-Interview). Eine andere Leiterin einer Freiwilligenagentur berichtet: „Es geht nicht darum, einen Job zu finden, aber wenn es passiert, ist es schön (...) es kommt auf die Region drauf an, wenn Strukturen da wären, die genau diese Zielgruppe anspricht (22_Z-Interview). Vorrangig im ländlichen Raum haben sich viele Institutionen wie Freiwilligenagenturen, Mehrgenerationenhäuser oder Freiwilligenzentren auf diese Personengruppe eingestellt und fördern das „Engagement von Benachteiligten“. Den Interviewten zu Folge, sind die Möglichkeiten, sich über ein Engagement weiterzuqualifizieren und die eigenen Arbeitsmarktchancen zu erhöhen, ebenso ein stark ausgeprägtes Motiv, das grundlegend das Bild dieser Personengruppe bestimmt. Die Handlungsfelder, in denen diese Personengruppe dann auch weiterqualifiziert werden und arbeitsmarkt-relevante Kompetenzen hinzugewinnen, nehmen jedoch oftmals einen Dienstleistungscharakter an und Grenzen zwischen freiwilligem Engagement und Erwerbsarbeit verschwimmen. Einige der Befragten berichten, dass Tätigkeiten wie Gartenarbeit, Kochen und Kinderbetreuung in einigen ihnen bekannten Organisationen im Vordergrund stünden (vgl. hierzu auch 03_Z-Interview, 05_Z-Interview, 08_Z-Interview, 09_Z-Interview und 10_Z-Interview). Dies wird unterstützt durch den Bericht der Leiterin eines Freiwilligenzentrums: „Bei Beratungs- und Vermittlungsgesprächen besteht teilweise Unklarheit von Begriffen wie bürgerschaftliches und freiwilliges Engagement, Bürgerarbeit etc., auch wird von den Behörden und Diensten alles in einen Topf geworfen, Menschen aus diesen Bereichen wissen auch nichts über bürgerschaftliches und freiwilliges Engagement“ (03_Z-Interview).

Engagement als zweit beste Alternative zur Erwerbsarbeit

Die dritte, von den Interviewten beschriebene Gruppe verbindet mit der Ausübung eines Engagements ein stetiges Gefühl von Unzulänglichkeit, da dem Engagement nicht der gleiche Wert wie der Erwerbsarbeit zugeschrieben wird. Vordergründig wird das Engagement von dieser Personengruppe als zweit beste Alternative zur Erwerbsarbeit betrachtet. Eine Interviewte

gab ein Zitat eines potenziellen Engagierten wider: „Ich habe eh keine Chance im Staat also mache ich nichts umsonst“ (05_Z-Interview). Mehrere Interviewpartner beschreiben, dass es sich hier um eine Gruppe handelt, die in erster Linie „auf Transferleistungen des Staates angewiesen ist und um ihre Existenz kämpfen muss und kein Raum für andere Tätigkeiten außer Familie zusammenhalten und Geld zu verdienen“ (09_Z-Interview) vorhanden ist. „Es herrschen ganz unterschiedliche Welten im Verständnis von Engagement zwischen den verschiedenen Personengruppen vor“ (08_Z-Interview). Eine Leiterin eines Mehrgenerationenhauses beschrieb diesen Zusammenhang im Vergleich zwischen Frauen, die im Osten von Deutschland und Frauen, die im Westen von Deutschland sozialisiert wurden. Die Frauen aus dem Westen „erziehen Kinder, sie wollen gesellschaftlich etwas zurückgeben, Infrastruktur aufbauen“, [während für die Frauen aus dem Osten Ehrenamt nicht so selbstverständlich ist, d.V.]. „Sie wollen Arbeiten gehen und Ehrenamt ist nicht so anerkannt oder nichts wert“ (08_Z-Interview). Es stellt sich vielmehr so dar, dass „Engagierte belächelt werden, weil sie Arbeit leisten ohne Bezahlung“ (19_Z-Interview (vgl. 19_Z-Interview und 20_Z-Interview)). Die Befragten berichten, dass sie in Beratungsgesprächen oft mit Personen konfrontiert werden, die denken, dass das Freiwilligenzentrum eine Arbeitsvermittlung ist. Sie sind dann enttäuscht, wenn sie bemerken, dass es sich um unentgeltliche und freiwillige Tätigkeiten handelt. Vielmehr erhoffen sich diese Personen in Erwerbsarbeit zu kommen (vgl. 10_Z-Interview, 12_Z-Interview).

Engagement zwischen Geselligkeit und Verantwortungsübernahme

Das gestalterische und partizipatorische Moment des bürgerschaftlichen Engagements findet sich jedoch folgt man den Befragten in der alltäglichen Engagementpraxis nur zu einem sehr geringen Anteil wieder (vgl. 09_Z-Interview, 13_Z-Interview und 18_Z-Interview).

Bürgerschaftliches Engagement wird eher im Sinne von geselligem Engagement in traditionellen Vereinen, wie z.B. der Freiwilligen Feuerwehr, den Sportverbänden und den Karnevalsvereinen gelebt. Die engagierten Akteure erfüllen sowohl politische Ehrenämter in der Kommune als auch Aufgaben u.a. in den Bereichen Sport (Schützenverein, Fußball) und Bildung (Volkshochschule). Es wird als Selbstverständlichkeit angesehen, dass die Engagierten, die sich bereits seit längerem in ihrer zivilgesellschaftlichen Aufgabe „eingerichtet haben“ (05_Z-Interview), konsequent und verlässlich, „wie ein Uhrwerk“ (11_Z-Interview) ihre Funktion erfüllen. Diese Funktionsübernahme ist nur geringfügigen Änderungen unterworfen und kann vielerorts einerseits zu einer Gewährleistung der Erfüllung von (kommunalen) Aufgaben beitragen. Andererseits bilden sich ebenso die Problematik der Erstarrung, in gewohnten Routinen und Denkweisen „trotz entwicklungsbedürftiger Vereine und Verbände“ (05_Z-Interview) und die damit verbundenen Rekrutierungsprobleme heraus (vgl. 05_Z-Interview, 11_Z-Interview, vgl. 19_Z-Interview).

Dem steht eine kleinere Gruppe von Engagierten gegenüber, die sich unter dem Dach eines Vereins bzw. Verbandes oder anderen Organisation (z.B. Bürgerinitiativen, Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros) im Kontext von neuen Projekten sowie innovativen und flexiblen Maßnahmen engagieren. Dieses Engagement ist häufig mit einer Qualifizierungs- bzw. Weiterbildungsmaßnahme verbunden und beruht auf einem projektförmigen Charakter (vgl. 01_Z-Interview, 02_Z-Interview, 05_Z-Interview, 06_Z-Interview, 16_Z-Interview, 22_Z-Interview). Dieses Engagement greift Herausforderungen und Problemen aus der Gemeinde oder Region auf und entwickelt Problemlösungen, die zumeist benachteiligten Gruppen zu Gute kommen. Die Engagierten gehen von ihrer eigenen Betroffenheit aus und versuchen, mittels ihres Know-Hows, und oft ohne professionelle Unterstützung Projekte in ihrer unmittelbaren Umgebung zu entwickeln und umzusetzen (vgl. 05_Z-Interview und 06_Z-Interview).

In diesem Zusammenhang scheint in Ostdeutschland vor allem die stark wachsende Gruppe der älteren Menschen an Bedeutung hinzuzugewinnen. Mit Hilfe von einerseits vom Bund,

Ländern und Kommunen geförderten Projekten und Programmen (z.B. Seniortrainer, Seniorenbüros) und andererseits starker, engagierter zivilgesellschaftlicher Initiativen von Senioren (z.B. Seniorenringe) bildete sich in den letzten Jahren gerade im ländlich strukturierten Raum eine Form der Interessenvertretung heraus, die sich auch politisch etabliert hat. Bei den älteren Menschen scheint es sich um eine Bevölkerungsgruppe zu handeln, die ihr Engagement relativ unabhängig von materiellen Interessen realisieren kann, da genügend Ressourcen, an Zeit und Geld, vorhanden zu sein scheinen, so dass auch von einer „Deluxe-Gruppe“ (14_Z-Interview) gesprochen wird.

Über Gremienarbeit, mit Hilfe von weiterqualifizierenden Maßnahmen (wie Ehrenamtsakademie und Fachtagungen) und einem „entscheidenden“ Informationsaustausch zwischen Politik und diesen (Senioren)Initiativen sowie Vereinigungen konnten sich einige Seniorenbüros weitgehend verstetigen. In diesem Kontext wurden Projekte entwickelt, die sich mit (kommunalen) Strategien altersgerechten Wohnens, intergenerativen Projekten (Lesepatenschaften) sowie Pflege- und Gesundheitsberatung (Stichwort: Demenz) befassen, aber auch die Bildung als (kommunale) Altersaufgabe ins Zentrum rücken (vgl. 02_Z-Interview, 05_Z-Interview und 20_Z-Interview).

Diese Generation von Senioren wird im Gegensatz zu der vorhergehenden Generation als wesentlich professioneller beschrieben und richtet sich strategisch auf die Beteiligung an politischen Prozessen vor Ort aus. Im Hinblick auf die demographische und finanzielle Lage der ostdeutschen Kommunen besteht – da stimmen alle Befragten zu – eine Notwendigkeit der Mitwirkung von älteren Menschen, so dass die Begleitung und Unterstützung dieser Gruppe von Ehrenamtlichen auf einem guten Weg ist. Auch wenn ein starkes Wachstum in diesem Bereich zu verzeichnen ist, erklären die Befragten kritisch, dass eine solche Projektetablierung nur punktuell gelingt. Es zeigt sich jedoch, dass dort, wo sich eine starke Lobby für Ältere durchgesetzt hat, diese auch stark anerkannt wird. „Die kommen auch gar nicht an uns vorbei!“ (05_Z-Interview) (vgl. 02_Z-Interview, 05_Z-Interview, 09_Z-Interview und 20_Z-Interview).

Die Kritik, die von einigen der befragten Akteuren der Engagementförderung geäußert wird, ist, dass das klassische Ehrenamt, wie es in der Feuerwehr und im Sportverein besteht, in einem höheren Umfang von staatlichen Stellen gefördert wird als neue Formen des Engagements. Insgesamt hat sich auch im öffentlichen Bereich die Tendenz verstärkt, befristete Projekte statt Infrastrukturen zu fördern. Die Befragten sehen hierdurch verschlechterte Möglichkeiten zur Entwicklung strategischer und nachhaltig angelegter Konzepte und Strategien der Engagementförderung vor Ort. Darüber hinaus fehlt es ihnen an niedrigschwelligen Zugängen zu Partizipation und Einflussnahme auf das Geschehen in kommunaler Politik und Verwaltung. „Die Bürger haben nichts in der Hand, sie können nicht mitbestimmen. Wo bleibt dort das gestaltende Moment? Die Eigenlogik des bürgerschaftlichen Engagements geht verloren, denn Engagement hat immer etwas Gestaltendes und (...) mit Wahrnehmung von Demokratie zu tun“ (09_Z-Interview).

Grundlegend wird dieser Sachverhalt auf unterschiedliche Auffassungen von bürgerschaftlichem Engagement, Ehrenamt und Demokratie in Verwaltung und Zivilgesellschaft zurückgeführt (vgl. 09_Z-Interview, 13_Z-Interview und 18_Z-Interview).

III.3.2.5 Bildung und bürgerschaftliches Engagement

Im Hinblick auf Bildung und bürgerschaftliches Engagement wurde in den Interviews berichtet, dass bürgerschaftliches Engagement von Kindern und Jugendlichen hauptsächlich an Schulen sowie in Vereinen und Verbänden stattfindet und daher wesentlich durch die Initiative von Schulen sowie in Vereinen und Verbänden gefördert und unterstützt wird. Die befragten Akteure, die sich intensiv mit dem Thema Bildung und Engagement auseinandersetzen, sind

in einer Stiftung (vgl. 13_Z-Interview), in einer Bürgerinitiative aus dem ländlichen Raum (vgl. 06_Z-Interview), in einer Freiwilligenagentur (vgl. 22_Z-Interview), in einem Sportverband (vgl. 19_Z-Interview), in der Freiwilligen Feuerwehr (vgl. 11_Z-Interview) und einem Service-Learning-Netzwerk e.V. (vgl. 18_Z-Interview) tätig.

Die meisten der Projekte, von denen die Befragten berichteten, waren an der Schule angesiedelt. Es wurden unterschiedliche Engagementformen beschrieben. Zum einen wurde direkt auf die Schule bezogenes freiwilliges Engagement angesprochen, wie die Schülervertretung. Die Praxis dieser Engagementform zeigt jedoch oftmals, dass das „Engagement durch eine geringe Zusammenarbeit und niedrigen Informationsaustausch zwischen Lehrkräften und Schülern gekennzeichnet ist“ (18_Z-Interview). Zum anderen wurde auch von Engagementformen berichtet, die in Form von Projekten, Wahlpflichtfächern o.ä. durch die Schule ermöglicht wurden. Hier treffen verschiedene Akteure (Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Verwaltung) zusammen, um informelle Lernprozesse durch das Engagement zu fördern. Zumeist sind es externe Akteure aus der Zivilgesellschaft, die an Schulen herantreten, um SchülerInnen soziale, personale und inhaltliche Kompetenzen durch Engagementprojekte zu vermitteln (vgl. 06_Z-Interview, 18_Z-Interview und 22_Z-Interview). Ein Engagementprojekt, das als besonders erfolgreich beschrieben wurde und seit 2005 an Schulen mit Schülerinnen und Schülern aus den Klassenstufen 5 bis 8 durchgeführt wird, soll hier beispielhaft vorgestellt werden: An einem Tag im Schuljahr gehen die Schülerinnen und Schüler in ein Unternehmen. Für diesen Tag verhandeln die Schülerinnen und Schüler ein Gehalt für die geleistete Arbeit. Dieser Geldbetrag wird für soziale Zwecke in einem anderen Land sowie für eigene Engagementprojekte gespendet, die die Schüler im sozialen Nahraum durchführen. In einer ländlichen Region ist dieses Projekt „zu einem Selbstläufer geworden und hat einen wett-kampfähnlichen Charakter angenommen (...) Wer bekommt den meisten Lohn, wer fährt am weitesten zum Unternehmen und wer arbeitet am längsten“ (13_Z-Interview). Die Interviewten 13_Z-Interview und 18_Z-Interview betonten den Mehrwert, der für die Schülerinnen und Schüler sowie für die Schule entsteht. Zum einen hat „Lernen durch Engagement [...], d.V.] eine Vielzahl von Nutzeffekten, der gewollte persönliche Kompetenzen, Schlüsselkompetenzen der Schüler hervorbringt“ (18_Z-Interview). Zum anderen bedeutet die Verknüpfung von bürgerschaftlichem Engagement und Schule „eine bessere Zusammenarbeit von innerschulischer Betreuung am Nachmittag mit dem Schulbetrieb am Vormittag [sowie, d.V.] die Verbindung des fachlichen Unterrichts mit zivilgesellschaftlichem Engagement, um Demokratieförderung in der Schule zu befördern“ (18_Z-Interview).

Es wurde jedoch auch von Beispielen berichtet, die aufzeigen, dass die Verknüpfung von bürgerschaftlichem Engagement und Schule erhebliche Herausforderungen in sich birgt und eine gelingende Zusammenarbeit zwischen Schule, Zivilgesellschaft und/oder Wirtschaft im Sinne einer „guten Engagementförderung“ bislang nur inselhaft existiert. Der Befragte (06_Z-Interview), der die Mitgestaltung und Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen im ländlichen Raum stärken will, um diese an die vom Bevölkerungsrückgang betroffene Region zu binden, schildert das „generelle Problem“ (06_Z-Interview) der Kompensationsfunktion von Akteuren der Zivilgesellschaft in der Schule. „Alles was wir dort machen sind Aufgaben, die an anderer Stelle hätten wahrgenommen werden müssen (...) hätte vom Staat gelöst werden sollen“ (06_Z-Interview). Die Befragten, die mit Schulen zusammenarbeiten, verdeutlichten, dass Schulen sie als „Helfer“ (22_Z-Interview) und „Lückenbüßer“ (06_Z-Interview) binden wollen, um Probleme des Bildungssystems, wie „mangelnde Lesekompetenz zu kompensieren“ (20_Z-Interview). Eine zu enge und vertraglich geregelte Bindung „wollen wir nicht, es erfordert viel diplomatisches Geschick, um die vertrauensvolle Zusammenarbeit, die zwischen uns und den Schulen gewachsen ist, nicht zu erschüttern“ (06_Z-Interview).

In den ländlichen Gebieten, so berichten die Befragten, besteht eine hohe Aufgeschlossenheit gegenüber Initiativen und Projekten der Zivilgesellschaft, da wenig Freizeit- und Jugendprogramme im ländlichen schwachstrukturierten Raum angeboten werden. „Ländliche Schulen

sind dankbarer für Initiativen. Sie sind mehr dran an dem Thema und stecken mehr Herzblut rein, da sie zu lange vor sich hingedümpelt haben, sind sie frustriert, waren zu lange Einzelkämpfer und sind offener für Bildungsinnovationen“ (18_Z-Interview).

Demgegenüber stellt sich die Situation im städtischen Raum anders dar. In den städtischen Schulen wird zumeist mit mehreren Initiativen (z.B. Projekt zur Vermeidung von Schulversagen, Landesaktionsplan) und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen (Freiwilligenagenturen, Träger der Jugendhilfe) zusammengearbeitet (vgl. 18_Z-Interview, 22_Z-Interview), „jedoch wird durch die Vielfalt oftmals der Überblick verloren. Im städtischen Raum sind die Schulen zu überlaufen mit verschiedenen Initiativen und Programmen. Es sind zu viele Programme, die schon im Sande verlaufen sind, zu viele Lehrer wurden ausgepowert“ (18_Z-Interview).

In einem Beispiel von einer Freiwilligenagentur im städtischen Raum wurde ein Leseprojekt zwischen Freiwilligenagentur und Schule seitens der Lehrkräfte torpediert. Trotz eindeutiger Verbesserungen der Leseleistungen der Schüler, was an den Noten abgelesen werden konnte, und einer gemeinsam geschlossenen Vereinbarung, wurde das Projekt mitten im Schuljahr abgebrochen. „Die Schüler haben auch keine richtige Anerkennung von den Lehrern erhalten, was das Projekt endgültig sterben ließ“ (22_Z-Interview) (vgl. 22_Z-Interview).

Für den außerschulischen Bereich beschrieben die Befragten eine Vielzahl an Projekten, die vor allem durch Initiativen und Vereine durchgeführt wurden, die das Engagement von Kindern und Jugendlichen unterstützen. Wie bereits erwähnt, fördert eine der befragten Initiativen (vgl. 6-ZG) die Partizipationsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen in einer Kommune mit dem Ziel, ihnen die Möglichkeit zu geben, "die Kommune und ihr Leben selber zu gestalten" (6-ZG). Dabei ist Bildung kein vorrangiges Thema, sondern immer mitgedacht, wenn es um politische Partizipation und Mitbestimmungsmöglichkeiten von Akteuren in der Kommune geht. In traditionellen Vereinen wird das Engagement von den Eltern an die Kinder weitergegeben. Kinder und Jugendliche wachsen durch ihr Elternhaus in den Verein und in das Engagement hinein. Qualifikationen werden in traditionellen Vereinen als Basis zum Fortbestand oder Überleben des Vereins gesehen und weniger als eine Bildungsmöglichkeit für die Mitglieder. "Sport findet am Wochenende statt und Weiterqualifizierung findet auch am Wochenende statt und dann stehen sie als Trainer vor einem Problem. Lizenzen und Lizenzverlängerungen von Trainern sind sehr problematisch. Ohne Trainer kein Sport. (18-ZG)" Dieses Problem bezieht sich nicht nur auf Kinder und Jugendliche sondern schließt alle Altersgruppen mit ein. Darüber hinaus besteht vor allem im ländlichen Raum das Problem der fehlenden Mobilität von Kindern und Jugendlichen: "Aber ist völlig unklar, sofort wenn die Kinder aus der Schule sind, haben sie keinen Schülerverkehr mehr, haben sie sofort, das logistische Problem, das Mobilitätsproblem." (6-ZG) Um dieses Problem zu bewältigen, wurden kleine Busse organisiert, die die Kinder und Jugendlichen aus den Gemeinden abholen bzw. wurden Projekte in die Abendstunden oder auf das Wochenende verlegt. Wie bereits beschrieben, haben sich viele Initiativen oder Vereine an Schulen angeschlossen, um das Mobilitätsproblem zu lösen. Jedoch wird diese Lösung nicht von allen Befragten als gut befunden. „Wir wollen die Projekte raus aus der Schule haben, damit alle Kinder einer Gemeinde und nicht nur eine Schule angesprochen werden können, wir müssen ins Gemeinwesen gehen.“ (6-ZG)

Als ein weiteres Problem stellen die Befragten heraus, dass sich die Rekrutierung von neuen Mitgliedern in den ländlichen Regionen durch den demographischen Wandel schwierig gestaltet, denn „[...] immer mehr Vereine streiten sich um weniger Kinder. Sport, Angeln und so weiter und Feuerwehr sind alle an den Kindern interessiert, aber es werden ja nicht mehr, aber die Vereine bleiben, deshalb wird die Stückzahl weniger.“ (11-ZG)

Darüber hinaus können die jungen Menschen vor allem in den ländlichen Regionen nicht gehalten werden, da Ausbildungs- und Arbeitsplätze fehlen. Dies führt vor allem in den traditionellen Vereinen zu einer Alterung der Mitgliederstruktur. „Die jungen Leute finden keinen Ausbildungsplatz im ländlichen Bereich und wenn doch, finden sie keine Arbeitsstelle nach der Ausbildung in der Region und dann verlieren wir die Leute.“ (11-ZG)

Um diesem Trend entgegenzutreten, wird Engagement genutzt, um die Attraktivität für die Region (für Ostdeutschland) bei Familien und jungen Menschen zu steigern. „Die jungen, klugen und ich sag mal so die gebärfreudigen Frauen verlassen uns und die Männer, die über 30, noch bei Mama wohnen, sitzen uns zunehmend auf der Tasche. Um jetzt diese jungen Familien zu halten, weil sie eben die Zukunft sein werden, müssen wir bei den Kindern ansetzen, wir müssen den Kindern und Jugendlichen und damit auch den Familien ein gesellschaftliches Umfeld schaffen, dass sie sagen, ich verdiene hier zwar etwas weniger aber ich kann mich hier einbringen, ich weiß, dass meine Kinder was vernünftiges machen.“ (6-ZG) Einige Befragte sprechen vom „Halte-Ansatz“ (vgl. 08-VP, 6-ZG) für die Jugendlichen. Das bedeutet, dass Engagement genutzt werden kann, um die Jugendlichen an die Region zu binden und weitere junge Menschen in den Kreis zu holen. „Wir müssen uns mehr Gedanken zu attraktiven Arbeitsplätzen und dem Umfeld machen, und da kann Engagement helfen.“ (8-VP)

III.3.2.6 Förderung des bürgerschaftlichen Engagements durch ostdeutsche Wirtschaftsunternehmen

Im Rahmen der qualitativen Studie wurden sieben Vertreter der ostdeutschen Wirtschaft befragt, wobei drei davon für Unternehmensverbünde Auskunft geben konnten⁵⁴. Darüber hinaus wurde ein Akteur eines Unternehmens befragt, das mehrere Standorte in Ostdeutschland hat und ein weiterer Befragter aus einem Unternehmen, das mehrere Standorte deutschlandweit unterhält. Zudem wurden zwei Akteure aus Unternehmen interviewt, die einen starken lokalen Bezug aufweisen (z.B. Wohnungsgesellschaft). Schließlich wurde ein Akteur einer gemeinnützigen Organisation befragt, der als Experte bzgl. der Thematik des bürgerschaftlichen Engagements von Unternehmen gilt. Bei der Erstellung des Samples wurde deutlich, dass ein ostdeutsches Spezifikum die vergleichsweise geringe Anzahl an größeren Zusammenschlüssen bzw. Verbünden von Unternehmen und Großunternehmen darstellt, die im Hinblick auf bürgerschaftliches Engagement aktiv sind.

Repräsentative Studien zum Umfang und zu den einzelnen Formen und Spielarten des bürgerschaftlichen Engagements von Unternehmen liegen für Deutschland gegenwärtig noch nicht vor (vgl. zum Forschungsstand zusammenfassend Backhaus-Maul/Friedrich 2011). Folgt man den Ergebnissen einer empirischen Befragung von 500 Unternehmen in Deutschland, so geben über 90 Prozent der befragten Unternehmen an, in irgendeiner Weise bürgerschaftliches Engagement zu fördern (vgl. Braun 2008). Die am meisten verbreitete Form der gesellschaftlichen Verantwortungsübernahme von Unternehmen besteht allerdings nach wie vor in der Form des Spendens von Geld bzw. des Sponsorings. Andere Formen und Spielarten der unternehmerischen Förderung des bürgerschaftlichen Engagements im engeren Sinn (Corporate Volunteering) sind dagegen deutlich weniger weit verbreitet. Allerdings weist diese Art des Unternehmensengagements unterschiedliche Formen auf und reicht von Tageseinsätzen einer Unternehmensbelegschaft („social days“) etwa in einer sozialen Einrichtung bzw. zur Wiederherstellung eines Spielplatzes, über die finanzielle Förderung des ehrenamtlichen Engagements von Unternehmensmitarbeiterinnen und -mitarbeitern durch sogenannte „matching funds“ bis hin zu gemeinnützigen Arbeitnehmerüberlassungen in Organisationen der Zivilgesellschaft. Auch zeitlich befristete Einsätze einzelner Unternehmensmitarbeiterinnen und -mitarbeiter in sozialen Einrichtungen (vor allem in der Drogenarbeit, Obdachlosenarbeit und Arbeit in Suppenküchen) sind weit verbreitet. Bei den hier interviewten Unternehmen konnten insbesondere die folgenden Engagementformen identifiziert werden:

⁵⁴ Als Unternehmensverbünde werden hier Netzwerke bezeichnet, in denen sich Unternehmen zusammengeschlossen haben.

- (1.) das Spenden von Geld, wobei das Unternehmen nach eigenen Kriterien und eigener Förderstruktur arbeitet;
- (2.) das persönliche Engagement von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei sozialen Einrichtungen und Diensten im Gemeinwesen („social days“ etc.).

Abgesehen davon berichteten die Befragten aus dem Unternehmensbereich, dass sie in Arbeitskreisen, Netzwerken und Gremien im Sozialraum mitwirken und damit im regionalen und überregionalen Umfeld Verantwortung übernehmen.

Diese Formen konnten in allen Unternehmensgrößen aufgefunden werden. Allerdings ist der Umfang der entsprechenden Aktivitäten von den Ressourcen abhängig, die das Unternehmen für diesen Zweck bereithält. Dabei lässt sich eine charakteristische Differenz in der Motivation und Organisation der Engagementförderung nach Unternehmensgröße feststellen: Bei Großunternehmen sind eigens hierfür geschaffene Abteilungen zuständig und oftmals im Bereich des Sponsorings angesiedelt, wobei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für diesen Bereich ein eigenes Budget zur Verfügung gestellt wird (vgl. 04_W-Interview, 06_W-Interview und 07_W-Interview).

In einem Fall wurde der Aufgabenbereich des bürgerschaftlichen Engagements des Unternehmens sogar an ein anderes Unternehmen (Werbe- und Marketingagentur) abgegeben, womit diese Aufgabe nach außen ausgelagert und dort nach vorgegebenen Förderkriterien⁵⁵ ausgeführt wurde (vgl. 04_W-Interview). Die Interviewten der Großunternehmen und Unternehmensverbünde wiesen darauf hin, dass die Unternehmensabteilungen, in denen sie arbeiten, gezielt eigene Förderkriterien (z.B. Förderhandbuch) entwickelt haben, um freiwilliges Engagement zu unterstützen. Hinsichtlich der Förderung durch Großunternehmen wird deutlich, dass die beteiligten Unternehmen zumeist ihr Engagement auf Spenden und finanzielle Förderung beschränken und Förderstrukturen für bürgerschaftliches Engagement in den Städten aufbauen, die diesbezüglich bereits eine komplexe Infrastruktur aufweisen. Damit bleiben strukturschwache ländliche Räume, die einen hohen Bedarf an Infrastrukturentwicklung haben, bei der Förderung zumeist außen vor. Damit wird eher eine Verstärkung der Unterschiede zwischen Stadt und Land erzeugt.

Das Engagement von Unternehmen, die lokal verankert sind (Wohnungsunternehmen) geschieht eher anlassbezogen und aus persönlicher Betroffenheit heraus. Zum Beispiel entsteht Engagement, weil das Kind eines leitenden Unternehmensmitarbeiters bzw. des Firmeneigners in der KITA oder im Sportverein vor Ort mit Sachspenden (z.B. Sportheimden) unterstützt werden soll (vgl. 03_W-Interview). Darüber hinaus werden auch Projekte von Mitarbeiterinnen und -mitarbeitern von lokal ansässigen Unternehmen unterstützt, was die Verantwortungsübernahme der Mitarbeiter direkt ermöglicht (z.B. social days⁵⁶). Damit bleibt das freiwillige Engagement in Unternehmen, die lokal verankert sind, eher personenabhängig (vgl. 02_W-Interview, 03_W-Interview, 04_W-Interview und 06_W-Interview).

Was die Gründe für das Unternehmensengagement anbelangt, so hoben die interviewten Akteure hervor, dass sie für sich bürgerschaftliches Engagement sowohl „als Marke“ (06_W-Interview) und „Imageentwicklung“ (05_W-Interview), im Sinne einer Sicherung eigener Marktvorteile begreifen als auch damit eine unmittelbare Ausstrahlungswirkung und Vorbildfunktion auf andere Akteure (z.B. Bildungsinstitutionen, andere Unternehmen) ausüben wollen. Es geht ihnen darum, bürgerschaftliches Engagement im eigenen Umfeld zu etablieren, um einen Kompetenzzuwachs der eigenen Mitarbeiter und zukünftiger Fachkräfte zu ermöglichen und damit letztlich zur eigenen Standortsicherung beizutragen (vgl. 04_W-Interview, 06_W-Interview, 06_W-Interview und 07_W-Interview).

Unternehmen, die bürgerschaftliches Engagement ausüben, suchen sich entweder Partner in der Zivilgesellschaft oder werden von Akteuren der Zivilgesellschaft angesprochen. Innerhalb

⁵⁵ Diese Förderkriterien wurden mit dem Auftraggeberunternehmen abgestimmt.

⁵⁶ Mitarbeiter engagieren sich einen Tag im Jahr im Kindergarten vor Ort.

der Kommune wird dies „oft dem Selbstlauf überlassen“ (06_W-Interview). Das bürgerschaftliche Engagement von Unternehmen findet relativ unverbunden neben den diesbezüglichen Aktivitäten von Politik und öffentlicher Verwaltung statt. Es gibt, so die Befragten, keinen Ansprechpartner im Bereich der Verwaltung, der bei der Suche nach zu Unterstützenden berät und begleitet. Die Befragten sehen dies kritisch, da somit im Vorfeld einer Unterstützungsleistung eines Unternehmens für eine zivilgesellschaftliche Einrichtung zum einen Interessen und Ziele der Zusammenarbeit ungenügend abgesprochen werden und zum anderen oft unklar bleibt, ob der zu Unterstützende die Leistungen gerade mehr benötigt als ein anderer (vgl. 01_W-Interview, 05_W-Interview, 06_W-Interview und 07_W-Interview). Die Befragten sehen daher bspw. in einem Rahmenvertrag eine Lösung, die bislang noch nicht umgesetzt wurde. Damit wäre es, so argumentieren sie, überprüfbar und nachvollziehbar, welche Ausgangslage, Ziele und Erwartungen vorliegen. Die fehlende Definition der Rollen der Unterstützenden und zu Unterstützenden wurde seitens aller Befragten als hemmend hervorgehoben und der Wunsch nach einer Koordinierungsstelle vor Ort, die Aktivitäten bündelt, koordiniert und die Orientierung für die Entwicklung von Themen gibt, geäußert. Weitere wesentliche Voraussetzungen, die den Befragten oftmals fehlen, sind z.B. der ungenügende Dialog über Rolle und Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements mit den Akteuren aus öffentlicher Verwaltung und Zivilgesellschaft (vgl. vor allem 06_W-Interview).

Darüber hinaus wird deutlich, dass mögliche Potenziale, die eine Mittlerorganisation (z.B. Freiwilligenagenturen) vor Ort haben könnte, nicht oder wenig genutzt werden. Bislang bestehen Kooperationen eher mit traditionellen Einrichtungen vor Ort (z.B. Sportverein oder Schützenverein) als mit Einrichtungen wie Freiwilligenagenturen oder Seniorenbüros. Diese Einrichtungen werden von fünf der sieben interviewten Wirtschaftsunternehmen nicht genutzt.

Ein Interviewpartner hob einerseits hervor, dass er diese „zwischengeschaltete Organisation“ (06_W-Interview) nicht benötigt und auch keinen Mehrwert in ihr sieht. Vielmehr brauchen sie, um den Auszubildenden eine andere Erlebniswelt zugänglich zu machen, direkt den Kontakt z.B. zu Einrichtungen wie Seniorenheime, Kitas u.a. Zudem wurde auch das Argument einer zusätzlichen finanziellen Belastung geäußert, da Freiwilligenagenturen Gelder für ihre Vermittlungsleistungen benötigen. Damit kritisieren Unternehmen, „dass jeder an der eigenen Suppe kocht“ (06_W-Interview) und weder der Bedarf der Wirtschaft noch der der zivilgesellschaftlichen Institutionen vollständig berücksichtigt wird. Auf der anderen Seite berichteten zwei Befragte, die die Angebote bspw. von Freiwilligenagenturen bereits genutzt haben, dass gerade im Hinblick auf die Beratung von Freiwilligen oder auch um einen regionalen Überblick von Engagementmöglichkeiten zu erhalten, Freiwilligenagenturen von hohem Nutzen sein können (vgl. 01_W-Interview und 06_W-Interview).

In Anbetracht der Beratungs- und Vermittlungsleistungen vieler Mittlerorganisationen bzw. Freiwilligenagenturen wird deutlich, dass die untersuchten Unternehmen die Potenziale von Mittlerorganisationen oftmals nicht genügend kennen und daher auch nicht nachfragen.

Angesichts der Finanzlage öffentlicher Haushalte und der zunehmenden Zurückhaltung, Infrastrukturstellen durch öffentliche Mittel zu finanzieren, wird Freiwilligenagenturen und ähnlichen Infrastruktureinrichtungen empfohlen, eine Mischfinanzierung aufzubauen und insbesondere Unternehmen als mögliche Finanziers mit ins Boot zu holen. Dieser Weg zur Finanzierung gemeinnütziger Einrichtungen kann nun – wie die Aussagen einiger Interviewpartner verdeutlichen – zu fatalen Konsequenzen führen. Der Sachverhalt, dass diese Einrichtungen nun auch Wirtschaftsunternehmen um Unterstützung bitten, wird von den betroffenen Unternehmensvertretern nämlich keineswegs immer positiv bewertet, sondern schwächt deren Position. So wurde etwa von sechs Interviewten kritisch angemerkt, dass sich die Kommunen aus der Finanzierung von freiwilligen Aufgaben zurückziehen (z.B. der Finanzierung von Beratungsstellen, Sportvereinen, Betreuungseinrichtungen für Kinder- und Jugendliche), wodurch eine schwierige Situation für zivilgesellschaftliche Einrichtungen entsteht. Diese werden hierdurch gezwungen, Gelder einzuwerben, was für Wirtschaftsunternehmen sehr unseriös wirkt und eher den

Charakter von „bittstellen“ (05_W-Interview) annimmt, als das sich eine Partnerschaft auf Augenhöhe ergibt. Diese Situation wird von Unternehmerseite her als nicht akzeptabel betrachtet, da diese Einrichtungen relevant für das Gemeinwohl sind und eher die Verantwortung übernehmen sollten, „soziale Projekte umzusetzen und nicht die Werbetrommel zu rühren“ (06_W-Interview). Die Interviewten hoben hervor, dass sie Projekte fördern, die mit ihrer Firmenphilosophie übereinstimmen, allerdings werden keine Finanzierungen für Handlungsfelder oder spezifische Aufgaben übernommen, die in staatliche Zuständigkeit fallen. Darüber hinaus wurde als ein ostdeutsches Spezifikum herausgestellt, dass die Rollenverständnisse der Engagierten im Hinblick auf die Verantwortungsübernahme für das Gemeinwohl unzureichend diskutiert werden und damit auch wenig Transparenz besteht (vgl. 05_W-Interview, 06_W-Interview und 07_W-Interview). Dieses Verantwortungsbewusstsein wird zu wenig vermittelt und damit auch ungenügend bearbeitet. Der Befragte des deutschlandweiten Unternehmens hob hervor, dass eine gemeinsame Förderstrategieentwicklung für bürgerschaftliches Engagement notwendig sei (vgl. 06_W-Interview).

In der projektbezogenen gemeinsamen Arbeit zwischen Unternehmen und z.B. Musikschulen, Seniorenheimen und Sportvereinen stellten die untersuchten Unternehmen heraus, dass ihre Stärke das Planen, Organisieren und Koordinieren darstellt. Diese Tätigkeiten, so berichteten die Befragten, liefen bei den Unternehmen deutlich effektiver als es in den zivilgesellschaftlichen Einrichtungen der Fall sei. Seitens der Unternehmensmitarbeiter wurde hervorgehoben, dass der Dritte Sektor von ihnen im Bezug auf effiziente Budgetnutzung, „welche Investition lohnt sich, wie kann diese kontrolliert werden und kann das Personal nachhaltig gesichert werden“ (06_W-Interview), lernen kann (vgl. 01_W-Interview, 02_W-Interview, 05_W-Interview und 06_W-Interview).

Die Befragten aus der Wirtschaft stellten jedoch auch heraus, dass sie sich in der Zusammenarbeit mit sozialen Einrichtungen „schwer tun“ (02_W-Interview), wenn diese Einrichtungen ausschließlich durch befristete Förderprogramme ihren Bestand sichern (z.B. private Bildungsträger, Agenturen, Kompetenzzentren). Diese Handlungsweise entspricht, den Interviewten zufolge, aufgrund fehlender Planungssicherheit, nicht der Arbeitsweise eines privatwirtschaftlichen Unternehmens. Dies hätte zur Folge, dass ein Thema aufgenommen und nicht langfristig angelegt werden kann, da nach zwei bis drei Jahren „ein neues Thema auf der Agenda“ (06_W-Interview) steht (z.B. REx-Programme). Hier wird deutlich, dass Unternehmen ihre eigene wirtschaftliche Handlungslogik auf die Akteure und Kooperationspartner aus dem zivilgesellschaftlichen Bereich übertragen, was zu entsprechend kritischen Einschätzungen der Handlungsfähigkeit dieser Organisationen beiträgt. Einrichtungen, die sich am Markt nicht behaupten könnten, da sie nicht nach dem Prinzip des wirtschaftlichen Arbeitens verfahren, gelten als nicht zuverlässig (vgl. 02_W-Interview, 05_W-Interview und 06_W-Interview).

Die befragten Unternehmensvertreter heben darüber hinaus hervor, dass es ihnen nicht allein darum geht, ihr Image zu verbessern, sondern vielmehr vor allem auch darum „Wirkungen zu setzen, Nachhaltigkeit zu erzielen und eine Hilfe zur Selbsthilfe zu ermöglichen“ (05_W-Interview). Die Interviewten brachten ihre Bedarfe zum Ausdruck. Sie sind auf „gute“ Fachkräfte angewiesen, womit es um die Rekrutierung von „ausbildungsfähigen jungen Leuten, Menschen, die sich engagieren, die auch etwas in Infrage stellen können“, (06_W-Interview) geht. Die Befragten gaben an, dass es ihnen bewusst sei, dass sich Kinder und Jugendliche in der Schule nicht ausreichend Kompetenzen aneignen, die sie für eine Tätigkeit in ihrem Unternehmen benötigen würden. Aus diesem Grund sei es an Ihnen, „einen Aufwand zu betreiben“ (06_W-Interview), um den firmeneigenen Standard beizubehalten. Sie berichteten weiter, dass sie daher Schulkooperationen eingegangen sind, um Kompetenzdefizite bei den Schülern und das Rekrutierungsproblem im eigenen Unternehmen ausgleichen bzw. bearbeiten zu können. In einem Fall ist ein Unternehmen für den Bereich der Berufsorientierung eine Kooperation mit einer Schule eingegangen. Seitens des Unternehmens wurden damit eine Unterstützung im Sinne von Informationsaustausch und die

Ermöglichung von Erfahrungen für die Schülerinnen und Schüler in dem Berufsfeld des Unternehmens bereit gestellt. Der Befragte erhofft sich, dass die Schülerinnen und Schüler vorbereitet sind auf ihr Berufsleben und bietet z.B. Informationsveranstaltungen sowie eine Sommerakademie an, in der die Schülerinnen und Schüler das Unternehmen besuchen und erste Erfahrungen mit potenziellen Berufen sammeln können (vgl. 06_W-Interview). Weitere Beispiele bzgl. des Engagements hinsichtlich Schule und Bildung sind Installierungen von Computerkabinetten in der Kindertagesstätte, eine Unterstützung im künstlerischen Bereich, die Mitwirkung an „Wissensfabriken“⁵⁷, oder es wurden auch Experimente mit Kindern und Jugendlichen durchgeführt, um soziale und kulturelle Defizite auszugleichen (vgl. 03_W-Interview, 04_W-Interview, 05_W-Interview, 06_W-Interview und 07_W-Interview). Die Befragten heben hervor, dass sie mit diesem Engagement das Kompetenzniveau der Schülerinnen und Schüler erhöhen wollen, um entweder in dem eigenen Unternehmen oder auch in Unternehmen, mit denen sie kooperieren bzw. auf die sie angewiesen sind, eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation zu erreichen.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass Unternehmen auch in den ostdeutschen Regionen in vielfältiger Form Programme und Maßnahmen der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements umsetzen. Diese Angebote und Maßnahmen folgen jedoch einer eigenen, wirtschaftlichen Logik, sind zeitlich begrenzt und orientieren sich in ihren Inhalten und Arbeitsschwerpunkten an den Interessen und Gegebenheiten in den jeweiligen Wirtschaftsunternehmen. Die nähere Analyse von Kooperationsbeziehungen zwischen den unterschiedlichen Sektoren hat zusätzlich ergeben, dass die Unternehmen im Rahmen ihrer bürgerschaftlichen Aktivitäten sowohl Kooperationen mit öffentlichen Verwaltungen als auch mit zivilgesellschaftlichen Organisationen suchen und aufbauen. Diese Kooperationsanfragen beziehen sich in der Regel auf konkrete Projekte und befristete Handlungsformen, weniger jedoch auf eine langfristige Teilnahme an trisektoralen Netzwerken. Dabei erwarten die Unternehmen von Kooperationspartnern, dass sie nachhaltig handlungsfähig sind und über effiziente Organisationsstrukturen und professionelles Know-how verfügen. Freiwilligenagenturen oder andere Infrastruktureinrichtungen, die lediglich über eine befristete Finanzierungsbasis verfügen und personell unterbesetzt sind, sind in der Regel keine akzeptierten Kooperationspartner für Wirtschaftsunternehmen.

Die Erfahrungen mit Mittlerorganisationen (seien dies nun Freiwilligenagenturen oder privatwirtschaftlich betriebene Mittler) sind ambivalent – während ein Teil der befragten Unternehmen durchaus erfolgreich mit solchen Mittlerorganisationen zusammenarbeitet, haben andere Unternehmen weniger Erfahrungen mit solchen Formen der Kooperation und sehen auch keinen wesentlichen Nutzwert darin. Auch die Erwartungen gegenüber der öffentlichen Verwaltung auf kommunale Ebene sind durchaus ambivalent. Auf der einen Seite fordern Vertreter der Wirtschaft, dass die öffentliche Verwaltung eine Gesamtverantwortung für die Koordination der Aktivitäten im Bereich der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements übernehmen, auf der anderen Seite sind viele Unternehmen bestrebt, relativ unabhängig und unverbunden mit öffentlicher Politik und Verwaltung ihre eigenen Aktivitäten und Projekte zu realisieren. Insgesamt ist aber hervorzuheben, dass der Beitrag von Wirtschaftsunternehmen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und zur Weiterentwicklung der Zivilgesellschaft in den ostdeutschen Regionen nicht zu unterschätzen und insgesamt erheblich ausbaufähig ist. Auch in dieser Hinsicht stellt die ostdeutsche Zivilgesellschaft eine „Potenzialgesellschaft“ dar.

⁵⁷ Erzieherinnen wurden ausgebildet zu Erzählern, um Kindern die Sprache näher zu bringen

IV Wissenstransfer zwischen Wissenschaft, Akteuren aus dem BBE –Strukturen sowie Teilnehmerinnen und Teilnehmern am dem Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ des BMI in Ostdeutschland

Ergebnisse des Wissenstransfers
zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem
Engagement

Durchgeführt im Auftrag des
Bundesministeriums des Inneren

Vorgelegt vom
Bundesnetzwerk bürgerschaftliches Engagement

Andreas Pautzke
Katrín Gewecke
Michaelkirchstr. 17–18,
0179 Berlin-Mitte

Berlin, November 2011

IV.1 BBE Arbeitsbericht: „Stand und Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in Ostdeutschland“

IV.1.1 Baustein: Wissenstransfer

Das BBE organisierte im Rahmen des Projektes zwei Arbeitstreffen mit zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren der Engagementförderung auf Länderebene, in denen das Projekt und die Projektergebnisse vorgestellt und gemeinsam Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen für den Auf- und Ausbau zivilgesellschaftlicher Strukturen diskutiert wurden. Gleichzeitig dienten die Arbeitstreffen der Implementierung der wissenschaftlichen Ergebnisse in die Diskurse der Engagementpolitik in die jeweiligen Länderebenen. In einem vom BBE organisierten Fachforum im Rahmen der Konferenz zum Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ wurden die Gesamtergebnisse des Projektes vorgestellt und mit Praxisvertretern diskutiert.

IV.1.2 Arbeitstreffen 1

Am 31.03.2011 fand das erste vom BBE veranstaltete Arbeitstreffen statt, an dem 30 Vertreterinnen und Vertreter staatlicher und zivilgesellschaftlicher Institutionen der Engagementförderung aus den ostdeutschen Bundesländern teilnahmen.

Auf dem Arbeitstreffen wurden die Projektziele, die vorliegenden Zwischenergebnisse aus der Sonderauswertung der Freiwilligensurveys für Ostdeutschland sowie die weiteren Verfahrensschritte innerhalb des Projektes vorgestellt. Daneben stand ein intensiver Informationsaustausch über Stand und Perspektiven der Engagementförderung in den einzelnen Bundesländern im Mittelpunkt. Die Berichte aus den einzelnen Ländern wurden durch eine Email-Abfrage nach der Veranstaltung vertieft, der folgende Leitfragen zugrunde lagen:

- 1) Welche Faktoren fördern aus Ihrer Sicht das bürgerschaftliche Engagement in Ihrem Bundesland besonders?
- 2) Welche Faktoren behindern aus Ihrer Sicht das bürgerschaftliche Engagement in Ihrem Bundesland besonders?
- 3) Was wären aus Ihrer Sicht wichtige Entwicklungsaspekte, die für die Praxis besonders relevant bzw. für Akteure vor Ort hilfreich sind?

Die Antworten verdeutlichten die hohe Bedeutung von Vernetzung sowie von Plattformen für Information und Austausch der Akteure. Des Weiteren wurde Initiativen zur Förderung der Anerkennungskultur und der öffentlichen Aufmerksamkeit für das bürgerschaftliche Engagement sowie bürgernahe Beratungs- und Begleitungsangebote für Engagierte und Engagementinteressierte als wesentliche Aspekte zur Förderung des Engagements genannt. Zugleich wiesen die Ergebnisse auf länderspezifische aber auch auf länderübergreifende Schwierigkeiten hin, wie die Unterfinanzierung von Infrastrukturen und Projekten und die damit verbundenen unsicheren Rahmenbedingungen und fehlende Nachhaltigkeit für Engagement. Unklare Zuständigkeiten, Doppelstrukturen sowie fehlende Lösungen für Aufwandsentschädigungen wurden als weitere hinderliche Faktoren genannt.

Die eingegangenen Antworten auf die Befragung gaben erste wichtige Hinweise auf notwendige Entwicklungsaspekte für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Ostdeutschland aus Sicht der relevanten Akteure. Sie wurden in die wissenschaftliche Arbeit der Universität Halle einbezogen und dienten unter anderem der Vorstrukturierung der Experteninterviews und der Weiterentwicklung der hierfür verwendeten Fragebögen.

IV.1.3 Arbeitstreffen 2

Im zweiten Arbeitstreffen am 28.09.2011, an dem 25 Vertreterinnen und Vertreter aus den ostdeutschen Bundesländern teilnahmen, wurde die Arbeit vor dem Hintergrund der bis dahin vorliegenden Projekt-Ergebnisse fortgesetzt.

Im Vordergrund des Arbeitstreffens standen die Ergebnisse aus den qualitativen Interviews, die durch die Universität Halle durchgeführt wurden. Den TeilnehmerInnen wurden aus den Interviewergebnissen entwickelte Thesen präsentiert und zur Diskussion gestellt. An zwei Arbeitstischen zu den Themenbereichen „Infrastruktur“ und „Förderkulisse“ wurden die Thesen vertiefend erörtert und mit den Erfahrungen der Teilnehmenden weiterentwickelt. Gemeinsam wurden mögliche Schlussfolgerungen für die Engagementförderung in den neuen Bundesländern erarbeitet. Dabei wurden wichtige Herausforderungen für die Engagementförderung in Ostdeutschland unter anderem in den Bereichen Kommunikationsstrategien, Koordinierungsstrukturen und Plattformen für Erfahrungsaustausch zwischen allen Ebenen identifiziert. Die Einbindung aller wichtigen Entscheidungsträger und das Vorantreiben eines gemeinsamen intersektoralen Lernprozesses wurden dabei als zentrale Gelingensbedingungen identifiziert. Eine bedarfsorientierte Förderung sowie die Verstetigung bedarfsgerechter Strukturen waren weitere wesentliche Faktoren. Im Zusammenhang mit den erschwerten Bedingungen im ländlichen Raum wurde auf die besondere Notwendigkeit zur Weiterentwicklung Engagement fördernder Infrastruktur hingewiesen. Die Ergebnisse aus dem Arbeitstreffen wurden dokumentiert und in die Auswertungen der Universität Halle einbezogen.

Auf beiden Arbeitstreffen waren Akteure aus dem Bereich der Engagementförderung aller ostdeutschen Bundesländer, aber auch von Institutionen auf Bundesebene vertreten. Es konnten somit wesentliche, für die Weiterentwicklung des Engagementbereichs in Ostdeutschland bedeutsame InstitutionenvertreterInnen erreicht werden. Sie wurden in den Arbeitstreffen über die aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse informiert und konnten für eine aktive Beteiligung im Rahmen des Projektes gewonnen und für die Notwendigkeit des (weiteren) Austausches zum Thema sensibilisiert werden. Ihre Mitarbeit leistete einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der im Rahmen des Projektes erarbeiteten Handlungsempfehlungen.

IV.1.4 Fachforum: „STÄRKER WERDEN Zur Situation des bürger-schaftlichen Engagements in Ostdeutschland“

Die Gesamtergebnisse des Projektes wurden auf der Konferenz »Ganz nah dran – wir gestalten Demokratie« des Bundesministeriums des Innern am 24. und 25. November 2011 in Potsdam vorgestellt. Die Veranstaltung war die erste Fachkonferenz des Programms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ und bot engagierten Akteuren aus Vereinen, Lokalpolitik und Wirtschaft die Gelegenheit, sich mit Fragen zur demokratischen Teilhabe sowie der Stärkung von bürger-schaftlichem Engagement und gesellschaftlichem Zusammenhalt zu beschäftigen.

Am 25.11.2011 wurden den TeilnehmerInnen die Projektergebnisse in einem Vortrag von Prof. Dr. Thomas Olk vorgestellt. Dabei lag ein wesentlicher Fokus auf der Präsentation der Ergebnisse aus der Sonderauswertung der Freiwilligensurveys und auf den übergreifenden Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen aus den Interviewauswertungen.

Anschließend wurden die erzielten Ergebnisse und Schlussfolgerungen in einem Fachforum mit kommunalpolitischen und zivilgesellschaftlichen Akteuren aus den ostdeutschen Bundes-

ländern diskutiert und im Hinblick auf einen Transfer der Ergebnisse in die praktische Arbeit vor Ort erörtert und vertieft. Das Fachforum griff dabei auch die spezifische Situation im ländlichen, strukturschwachen Raum und die damit verbundenen Herausforderungen bei der Förderung bürgerschaftlichen Engagements und der Stärkung der Zivilgesellschaft im Vergleich zum städtischen Raum auf.

Mit dem Fachforum sollten folgende Ziele erreicht werden:

- Vorstellung der wissenschaftlichen Ergebnisse und Erkenntnisse des Projektes „Stand und Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in Ostdeutschland“
- Vermittlung von Hintergrundwissen zur Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in den neuen Bundesländern sowie den damit verbundenen Herausforderungen und Besonderheiten der Engagementförderung in Ostdeutschland und im strukturschwachen, ländlichen Raum
- Vernetzung, Informations- und Erfahrungsaustausch zum Thema zwischen Akteuren unterschiedlicher Erfahrungshintergründe und organisatorischer Bezüge aus dem ostdeutschen Raum
- Rückkopplung der Projektergebnisse mit den Erfahrungen der Teilnehmenden
- Diskussion von Möglichkeiten der Einbindung der Ergebnisse in die Praxis
- Vermittlung von Anregungen und Handlungsoptionen für die praktische Arbeit vor Ort
- Weiterentwicklung der im Projekt erarbeiteten Schlussfolgerungen und Entwicklung von praxisnahen Handlungsempfehlungen

Die vorgestellten Projektergebnisse und Schlussfolgerungen wurden mit den Teilnehmenden des Fachforums vor dem Hintergrund ihrer eigener Bedarfe und wahrgenommenen Problemlagen praxisnah diskutiert und konkretisiert und damit für ihre eigene Arbeit anwendbar gemacht. Dabei wurden mit den Teilnehmenden Handlungsoptionen und Anknüpfungspunkte für ihre Arbeit entwickelt.

IV.1.5 Weitere Maßnahmen zum Wissenstransfer

Über den Projektstart sowie die wesentlichen Projektschritte und Veranstaltungen wurde auf der Homepage des BBE, auf Facebook und über den Newsletter des BBE berichtet (Newsletter Nr. 3/2011, 4/2011, 11/2011 und 12/2011).

Darüber hinaus wurden die Projektergebnisse auf der Tagung „Engagementförderung in Ostdeutschland“ vorgestellt, die am 16. November 2011 im Rahmen des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit in Halle (Saale) stattfand. Die gemeinsame Tagung der ostdeutschen Bundesländer, des BBE und der BAGFA thematisierte die spezifischen Bedingungen und Herausforderungen ehrenamtlicher Arbeit in den neuen Bundesländern und veranschaulichte anhand einer Vielzahl von Praxisbeispielen verschiedene Strategien der Engagementförderung durch Bund, Länder und Kommunen. Über die Tagung wurde auf der BBE Homepage sowie im Newsletter (11/2011 und 12/2011) berichtet.

An der Tagung nahmen insgesamt über 300 Ehrenamtliche und Hauptamtliche teil. Damit konnte über die TeilnehmerInnen der Arbeitstreffen, die Ländertagung in Halle sowie die Konferenz „Ganz nah dran – wir gestalten Demokratie“ eine Vielzahl von Akteuren aus dem Engagementbereich in Ostdeutschland einbezogen werden.

V Zusammenfassung der Ergebnisse der Studie „Stand und Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in Ostdeutschland

V.1 Ergebnisse der vertieften Auswertung des Freiwilligen-surveys

V.1.1 Organisiertes Engagement und informelle Unterstützung

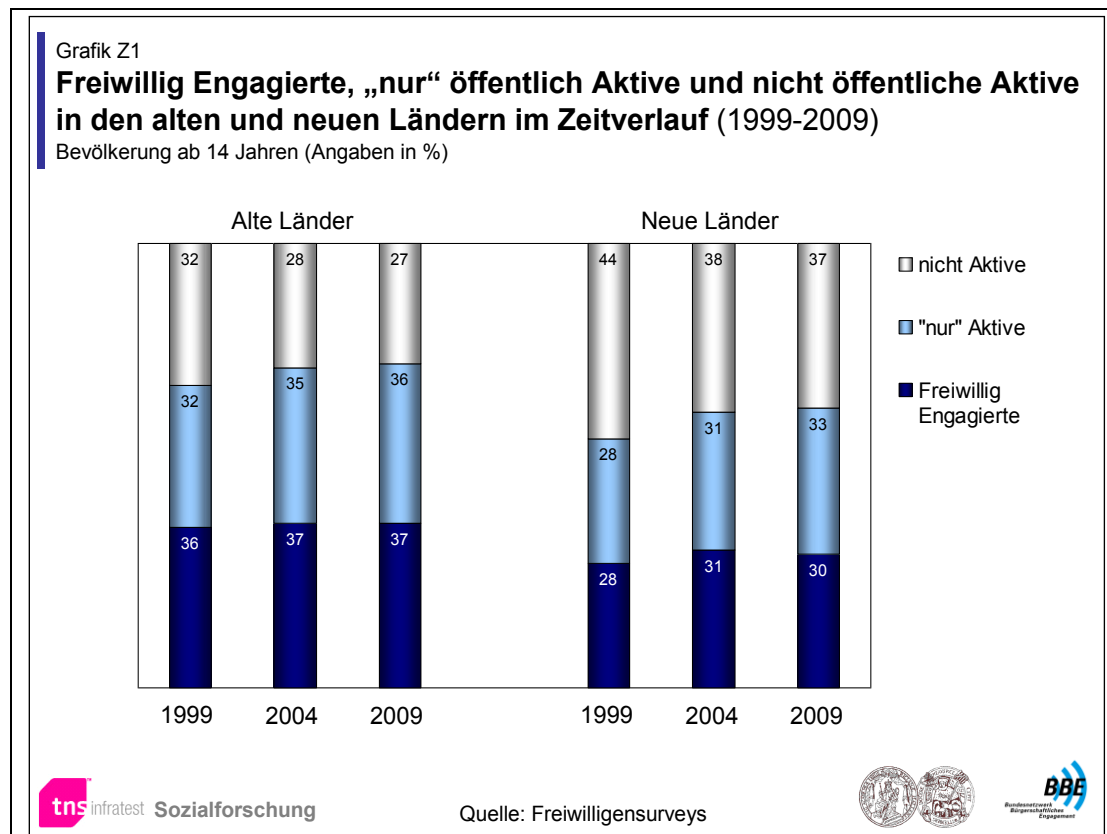
Die Dekade des Freiwilligensurveys zeigt bei den Kernquoten der zivilgesellschaftlichen Beteiligung ein eindeutiges empirisches Bild (Grafik Z1). Stets waren deutlich mehr Menschen in den alten Ländern freiwillig engagiert⁵⁸ als in den neuen, 2009 37% (Neue Länder 30%). Freiwillige übernehmen in den Organisationen und Institutionen der Zivilgesellschaft (häufig in der Organisationsform des Vereins) Aufgaben und Ämter, die sie unentgeltlich oder gegen eine geringe Entschädigung ausüben. Diese Tätigkeiten wurden 2009 im Durchschnitt seit etwa 10 Jahren ausgeübt. In den neuen Ländern gab es zwischen 1999 und 2004 eine positive Entwicklung, die sich jedoch in der Folge nicht fortsetzte. In den alten Ländern blieb der Anteil freiwillig Engagierter über die gesamte Periode in etwa gleich. Neben den freiwillig Engagierten gibt es im Umfeld oder in den Organisationen und Institutionen der Zivilgesellschaft eine weitere Gruppe öffentlich aktiver Menschen, die jedoch keine bestimmten Aufgaben oder Ämter übernehmen.⁵⁹ Diese Gruppe ist das bevorzugte Reservoir zur Anwerbung (oder Selbstrekrutierung) von Freiwilligen, weil sie sich bereits im Einzugsbereich der Organisationen und Institutionen der Zivilgesellschaft bewegt und ein erhöhtes Interesse bekundet, sich freiwillig zu engagieren (vgl. zu dieser Unterscheidung Freiwilliger und „nur“ öffentlich Aktiver die Kapitel II 1 und II 2, zur Bereitschaft zum Engagement Kapitel III 3).

Auch die Gruppe der „nur“ Aktiven ist in den neuen Ländern kleiner als in den alten, allerdings ist die Differenz deutlich geringer als bei den Freiwilligen. Die Gruppe hat auch stärker zugenommen als die der freiwillig Engagierten. Dennoch verbleiben in den neuen Ländern mit 37% wesentlich mehr Menschen als in den alten Ländern (27%), die keine aktive Beziehung zu den Organisationen und Institutionen der Zivilgesellschaft haben („nicht Aktive“), also weder als verbindlich noch als unverbindlich Beteiligte. Dieser Unterschied der zivilgesellschaftlichen Integration zwischen neuen und alten Ländern wird noch markanter, wenn man die Mitgliedschaften in gemeinnützigen Organisationen betrachtet. 28% der Bevölkerung der neuen Bundesländer sind Mitglied in mindestens einer gemeinnützigen Organisation, aber 40% in den

⁵⁸ Der Freiwilligensurvey verwendet den Oberbegriff des freiwilligen Engagements für die verschiedenen Formen des Ehrenamts, des bürgerschaftlichen Engagements und der Initiativen- und Projektarbeit. Die entsprechenden Personen werden als freiwillig Engagierte oder kurz als Freiwillige bezeichnet (vgl. im Englischen „Volunteers“ und auch das „Internationale Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011“). Der Begriff der „Ehrenamtlichen“ wird in den Organisationen und Institutionen vor allem als Abgrenzung gegenüber den „Hauptamtlichen“ gebraucht. Zum Selbstverständnis der Freiwilligen vgl. Gensicke, Geiss 2010a (Hauptbericht des Freiwilligensurveys, Kapitel A4).

⁵⁹ Ein einfaches Beispiel sind die vielen Mitglieder von Mannschaften oder anderen Gruppen und jene Ehrenamtlichen bzw. Freiwilligen, die als Trainer, Gruppenleiter, Kassierer, Platzwarte, Vorstandsmitglieder usw. bestimmte Aufgaben und Ämter ausüben. In den verschiedenen thematischen Bereichen des Engagements ist das quantitative Verhältnis zwischen „nur“ öffentlich Aktiven und Freiwilligen recht unterschiedlich (vgl. Kapitel II 1.3 und II 2.1 und Gensicke, Geiss 2010a, Kapitel 1 und 3).

alten Ländern. Besonders auffällig ist das bei den Sportvereinen (alte Länder 22%, neue Länder 11%) und den Kultur-, Kunst- und Musikvereinen (alte Länder 10%, neue Länder 5%) sowie bei den Parteien und Jugendorganisationen (jeweils 4% zu 2%). Nur bei Bürgerinitiativen bzw. Bürgervereinen ist der Unterschied der Mitgliedschaft deutlich geringer (alte Länder 4%, neue Länder 3%).⁶⁰



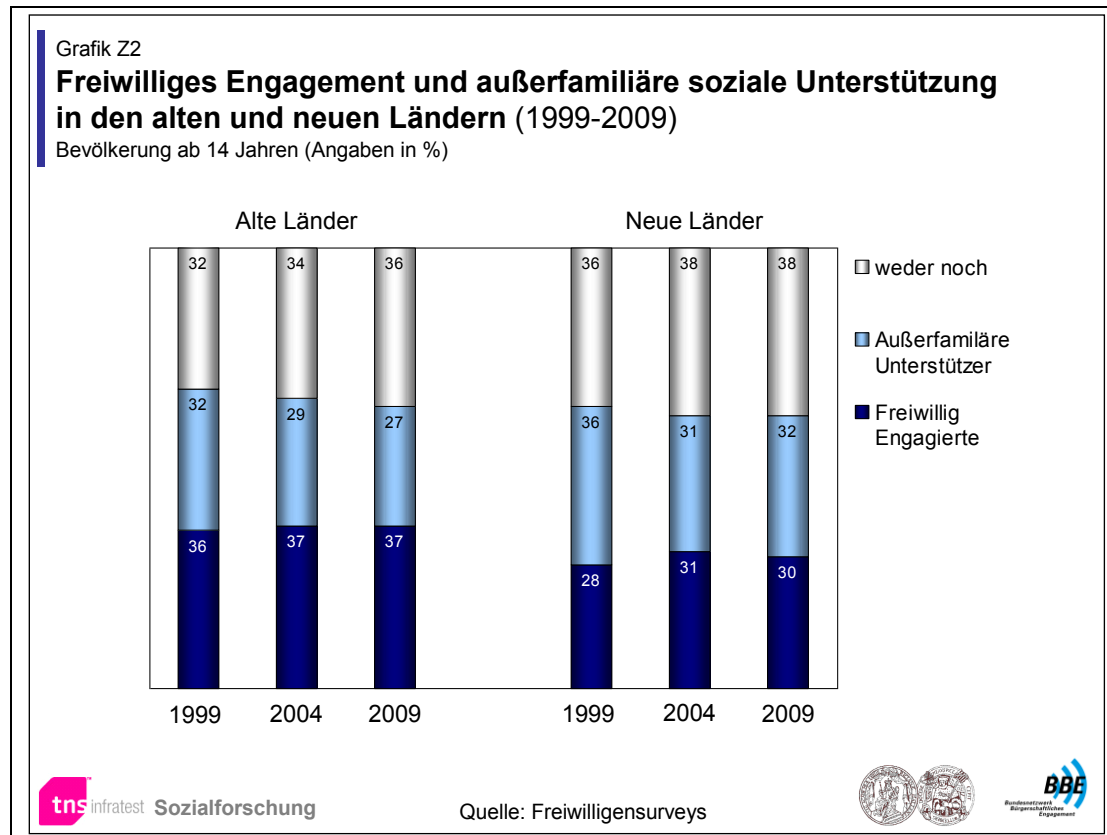
Geringere Unterschiede in der zivilgesellschaftlichen Aufgeschlossenheit der neuen und alten Bundesbürger findet man beim Umfang des politisch-öffentlichen Interesses und bei der Teilnahme an öffentlich-politischen Aktionen. In den neuen Ländern haben bisher sogar mehr Menschen an politischen Demonstrationen teilgenommen, etwas mehr an Unterschriftenaktionen sowie an Bürgerversammlungen.⁶¹ Bei den jüngeren Menschen im Alter von bis zu 45 Jahren ist dieses aktive Profil der neuen Bundesbürger noch mehr als bei der älteren Gruppe zu erkennen. Allerdings besteht auch bei den Jüngeren ein deutlicher Unterschied bei den Mitgliedschaften in gemeinnützigen Organisationen, die in den neuen Ländern deutlich hinter den alten zurückbleiben. Auch bei den jüngeren Menschen in den neuen Ländern gilt, dass klassische Indikatoren der Zivilgesellschaft hinter den alten Ländern zurückbleiben, eher unkonventionelle Verhaltensformen jedoch manchmal stärker als in den alten Ländern zu beobachten sind.

Auch bei der dritten Welle des Freiwilligensurveys fällt beim Vergleich der gesellschaftlichen Kultur der neuen und alten Länder auf, dass soziale Vernetzung in den neuen Ländern häufiger eine Sache ist, die mehr außerhalb als innerhalb der organisierten Plattformen der Zivilge-

⁶⁰ Vgl. dazu die Kapitel II 1.2 und III 3.

⁶¹ Vgl. dazu Kapitel II 1.1.

sellschaft stattfindet.⁶² In den alten Ländern dominiert dagegen die formalisierte Spielart der sozialen Kultur, was sich auch bei den Mitgliedschaften in Organisationen zeigt. Dort standen 2009 37% in Organisationen und Institutionen engagierten Menschen weitere 27% gegenüber, die (zumindest gelegentlich) nicht-verwandte Personen außerhalb ihres Haushaltes mit Hilfeleistungen unterstützten (Grafik Z2). In den neuen Ländern betrug das Verhältnis 30% zu 32%. Ergänzt wird diese mehr organisierte Eigenart der sozialen Kultur der alten Länder durch die viel umfassendere Mitgliedschaft der Bevölkerung in Kirchen und Religionsgemeinschaften.

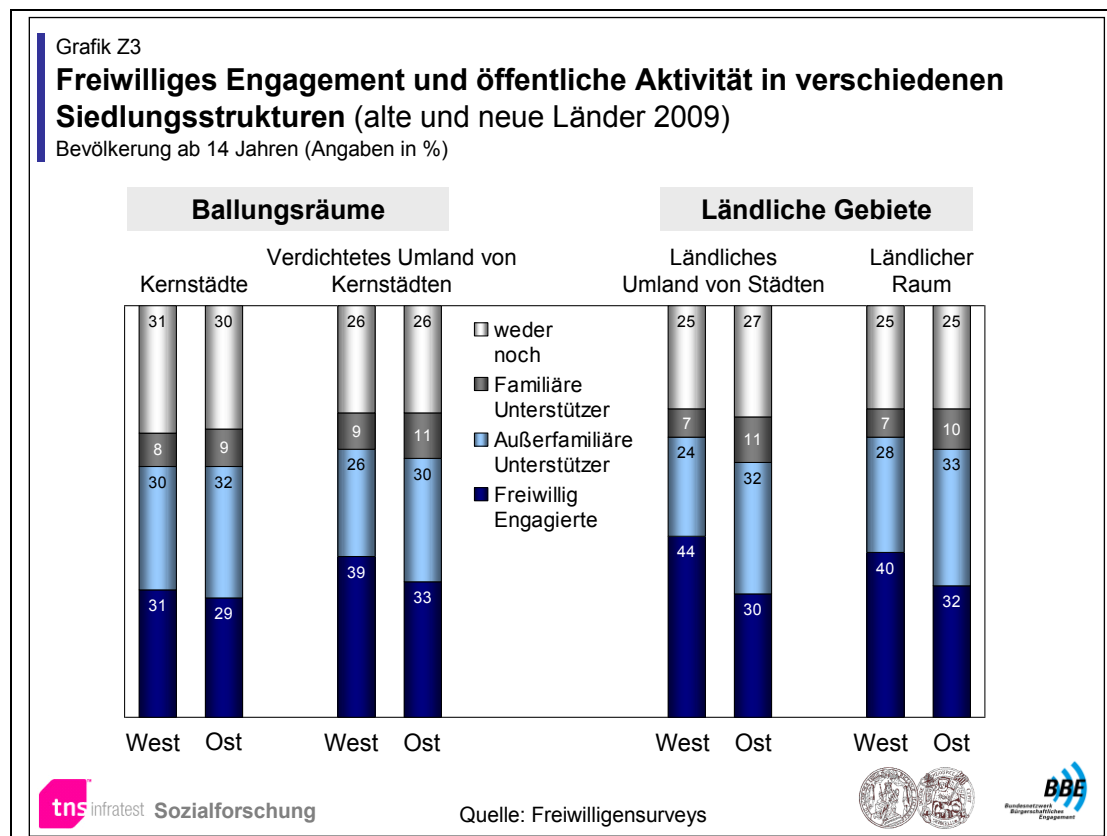


Diese kulturellen Unterschiede zwischen neuen und alten Ländern zeigen sich insbesondere im ländlichen Raum, am meisten in ländlichen Gebieten jenseits der Ballungsräume.⁶³ Ohne hin fällt ins Auge, wie gleichmäßig das Engagement über die verschiedenen Siedlungsmilieus der neuen Länder verteilt ist und wie stark dieses Engagement in den ländlichen Gebieten der alten Länder ist (Grafik Z3). In den großstädtischen Kerngebieten der neuen und alten Länder ähneln sich die Verhältnisse am meisten, am stärksten gehen sie in den ländlichen Räumen im Umfeld kleinerer Zentren außerhalb der Ballungsräume auseinander. Die eher geringe Ausprägung des freiwilligen Engagements im ländlichen Raum der neuen Länder ist auch eine wesentliche Ursache dafür, dass die gesamte Engagementquote zwischen beiden Landesteilen deutlich abweicht. Das hängt damit zusammen, dass in den neuen Ländern 47% der Bevölkerung jenseits der Ballungsräume leben, in den alten Ländern aber nur 22%. Die schwächere zivilgesellschaftliche Organisiertheit des dünner besiedelten Raums der neuen Länder und seine damit verbundenen Infrastrukturprobleme werden allerdings zum Teil durch die ausgeprägte informelle Kultur der sozialen Unterstützung ausgeglichen. Das gilt nicht nur für

⁶² Vgl. dazu Kapitel II 4 „Informelle Vernetzung und soziale Qualität“.

⁶³ Vgl. zu diesem Thema das Kapitel B4.

Hilfeleistungen zwischen nicht verwandten Personen, sondern auch zwischen verwandten Personen über die Haushaltsgrenzen hinweg.



V.1.2 Starke zivilgesellschaftliche Dynamik bei jüngeren Menschen

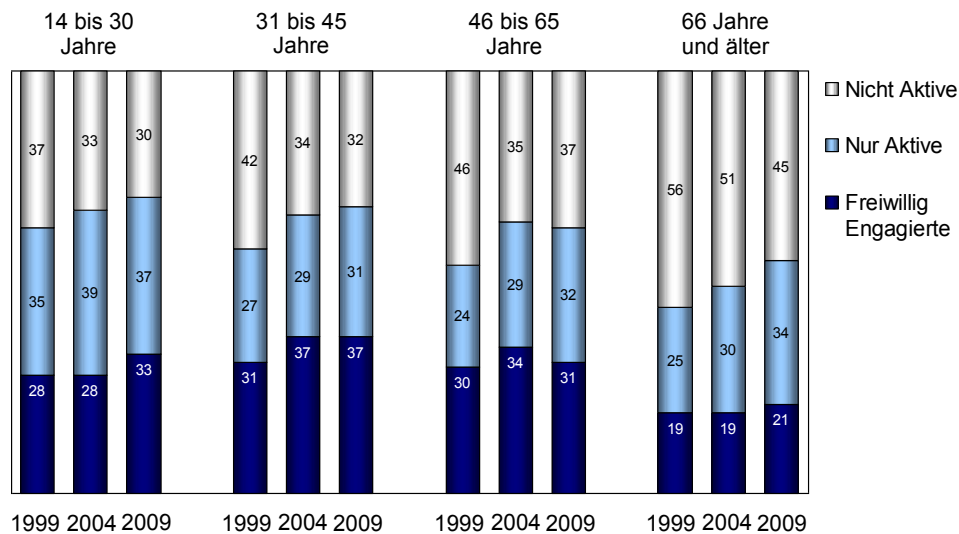
Das freiwillige Engagement jüngerer Menschen in den neuen Ländern entwickelte sich in der Dekade des Freiwilligensurveys besonders dynamisch (Grafik Z4). Zunächst stieg es in der Gruppe der 31- bis 45-Jährigen deutlich an, die im Freiwilligensurvey als die jüngeren Familienjahrgänge bezeichnet werden (weil sie besonders oft als Eltern mit Kindern und Jugendlichen im Haushalt zusammenleben).⁶⁴ Zwischen 2004 und 2009 stieg das Engagement auch in der jüngsten Gruppe der 14- bis 30-Jährigen deutlich. In dieser Gruppe fiel schon 1999 der hohe Anteil an unverbindlich öffentlich Beteiligten („nur“ Aktive) auf. Offensichtlich gelang es, aus dieser bis 2004 enorm groß gewordenen Gruppe (39%) bis 2009 mehr Freiwillige zu gewinnen (bzw. mehr junge Menschen hatten sich selbst als Freiwillige rekrutiert). Dadurch hat sich das Verhältnis beim freiwilligen Engagement in der Bevölkerung im Alter von bis zu 45 Jahren zwischen den neuen und alten Ländern stark angeglichen. 39% freiwillig Engagierten in den alten Ländern stehen inzwischen 35% in den neuen Ländern gegenüber (Verhältnis 100:90). In der älteren Gruppe waren es 2009 dagegen jeweils 36% und 27% (Verhältnis 100:75).

⁶⁴ Vgl. zum Thema „Familie und Zivilgesellschaft“ das Kapitel B5 und zur Lage von Demografie und Familie in den neuen Ländern Anhang 2.

Grafik Z4

Freiwillig Engagierte, „nur“ öffentlich Aktive und nicht öffentlich Aktive im Zeitverlauf (Neue Länder: 1999-2009, 4 Altersgruppen)

Engagierte ab 14 Jahren (Angaben in %)



Warum machte sich diese Dynamik bei den bis 14- bis 45-Jährigen (seit 2004) nicht mehr als Anstieg der Engagementquote in der gesamten Bevölkerung der neuen Länder bemerkbar? Der wichtigste Grund liegt im demografischen Wandel. Seit 1999 nahm der Anteil der 14- bis 45-Jährigen an der ab 14-jährigen Bevölkerung der neuen Länder von 53% auf 44% ab. Sie konnten somit 2009 mit ihren Werten den Durchschnitt deutlich weniger beeinflussen als 1999. Zum anderen trugen auch die Veränderungen bei den ab 46-Jährigen zur seit 2004 sogar leicht rückläufigen Engagementquote der neuen Länder bei. Hatten die 46- bis 65-Jährigen zunächst noch den Aufschwung des Engagements mitgetragen, so gab es hier seit 2004 einen deutlichen Rückgang, der durch das gestiegene Engagement der ab 66-Jährigen nur bedingt kompensiert werden konnte. Nur Sachsen konnte seit 2004 dem Einfluss des demografischen Wandels trotzen, da hier der Anstieg des Engagements bei den bis 45-Jährigen von 35% auf 42% besonders stark war. Der Gegenpol dazu ist Sachsen-Anhalt, wo das Engagement der bis 45-Jährigen zwischen 2004 und 2009 sogar von 34% auf 30% sank.

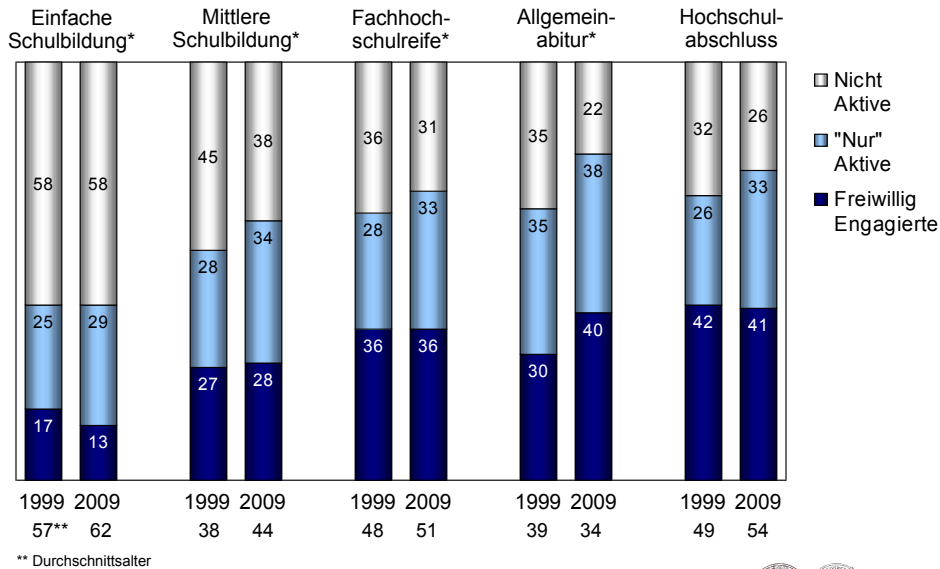
Brandenburg konnte dagegen Verluste bei den Jüngeren sogar durch Gewinne bei den Älteren kompensieren. Wieder anders Berlin: Hier wurden deutliche Zugewinne beim Engagement der 14- bis 45-Jährigen (2004 27%, 2009 33%) durch starke Verluste bei den ab 46-Jährigen (2004 31%, 2009 24%) sogar völlig aufgezehrt. Sachsen steht mit seinen Zuwächsen bei den jüngeren Menschen damit ganz besonders für das Muster der neuen Länder, übertrifft dieses allerdings seit 2004 durch eine deutliche Steigerung der allgemeinen Engagementquote. Brandenburg zeigt dagegen ein anderes Entwicklungsmuster, das in der Gruppe der neuen Länder noch am ehesten dem westdeutschen ähnelt. Auch in den alten Ländern hat im Zuge des demografischen Wandels der Anteil der 14- bis 45-Jährigen deutlich von 53% auf 46% abgenommen. Da aber in den alten Ländern das Engagement bei den ab 46-Jährigen zunahm, konnte die westdeutsche Engagementquote in der Periode des Freiwilligensurveys in etwa stabil bleiben.

Grafik Z5

Anteil der freiwillig Engagierten in den neuen Ländern nach Bildungsweg bzw. -abschluss (Neue Länder 1999 und 2009)

Bevölkerung ab 14 Jahren (Angaben in %)

* Abschluss vorhanden oder angestrebt

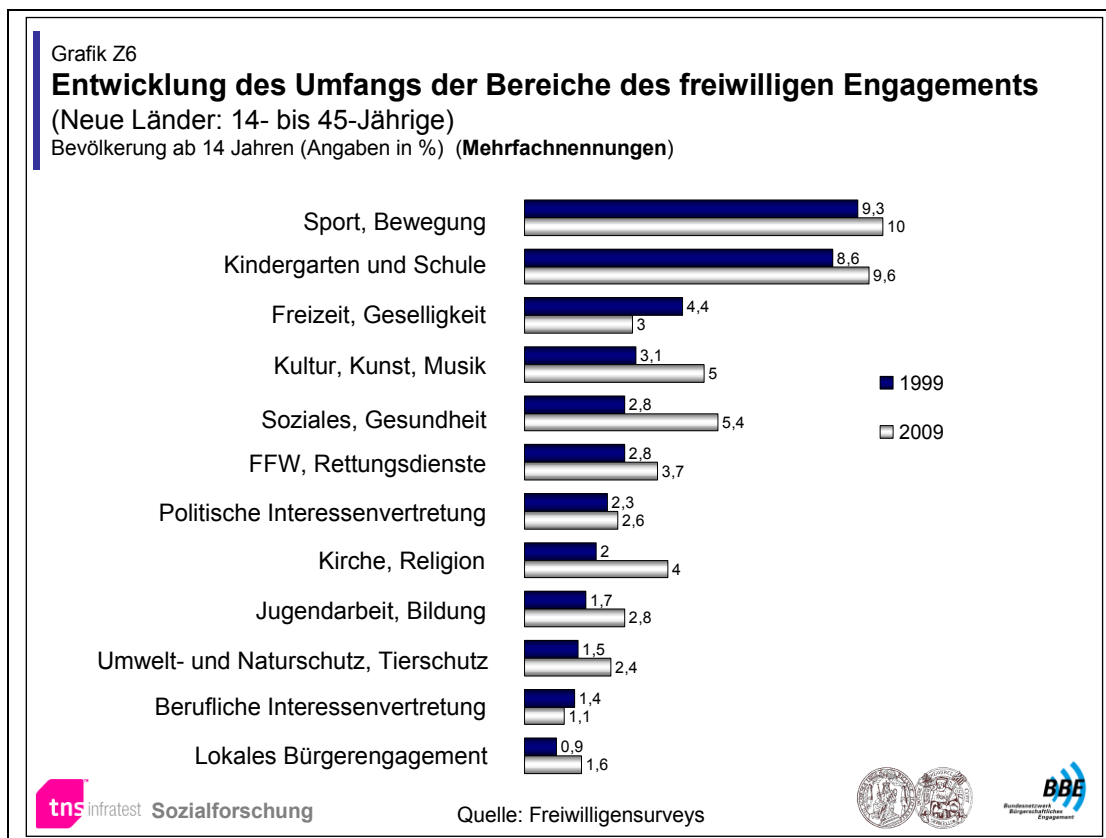


** Durchschnittsalter

Die Zunahme des Engagements in den neuen Ländern (über die gesamte Periode) des Freiwilligensurveys, die insbesondere auf den jüngeren Jahrgängen beruhte, erklärt sich ganz besonders aus einer bestimmten Gruppe der jüngeren Menschen. Es sind diejenigen, die das Allgemeinabitur haben bzw. anstreben, aber noch nicht im Besitz eines Hochschulabschlusses sind (Grafik Z5). Darin erkennt man die kombinierte Wirkung verschiedener Merkmale. Zum einen hat in den neuen Ländern zwischen 1999 und 2009 der Anteil dieser Gruppe zugenommen, ganz besonders jedoch unter den bis 45-Jährigen, worin sich der erleichterte Zugang zum Abitur seit der Wende abbildet. Dadurch hat sich diese Gruppe als einzige Bildungsgruppe deutlich von durchschnittlichen 39 auf 34 Lebensjahre verjüngt. Dagegen stieg das durchschnittliche Alter der Hochschulabsolventen von 49 auf 54 Jahre, wobei sich allerdings der Anteil dieser Gruppe insgesamt noch stärker erhöhte als derjenigen, die das Allgemeinabitur haben bzw. anstreben.

Die Ausweitung höherer Bildungsaspirationen, vor allem aber höherer Bildungsabschlüsse in den neuen Ländern, hat sich somit indirekt auch als „Förderprogramm“ des freiwilligen Engagements ausgewirkt. Mit einem extrem hohen Wert von 38% unverbindlich öffentlich Beteiligten fällt außerdem die besonders hohe Erreichbarkeit derjenigen, die in den neuen Ländern das Allgemeinabitur haben bzw. anstreben, für organisierte und ggf. verbindliche zivilgesellschaftliche Aktivitäten auf. In kaum einer Gruppe wird eine solche Intensivierung der zivilgesellschaftlichen Aktivität erkennbar wie hier. Diesen Fortschritten im höheren Bildungssegment steht allerdings eine zivilgesellschaftliche Marginalisierung der inzwischen relativ klein gewordenen Gruppe der einfach gebildeten Menschen gegenüber, einer Gruppe, die inzwischen weiter gealtert ist (von durchschnittlich 57 Jahren auf 62 Jahre). Quantitativ bedeutsamer und weit jünger ist die Gruppe der Menschen mit mittlerer Schulbildung, deren freiwilliges Engagement deutlich hinter den alten Ländern zurückbleibt. Als einzigem neuem Bundesland ist es

zwischen 2004 und 2009 Sachsen gelungen, diese Gruppe besser ins freiwillige Engagement zu integrieren.



Besonders dynamisch entwickelte sich zwischen 1999 und 2009 das Engagement in den Bereichen „Soziales und Gesundheit“. Bei den 14- bis 45-Jährigen verdoppelte es sich in dieser Periode (Grafik Z6). Zuwächse gab es auch im Bereich „Kultur, Kunst und Musik“ sowie „Kirche und Religion“. Bestimmend sind weiterhin freiwillige Tätigkeiten bei „Sport und Bewegung“ und „Kindergarten und Schule“. Im Grunde gab es in der jüngeren Gruppe in fast allen Bereichen Zuwächse, außer bei „Freizeit und Geselligkeit“ und „berufliche Interessenvertretung“.

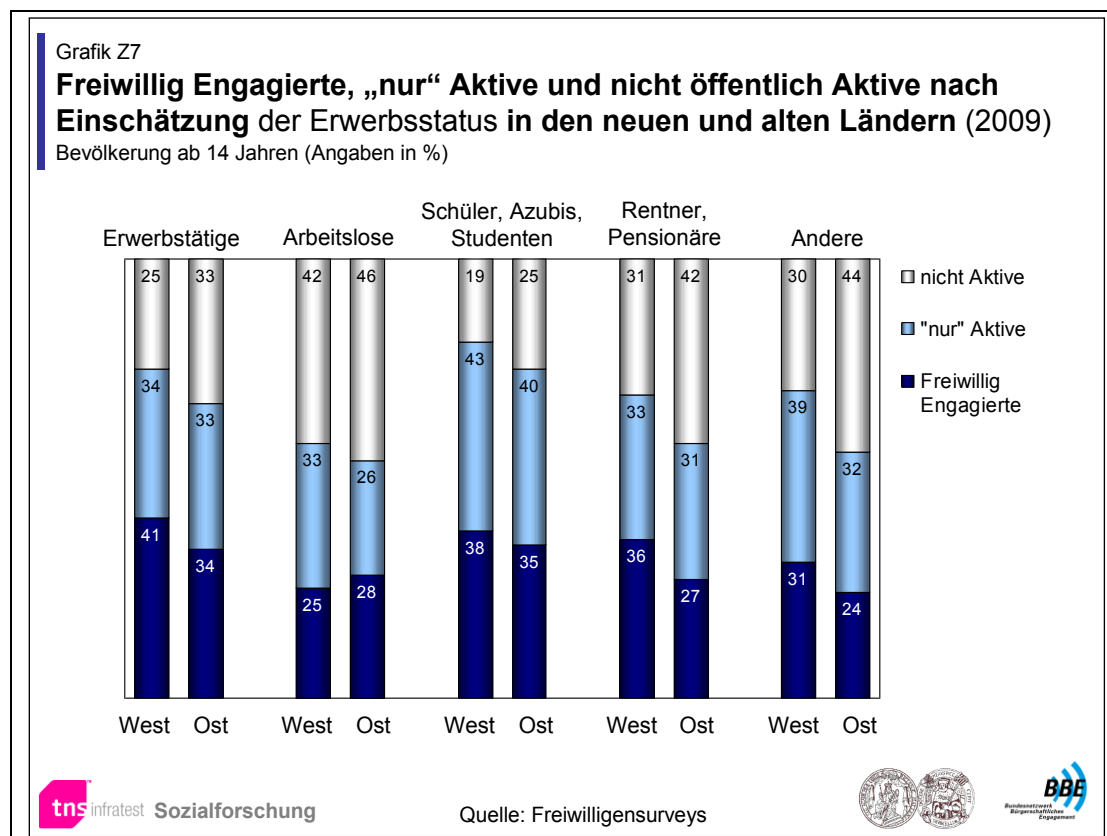
V.1.3 Zivilgesellschaft und Arbeitsmarkt⁶⁵

Weiterhin liegt ein wesentlicher Unterschied der Lebensbedingungen zwischen neuen und alten Ländern in der ausreichenden Versorgung mit (einigermaßen attraktiven) Arbeitsplätzen. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sind in den neuen Ländern weit größer als in den alten. Deswegen war hier auch die praktische Betroffenheit durch die Hartz-IV-Reform ungleich größer als im Westen, und das betraf die Bevölkerung im Alter von über 45 Jahren mehr als die Jüngeren. Es verwundert (gerade in den neuen Ländern) nicht, dass Menschen in einer beruflich und sozial prekären Situation auch auf die Möglichkeiten der Zivilgesellschaft zurückgreifen, um ihre soziale Integration, Qualifikation und Beschäftigung zu verbessern. Arbeitslo-

⁶⁵ Vgl. zu den Fragen Zivilgesellschaft und Arbeitsmarkt bzw. materielle Versorgung die Kapitel B1 und B2.

se sind in den neuen Ländern häufiger freiwillig engagiert als in den alten Ländern.⁶⁶ Es ist auffällig, dass gerade bei den Arbeitslosen in den neuen Ländern die Freiwilligen gegenüber den „nur“ Aktiven sogar die größere Gruppe sind.

Betrachtet man die Relation des Engagements zwischen Erwerbstätigen und Arbeitslosen in den alten Ländern (41% zu 25%) und in den neuen Ländern (34% zu 28%), dann fällt auf, wie gering hier die Distanz beider Gruppen im Vergleich zum Westen ist (Grafik Z7). Treibt man den Vergleich auf die Spitze und stellt das Engagement derjenigen Erwerbstätigen, die ihre persönliche Wirtschaftslage als gut oder sehr gut beschreiben, dem der Arbeitslosen gegenüber, beträgt in den alten Ländern das Verhältnis sogar 45% zu 25% und in den neuen Ländern nur 35% zu 28%. Das heißt, der Unterschied vergrößert sich in den alten Ländern deutlich, während sich in den neuen Ländern wenig ändert. Gerade zwischen der sozusagen besten der ökonomischen Welten (erwerbstätig mit guter Versorgung) und der schlechtesten (arbeitslos) gibt es im Osten beim freiwilligen Engagement einen viel geringeren Unterschied als im Westen. Dahinter verbirgt sich allerdings eine Abweichung zwischen den neuen und alten Ländern, die mit der Erwerbstätigkeit an sich nur wenig zu tun hat.

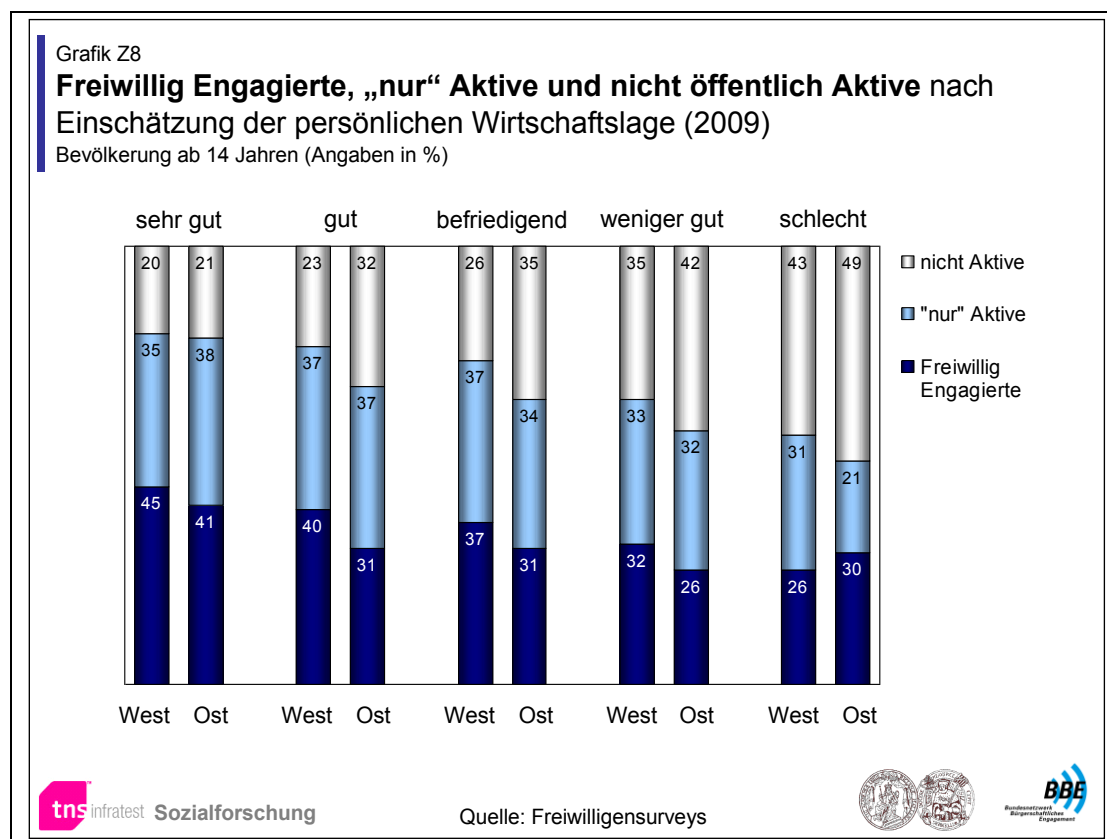


Ganz allgemein sagt die wirtschaftliche Versorgung der Menschen in den neuen Ländern im Unterschied zu den alten Ländern eher wenig darüber aus, ob sie sich freiwillig engagieren (Grafik Z8). In den alten Ländern gilt der Grundsatz: je besser die persönliche wirtschaftliche Lage, desto größer das freiwillige Engagement. Zwischen der Gruppe, der es sogar sehr gut

⁶⁶ Wenn sich Arbeitslose (oder Menschen, denen es materiell schlecht geht, vgl. in der Folge Grafik Z8) im Rahmen der Zivilgesellschaft beteiligen, suchen sie offensichtlich bevorzugt eine Form, die eine *regelmäßige Tätigkeit* darstellt, also eine Art Quasi-Job, der vielleicht einmal ein richtiger werden kann bzw. im Lebenslauf als ein Nachweis von zielgerichteter Aktivität vorweisbar ist.

geht, und der, der es schlecht geht, liegt eine große Spanne (45% und 26%), und diese ist in den neuen Ländern mit 41% zu 30% viel geringer, nicht zuletzt, weil dort die Gruppe, der es schlecht geht, sogar mehr engagiert ist, als diejenige, die ihre Verhältnisse als weniger gut einstuft. Wichtiger jedoch als der Vergleich der kleineren Extremgruppen sind die Verhältnisse in den größeren Gruppen, die sich dazwischen verorten. Und hier fällt vor allem der starke Unterschied bei den materiell gut Versorgten zwischen alten und neuen Ländern auf (40% zu 31%), der größten aller Gruppen.

Beim Engagement der Benachteiligten sind die Verhältnisse in den neuen Ländern allerdings komplex. Freiwilliges Engagement von Arbeitslosen ist in den neuen Ländern vor allem eine Sache jüngerer Menschen im Alter von bis zu 45 Jahren. Oberhalb dieser Grenze wird die Option freiwilliges Engagement deutlich weniger gewählt, weil sie offensichtlich weniger Vorteile verspricht. In den Jahrgängen jenseits der 45 setzen Maßnahmen an, wie bisher so genannte 1-Euro-Jobs und zunehmend die „Bürgerarbeit“⁶⁷. Solche Beschäftigungsformen werden Personen, die als „schwer vermittelbar“ gelten, von der Arbeitsverwaltung angeordnet. Oft ist das ein Typ von Arbeit, den die Privatwirtschaft nicht anbieten würde, weil er gemeinwesenbezogen ist und somit keinen oder nur wenig Gewinn abwerfen würde.

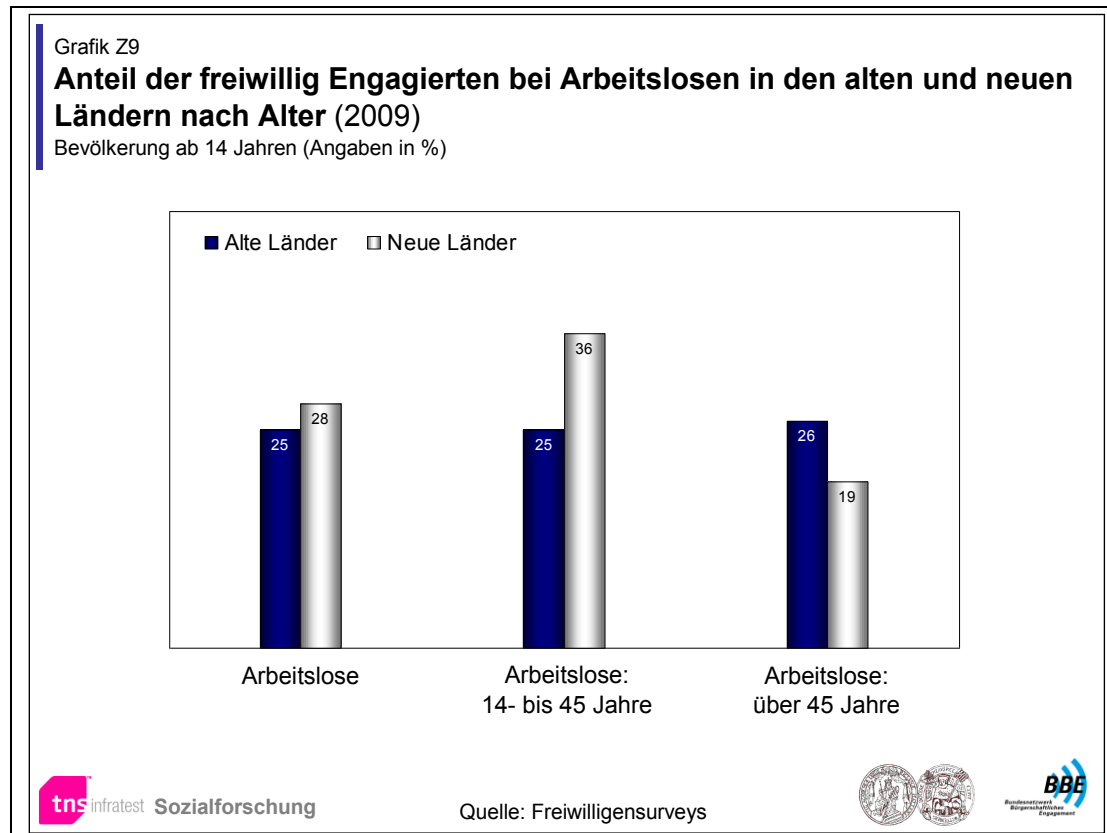


Eine Studie aus den neuen Ländern zeigt, dass Bürgerarbeit nur selten mit einem Übergang in den ersten Arbeitsmarkt verbunden ist, aber von den Beschäftigten als sinnvoll und befriedigend erlebt wird.⁶⁸ Man kann in den neuen Ländern beim freiwilligen Engagement und bei der

⁶⁷ Das Bundesland Sachsen-Anhalt war beim Angebot von Bürgerarbeit bisher besonders aktiv, und dieses Modell wird inzwischen auch bundesweit ausgedehnt.

⁶⁸ Vgl. die 2001 durch das ISS Frankfurt/Main veröffentlichte Dokumentation der Fachtagung des BMFSFJ Frankfurt „Engagement-Arbeit-Zeit. Freiwilliges Engagement und Erwerbsarbeit“ vom De-

Bürgerarbeit (bzw. verwandten Tätigkeitsformen) geradezu von einer Arbeitsteilung nach Alter sprechen. Jüngere Leute versuchen durch freiwilliges Engagement ihre Qualifikation und ihre Chancen am Arbeitsmarkt zu verbessern (Grafik Z9). Menschen in mittleren und älteren Jahren, deren Chancen auf einen Wiedereinstieg in den ersten Arbeitsmarkt gering sind, üben (auf Anordnung der Arbeitsverwaltung) unentgeltlich oder gegen gewisse Bezahlung öffentlich finanzierte Tätigkeiten aus, die ihrem Leben mehr Sinn und Struktur geben.



Dennoch darf diese Tätigkeitsform nicht mit freiwilligem Engagement in der Zivilgesellschaft verwechselt werden, sondern sie bleibt eine Notlösung für Personen oder Gegenden mit schlechten Beschäftigungschancen. Es muss genauer untersucht werden, ob es nicht gerade dieses in den neuen Ländern verbreitete Phänomen ist, das (vermittelt über einen Imageverlust des freiwilligen Engagements) die gut versorgten neuen Bundesbürger, egal ob erwerbstätig oder nicht erwerbstätig, davon abhält, sich zu engagieren, bzw. das dazu beiträgt, dass diese Gruppe der „materiellen Gewinner der Einheit“ ihre zivilgesellschaftliche Beteiligung zum großen Teil im Unverbindlichen hält.

zember 2010, und dort insbesondere: Sabine Böttcher, „Bürgerarbeit und Engagement in Wohlfahrtsorganisationen: Umgang mit verschiedenen Tätigkeitsformen“. Wenn die Autorin allerdings unterstellt, die Bürgerarbeit sei eine Art Vorbote einer „neuen Form des bürgerschaftlichen Engagements, die als entlohnte gemeinwohlorientierte Tätigkeit vor allem (älteren) Langzeitarbeitslosen und Personen ohne Berufsqualifikation eine finanzielle Grundabsicherung für ihren Lebensunterhalt bietet“, dann wird hier der Begriff des *freiwilligen* Engagements völlig verfehlt.

V.1.4 Unterschiede zwischen den neuen Ländern

Im Laufe der drei Wellen des Freiwilligensurveys hat die regionale Differenzierung des freiwilligen Engagements auf dem Gebiet der neuen Länder zugenommen, vor allem seit 2004. Diese macht sich jedoch nur wenig bzw. nicht systematisch an den allgemeinen Unterschieden der Siedlungsweise fest, also z. B. an Unterschieden zwischen Stadt und Land. Es sind die *einzelnen Bundesländer*, zwischen denen in der Periode von 1999 bis 2009 die Unterschiede zugenommen haben (Grafik Z10). Mit Sachsen und Brandenburg haben sich zwei Länder an die Spitze gesetzt, von denen der Freistaat eine städtisch-verdichtete Struktur hat, Brandenburg eine ländliche (Tabelle). Sicher profitiert Brandenburg von der Ausstrahlung des Berliner Ballungsraums. Aber auch die entlegenen Gebiete des Landes zeigen eine für die neuen Länder besondere Stärke beim freiwilligen Engagement. Dasjenige neue Bundesland, das 2009 am weitesten zurücklag, Sachsen-Anhalt, ist bei Weitem nicht das ländlichste. Eher scheint es die Betroffenheit von verschiedenen Strukturschwächen (dabei auch von demografischen Problemen) zu sein, die mehr noch als in Mecklenburg-Vorpommern Hintergrund eines inzwischen relativ niedrigen freiwilligen Engagements sind.

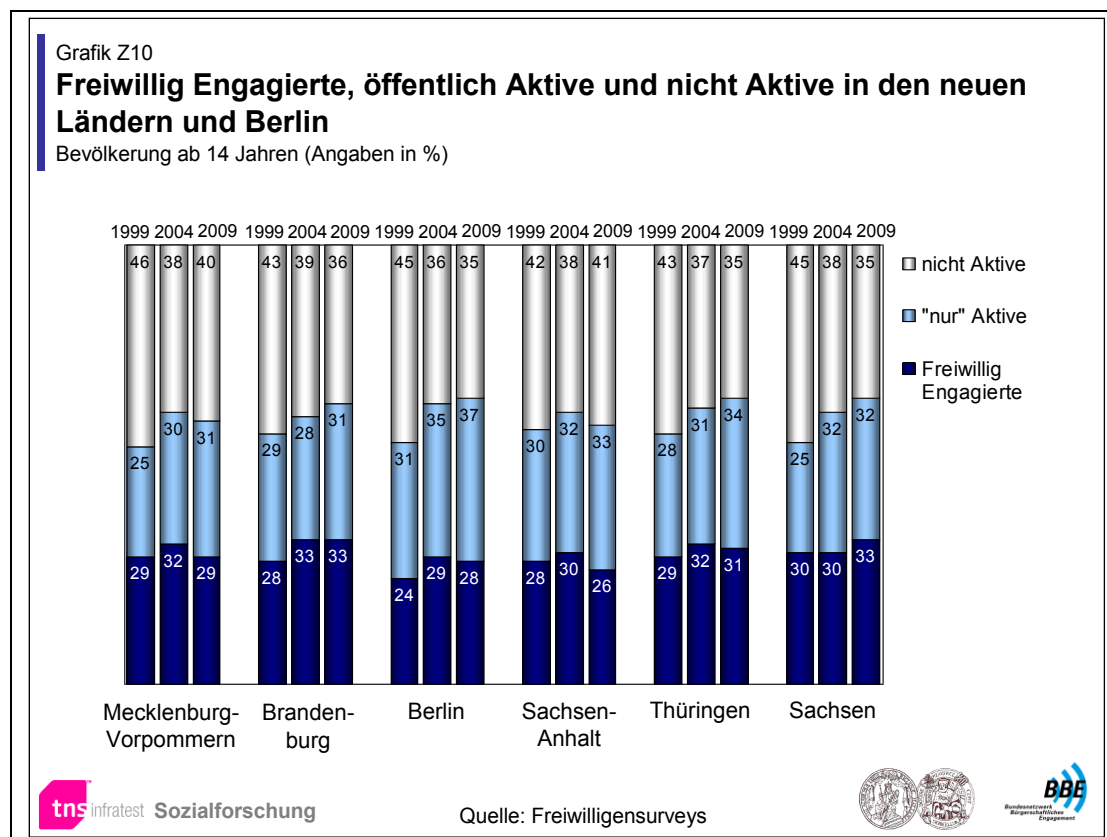


Tabelle: Siedlungsstruktur der neuen Flächenländer

Siedlungsmilieu (BBR4)	Mecklenburg-Vorpommern	Brandenburg	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Sachsen
Ballungsgebiet: Kern	14%	10%	19%	18%	30%
Ballungsgebiet: Rand			11%	17%	50%
Ländlicher Raum: Umland von Städten	12%	76%	45%	27%	5%
Ländlicher Raum: Isolierte Fläche	74%	14%	25%	38%	15%
	100%	100%	100%	100%	100%

Quelle: Freiwilligensurvey 1999, 2004, 2009 (kumuliert)

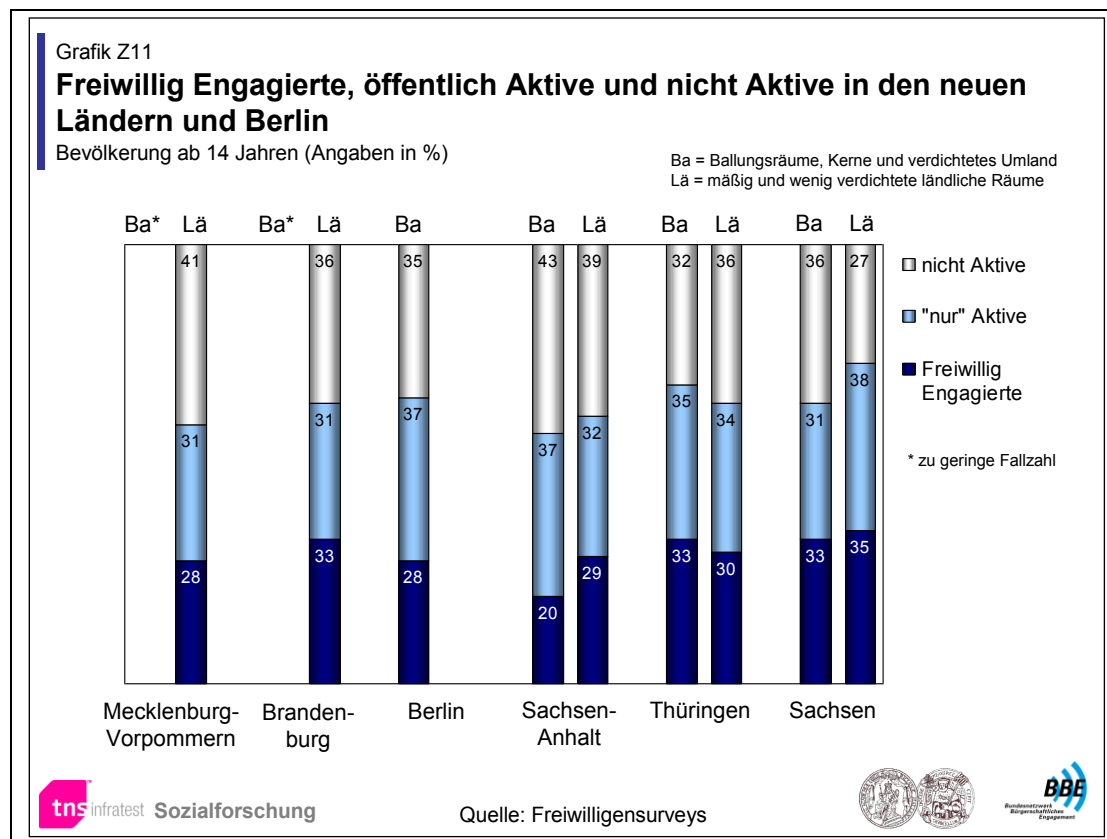
Neben den jeweiligen Ausgangslagen zur Wende und den unterschiedlichen Landespolitiken müssen auch kulturelle Besonderheiten der einzelnen Länder berücksichtigt werden. Hier steht die Forschung erst am Anfang (bzw. es gibt sie nicht wirklich). In Sachsen-Anhalt fällt zunächst auf, das vieles, was den Osten vom Westen unterscheidet, hier noch deutlich ausgeprägter als im Durchschnitt auftritt. Das ist schon die besonders niedrige Beteiligung am Engagement, dann das Dominieren der „nur“ Aktiven und das sogar höhere Engagement der materiell Schwachen gegenüber den materiell Starken, vor allem auch das gegenüber den Erwerbstätigen sogar höhere Engagement der Arbeitslosen. In keinem neuen Flächenland hat es zwischen 1999 und 2009 eine solche Verschiebung des Engagements von den Erwerbstätigen und gut Versorgten weg und hin zu den weniger gut Versorgten und Arbeitslosen gegeben.

Typisch für Sachsen-Anhalt war bisher eine besonders geringe Wahlbeteiligung, vor allem bei Landtagswahlen. Nicht zuletzt daraus erwachsen hier seit der Wende die unstetesten politischen Verhältnisse aller Flächenländer.⁶⁹ Zu berücksichtigen ist auch die geringe Identifikation der Bevölkerung mit diesem heterogenen Bundesland, das im Zweiten Weltkrieg auf dem Reißbrett der Alliierten entstand. Den Typus eines in einer lange gewachsenen Landesidentität verwurzelten „Sachsen-Anhalters“ in dem Sinne, wie man heute von Thüringern, Sachsen, Brandenburgern, ja auch Mecklenburgern spricht, kann man sich nicht wirklich vorstellen. Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob die besondere Bedeutung des Engagements von Arbeitslosen und sozial Schwachen sowie die besondere Präsenz der Bürgerarbeit (und verwandter Formen) in Sachsen-Anhalt nicht besonders jene einseitige Angebotsstruktur und jenes Umfeld der Zivilgesellschaft des Ostens ausdrücken, deren Image Erwerbstätige und gut Situierte nicht unbedingt anregt, sich zu engagieren.

Zu denken gibt die Lage in den Ballungsräumen Sachsen-Anhalts (Grafik Z11). Egal ob Kern- oder Randlage, das Engagement war hier 2009 mit ca. 20% äußerst niedrig und ist relativ stetig zurückgegangen, wobei es zwischen 2004 und 2009 einen besonderen Einbruch gab (zusammen: 1999 27%, 2004 25%, 2009 20%). Aber auch das größte Milieu dieses Landes, der mäßig verdichtete ländliche Raum, ist mit 26% Engagement zivilgesellschaftlich schwach ent-

⁶⁹ Seit der letzten Landtagswahl zeichnet sich eine Stabilisierung ab. Es fällt auf, dass Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern als Länder mit bisher eher unsteten politischen Verhältnissen auch jene sind, die das geringste Engagement aufweisen, jene Länder dagegen, die stetigere politische Umstände hatten, Sachsen und Brandenburg, das höchste. Thüringen hält wie oft die Mittellage.

wickelt (weit weniger als im benachbarten Brandenburg). Nur im dünn besiedelten ländlichen Raum, der jedoch für Sachsen-Anhalt untypisch ist, ist das freiwillige Engagement stetig gestiegen. Wenigstens bringt das die mäßig bis dünn besiedelte ländliche Fläche Sachsen-Anhalts insgesamt auf einen akzeptablen Wert von 29% (1999 ebenfalls 29%).



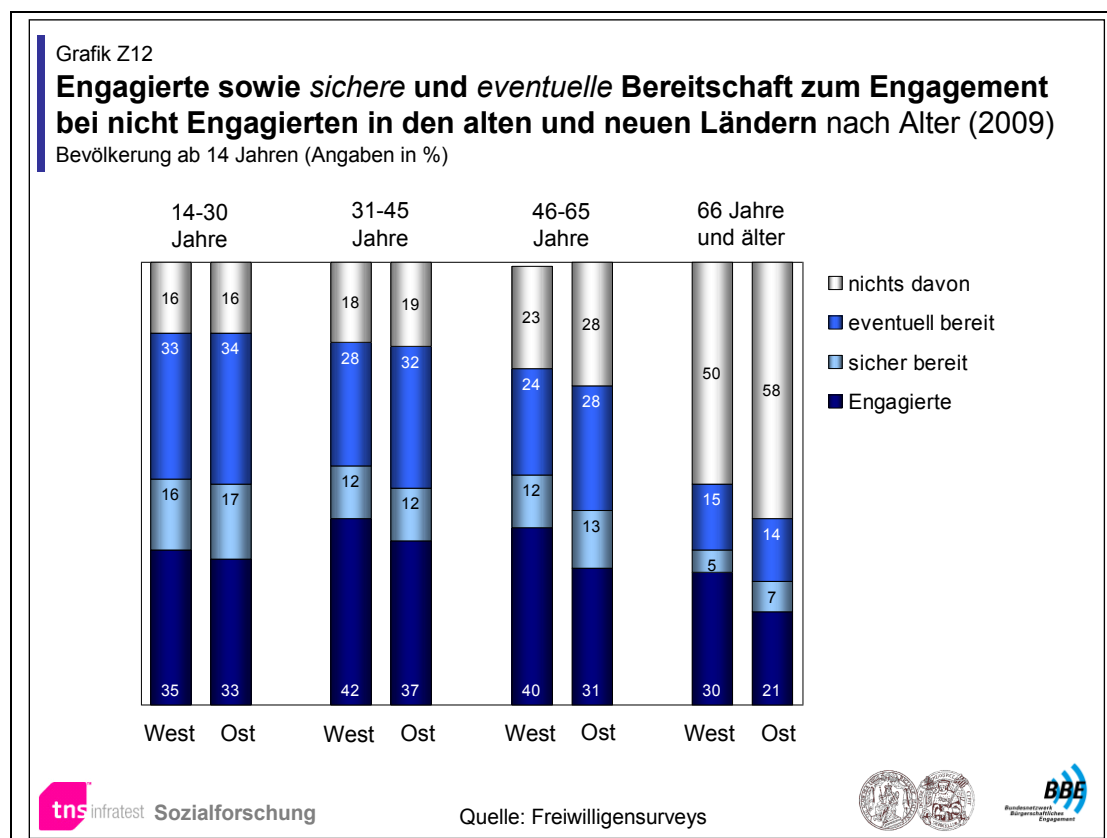
In Thüringen und Sachsen sind die Verhältnisse zwischen verdichteten und unverdichteten Gebieten weit ausgeglichener, wobei für Sachsen das erste, für Thüringen das zweite viel typischer ist. Der Vergleich Thüringens und Sachsen-Anhalts gibt weiteren Aufschluss. Im Groben gesehen und vor allem im Vergleich zu den anderen neuen Flächenländern ist die Siedlungsstruktur beider Länder ähnlich. Beiderseits dominiert das mäßig bis wenig verdichtete Siedlungsmilieu, und dort herrschen (beides zusammengefasst) zivilgesellschaftlich ähnliche Verhältnisse. Die Engagementquote Sachsen-Anhalts leidet jedoch unter der Schwäche der zivilgesellschaftlichen Beteiligung in den Ballungsräumen. In Thüringen, wo sich die Bevölkerung der Ballungsräume mehr auf die Randgebiete verteilt als in Sachsen-Anhalt, ist das freiwillige Engagement in diesem Milieu viel intensiver als in Sachsen-Anhalt.

Siedlungsstrukturell bilden Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen den größten Gegensatz auf dem Gebiet der neuen Länder (Berlin als reinen Ballungskern ausgenommen). Einer extrem ländlichen Struktur im Norden steht im Südosten ein in Ostdeutschland einzigartiges Bundesland gegenüber, in dem die große Masse der Bevölkerung in Ballungsräumen lebt. Die Hälfte der Sachsen lebt in verdichteten Räumen im Ausstrahlungsbereich großer und mittlerer Stadtkerne und weitere 30% leben im Kerngebiet solcher Ballungen. Das ist eine einzigartige Struktur für ein ostdeutsches Flächenland und entspricht fast genau dem Durchschnitt der alten Länder. Mit einem Anteil von 34% Engagierten (1999: 30%) ist das in Sachsen dominierende Milieu der verdichteten Gebiete im Umfeld der Ballungskerne ein wichtiger Träger der Zivilgesellschaft. Aber auch die sächsischen Ballungskerne sind mit 31% (1999: 28%) relativ

engagementstark. Allerdings ist auch schon der Gegensatz der Siedlungsweise zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg beträchtlich. Im nördlichsten neuen Bundesland wohnen drei Viertel der Bevölkerung in isolierten, dünn besiedelten ländlichen Räumen, in Brandenburg zwar etwa eben so viele auf dem Lande, aber in einigermaßen stadtnahen Gebieten.

V.1.5 Zivilgesellschaft in den neuen Ländern: Ausblick

Wie wird es mit der Zivilgesellschaft in den neuen Ländern weitergehen? Unstrittig ist, dass sich wirtschaftlich verbessernde Bedingungen insgesamt einen günstigen Einfluss auch auf die öffentliche Aktivität und vor allem das freiwillige Engagement der Bevölkerung haben werden. Das hat weniger mit der individuellen materiellen Versorgung der Menschen zu tun, als vielmehr mit den Spielräumen der öffentlichen Finanzen, von denen die Organisationen und Institutionen der Zivilgesellschaft direkt und indirekt abhängen. Die indirekte Abhängigkeit gilt insbesondere für die großen dünn besiedelten Regionen, wo die Probleme der öffentlichen Infrastruktur bereits jetzt die zivilgesellschaftliche Initiative der Bürgerinnen und Bürger hemmen bzw. die Bemühungen der Organisationen und Institutionen, mehr Menschen für das freiwillige Engagement zu gewinnen. Probleme der regionalen Mobilität werden dabei von den Fachleuten immer wieder genannt, und dazu kommt der Mangel an öffentlichen Orten, wo sich die Interessierten treffen und austauschen können.



Der Freiwilligensurvey kann zeigen, dass die größeren subjektiven Potenziale für mehr freiwilliges Engagement in den neuen Ländern im Moment bei den jüngeren Menschen liegen (Grafik Z12).⁷⁰ Das gilt zwar auch für die alten Länder, aber der Graben beim aktuellen Engagement der älteren mittleren und der älteren Jahrgänge zwischen alten und neuen Ländern, der bei einer Angleichung zu überwinden wäre, ist im Moment besonders groß. Bei den Jüngeren in den neuen Ländern ist nicht nur das Engagement deutlich gestiegen, sondern auch die Potenziale für mehr Engagement, und zwar nicht nur bei den nicht Engagierten, sondern auch bei den bereits Engagierten⁷¹. Die große Ähnlichkeit des Bildes bei den 14- bis 30-Jährigen in Ost und West beim Engagement setzt sich auch beim hohen Engagementpotenzial fort, besonders in dessen bestimmter Form. Allerdings gibt es auch in den neuen Ländern viel Potenzial bei den Jahrgängen jenseits der 45, an die die Engagementförderung anknüpfen kann.

V.2 Zusammenfassung der Ergebnisse der qualitativen Studie

V.2.1 Zur Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements in städtischen und ländlichen Regionen

Zur Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements in städtischen und ländlichen Regionen hinsichtlich der Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements als einer wichtigen Ressource für die Gestaltung des Gemeinwesens gibt es in den ostdeutschen Untersuchungsregionen erhebliche Unterschiede. In der Regel wird mit Zivilgesellschaft und bürgerschaftlichem Engagement immer noch überwiegend das traditionelle Vereins- und Verbandswesen assoziiert. Dies wird von den lokalen Entscheidungsträgern in Politik und öffentlicher Verwaltung zwar durchaus als nicht unwichtig angesehen, allerdings weitgehend dem Aspekt des geselligen Lebens zugeordnet. Als eine Ressource zur Bewältigung von Herausforderungen des Gemeinwesens wird bürgerschaftliches Engagement erst ansatzweise betrachtet. Grundsätzlich gilt, dass die Anerkennung der Bedeutung des Engagements für das Gemeinwesen in Städten weiter entwickelt ist als in ländlichen Regionen. Dennoch gibt es Ausnahmen. Gerade in einigen dünn besiedelten ländlichen Regionen, in denen erhebliche Lücken in der Infrastruktur bestehen, haben die politischen und verwaltungsbezogenen Entscheidungsträger die Relevanz des Engagements als Ressource erkannt. Dabei hat sich in einigen Kommunen, insbesondere im ländlich strukturierten Raum, die Einsicht durchgesetzt, dass ohne bürgerschaftliches Engagement wichtige Infrastrukturleistungen nicht mehr bedarfsgerecht angeboten werden könnten. In diesen Kommunen entwickelt sich ein Bewusstsein darüber, dass das gemeinschaftliche und gesellige Leben in den Dörfern und Städten ebenso wie die Aufrechterhaltung basaler Dienstleistungen (wie zum Beispiel öffentlicher Nahverkehr, Einkaufsgelegenheiten vor Ort, Geselligkeit und soziale Kommunikation, Beratungs- und Unterstützungsangebote) ohne die Mitwirkung von Ehrenamtlichen beziehungsweise freiwillig engagierter Bürgerinnen und Bürger nicht mehr gewährleistet werden könnte. Abgesehen davon wird bürgerschaftliches Engagement auch als Ressource für die Bewältigung spezifischer Probleme genutzt. Die Interviewpartnerinnen und -partner hoben in diesem Zusammenhang insbesondere Probleme wie etwa die Bekämpfung des Rechtsextremismus, die Verringerung von Kriminalität, die Unterstützung „erschöpfter Familien“, die Bekämpfung der (Jugend-)Arbeitslosigkeit beziehungs-

⁷⁰ Vgl. zum Engagementpotenzial im Allgemeinen Kapitel II 3.

⁷¹ Vgl. zu den Potenzialen bei bereits freiwillig engagierten Menschen Kapitel II 3.

weise des Schulversagens sowie die Minderung von Prozessen der Segregation in den Städten hervor.

In diesen Regionen haben sich inzwischen Instrumente und Strategien der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements herausgebildet, die sowohl von kommunaler Politik und Verwaltung als auch von zivilgesellschaftlichen Organisationen (traditionelle Vereine, große und kleine Verbände sowie neuere Initiativen und Zusammenschlüsse) entwickelt und getragen werden. In einigen Regionen haben inzwischen auch Unternehmen damit begonnen, eigene Strategien und Instrumente der Engagementförderung zu erproben (siehe Abschnitt 6).

Die Beweggründe bzw. Motivlagen für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements können zwischen Akteuren aus unterschiedlichen Bereichen erheblich differieren. So betonen die Vertreter kommunaler Politik und Verwaltung insbesondere die Möglichkeit, durch bürgerschaftliches Engagement das Angebot kommunaler Daseinsfürsorge zu erhalten bzw. weiterzuentwickeln und die Folgen knapper Haushaltsmittel erträglich zu halten. Im zivilgesellschaftlichen Bereich ist ein breites Spektrum von Motivlagen erkennbar. Während es traditionellen Vereinen und Verbänden (wie Sportverbände, Freiwillige Feuerwehr, Karnevalsvereine, Heimatvereine und Wohlfahrtsverbände) vor allem darum geht, ihre weiterhin wichtige Arbeit unter veränderten Rahmenbedingungen (Bevölkerungsrückgang, Wegzug gerade jüngerer Menschen, knappe Haushaltsmittel) aufrechtzuerhalten, führen die Vertreter neuerer Infrastruktureinrichtungen (z.B. Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros) bzw. lokaler Bündnisse und Netzwerke (z.B. lokale Agenda 21 Gruppen, Netzwerke gegen rechte extremistische Bestrebungen) zusätzlich Motive wie die Stärkung der Zivilgesellschaft und die Erweiterung der Beteiligungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger ins Feld.

Für die Unternehmen geht es primär um die Verantwortungsübernahme für das umliegende Gemeinwesen, um die Gewinnung von Wettbewerbsvorteilen in der Konkurrenz um knappe Arbeitskräfte und um die Verbesserung des Images des Unternehmens in der Region.

V.2.2 Verbreitung und Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in städtischen und ländlichen Räumen in Ostdeutschland

Angebot und Nachfrage im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements stellen sich in städtischen und ländlichen Räumen äußerst unterschiedlich dar. Während im ländlichen Raum ein hoher Bedarf an Engagement auf relativ schwach entwickelte Engagementstrukturen trifft, ist in städtischen Räumen eine höhere Vielfalt an Engagementformen und eine relativ ausdifferenzierte Infrastruktur der Engagementförderung festzustellen.

Ein zentrales Ergebnis der qualitativen Analyse ist die Erkenntnis, dass sich die Bedingungen für die Entfaltung des bürgerschaftlichen Engagements und der Engagement fördernden Infrastrukturen zwischen städtischen und ländlichen Regionen erheblich unterscheiden. Dabei wirken sich die Besonderheiten der dünn besiedelten ländlichen Räume in den ostdeutschen Ländern wegen ihrer quantitativen Verbreitung besonders stark aus.

Strukturschache ländliche Räume sind durch spezifische Bedingungen gekennzeichnet, die sowohl die Entfaltung des bürgerschaftlichen Engagements als auch die Entwicklung einer Engagement fördernden Infrastruktur beeinflussen können. Diese Regionen sind durch eine geringe Bevölkerungsdichte, Wegzug von jüngeren und qualifizierten Bevölkerungsgruppen, eine ungünstige Wirtschaftsstruktur und erhebliche Lücken in der sozialen und verkehrlichen Infrastruktur geprägt. Dies hat zur Folge, dass erhebliche Zeitressourcen für Mobilität zum Ausbildungs- und Arbeitsplatz bzw. zur Schule oder zu sozialen Einrichtungen (Ämter, Krankenhäuser etc.) aufgebracht werden müssen. Das soziale Leben vor Ort wird durch diesen Sachverhalt sowie durch den Wegfall von zentralen Kommunikationsorten (Schulen, Kirchen und ihr Gemeindeleben, Jugendtreffs etc.) geschwächt. Der Weggang junger und aktiver Men-

schen und die Alterung der Bevölkerung schränken das Potenzial für Engagement und Ehrenamt zusätzlich ein.

In einigen Regionen hat diese Kumulation von Problemlagen zu der Einsicht geführt, dass es besonderer Strategien und Konzepte zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements bedarf. Es wurden und werden Konzepte und Maßnahmen umgesetzt, die den spezifischen ländlichen Bedingungen angepasst sind. Hierzu gehören Formen der Dezentralisierung der Engagement fördernden Infrastruktur z.B. durch Engagementlotsen, die Nutzung von vor Ort aktiven Seniortrainern aus dem EFI-Programm (Laufzeit 2002-2007), die Gründung von Dorfläden, die Einführung von Bürgerbussen, die Entwicklung von Paten- und Mentorenprogrammen im Bereich der Übergänge in Arbeit und Beruf (Jobpaten) bzw. Bildung (Vorlesepaten, Schülermentoren) und die Zusammenarbeit von Vereinen und Verbänden mit Bildungseinrichtungen (wie Schulen und Kindertagesstätten etc.).

Im wohlfahrtsverbandlichen Bereich sind in diesem Zusammenhang insbesondere die Ehrenamtskoordinatoren zu erwähnen. In Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern haben die AWO bzw. das DRK die spezifische Funktion der Ehrenamtskoordinatoren eingeführt, um bürgerschaftliches Engagement „in die Fläche zu tragen“. Dies soll dadurch geschehen, dass Bürgerinnen und Bürger in ihrem Engagement begleiten und beraten und die aktiven Ehrenamtlichen bei der Entwicklung von Projekten unterstützt werden. Die Ehrenamtskoordinatoren haben in der Regel einschlägige Qualifizierungen (Fort- und Weiterbildung) durchlaufen, sind z.T. auf der Basis geringfügiger Arbeitsverträge beschäftigt und werden selbst wiederum von einer hauptamtlichen Koordination angeleitet und unterstützt.

Zusammenfassend kann für die ländlichen Untersuchungsregionen festgestellt werden, dass in einigen Gemeinden und Landkreisen erste Ansätze für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements erkennbar sind. Dies gilt sowohl für das traditionelle Vereinsleben als auch für die Verbändewohlfahrt und ihre Einrichtungen und Dienste und nicht zuletzt für die kommunale Fachverwaltung. Allerdings fühlen sich die in diesem Feld aktiven Akteure noch relativ isoliert und allein gelassen mit ihrem Anliegen. Insbesondere Vertreter der kommunalen Fachverwaltung wünschen sich eine stärkere Unterstützung durch Bürgermeister, Dezernenten und Landräte. In den Landkreisen, in denen der Landrat das Anliegen der Engagementförderung aktiv unterstützt, ist es für die Akteure auf der Verwaltungs- und Einrichtungsebene deutlich leichter, stabile Strukturen und Arbeitszusammenhänge aufzubauen und auch andere Ressorts mit ins Boot zu nehmen. Insgesamt sind die guten Ansätze und Projekte eher „Inseln“ in einer Umgebung, die diesem Thema eher noch wenig Aufmerksamkeit schenkt. Ein profilierter Vertreter einer Infrastruktureinrichtung zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements spricht daher davon, dass das Thema Engagementförderung gerade in den ländlichen Regionen überwiegend noch ein „Nischendasein“ fristet.

In den kreisfreien Städten stellt sich die Situation durchaus anders dar. Hier hat sich seit der Wende ein breites Spektrum an zivilgesellschaftlichen Institutionen (Vereine, Verbände, Initiativen) sowie eine Vielfalt an Engagement fördernden Infrastruktureinrichtungen in prinzipiell allen Engagementbereichen (Geselligkeit, Sport, Bildung und Erziehung, Kultur, Wohlfahrtspflege, Umwelt, kommunale Beteiligung etc.) herausgebildet.

Diese Entwicklung wurde u.a. auch durch finanzielle Förderung durch Stiftungen, Kommunen, Landesministerien und Bundesprogramme ermöglicht. Allerdings waren und sind die finanziellen Spielräume in den öffentlichen Haushalten ostdeutscher Kommunen und Bundesländern von Beginn an eng begrenzt. Zudem führt die Überschuldung vieler Städte dazu, dass insbesondere im Bereich der sogenannten freiwilligen Aufgaben gespart und damit die Existenzbedingungen zivilgesellschaftlicher Organisationen (Initiativen, Projekte, Vereine, Verbände und Netzwerke) gefährdet werden. Auch die Engagement fördernden Strukturen vor Ort (Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros etc.) verfügen in ihrer überwiegenden Mehrzahl über knappe und zumeist prekäre Finanzbudgets und müssen in der Regel fortlaufend mit erheblichen Un-

wägbarkeiten hinsichtlich ihrer künftigen Entwicklung rechnen. Dies hat folgenreiche Auswirkungen auf die Stabilität, Verlässlichkeit und Qualität ihrer Angebote und Leistungen. So führt die finanzielle Unsicherheit der Einrichtungen dazu, dass Stellenausschreibungen für hochqualifizierte Fachkräfte nicht attraktiv genug sind bzw. bestehende Kompetenzen und Erfahrungswissen durch Personalfluktuationsverluste verloren gehen. Auch ist die Personalausstattung zu meist so knapp bemessen, dass allenfalls Kernaufgaben erfüllt werden können. Ferner führen die knappen finanziellen Budgets in vielen Städten inzwischen zu problematischen Konkurrenzsituationen zwischen einzelnen Infrastruktureinrichtungen der Engagementförderung.

So hat sich an einigen Beispielen gezeigt, dass die Neueröffnung einer Einrichtung zur Förderung des Engagements von bestehenden Einrichtungen in derselben Stadt als unliebsame Konkurrenz und Gefährdung der eigenen Finanzbasis bewertet wird, was Kooperationsverweigerungen und problematischen Konkurrenzstrategien Vorschub leistet.

Eine weitere Folge der Entwicklung einer vielfältigen Landschaft Engagement fördernder Institutionen besteht in der wachsenden Unüberschaubarkeit für die potenziellen Nutzergruppen und einer oftmals fehlenden Abstimmung und Koordination zwischen den einzelnen Angeboten. Insbesondere die Befragten aus dem Berliner Raum und aus einigen größeren Städten wiesen darauf hin, dass es für Bürgerinnen und Bürger, die sich über Engagementmöglichkeiten informieren wollen, immer schwieriger wird, die richtigen Ansprechpartner zu finden. So weiß oft eine Einrichtung nicht genau, was die andere macht bzw. wofür sie zuständig ist und sind die Instrumente hinsichtlich der Erfassung von Engagementmöglichkeiten im Stadtteil bzw. in der Gesamtstadt noch unzureichend entwickelt. Dies gilt grundsätzlich auch für Engagementportale im Internet. In vielen Regionen sind zwar Engagementportale des jeweiligen Bundeslandes verfügbar, es fehlt allerdings oft an aktuellen und detaillierten Informationen über die Nachfrage nach engagierten Personen in der eigenen Gemeinde, im Stadtquartier bzw. der Gesamtstadt. In dieser Hinsicht sind sowohl Defizite in der Abstimmung und Kooperation zwischen unterschiedlichen Einrichtungen vor Ort als auch in internetgestützten Instrumenten der Vermittlung von Angebot und Nachfrage im Engagementbereich festzustellen.

Aus den Aussagen der Befragten zu guten Praxisansätzen insbesondere – aber nicht nur – auf städtischer Ebene lassen sich Gelingensbedingungen für die Entwicklung einer Förderstruktur für bürgerschaftliches Engagement ableiten. Danach bedarf es der Beauftragung einer konkreten Person (Kümmerer) in der Verwaltung für diese Aufgabe durch die politische Spitze vor Ort. Auf der Grundlage der grundsätzlichen Unterstützung durch die politische Spitze kann die verantwortlich gemachte Person in der Verwaltung weitere Kooperationspartner im eigenen Ressort sowie in anderen Fachbereichen gewinnen, Netzwerke unter Einbezug von Akteuren aus Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft aufbauen und konkrete Instrumente der Förderung von bürgerschaftlichem Engagement (wie zum Beispiel Ehrenamtspass, Ehrenamts-card, Anerkennungskultur et.) entwickeln. Entscheidend ist, dass die Aufgabe der Engagementförderung mit personellen, sächlichen und finanziellen Ressourcen ausgestattet wird. Hilfreich hat sich erwiesen, wenn ein (kleines) finanzielles Budget für die Förderung von zivilgesellschaftlichen Projekten vorhanden ist. Auch stärkt die Existenz einer Freiwilligenagentur beziehungsweise einer ähnlichen Infrastruktureinrichtung vor Ort durch Erledigung ihrer spezifischen Aufgaben die Stellung des zuständigen Mitarbeiters/ zuständigen Mitarbeiterin innerhalb der Verwaltung und damit insgesamt das Anliegen der Engagementförderung im jeweiligen Ort. Die Entwicklung eines trisektoralen Netzwerks unter Beteiligung von Politik/ öffentlicher Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wirtschaft kann dazu beitragen, dass Anliegen der Engagementförderung in der jeweiligen Kommune zu stärken, den Erfahrungsaustausch zwischen allen Beteiligten zu erleichtern und die Entwicklung gemeinsamer Projekte der Engagementförderung zu befördern.

V.2.3 Zur Bedeutung von Bundesmodellprogrammen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Ostdeutschland

Die Entwicklung einer Engagement fördernden Infrastruktur vor Ort ist in Ostdeutschland in hohem Maße von Finanzierungen durch Bund und Länder angewiesen. Die Ziele, Förderkriterien und Laufzeiten von Bundes- und Landesprogrammen werden aber in der Regel relativ unabhängig von den konkreten Bedarfslagen und Prioritäten vor Ort festgelegt. Die hieraus resultierenden Spannungen zwischen regionalen Entwicklungen und Bedarfen und der top-down Steuerung durch überörtliche Modellprogramme erzeugt erhebliche Managementherausforderungen für die Akteure und Einrichtungen vor Ort und macht die nachhaltige Entwicklung tragfähiger Leistungs- und Akteursstrukturen schwierig.

Sowohl zivilgesellschaftliche Organisationen als auch Engagement fördernde Einrichtungen und Akteure werden nicht nur – abgesehen von Eigenmitteln und Zuwendungen durch Stiftungen und Unternehmen – durch die kommunalen Gebietskörperschaften, sondern vor allem auch durch Landes- und Bundesprogramme gefördert. Sowohl der Bund als auch die Länder fördern im Rahmen ihrer Anregungs- und Anschubfunktion den Aufbau von Engagement fördernden Strukturen und Angeboten. Was die Bundesprogramme anbelangt, so sind von den Befragten insbesondere Programme wie Erfahrungswissen für Initiativen (EFI), Generationsübergreifende Freiwilligendienste (GÜF), Freiwilligendienste aller Generationen (FDaG), die vom BMFSFJ geförderten Jugendfreiwilligendienste (FSJ, FÖJ), der im Jahre 2011 eingeführte Bundesfreiwilligendienst (BFD), Aktiv im Alter sowie Programme wie die Bündnisse für Familie und Mehrgenerationenhäuser benannt worden. Der Vollständigkeit halber muss hinzugefügt werden, dass sowohl der Aufbau der örtlichen Seniorenbüros als auch der Selbsthilfekontaktstellen in den 1990er Jahren durch Bundesprogramme gefördert worden sind. Von den meisten Befragten ist artikuliert worden, dass ohne solche überregionalen Bundesprogramme viele Strukturen und Angebote der Engagementförderung nicht – oder nicht in dem Maße wie jetzt vorhanden – hätten aufgebaut werden können. Allerdings hat die starke Abhängigkeit von überregionalen bzw. bundesweiten Förderprogrammen folgenreiche Konsequenzen für die örtliche engagementfördernde Infrastruktur. Bundesprogramme und oftmals auch Landesprogramme sind als Modellprogramme zeitlich befristet und haben in erster Linie eine Anregungs- und Anschubwirkung. Angesichts der prekären kommunalen Haushaltssituation ist aber in der Regel nicht gesichert, dass Einrichtungen und Angebote, die durch Bundesprogramme entstanden sind, nach dem Auslaufen des Programms durch Kommunen und Bundesländer weiter gefördert werden können. Selbst in den Fällen, in denen eine Weiterförderung von Modelleinrichtungen mit den kommunalen Gebietskörperschaften vereinbart worden ist, zeigt sich, dass spätestens fünf Jahre nach Auslaufen des Bundesprogramms erhebliche Probleme der Weiterfinanzierung entstehen. Es ist also keineswegs gesichert, dass Projekte und Angebote, die sich bewährt haben und Beispiele für „gute Praxis“ darstellen, in ihrer Existenz stabilisiert werden können.

Darüber hinaus monieren viele Befragte auf der lokalen Ebene, dass die Ziele und Förderkriterien der Bundesprogramme oft nicht mit den Bedarfen auf kommunaler Ebene übereinstimmen. Auch sind lokale Einrichtungen vielfach gezwungen, ihr Angebot und ihre Konzepte an die Vorgaben überörtlicher Förderprogramme anzupassen, um in den Genuss der Förderung zu kommen. Auf diese Weise finden regional angepasste, bewährte und bedarfsgerechte Angebote und Einrichtungen nicht die Anerkennung, die sie verdienen und müssen sich stattdessen an den Vorgaben überörtlicher Programme orientieren. So bemängelten einige der Befragten am Beispiel der Bündnisse für Familie, dass an vielen Orten bereits Bündnisse mit dieser Zielsetzung vorhanden waren und dass die spezifischen Bedürfnisse dieser Bündnisse – z.B. Gelder für die Akquise von Freiwilligen zu erhalten – nicht befriedigt werden konnten. Auch zeigte sich im Hinblick auf die Freiwilligendienste aller Generationen, dass die Freiwilli-

gen oftmals keine vertragliche Festlegung auf feste Wochenstunden wünschten, sondern, dass sie ihr zeitliches Engagement als eine Selbstverständlichkeit verstanden, das sich in zeitlicher Hinsicht an ihren eigenen Möglichkeiten und den örtlichen Bedarfen ausrichtet.

Dabei ist zusätzlich zu berücksichtigen, dass nicht alle Bundesprogramme, und hier sind insbesondere die Mehrgenerationenhäuser und Bündnisse für Familie zu nennen, das primäre Ziel haben, bürgerschaftliches Engagement zu fördern. So geht es bei den Mehrgenerationenhäusern um den Aufbau eines Netzes von haushaltsnahen Dienstleistungen rund um die Familien und die Bündnisse für Familie sollen in erster Linie die Rahmenbedingungen für familiales Zusammenleben verbessern (z.B. durch bessere Bedingungen der Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie). Welche Rolle dabei der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements vor Ort zukommt, bleibt also den beteiligten Akteure in den Bündnissen bzw. Einrichtungen vor Ort überlassen. Aus der Perspektive der Einrichtungen und Anbieter Engagement fördernder Leistungen ergeben sich hieraus erhebliche Managementanforderungen. So müssen sie z.B. auf der einen Seite bedarfsgerechte Leistungen auf möglichst hohem Qualitätsniveau entwickeln und anbieten und auf der anderen Seite erhebliche Ressourcen für die Akquise von Finanzmitteln einsetzen. Für viele zivilgesellschaftliche Organisationen vor Ort stellt die Suche nach Weiterfinanzierungsmöglichkeiten eine Aufgabe dar, die immer mehr zeitliche Arbeitskapazitäten bindet. Darüber hinaus müssen die eigenen Konzepte und Arbeitsansätze mit den Förderrichtlinien von Bundes- und Landesprogrammen in Einklang gebracht werden. Dies wird vor allem dann zu einem Problem, wenn die Ziele und Schwerpunkte überörtlicher Programme nicht oder nur wenig mit örtlichen Bedarfslagen und Prioritätensetzungen übereinstimmen. Gerade in ländlichen Räumen mit ihren spezifischen Bedarfen und besonderen Rahmenbedingungen stellt sich dieses Problem in besonderer Weise. So betonten die Befragten der ländlichen Regionen nachdrücklich, dass es angesichts der weiten Wege einer Übernahme von Fahrtkosten bedarf, um bürgerschaftliches Engagement in diesen Regionen zu ermöglichen. Die Erstattung von Fahrtkosten für Ehrenamtliche ist in vielen Programmen aber nicht vorgesehen.

Ein weiteres Problem stellt die Sicherung der Qualität der Arbeit dar. Qualitativ gute Arbeit erfordert verlässliche Strukturen, qualifiziertes Personal sowie Zeiträume für Erfahrungsaufbau und Vernetzung in der Region. Unter den Bedingungen befristeter Förderprogramme, unzureichender finanzieller Ressourcen auf der kommunalen Ebene und fehlenden Erfahrungen erweisen sich Projektabbrüche, Schließungen von Einrichtungen und Personalfuktuation angesichts fehlender Zukunftsperspektiven als Hemmnisse für den Aufbau einer verlässlichen und gut vernetzten Infrastruktur der Engagementförderung vor Ort. Nicht zu vernachlässigen sind auch die individuellen Belastungen für die oft prekär Beschäftigten in den Einrichtungen, die trotz fehlender Klarheit über ihre Beschäftigungsperspektiven, fehlender Mittel für Fort- und Weiterbildung und auf der Basis prekärer Beschäftigungsverhältnisse anspruchsvolle Aufgaben der Engagementförderung bewältigen sollen.

V.2.4 Zivilgesellschaftliche Organisationen zwischen Konkurrenz und Kooperation

Generell befördert die Pluralität der Trägerlandschaft im sozialen Bereich und der Wettbewerb um öffentliche Finanzmittel Konkurrenz unter den Organisationen der Zivilgesellschaft. Diese Bedingungen stellen sich allerdings in den ostdeutschen Regionen verschärft dar. In diesen Regionen sind die kommunalen Haushalte besonders angespannt und finanzkräftige Stiftungen sowie Wirtschaftsunternehmen als weitere Förderer der Zivilgesellschaft eher selten. Dies führt dazu, dass nur diejenigen Organisationen überleben können, die über gute Beziehungen zu potenziellen Finanzmittelgebern verfügen und gut in ihrer Region vernetzt sind. Die Konkurrenz unter den zivilgesellschaftlichen Organisationen wird allerdings dadurch verschärft, dass

unabgestimmte Förderstrategien zur Entstehung von Institutionen mit gleicher oder ähnlicher Aufgabenstellung auf engstem Raum führen. Insbesondere in den städtischen Regionen berichten einige Befragte von Konkurrenzsituationen zwischen Einrichtungen mit identischem oder ähnlichem Aufgabenprofil. Die Befürchtung, dass alle zivilgesellschaftlichen Organisationen um dasselbe begrenzte Finanzvolumen konkurrieren, seien dies nun öffentliche Fördermittel oder Spenden beziehungsweise Zuwendungen durch Stiftungen, führt zu eher skeptischen Einschätzungen im Bezug auf Neugründungen von zivilgesellschaftlichen Organisationen und zu ständigen Versuchen der Abgrenzung und Eigenprofilierung.

Allerdings gibt es auch ermutigende Beispiele für Kooperationen und die Bildung von Bündnissen zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen. Es lassen sich verschiedene Beispiele dafür nennen, dass zivilgesellschaftliche Organisationen gemeinsame Aktivitäten entwickeln und in den Regionen Bündnisse und Netzwerke gründen. Auch gemeinsame Antragsstellungen bei überörtlichen Förderinstitutionen sind hier zu erwähnen.

Eine weitere Strategie besteht in dem Aufbau von Vernetzungen und Kooperationsverbünden vor Ort (Mitwirkung in Netzwerken, Runden Tischen, Fachausschüsse etc.). In diesen Netzwerken und Kooperationsformen werden Informationen über Fördermöglichkeiten ausgetauscht, lokale Bedarfe identifiziert und kooperative Projekte entwickelt.

Diese Formen der Vernetzung und Kooperation können unterschiedliche Grade der Formalisierung annehmen. Insbesondere die im Folgenden genannten Formen der Kooperation wurden durch die Befragten benannt:

Kommunale Informationsveranstaltung: Diese Veranstaltungen sind punktueller Natur und dienen dem gegenseitigen Kennenlernen. Auf diesen Veranstaltungen stellen sich die Einrichtungen und Organisationen gegenseitig vor, diskutieren örtliche Bedarfe und verabreden bilaterale Kooperationen.

Regionale Informationsveranstaltung – Ehrenamtsmessen: Die Ehrenamtsmessen stellen eine Form der Informationsveranstaltung dar, mit deren Hilfe Projekte vorgestellt und Ehrenamtliche gesucht werden. Diese Messen finden jährlich in Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern statt.

Regelmäßige Gremienarbeit/Arbeitsgemeinschaften: In diesen informellen und formalen Gremien kommen aktive Akteure der Zivilgesellschaft in der Kommune zusammen. Soweit es sich um formale Gremien handelt, sind sie thematisch gebunden, haben formale Mitgliedschaften und zum Teil gesetzlich geregelte Aufgaben. Informelle Arbeitsgruppen bilden sich bei Bedarf und zerfallen, wenn der Zweck der Arbeitsgruppe erfüllt ist. Aus solchen Arbeitsgruppen heraus werden oft projektbezogene Bündnisse geschmiedet, in deren Rahmen konkrete Engagementprojekte entwickelt und umgesetzt werden.

Vertraglich geregelte Kooperation: Hierbei handelt es sich zum einen um projektbezogene Kooperationen. So haben sich z.B. in Sachsen mehrere Mehrgenerationenhäuser zusammengetan, um einen gemeinsamen ESF-Projektantrag zu stellen. Zum anderen handelt es sich um langfristige und vertraglich vereinbarte Kooperationen, wie z.B. eine gemeinsame Partnerschaft im Hinblick auf die Gründung und Führung einer Bürgerstiftung.

V.2.5 Beziehung zwischen Haupt- und Ehrenamt

Vor dem Hintergrund der prekären Arbeitsmarktsituation für soziale Berufe in Ostdeutschland sind Irritationen und Verunsicherungen zwischen Haupt- und Ehrenamt weit verbreitet. Die prekäre Finanzsituation sowohl in den kommunalen Haushalten als auch bei den sozialen Einrichtungen und Organisationen führt zu besonderen Belastungen des Verhältnisses zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen. Die Hauptamtlichen, die in den Einrichtungen, Diensten und Organisationen im Kultur-, Sozial-, außerschulischem Bildungs- und Umweltbereich tätig sind, sehen sich – zumindest subjektiv – angesichts der knappen Finanzdecke bei Sozialverbänden

und kommunalen Einrichtungen oftmals in einer unsicheren Beschäftigungssituation. Auf der anderen Seite besteht die Gruppe der (potenziell) Engagementinteressierten nach Aussagen der Befragten zu einem erheblichen Teil aus Personengruppen, die aufgrund ihrer Arbeitslosigkeit oder Frühverrentung eigentlich an einer Einmündung in Erwerbsarbeit interessiert sind. Viele dieser Engagierten sind bestrebt, sich über ihr Ehrenamt Kompetenzen und Qualifikationen anzueignen, die auch für den Erwerbsarbeitsmarkt nützlich sein können. Vor diesem Hintergrund wächst nach Angaben der Befragten die Befürchtung unter vielen Hauptamtlichen, dass Ehrenamtliche letztlich eine Konkurrenz darstellen und das es möglicherweise zu Verdrängungsprozessen zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen zu ihren Lasten kommt. Angesichts der aktuellen Einsparungen in den öffentlichen Haushalten vor dem Hintergrund von Überschuldung und Schuldenbremse scheint sich die Situation eher noch zuzuspitzen. Solche Tendenzen stehen einer konstruktiven Zusammenarbeit „auf Augenhöhe“ entgegen.

Gerade im ländlichen Raum berichten die Befragten, dass der Übergang zwischen den Tätigkeiten, die Haupt- und Ehrenamtliche ausüben, in vielen Einrichtungen fließend ist. Dies gilt vor allem dann, wenn es sich bei den Ehrenamtlichen nicht um Laien, sondern um grundsätzlich qualifizierte Personen handelt.

Unklarheiten über die Handlungsmöglichkeiten von Haupt- und Ehrenamtlichen ergeben sich vor allem in den Einrichtungen und Organisationen, in denen die Zuständigkeiten zwischen beiden Gruppen nicht klar genug voneinander abgegrenzt und die Rahmenbedingungen für den Einsatz von Ehrenamtlichen nur vage geregelt sind. Unter solchen Bedingungen kann nach Aussagen der Befragten eine gute Kooperation zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen und eine entsprechende professionelle Begleitung und Unterstützung der Ehrenamtlichen durch Hauptamtliche kaum entstehen. Die Befragten berichten über „naturwüchsige“ Umgangsstrategien in diesen Einrichtungen, die von einer Marginalisierung dieses Problems (Ignorieren der Probleme) bis hin zur Entwicklung eines Freiwilligenmanagements reichen.

Die Befragten heben hervor, dass die Strategie der Marginalisierung bei Einrichtungen und Organisationen im ländlichen Raum besonders weit verbreitet ist. Dies hängt oft damit zusammen, dass die Organisationen und Einrichtungen hier unter schwierigen äußeren Rahmenbedingungen arbeiten müssen und insgesamt unzureichend auf die Zusammenarbeit mit Freiwilligen eingestellt sind.

Freiwillige werden, wenn sie vorhanden sind, häufig wie Hilfsarbeiter behandelt, sie erfahren wenig Betreuung und Weiterbildung sowie eine weitgehende Nichtbeachtung ihrer spezifischen Interessen. Beispiele für einen solchen Umgang sind fehlende oder unzureichende Aufklärung über geplante Einsätze in Institutionen und über deren Abläufe, fehlende Absprachen über zu leistende Arbeiten oder mangelnder Versicherungsschutz. Vor diesem Hintergrund fühlen sich Ehrenamtliche unzureichend anerkannt und zugleich nehmen die Hauptamtlichen die Ehrenamtlichen als potenzielle Bedrohung ihres Arbeitsplatzes wahr.

Im Gegensatz dazu sind andere Einrichtungen und Organisationen angesichts der gleichen Herausforderungen dazu übergegangen, das Problem der Kooperation von Haupt- und Ehrenamt bewusst zu managen. Die beteiligten Akteure berichteten davon, dass sie sich selber reflexiv mit der Thematik auseinandergesetzt (z.B. in Form von Mediation) bzw. Hilfe von außen in Anspruch genommen haben. So wurden bspw. professionelle Weiterbildungen im Freiwilligenmanagement absolviert, ein konstruktiver Umgang mit Freiwilligen entwickelt (Freiwillige brauchen Befugnisse und Mitsprachemöglichkeiten, Zugang zu Räumen und Infrastrukturen) sowie klare Aufgabenbeschreibungen und Profilbildungen zwischen haupt- und ehrenamtlichen Tätigkeiten eingeführt.

Im Ergebnis zeigt sich, dass diejenigen Organisationen, die ein professionelles Freiwilligenmanagement aufgebaut haben, nicht nur konstruktiver mit den Irritationen und Verunsicherungen zwischen Haupt- und Ehrenamt umgehen können, sondern zudem auch eine höhere Attraktivität für gut qualifizierte Ehrenamtliche gewinnen.

Dagegen sind Einrichtungen und Organisationen, in denen ungünstigere Bedingungen für den

Einsatz von Ehrenamtlichen vorherrschen, für anspruchsvolle Engagierte weniger interessant mit der Folge, dass sie mit weniger qualifizierten Ehrenamtlichen vorlieb nehmen müssen. Gerade in diesen Einrichtungen, in denen die Erwartungen zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen ungeklärt geblieben sind und es keine ausgewiesene Rolle des Engagements in der Organisation gibt, kommt es leichter zu Konflikten und ungeklärten Rollendefinitionen zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen und damit zu Enttäuschungen und Abbrüchen des ehrenamtlichen Engagement.

V.2.6 Die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements durch Unternehmen

Der Beitrag von Unternehmen zur Förderung des Engagements und zur Gestaltung des Gemeinwesens ist unverzichtbar; er folgt allerdings einer eigenen Logik, ist punktuell, zeitlich befristet und richtet sich nach eigenen Zielkriterien und weniger nach örtlichen bzw. regionalen Bedarfen. Wie die Interviews mit Vertretern der Wirtschaft belegen, repräsentiert das Engagement von Unternehmen im zivilgesellschaftlichen Bereich ein breites Spektrum an Aktivitäten und Formen. Sie reichen von dem klassischen Spenden von Geld, Sponsoring bis hin zu neueren Formen des Corporate Volunteering, bei dem die Beschäftigten eines Unternehmens für einen ehrenamtlichen Einsatz freigestellt (social days) bzw. in enger Kooperation mit gemeinnützigen Organisationen Projekte im Bereich von Bildung, Umwelt, Soziales, Kultur etc. realisiert werden.

In den Interviews wurden drei Engagementformen von Unternehmen identifiziert: 1. Das Spenden oder Sponsoring, wobei das Unternehmen nach eigenen Kriterien fördert. 2. Die Mitarbeit in Gremien und Arbeitskreisen, in denen sich die Unternehmen bei der Entwicklung regionaler Projekte engagieren. 3. Die Unterstützung und Kofinanzierung von Projekten und Anliegen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Gemeinwesen entwickelt haben.

Diese Formen des Unternehmensengagements konnten in allen Unternehmen unabhängig von ihrer Größe gefunden werden. Allerdings lassen sich auch Unterschiede im Engagement zwischen großen und kleinen Unternehmen finden. So entsteht das Engagement von Kleinunternehmen zumeist auf der Grundlage der eigenen Betroffenheit des Firmeninhabers. So haben sich Unternehmer etwa im Bildungsbereich engagiert, weil das eigene Kind in der Kita ist bzw. in einem Sportverein mitwirkt oder es wird ein Fahrzeug für ein Dorffest bereitgestellt in dem Dorf, in dem der Unternehmer ansässig ist. Große Unternehmen dagegen fördern oft anlassbezogen (z.B. durch Spenden) oder entwickeln eigene Programme und Förderkriterien, nach denen sie konkrete Projekte und Aktivitäten unterstützen. Die Inhalte des derart geförderten Engagements stehen in der Regel in einem engen Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Aktivitäten des Unternehmens.

Vorrangig haben Großunternehmen eine eigene Abteilung oder Stellen für das Thema Corporate Volunteering oder Corporate Citizenship gebildet. Es werden personelle Ressourcen, ein eigenes Budget und Förderkriterien zur Verfügung gestellt. Dabei suchen sie sich Partner in der Zivilgesellschaft, um das Engagement umsetzen zu können. Unternehmen wollen dabei nicht nur als Geldgeber verstanden werden, sondern eigene Ressourcen in ihr Engagement einbringen (Know-how, eigene Personalressourcen, Sachmittel etc.) und an der Umsetzung von sozialen Projekten selbst mitwirken.

Insgesamt zeigt sich, dass das Unternehmensengagement wichtige Themenbereiche (z.B. Bildung, soziale Integration, Umwelt) aufgreift und damit durchaus Bedarfe des Gemeinwesens der Region abdeckt. Es ist aber grundsätzlich zeitlich befristet, oft punktuell und folgt inhaltlich den eigenen Kriterien und Interessen der jeweiligen Unternehmen. Auch die räumliche Verbreitung dieses Engagements folgt dem Interesse des Unternehmens. So hat

z.B. eines der befragten Unternehmen ein kleines Förderprogramm aufgelegt, dass allerdings nur in denjenigen Landkreisen zur Verfügung gestellt wird, in denen das Unternehmen auch privatgewerblich tätig ist. Dabei sind die Unternehmen zwar bei der Umsetzung ihrer Projekte an der Kooperation mit gemeinnützigen Organisationen interessiert, verhalten sich aber sehr zurückhaltend bei einer langfristigen Mitgliedschaft in regionalen bzw. landesweiten Netzwerken der Engagementförderung. Auch vermeiden die Unternehmen oftmals eine aktive Kommunikation über ihr Unternehmensengagement in der Öffentlichkeit, weil sie befürchten, dass sich hieraus Erwartungen der Öffentlichkeit an eine langfristige Aufrechterhaltung dieses Engagements ergeben könnten.

V.2.7 Bildung und bürgerschaftliches Engagement

Die Förderung des bürgerschaftlichen Engagement durch Bildungsinstitutionen – vornehmlich Schulen – ist im Bildungssystem der neuen Bundesländer zwar noch nicht stark verankert, allerdings gibt es einige erste Ansätze zur Verankerung des bürgerschaftlichen Engagements im Bildungssystem. Zumindest an einzelnen Schulen haben sich Projekte entwickelt, bei denen Schülerinnen und Schüler ins Gemeinwesen gehen, um soziale Tätigkeiten zu realisieren oder konkrete Projekte umzusetzen. In diesem Zusammenhang ist es zum Teil auch zu entsprechenden Formen der Kooperation zwischen Schule, zivilgesellschaftlichen Organisationen und/ Wirtschaft gekommen. Dabei sind insbesondere ländliche Schulen dankbar für entsprechende Initiativen, da hier eine entsprechend geringe Auswahl an Freizeit- und Jugendprogrammen in der Region vorhanden ist. Im städtischen Raum besteht eher das Problem, dass die Schulen durch unterschiedliche Programme (zur Vermeidung von Schulversagen etc.) belastet sind und daher über geringe zeitliche Ressourcen verfügen, um kooperative Projekte im Bereich der Engagementförderung durchführen zu können. In einem der neuen Bundesländer konnte allerdings ein anspruchsvolles Projekt des Service Learning identifiziert werden, bei dem einige Schulen in einem Netzwerk daran arbeiten, ihr Service Learning Programm weiter zu entwickeln und in Kooperationen mit einer Freiwilligenagentur und einer Stiftung die in diesem Projekt entstandenen Strukturen und Kompetenzen zu verstetigen. Dabei geht es sowohl um die Erarbeitung von Arbeitsmaterialien und den Austausch von Erfahrungen als auch um die Qualifizierung der Lehrerinnen und Lehrer und um die Wissensweitergabe an die jeweils nächste Generation des Lehrpersonals durch erfahrene ältere Kollegen. Im außerschulischen Bereich wurde zwar eine Vielzahl von Projekten mit Bildungsbezug benannt, allerdings sind die Kinder und Jugendlichen gerade hier zeitlich durch die Überwindung erheblicher Wegstrecken zwischen Elternhaus und Bildungseinrichtung sehr belastet, was zusammen mit den Rückgang des Anteils junger Menschen an der Bevölkerung zu einer Verknappung des Potentials jungen Freiwilligen in diesen Regionen führt. Hier kommt es zu einer regelrechten Konkurrenz zwischen den unterschiedlichen Organisationen der Zivilgesellschaft um die zurückgehende Zahl von Kindern und Jugendlichen als potentielle Mitglieder und Ehrenamtliche. Vor diesem Hintergrund wird in einigen Regionen der Versuch unternommen, das Engagement gezielt zu nutzen, um die Attraktivität für die Region bei Familien und jungen Menschen zu steigern und damit die Lebensbedingungen und Entwicklungspotenziale der Region zu verbessern. Bürgerschaftliches Engagement kann genutzt werden, um die Jugendlichen an die Region zu binden und weitere junge Familien dazu zu bewegen, in diese Region zu ziehen.

VI Handlungsempfehlungen für die Förderung bürgerschaftlichen Engagements in Ostdeutschland

VI.1 Die Ausgangslage

Aus der Forschung ist bekannt und diese Studie bestätigt es, dass ein guter Stand der zivilgesellschaftlichen Entwicklung und des bürgerschaftlichen Engagements die Teilhabe unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen am öffentlichen Leben erhöht und Ressourcen für die Weiterentwicklung sozialer Strukturen und sozialer Beziehungen aktiviert. Das fördert auch die wirtschaftliche Dynamik in städtischen und insbesondere in ländlichen Regionen. Die empirischen Analysen haben gezeigt, dass bürgerschaftliches Engagement in diesem Zusammenhang unterschiedliche Funktionen erfüllen kann: zunächst es kann dazu beitragen, auf der individuellen Ebene Beteiligungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten im Gemeinwesen zu eröffnen, persönliche Projekte und Lebensziele zu verwirklichen und zuweilen auch Übergänge in das Erwerbssystem zu ermöglichen.

Auf der Ebene zivilgesellschaftlicher Organisationen erlaubt es das bürgerschaftliche Engagement, Angebote von Vereinen, Verbänden sowie gemeinnütziger Einrichtungen und Dienste zu verbreitern und zu verbessern. Es vernetzt sie jedoch auch mit dem lokalen und regionalen Gemeinwesen. Außerdem trägt die Partizipation zur Attraktivität zivilgesellschaftlicher Organisationen bei, sowohl für die Beteiligten als auch für potenzielle neue Mitglieder. In Hinblick auf das Gemeinwesen ist bürgerschaftliches Engagement also ein wichtiger Motor für die Aktivierung zivilgesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Ressourcen. Damit trägt es zur Vitalisierung des kommunalen Lebens gerade auch im dünn besiedelten ländlichen Raum bei sowie zur Mobilisierung aller Kräfte für eine produktive Weiterentwicklung regionaler Prozesse (Impuls- und Motorfunktion).

Mitgliedschaften in zivilgesellschaftlichen Organisationen und Teilnahme am freiwilligen Engagement sind in Ostdeutschland trotz gewisser Fortschritte immer noch geringer als in Westdeutschland. Ostdeutschland ist weiterhin eine „Potenzial-Gesellschaft“ des organisierten Engagements. Dies bedeutet, dass zwar eine wachsende Anzahl an Menschen im öffentlichen Bereich aktiv und zum Engagement bereit ist. Dennoch wird dieses Potenzial zu wenig wirksam. Die soziale Vernetzung bewegt sich weiterhin mehr als in Westdeutschland in informellen Bahnen. Dennoch können an den großen zivilgesellschaftlichen Chancen der neuen Länder Programme und Instrumente der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements ansetzen. Die Potenziale der städtischen und ländlichen Regionen zu heben und zwar dauerhaft, ist eine vordringliche Aufgabe einer strategisch ausgerichteten Engagementpolitik.

Der gezielte Einsatz von Programmen, Maßnahmen und Instrumenten muss jedoch berücksichtigen, dass die Ausgangslage angesichts der spezifischen Siedlungsstruktur in den neuen Ländern unterschiedlich ist. So hat in Ostdeutschland der dünn besiedelte ländliche Raum ein gegenüber Westdeutschland viel größeres Gewicht, da hier mit 47% mehr als doppelt so viele Menschen leben (vgl. Abschnitt II.3.4). Demgegenüber siedeln 49% der Bevölkerung in den alten Ländern in Übergangsregionen, also im verdichteten Umland der Großstädte. Während aber im ländlichen Raum der alten Länder die Engagementquote mit 42% besonders hoch ist, fällt das freiwillige Engagement in den dünn besiedelten Flächen der neuen Länder mit 31% viel niedriger aus. Die Verbesserung der Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement in den dünn besiedelten Flächen der neuen Bundesländer ist somit eine der herausragenden Aufgaben einer strategisch angelegten Engagementpolitik.

Darüber hinaus gibt es weitere Besonderheiten der Engagementförderung in Ostdeutschland. Sowohl die biographischen Erfahrungen aus der DDR als auch die wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen nach der Wende, in diesem Zusammenhang die immer noch deutlich höheren Arbeitslosenzahlen, führen zu anderen Erwartungen und sozioökonomischen Bedingun-

gen der Beteiligung am freiwilligen Engagement. Der pragmatische, „rationale“ Umgang mit dem bürgerschaftlichen Engagement geht häufiger mit dem Wunsch einher, das Engagement solle einen konkreten Nutzen für die Freiwilligen mit sich bringen. Auch materielle Begleitfaktoren spielen eine erhöhte Rolle. Hervorzuheben sind dabei der verbesserte Zugang zum Arbeitsmarkt, die Kompensation von finanziellen Auslagen und sogar die Vergütung für die Tätigkeit.

Darüber hinaus sind in Ostdeutschland zivilgesellschaftliche Organisationen, Vereine, Verbände, Initiativen und Netzwerke keineswegs so zahlreich in der Fläche vertreten wie in Westdeutschland. Dies gilt nicht nur für Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit, Jugendverbände oder die Strukturen und Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege, die sich nach der Wende neu etablieren mussten, sondern trifft auch auf die Sportverbände zu, obwohl der Sport auch in Ostdeutschland der größte Engagementbereich ist. Bei der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements geht es deswegen nicht nur um die Gewinnung von Einzelpersonen für das Engagement. Gleichgewichtig ist die Weiterentwicklung der *zivilgesellschaftlichen Infrastruktur* der Vereinigungen und Organisationen, die das freiwillige Engagement organisieren, begleiten und zu einer Verstetigung des Engagements beitragen.

Ein besonderes Problem besteht in diesem Zusammenhang in den dünn besiedelten ländlichen Regionen darin, dass dort auch im Allgemeinen Infrastrukturen fehlen oder sich angesichts der zurückgehenden Bevölkerungszahlen weiter ausdünnen. Die Folge ist, dass „Knotenpunkte“ und „Andockstellen“ für bürgerschaftliches Engagement verschwinden (zum Beispiel in der sozialen Infrastruktur einer Region). Auch tragen die fehlenden Erfahrungen mit neuen Formen des Engagements in den ländlichen Regionen dazu bei, dass die politischen Entscheidungsträger und Verwaltungsspitzen oftmals mit den positiven Wirkungen solcher Formen des bürgerschaftlichen Engagements nicht vertraut sind. Außerdem verfügen sie nicht genügend über das Wissen, Förderprogramme und Beratungsinfrastrukturen für diesen Bereich zu nutzen.

VI.2 Empfehlungen

Im Folgenden sollen auf der Grundlage der vertiefenden Auswertung des Freiwilligensurveys und der qualitativen Studie Handlungsempfehlungen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements formuliert werden. Bei der Auswahl und der Konkretisierung dieser Handlungsempfehlungen wurden die spezifischen Rahmenbedingungen sowie die kulturellen Besonderheiten in den untersuchten städtischen und ländlichen Regionen zu Grunde gelegt. Dabei geht es um Hemmnisse für bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland und dessen Förderung, insbesondere jedoch um deren besondere „Anknüpfungspunkte“ und „Andockstellen“. In den Blick kommen außerdem die Gegebenheiten im Bereich von Politik und öffentlicher Verwaltung sowie der zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Unternehmen. Weiterhin wurden zielgruppenspezifische Erwartungen sowie Handlungsmöglichkeiten und unterschiedliche Bedarfslagen in zivilgesellschaftlichen Organisationen einbezogen.

VI.2.1 Bei der Entwicklung von Programmen und Maßnahmen der Engagementförderung durch Bund und Länder die besonderen Bedingungen in Ostdeutschland – und hier insbesondere in den dünn besiedelten ländlichen Räumen – berücksichtigen

Wie die qualitative Studie herausgearbeitet hat, kann die Wirkung von Bundes- und Landesprogrammen zur Engagementförderung in den ostdeutschen Regionen noch deutlich verbessert werden. Aufgrund der prekären Finanzlage der öffentlichen Haushalte und der besonderen Gegebenheiten in den dünn besiedelten Regionen in Ostdeutschland bedarf es besonderer Vorkehrungen und Maßnahmen, um die Nachhaltigkeit von befristeten Bundes- und Landesprogrammen sicherstellen zu können. Die Erfahrungen mit Bundesprogrammen sind ambivalent. Einerseits haben sie maßgeblich dazu beigetragen, dass trotz der schwierigen Finanzlage vor Ort überhaupt Infrastruktureinrichtungen und Angebote in den ostdeutschen Regionen platziert werden konnten (das Programm zum Aufbau von Selbsthilfekontakt- und Informationsstellen, die Förderung von Plätzen in den Jugendfreiwilligendiensten FSJ und FÖJ, der generationsübergreifende Freiwilligendienst (GÜF), der Freiwilligendienst aller Generationen (FDaG), das Programm zu den Mehrgenerationenhäusern und in jüngster Zeit den Bundesfreiwilligendienst).

Auf der anderen Seite wird aber auch deutlich, dass die Wahrscheinlichkeit einer längerfristigen Weiterführung einer durch Bundesprogramme eingeführten Maßnahme, Einrichtung oder eines Angebotes eher niedrig ist. Viele ostdeutsche Kommunen haben inzwischen einen Grad der Verschuldung erreicht, der es ihnen praktisch unmöglich macht, in nennenswertem Umfang sogenannte freiwillige Aufgaben im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung aufrechtzuerhalten oder neu zu übernehmen. Da auch die freien Träger der Wohlfahrtspflege und die anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen auf öffentliche Fördermittel angewiesen sind, betrifft sie die Einschränkung der Handlungsspielräume öffentlicher Haushalte ebenso. Darüber ist es oft hinderlich, dass Ziele, Maßnahmen und Einrichtungen, die durch Bundesprogramme gefördert werden sollen, oft weit weg von den Gegebenheiten und Bedarfen vor Ort festgelegt werden – gewissermaßen als Standardangebote für die ganze Bundesrepublik. Im ungünstigsten Fall kommt es dann zur befristeten Finanzierung von Einrichtungen und Angeboten, die nach Ablauf der Modellförderung oder nach einer kurzen Übergangsfrist folgenlos verschwinden. Das ist mit einem erheblichen Verlust an zuvor aufgebautem Vertrauens- und Humankapital verbunden.

Aus diesen Gründen ist es insbesondere unter den Rahmenbedingungen der ostdeutschen Regionen bedeutsam, bei der Ausgestaltung von Bundes- und Landesprogrammen zur Enga-

gementförderung die besonderen Bedarfe, Konstellationen und Sichtweisen der lokalen und regionalen Akteure systematisch einzubeziehen. Dies kann insbesondere dadurch geschehen, dass Inhalte, Maßnahmen, Programme und Wirkungsüberprüfungen beteiligungs- und prozessorientiert angelegt werden. Positive Beispiele lassen sich hier bei den lokalen Aktionspläne (LAPs) benennen, die im Rahmen des Programms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ gefördert werden. Programme dieser Art weichen in wichtigen Punkten von der klassischen Modellprojektförderung ab. Es werden Begleitausschüsse, die vornehmlich aus Akteuren der Zivilgesellschaft zusammengesetzt sind sowie Koordinierungsstellen eingerichtet. Des Weiteren gibt es eine Bedarfsanalyse für die jeweilige Förderregion und unter den beteiligten Akteuren werden strategiebildende Prozesse ausgelöst.

Es geht also weniger um die finanzielle Förderung konkreter Leistungen und Einrichtungen, sondern vielmehr um die Förderung von Prozessen in den Zielregionen, aus denen sich nachhaltige und tragfähige Strukturen entwickeln können. Wichtig ist, dass es die Akteure vor Ort selber sind, die sich über Problemlagen und Bedarfe verständigen, Ziele definieren und Handlungskonzepte entwickeln. Voraussetzung für die aktive Mitwirkung aller Beteiligten (also auch der Länder) ist eine auf Augenhöhe geführte, intensive Abstimmung zwischen der Ebene des Bundes und der Länder bei der Formulierung des jeweiligen Bundesprogramms. Aber auch in diesem Falle hängt vieles davon ab, ob es den Akteuren in der Region gelingt, Ressourcen zur Verstetigung der geförderten Prozesse und Maßnahmen zu mobilisieren. Der Erfolg ist jedoch erheblich wahrscheinlicher als bei der befristeten Förderung konkreter Einrichtungstypen, die bisher viel zu oft „Projektruinen“ hinterlassen haben.

VI.2.2 Die politisch administrativ Verantwortlichen (Oberbürgermeister, Landräte, Bürgermeister, Dezernenten etc.) für Fragen der Engagementförderung und der Entwicklung der Zivilgesellschaft sensibilisieren

Aus der qualitativen Studie geht hervor, dass die Unterstützung engagementfördernder Programme und Maßnahmen durch die politischen Entscheider und Verwaltungsspitzen von enorm hoher Bedeutung für die Entwicklung vor Ort ist. Zugleich zeigen die Befunde, dass die Bedeutung von Zivilgesellschaft und bürgerschaftlichem Engagement für ein sozial integriertes und wirtschaftlich erfolgreiches Gemeinwesen von den lokalen und regionalen Entscheidungseliten oft genug unterschätzt wird. Bürgerschaftliches Engagement ist zwar ein „weicher“, aber dennoch wichtiger *Standortfaktor*. Es kann Menschen zum Bleiben bewegen, aktiviert die Mitglieder des Gemeinwesens für Teilhabe und Mitgestaltung und unterstützt den wirtschaftlichen Entwicklungsprozess. Ein weiterer Befund ist, dass die Instrumente und Handlungsmöglichkeiten der Förderung des Engagements auf lokaler und regionaler Ebene nur unzureichend bekannt sind.

Für eine erfolgreiche Politik der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements muss es daher ein entscheidendes Anliegen sein, die Entscheidungseliten vor Ort „mit ins Boot zu nehmen“. Sie sollten über Fördermöglichkeiten informiert sowie für die Bedeutung von Engagement und Zivilgesellschaft zur Weiterentwicklung des regionalen und lokalen Gemeinwesens sensibilisiert werden. Da dieser Personenkreis nicht durch die üblichen Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen erreicht werden kann, geht es vor allem darum, zielgruppenspezifische Formate zu entwickeln. Hierzu könnten Kamingsgespräche mit Landräten ebenso gehören wie die Nutzung von Versammlungen und Veranstaltungen für dieses Thema, zu denen die Landräte, Oberbürgermeister oder Dezernenten ohnehin eingeladen werden. Um das Thema dort zu platzieren, wo die Entscheidungsträger zusammenkommen, ist es erforderlich, mit den ent-

sprechenden Organisationen, wie etwa kommunalen Spitzenverbänden beziehungsweise den einschlägigen Landesministerien zu kooperieren.

Dabei sollte es nicht bei einer einmaligen Informationsveranstaltung bleiben, sondern es sollten Veranstaltungs- und Diskussionsformate entwickelt werden, die eine Vertiefung bestimmter Fragen und eine Begleitung von Prozessen vor Ort ermöglichen. Den Teilnehmern sollten die positiven Wirkungen des bürgerschaftlichen Engagements an Beispielen verdeutlicht sowie geeignete Formen der Engagementförderung vorgestellt werden. Es ist jedoch wichtig, die ganze Breite der Formen des bürgerschaftlichen Engagements zu präsentieren. Einbezogen werden sollten sowohl die traditionelle Vereins- und Verbandsarbeit als auch neue und unkonventionelle Formen von Beteiligung und Engagement sowie die Förderung durch entsprechende Infrastrukturen (Freiwilligenagenturen etc.).

VI.2.3 Verantwortungsübernahme für Fragen der Engagementförderung durch die örtliche Verwaltung sicherstellen, Verantwortlichkeiten schaffen, Zuständigkeiten klären und Ressourcen bereitstellen

Die Studie zeigt, dass die Aktivitäten zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements im Bereich der öffentlichen Verwaltung oft unverbunden nebeneinander her laufen. Beschäftigte der Verwaltung wirken oft als Einzelkämpfer und die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements fristet ein Nischendasein. Dies macht deutlich, dass es oftmals an einer klaren und entschiedenen Übernahme von Verantwortung durch die Kommune fehlt. Nur die kommunale Verwaltung ist aufgrund ihrer Planungshoheit und ihrer Koordinierungsfunktion in ihrem Zuständigkeitsbereich in der Lage, eine *übergreifende Verantwortung* für die Engagementförderung zu übernehmen. Dabei sollte sie die beteiligten Akteure innerhalb und außerhalb der Verwaltung zu koordiniertem Handeln zusammenführen.

Dies setzt allerdings eine Bedarfsanalyse sowie eine Analyse des Ist-Standes von Akteuren und Maßnahmen sowie ein koordiniertes Vorgehen der einzelnen Fachressorts voraus. Zu diesem Zweck sollte die Verwaltung einen oder mehrere Verantwortliche („Kümmerer“ für dieses Aufgabenfeld) benennen und dafür ausreichende personelle, sachliche und finanzielle Ressourcen bereitstellen. Auch für Bürgerinnen und Bürger und zivilgesellschaftliche Organisationen ist es von hoher Wichtigkeit, zentrale und nach außen erkennbare Ansprechpartner für ihre Anliegen in der Verwaltung zur Verfügung zu haben, also so etwas wie „Beauftragte für das Ehrenamt“. An dieser Stelle können Anfragen und Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen gebündelt und wenn nötig, an die zuständigen Stellen weitergeleitet werden.

VI.2.4 Prozesse der Organisationsentwicklung in zivilgesellschaftlichen Organisationen (Vereinen, Verbänden, Initiativen und Netzwerken) durch ein Freiwilligenmanagement etablieren und weiterentwickeln

Die Befunde der Studie zeigen, dass viele Vereine, Verbände und zivilgesellschaftliche Organisationen einen erheblichen Entwicklungsbedarf aufweisen. Viele Vereine und Verbände weisen eine Überalterung der Mitgliederstruktur und der Vorstände auf. Sie stehen in Gefahr, an Attraktivität für neue Mitglieder zu verlieren und haben erhebliche Probleme bei der Besetzung von Vorstandsposten. Auch fehlt es, wie insbesondere anhand der Kooperationsprobleme zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen zu erkennen, vielen Verbänden sowie sozialen Einrichtungen und Diensten an Erfahrungen mit dem professionellen *Management von Freiwilligen*. Unabhängig davon sollten Vereine und Verbände ihr Umfeld und ihre Angebote fortlaufend für

nachwachsende Mitgliedergruppen attraktiv halten, um auch auf neue Motive und Handlungsformen des freiwilligen Engagements eingestellt zu sein.

Auch besonders schwierige Herausforderungen für zivilgesellschaftliche Organisationen, wie etwa der Umgang mit dem Rechtsextremismus, sind hier zu nennen. Vereine und Verbände repräsentieren auch in den ostdeutschen Regionen einen breiten Querschnitt durch die Bevölkerung. Das führt jedoch dazu, dass sich in Regionen, in denen die NPD vergleichsweise häufig gewählt wird, die Organisationen der Zivilgesellschaft vermehrt mit Mitgliedern konfrontiert sehen, die für rechtsextremistisches Gedankengut anfällig sind und es auch äußern. Auch in dieser Hinsicht gibt es einen erheblichen Beratungs- und Unterstützungsbedarf für die betreffenden Vereine und Verbände.

Der erhebliche Bedarf an Organisationsentwicklung und Freiwilligenmanagement kann zum Teil innerverbandlich durch geeignete Fort- und Weiterbildungsinstitute und -programme gedeckt werden. Sowohl im Bereich der Freiwilligen Feuerwehren, des Sports als auch der Jugendverbände gibt es Erfahrungen mit entsprechenden Formen des Coachings sowie der Fort- und Weiterbildung für die örtlichen Untergliederungen. Die innerverbandlichen Angebote sind allerdings nicht für alle Akteure in den Regionen verfügbar, und vor allem nicht für die kleinen Organisationen und Vereine. Hier sind sowohl größere Förderstiftungen als auch Bund und Länder gefragt, entsprechende Programme aufzulegen.

Die neuen Bundesländer müssten daran ein besonderes Interesse haben. Denn ein reges Vereins- und Verbandsleben ist vor allem für die dünn besiedelten ländlichen Regionen ein wichtiger Erfolgsfaktor für die Steigerung der regionalen Attraktivität und für die Auslösung positiver Entwicklungsprozesse. Bei der Auflage von Förderprogrammen ist darauf zu achten, dass insbesondere jene Vereine und Verbände Unterstützungen erhalten, die Coaching und Fort- und Weiterbildung aus eigenen Mitteln nicht finanzieren könnten.

VI.2.5 Regional angepasste Formen der Engagementförderung entwickeln und die Akteure vernetzen

Die strategische Ausrichtung der Engagementförderung macht es erforderlich, Bedarfsanalysen vor Ort durchzuführen, Ziele und Prioritäten festzulegen und geeignete Handlungsformen für die Bewältigung der Herausforderungen zu entwickeln. Sie erfordert ein koordiniertes Vorgehen der öffentlichen Verwaltung, kann aber von ihr allein nicht umgesetzt werden. Hierzu bedarf es der Kooperation und Vernetzung sowohl mit zivilgesellschaftlichen Akteuren unterschiedlicher Art (Vereine, Verbände, Initiativen etc.) als auch mit örtlich bzw. regional tätigen Wirtschaftsunternehmen. Die Formen der Vernetzung können dabei auf lokaler und regionaler Ebene erheblich differieren. So kann es sich zunächst als zweckmäßig erweisen, ein bereichsbezogenes Netzwerk aufzubauen (zum Beispiel in den Bereichen Jugend und Soziales, Senioren bzw. Bekämpfung des Rechtsextremismus). Solche Netzwerke haben oft einen konkreten Anlass und entsprechen den örtlichen bzw. regionalen Planungshorizonten und Ressourcen der beteiligten Akteure.

Im weiteren Verlauf der Arbeit kann es sich als sinnvoll und zweckmäßig erweisen, ein bereichsübergreifendes lokales bzw. regionales Netzwerk zu gründen. Beispiele solcher Landkreisnetzwerke bzw. regionaler Netzwerke, von denen es deutschlandweit einige gibt, zeigen, dass die Vernetzung der interessierten Akteure in der Region die Handlungsmöglichkeiten der Beteiligten erweitert und zur Aufwertung des Handlungsfeldes Engagementförderung beiträgt. Solche Netzwerke bieten erfahrungsgemäß allen Beteiligten spezifische Vorteile. So kann die öffentliche Verwaltung das Netzwerk nutzen, um eigene Projekte und Anliegen mit den zu beteiligenden Akteuren im Vorfeld abzustimmen und Kooperationspartner zu gewinnen. Zum anderen können die Vertreter der Zivilgesellschaft ihre Anliegen, Sichtweisen und Bedarfe gegenüber der öffentlichen Verwaltung artikulieren und Projektideen vorstellen.

Oft wird es zunächst darum gehen, sich überhaupt persönlich kennenzulernen. Das erleichtert den Erfahrungsaustausch, den Wissenstransfer und die Verabredung gemeinsamer Projekte in der jeweiligen Region. Auch der Austausch von Hinweisen auf Fördermöglichkeiten ist eine Leistung solcher Netzwerke.

VI.2.6 Beteiligungsmöglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern erweitern und Mitbestimmung der Engagierten stärken

Bürgerinnen und Bürger, die sich in zivilgesellschaftlichen Organisationen engagieren, haben oft auch ein Interesse daran, auf die Entscheidungsprozesse in den Ortsgemeinden bzw. auf Stadt- und Landkreisebene Einfluss zu nehmen. Dabei machen sie nicht immer die Erfahrung, dass ihr Engagement und ihr Interesse am Gemeinwesen auf die ungeteilte Zustimmung der repräsentativ gewählten Organe treffen. Protestformen, zum Beispiel im Zusammenhang mit der Planung von Umgehungsstraßen, Strommasten oder Biogasanlagen zeigen, dass die Bürgerinnen und Bürger sich bei Entscheidungen, die sich auf ihr Lebensumfeld auswirken, nicht angemessen beteiligt sehen. Sie greifen deshalb zu Aktionsformen, die die Umsetzung von Entscheidungen verhindern sollen. Wenn diese Formen der „Verhinderungsbeteiligung“ durch Formen der „Gestaltungsbeteiligung“ ersetzt werden sollen, dann bedarf es der *frühzeitigen Einbindung* der Bürgerinnen und Bürger in Planungs- und Entscheidungsprozesse.

Es gehört daher zur Politik der Engagementförderung, vorparlamentarische Formen der Bürgerbeteiligung, also runde Tische, Bürgerbefragungen, Kinder- und Jugendräte, Seniorenbeiräte und ähnliche Formen der Bürgerbeteiligung einzuführen oder weiterzuentwickeln. Diese Formen sind nicht etwa Ersatz für die Tätigkeit der repräsentativ gewählten politischen Organe. Vielmehr dienen sie der Beteiligung der Öffentlichkeit und stellen sicher, dass sich die Qualität politischer Entscheidungen verbessert und Bürgerinnen und Bürger Entscheidungen der repräsentativen Organe auch akzeptieren (Befriedungswirkung).

Darüber hinaus geht es darum, Träger- und Organisationsformen zu finden, in denen lokale und regionale Akteure gemeinsam Infrastrukturen sicherstellen (Bürgerbusse, Dorfläden, Bürgerbäder, Bibliotheken etc.). Hier geht es um die gemeinsame Erbringung von Leistungen durch Bürgerinnen und Bürger, Politik und Verwaltung sowie durch die Wirtschaft, die ansonsten nicht zur Verfügung stünden. Auch Bürgerstiftungen, in denen lokales Finanzkapital eingesammelt und bürgerschaftliches Engagement aktiviert wird, können geeignete Instrumente sein, um wichtige Angebote vor Ort in kooperativer Form zur Verfügung zu stellen.

VI.2.7 Bürgerschaftliches Engagement im Bildungssystem verankern, Service Learning verbreiten

Die Modernisierung der Lebensverhältnisse und der Systemumbruch in den 1990er-Jahren haben auch in Ostdeutschland dazu geführt, dass traditionelle Zugänge zum Engagement nicht mehr selbstverständlich funktionieren. Während sich früher junge Leute am Vorbild der Eltern orientierten bzw. in Organisationen des Herkunftsmilieus erste Erfahrungen mit dem Engagement entwickeln konnten, müssen unter gegenwärtigen Bedingungen neue Wege eröffnet werden. Eine gute Möglichkeit besteht darin, an jene Institution anzuknüpfen, die fast alle Kinder und Jugendlichen erreicht. Bürgerschaftliches Engagement sollte weit mehr als bisher *in der Schule und ihrem Umfeld* verankert werden. Ein geeignetes Instrument hierfür stellt das „Service Learning“ dar. Schülerinnen und Schüler engagieren sich im Rahmen von Gemeinwesen-Projekten in ihrem Stadtteil bzw. in ihrer Gemeinde. Die Projekte werden im schulischen Unterricht systematisch begleitet und auch in den Zeugnissen dokumentiert.

Lerneffekte, die auf diese Weise erzielt werden können, sollten in den Bildungszielen von Schulen und auch der Hochschulen systematisch und explizit berücksichtigt werden.

Auch in den neuen Bundesländern gibt es erste Erfahrungen mit Service-Learning-Projekten. Im Land Sachsen-Anhalt existiert bereits ein Netzwerk von Schulen, die Service-Learning im Unterricht einsetzen und im Hinblick auf die Erfahrungen und die Weiterentwicklung dieses Instrumentes kontinuierlich zusammenarbeiten. Es wird durch die Freiwilligenagentur Halle und die Freudenberg-Stiftung begleitet und unterstützt. Die Wirkung solcher Programme war bislang begrenzt, da entsprechende Aktivitäten zumeist auf das Engagement einzelner Lehrer zurückgingen, die bei der Realisierung von Service-Learning-Projekten nicht auf weitere Ressourcen und Unterstützung rechnen konnten. Deswegen ist es wichtig, sie fest im Schulprogramm zu verankern. Die Schulen sollten sich dabei nach innen und nach außen öffnen und zeitliche Ressourcen sowie Qualifizierungen für die beteiligten Lehrerinnen und Lehrer bereitstellen. Niedrigschwellige Projektfonds und Arbeitsmaterialien für den Unterricht verbessern die Voraussetzungen des Service-Learnings. Zwischen den Schulen sollte ein intensiverer Austausch stattfinden. Die besondere Zeitbelastung durch projektförmige Lernprozesse ist bei der Berechnung von Lehrerarbeitsstunden (Lehrerfreistellungen) zu berücksichtigen.

Was die Fortbildungen für Lehrer anbelangt, so ist es zweckmäßig, mit den Landesinstituten für Lehrbildung sowie mit zivilgesellschaftlichen Akteuren (etwa Freiwilligenagenturen etc.) zu kooperieren. Auch schulinterne Fortbildungen können sich mit diesem Thema befassen. Die Nachhaltigkeit solcher Service-Learning-Programme kann dadurch gesteigert werden, dass Kooperationen mit geeigneten Partnern abgeschlossen, Ressourcen bereitgestellt und Lernergebnisse in Bescheinigungen dokumentiert werden. Hilfreich für die Ausbreitung dieser Form des Engagement-Lernens wäre es, wenn das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) ein Programm auflegen würde, mit dessen Hilfe Service-Learning in möglichst vielen Schulen der Bundesrepublik verankert werden könnte. Hier wären allerdings die unter Punkt V.2.3 erörterten Erfolgsbedingungen für Bundesprogramme zu berücksichtigen.

VI.2.8 Engagementförderung auf der Landesebene als Handlungsfeld verankern und eine unterstützende Infrastruktur für die lokale bzw. regionale Ebene aufbauen

Den Ländern kommt bei der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements eine wichtige Rolle zu. Sie bündeln Maßnahmen und Programme der Bundesebene und greifen spezifische Bedarfe der lokalen bzw. regionalen Ebene durch geeignete Formen der Unterstützung auf. Darüber hinaus kann die Landesebene überregionale Einrichtungen und Infrastrukturen (wie Fort- und Weiterbildungseinrichtungen etc.) vorhalten und die zivilgesellschaftlichen und kommunalen Akteure des Landes vernetzen. Wie auf kommunaler Ebene müssen auch auf Landesebene für die Förderung des Engagements klare Verantwortlichkeiten bestimmt sowie personelle, sachliche und finanzielle Ressourcen bereitgestellt werden. Dabei sollte darauf geachtet werden, dass *ressortübergreifendes Handeln* ermöglicht und eine Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren auf Augenhöhe praktiziert wird. Bisherige Erfahrungen haben gezeigt, dass das Thema bürgerschaftliches Engagement auch in den neuen Bundesländern in der Regel im Sozialressort verankert ist. In einigen Fällen gibt es zusätzliche oder alternative Zuständigkeiten bzw. Stabstellen direkt beim Ministerpräsidenten. Unabhängig jedoch von der Ansiedlung des Themas in der Landesverwaltung ist eine abgestimmte Ausrichtung der Engagementpolitik wichtig. Eine interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG) zum Thema bürgerschaftliches Engagement ist geeignet, die übergreifende Koordination und Kooperation zu unterstützen.

Ein wichtiges Element der Engagementpolitik der Länder ist die Unterstützung der kommunalen Gebietskörperschaften und der lokalen und regionalen zivilgesellschaftlichen Organisatio-

nen bei der Entwicklung einer Förderstrategie für das bürgerschaftliche Engagement. Wie insbesondere die Aussagen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der kommunalen Verwaltung zeigen, gibt es dabei nicht nur in den ländlichen Regionen einen erheblichen fachlichen Beratungs- und Unterstützungsbedarf. Gerade in den neuen Bundesländern, in denen die Erfahrungen mit diesem Politikfeld noch begrenzt sind, ist die kommunale Ebene in hohem Maße auf die Unterstützung durch externe Akteure angewiesen. Unabhängig von der konkreten Form wird daher empfohlen, Beratungsangebote von qualifizierten Anbietern für die kommunale Ebene zur Verfügung zu stellen. Dies kann durch den Aufbau eines eigenen Kompetenzpools und die Einrichtung einer Service-Agentur geschehen, wie zum Beispiel in Hessen mit der Ehrenamtsagentur oder in Thüringen durch die Ehrenamtsstiftung. Möglich ist jedoch auch die Zusammenarbeit mit externen Kompetenzzentren (Beratungsinstitute, Fort- und Weiterbildungsinstitute, Universitäten, Freiwilligenagenturen).

Weitere Möglichkeiten der Engagementpolitik der Länder sind Fachtagungen, Gesprächsrunden und Netzwerke, in denen Erfahrungen ausgetauscht, Kompetenzen und Ressourcen gebündelt und konkrete Projekte verabredet werden. Auch die Einführung von Ehrenamtspässen oder Ehrenamtsnachweisen erfordern die Vernetzung aller beteiligten Akteure, damit sie möglichst weite Verbreitung finden und solche Nachweise in der Einstellungs- und Beförderungspraxis der Unternehmen Berücksichtigung finden. Der Auf- und Ausbau einer öffentlichen Infrastruktur zur Beratung und Unterstützung auf kommunaler Ebene ist einer der strategischen Erfolgsfaktoren für die Weiterentwicklung der Engagementförderung in Ostdeutschland.

VI.2.9 Lokale Infrastruktur zur Förderung des Engagements aufbauen und weiterentwickeln und die finanzielle Förderung des Engagements nicht nach dem Gießkannenprinzip sondern gezielt einsetzen

Eine zentrale Frage der Engagementförderung in Ostdeutschland besteht in der sachgerechten *Abwägung von Infrastruktur- und Geldleistungen*. Bürgerschaftliches Engagement, dies haben die Auswertungen des Freiwilligensurveys gezeigt, ist in den neuen Bundesländern enger mit dem System der Erwerbsarbeit verknüpft als in den alten Ländern. In Ostdeutschland sind mehr Menschen, die freiwillig tätig sind oder ein Engagement suchen, (eigentlich) an einer bezahlten Tätigkeit interessiert. Auch das Image des Engagements ist gespalten: während die einen das bürgerschaftliche Engagement als Ersatz für Erwerbsarbeit oder als Brücke in die Erwerbsarbeit sehen, so sehen andere dies mehr als Möglichkeit der Beteiligung und Mitgestaltung im Gemeinwesen. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland besser durch finanzielle Zuwendungen oder aber durch Infrastruktur gefördert werden sollte.

Dass beide Optionen eine Rolle spielen, zeigen die Schwerpunkte der Engagementförderung in den neuen Bundesländern. Während einige Bundesländer (in der Vergangenheit Thüringen, aktuell Sachsen) mit finanziellen Erstattungen von Unkosten arbeiten, konzentrieren sich andere Bundesländer auf den Ausbau der Infrastruktur. Dabei wird die Entscheidung für finanzielle Leistungen damit begründet, dass die Menschen (ursprünglich Vorruheständler) in den neuen Ländern eine finanzielle Zuwendung benötigten oder auch heute noch erwarten, um angesichts beschränkter Mittel überhaupt ehrenamtlich tätig werden zu können. Andererseits hat sich gezeigt, dass es gerade das Fehlen einer örtlichen Infrastruktur zivilgesellschaftlicher Organisationen und weiterer Angebotsformen (wie Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros etc.) ist, die im Vergleich zu Westdeutschland zu einem schwächeren zivilgesellschaftlichen Engagement führt.

Langfristig gesehen ist es jedoch vor allem der Ausbau einer lokalen Infrastruktur von zivilgesellschaftlichen Organisationen und weiteren Unterstützungs- und Vermittlungsangeboten, die eine Ausweitung des bürgerschaftlichen Engagements befördern kann. Finanzielle Zuwendungen sind zwar für bestimmte Gruppen von Engagierten aktuell erforderlich, stellen aber langfristig gesehen keinen entscheidenden Faktor für die Entfaltung des zivilgesellschaftlichen Bereichs in den neuen Bundesländern dar. Es wird daher vorgeschlagen, bei der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements vor allem den Ausbau der Infrastruktur voranzutreiben und zugleich Unkostenerstattungen nicht nach dem Gießkannenprinzip sondern gezielt zu gewähren.

Unter Infrastruktur wird hier zunächst die Gesamtheit der Vereine, Verbände, Initiativen, Netzwerke und Projekte gefasst, die im weitesten Sinne die strukturelle Seite der Zivilgesellschaft repräsentieren. Hierzu gehören die großen Wohlfahrtsverbände, die Sportvereine und Freiwilligen Feuerwehren ebenso wie Kulturinitiativen, Bürgergruppen oder Netzwerke gegen den Rechtsextremismus. Im Vergleich zu Westdeutschland ist diese Infrastruktur vermehrt mit ungünstigen finanziellen Bedingungen sowie anderen Herausforderungen konfrontiert. Für die Organisationen ist die Sicherung finanzieller Ressourcen ebenso bedeutsam wie die Anpassung an zum Teil weitreichende Entwicklungsprozesse. Dabei müssen sie sowohl mit einer verringerten Rekrutierungsbasis für Haupt- und Ehrenamtliche, mit der Alterung der Bevölkerung und Tendenzen der „Ökonomisierung“ umgehen. Bei der Anpassung an diese neuen Rahmenbedingungen benötigen also unterschiedliche Formen der Unterstützung, sowohl von innen, also durch die jeweiligen Verbände, als auch von außen (etwa durch öffentliche Programme).

Neben den Organisationen, die Freiwillige einsetzen, zählen zur Infrastruktur der Zivilgesellschaft jene Einrichtungen, deren hauptsächliche Aufgabe es ist, bürgerschaftliches Engagement zu fördern und zu unterstützen (Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen, Selbsthilfekontakt- und Informationsstellen etc.). Der Aufbau dieses Typs von Infrastruktur, der auch in Westdeutschland keineswegs abgeschlossen ist, erfolgt jedoch in Ostdeutschland unter besonders schwierigen Bedingungen. Wie die qualitative Studie zeigt, sind sie hier jedoch besonders wichtig. Dafür gibt es verschiedene Gründe. Vor Ort gibt es oftmals unklare, teils falsche Erwartungen und Vorstellungen hinsichtlich des bürgerschaftlichen Engagements. Außerdem sind die Abgrenzungen zum Arbeitsmarkt unschärfer. Des Weiteren benötigen Organisationen, die mit Ehrenamtlichen arbeiten, häufiger fachliche Unterstützung beim Management der Freiwilligen.

Freiwilligenagenturen und ähnliche Infrastruktureinrichtungen haben zunächst die Aufgabe, das Angebot von (potenziellen) Freiwilligen mit der Nachfrage zusammenzubringen. Das ist aber längst nicht alles. Sie sollen Organisationen und Einrichtungen nicht nur mit Freiwilligen „versorgen“, sondern die Träger des Engagements auch beraten, wie sie sie am besten einsetzen und ihnen helfen, sich als Organisation weiterzuentwickeln. Weitere Aufgaben sind die Öffentlichkeitsarbeit in der Region sowie die Vernetzung und Aufklärung der lokalen Entscheider sowie der Führungskräfte der Organisationen über die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements. Gerade wegen dieser Funktion als *Gemeinwesen-Agentur*, die über das Profil einer „Freiwilligen-Vermittlungsagentur“ weit hinausgeht, sollten sie ausgebaut und nachhaltig abgesichert werden. Da jedoch die kommunalen Gebietskörperschaften dazu in absehbarer Zukunft nur in eingeschränktem Maße in der Lage sein werden, bedarf es einer mittel- bis langfristigen Förderstrategie durch die Länder. Dies wird zwar in einigen neuen Bundesländern bereits ansatzweise praktiziert, reicht aber noch nicht aus, um einen halbwegs flächendeckenden Ausbau dieser Beratungs-Infrastruktur sicher zu stellen.

Länderprogramme, die sich auf die pauschale Erstattung von Unkostenbeiträgen für Ehrenamtlichen konzentrieren, sollten dagegen kritisch auf ihre Wirkungen hin reflektiert werden. Da die Mittel relativ schematisch bei Nachweis einer bestimmten Stundenzahl von ehrenamtlicher Arbeit ausgereicht werden, handelt es sich hierbei um eine Maßnahme mit unscharfer Streu-

ung. Während die Mitnahmeeffekte solcher Programme relativ hoch sein dürften, ist der Nutzen nur wenig bezifferbar, da nicht geprüft werden kann, ob das Geld bei denjenigen Ehrenamtlichen ankommt, die ohne diese finanzielle Unterstützung ihr Engagement nicht hätten verwirklichen können. Die Erstattung von Kosten (die etwa durch den öffentlichen Nahverkehr oder die Nutzung privater Fahrzeuge in den ländlichen Räumen entstehen) sollte besser durch die Organisationen erfolgen, die die Freiwilligen einsetzen und betreuen.

VI.2.10 Maßnahmen und Programme zur Engagementförderung und Maßnahmen und Programme der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik sauber voneinander getrennt installieren und Übergänge gestalten

Aufgrund der erhöhten Arbeitsmarktnähe des bürgerschaftlichen Engagements in den neuen Bundesländern kommt es nicht selten zu unklaren Vermischungen von Maßnahmen zur Förderung des freiwilligen Engagement und der bezahlten Beschäftigung. Die in den neuen Ländern im Vergleich zu den alten Ländern sehr niedrigen Quoten junger Menschen beim Bundesfreiwilligendienst verweisen in eine ähnliche Richtung. Zivilgesellschaftliche Organisationen tragen zu dieser Situation bei, indem sie Ehrenamtlichen je nach Zugriffsmöglichkeit Ein-Euro-Jobs oder Bürgerarbeit anbieten, was (wie schon die ABM-Jobs der 1990er-Jahre) den Eindruck verfestigt hat, zwischen unbezahlten und bezahlten Formen gemeinnütziger Tätigkeit bestünde kein großer Unterschied. Für die Organisationen und Einrichtungen ist diese Strategie durchaus attraktiv, gewinnen sie doch so unter Umständen auch zusätzliche Mittel und Einfluss. Sie müssen sich jedoch bewusst sein, dass sie damit den unbezahlten Charakter des freiwilligen Engagements untergraben.

Es ist festzuhalten, dass bürgerschaftliches Engagement auf dem Prinzip der Freiwilligkeit beruht und keine Einkommensquelle zur (vollen oder teilweisen) Sicherung des Lebensunterhalts sein soll, auch wenn bürgerschaftliches Engagement im Einzelfall eine Voraussetzung für den Übergang in den Arbeitsmarkt darstellen kann (Funktion der sozialen Stabilisierung und Integration sowie der Qualifizierung). Es ist daher darauf zu achten, dass im Rahmen der lokalen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik keine Verdrängungseffekte zwischen ehrenamtlichen Tätigkeiten und gemeinnützigen Arbeiten (zum Beispiel Ein-Euro-Jobs oder Bürgerarbeit) hergerufen werden (und auch keine Verdrängung von Jobs des ersten Arbeitsmarkts). Auch ist zu verhindern, dass das Prinzip der Freiwilligkeit, das für das bürgerschaftliche Engagement konstitutiv ist, im Zusammenhang mit der Arbeitsmarktpolitik des „Forderns und Förderns“ beschädigt wird. Diese Gefahr droht, wenn Langzeitarbeitslose im Rahmen der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik unter Begriffen wie „gemeinnützige Tätigkeit“ oder Bürgerarbeit in sanktionsbewehrte Formen der Beschäftigung vermittelt werden.

Die Auswertung des Freiwilligensurveys zeigt zumindest Indizien dafür auf, dass das öffentliche Image des freiwilligen Engagement beschädigt werden kann, wenn sich der Eindruck verfestigt, es diene als Kompensation für Erwerbsarbeit oder vorrangig als Übergang in Erwerbsarbeit (sozusagen als „zweitbeste Lösung“). Menschen, denen es wirtschaftlich gut geht oder die nicht nach Arbeit suchen, und das sind auch in den neuen Ländern die meisten, können abgestoßen werden, wenn sie glauben, hier ginge es vor allem um die Integration prekärer Gruppen. In Wirklichkeit ist das zwar auch in Ostdeutschland nicht typisch, aber Vorurteile in dieser Richtung blockieren unter Umständen die praktische Umsetzung der Bereitschaft zum Engagement. Erfahrungsgemäß sind sozial etablierte und erwerbstätige Menschen wichtige Träger der Zivilgesellschaft (auch als potenzielle Führungskräfte, z.T. als Mäzene), aber in den neuen Ländern spielen sie diese Rolle im Moment weit weniger als in den alten.

Infrastruktureinrichtungen der Engagementförderung sollten daher darauf achten, dass der spezifische Sinn und die eigentümliche Logik des freiwilligen Engagements gegenüber den Nutzern und der Öffentlichkeit kommuniziert und die Unterschiede zur Erwerbsarbeit klar artikuliert werden. Auch bei der Beratung von zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie im Rahmen von Kursen des Freiwilligenmanagements ist deutlich zu machen, dass der Einsatz von finanziellen Anreizen über ein bestimmtes Maß hinaus die Motivlage der Betroffenen verändert und das Engagement in eine gering bezahlte Beschäftigung überführt. Gerade weil viele ostdeutsche Bürgerinnen und Bürger eine Erwerbsarbeit suchen, sind die Grenzen zwischen Erwerbsarbeit und Engagement deutlich zu markieren und sollten Tendenzen zur Monetarisierung des Engagements eingedämmt werden.

VII. Anhang

Anhang 1: Informationen über den Freiwilligensurvey

Ende der 1990er-Jahre entschloss sich die Bundesregierung, ein umfragegestütztes Informationssystem einzurichten, das die Zivilgesellschaft in Deutschland im großen Stil und in repräsentativer Form empirisch darstellen sollte. Zu diesem Bedürfnis nach öffentlicher Sichtbarkeit kam die Absicht, die Zivilgesellschaft kontinuierlich zu beobachten. Diese Aktivitäten dienten dem Ziel, auf Basis verlässlicher Informationen eine tragfähige gesellschaftliche Strategie zur Förderung der Zivilgesellschaft zu entwickeln bzw. diese immer wieder an neue Entwicklungen anzupassen.

Eine Recherche des BMFSFJ als federführendem Ministerium, 1996 als Reaktion auf eine Große Anfrage des Bundestags durchgeführt, war zu dem Ergebnis gekommen, dass die vorliegenden Statistiken nicht in der Lage waren, ein umfassendes und verlässliches Bild der Zivilgesellschaft in Deutschland zu zeichnen. Deshalb wurde bewusst der Weg der großen Bevölkerungsbefragung gewählt, um sich bei den Bürgerinnen und Bürgern selbst nach ihren zivilgesellschaftlichen Aktivitäten zu erkundigen. Aus den Informationen seitens der Freiwilligen, anderweitig öffentlich aktiver Personen und auch der zivilgesellschaftlich Unbeteiligten sollte in Form sozialwissenschaftlicher Studien ein detailliertes Gesamtbild der Zivilgesellschaft in Deutschland zusammengesetzt werden. Wirklichkeit, Potenziale und Probleme der Zivilgesellschaft sollten dabei gleichermaßen in den Blick genommen werden.

Ein nach einer Pilotphase 1999 gestarteter „Ehrenamtsurvey“, der sich konzeptionell schnell zu einem „Freiwilligensurvey“ wandelte, wurde inzwischen bereits zum dritten Male durchgeführt (1999/2004/2009). Der Survey war vorrangig für den Zweck einer genauen Beschreibung des Kernbereichs der Zivilgesellschaft konzipiert, des freiwilligen Engagements. Ehrenamt, Freiwilligenarbeit, bürgerschaftliches Engagement, Initiativen- und Projektarbeit sowie Selbsthilfe sollten detailliert und verallgemeinerbar zugleich beschrieben werden. Heute, wo eine breitere Darstellung der Zivilgesellschaft und ihrer Überlappung mit anderen gesellschaftlichen Bereichen verlangt wird, erweist sich das Konzept des Freiwilligensurveys als geeignet, auch den weiteren Bereich der Zivilgesellschaft und dessen Randzonen zu anderen Bereichen abzustecken.⁷²

Der Freiwilligensurvey hat eine Reihe von Stärken, stößt allerdings als klassische Bevölkerungsbefragung auch an gewisse Grenzen. Zunächst sollen die Stärken benannt werden, die dazu geführt haben, dass der Survey trotz seiner beträchtlichen Kosten bereits dreimal aufgelegt wurde und von Wissenschaftlern, Politikern, Funktionären, Praktikern und Engagierten gleichermaßen intensiv genutzt wird. Nicht zuletzt für die Enquetekommission des Bundestags „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ sowie für die jeweiligen Unterausschüsse des Bundestags zum bürgerschaftlichen Engagement war und ist der Freiwilligensurvey ein wichtiges Arbeitsinstrument.

⁷² Bei der Erfassung dessen, was man mit „Zivilgesellschaft“ benennt, bildete für die Bundesregierung zunächst der in der deutschen Kultur fest verankerte Begriff des „Ehrenamtes“ den Ausgangspunkt. Daher wurde 1998 eine repräsentative Umfrage über das Ehrenamt ausgeschrieben. Heute dient dem federführenden Ministerium der Begriff des zivilgesellschaftlichen Engagements als Kernbegriff der Zivilgesellschaft, nachdem zwischenzeitlich das „bürgerschaftliche Engagement“ eine wichtige Rolle gespielt hatte. Die Initiative „Zivilengagement“ des Ministeriums bündelt die entsprechenden Aktivitäten.

Hohe Fallzahl: Der erste Freiwilligensurvey startete 1999 mit einem Umfang von knapp 15.000 repräsentativer telefonischer Interviews der ab 14-jährigen Bevölkerung und war damit bereits eine der größten deutschen Bevölkerungsbefragungen. Der zweite folgte 2004 mit ebenfalls ca. 15.000 Interviews. Ein wichtiger Grund für dieses aufwendige Format lag darin, dass auch von der Größenordnung kleine, aber gesellschaftlich wichtige Engagementbereiche abgebildet werden sollten, also nicht nur die Großbereiche Sport, Kindergarten und Schule, Religion und Kirche, Kultur und Freizeit, sondern auch die kleineren Bereiche Freiwillige Feuerwehr und Rettungsdienste, außerschulische Jugend- und Bildungsarbeit, Umwelt- und Tierschutz, politische und berufliche Interessenvertretung, Gesundheit und lokales Bürgerengagement.

Die Vielzahl größerer und kleinerer Engagementbereiche spiegelt die Vielfalt von Engagementmöglichkeiten (und nicht zuletzt auch von Engagementnotwendigkeiten) in Deutschland wider. Diese „zersplitterte“ Situation, die es schwermacht, überhaupt von einem ganzheitlich strukturierten Freiwilligen-„Sektor“ zu sprechen,⁷³ erfordert in jedem Falle einen hohen statistischen Aufwand, um richtig dargestellt zu werden. Die hohe Fallzahl des Surveys hatte darüber hinaus zusätzliche positive Nebenwirkungen. So konnte von Anfang an durch ein entsprechendes Stichprobendesign fast allen Bundesländern eine Stichprobe von mindestens 900 Befragten zur Verfügung gestellt werden, die für viele Größen des Surveys auch länderspezifische Aussagen ermöglichten.⁷⁴ Ganz besonders die neuen Länder und die Stadtstaaten profitierten davon.

Bedeutende Fallzahlerhöhung 2009: Im Rahmen der dritten Welle des Surveys wurde die Stichprobe des Freiwilligensurveys auf 20.000 Interviews erhöht, so dass nunmehr in allen Flächenländern und Stadtstaaten mindestens 1.000 Interviews durchgeführt wurden (Grafik A1).⁷⁵ Die enorme Stichprobengröße, die der Freiwilligensurvey inzwischen erreicht hat, hat die Auswertungsmöglichkeiten für kleinere Engagementbereiche und Bevölkerungsgruppen weiter verbessert, die bei den üblichen, viel geringeren Stichprobengrößen von Bevölkerungsbefragungen nicht gesondert bzw. nicht statistisch gesichert untersucht werden können. Das können z. B. sehr fein geschnittene Altersgruppen sein (z. B. 14- bis 19-Jährige oder 70- bis 75-Jährige) bzw. es eröffnet die Möglichkeit, für die Analyse verschiedene Merkmale zu kombinieren, z. B. Alter mit Geschlecht (etwa um 20- bis 25-jährige Männer und Frauen miteinander zu vergleichen oder Ähnliches).

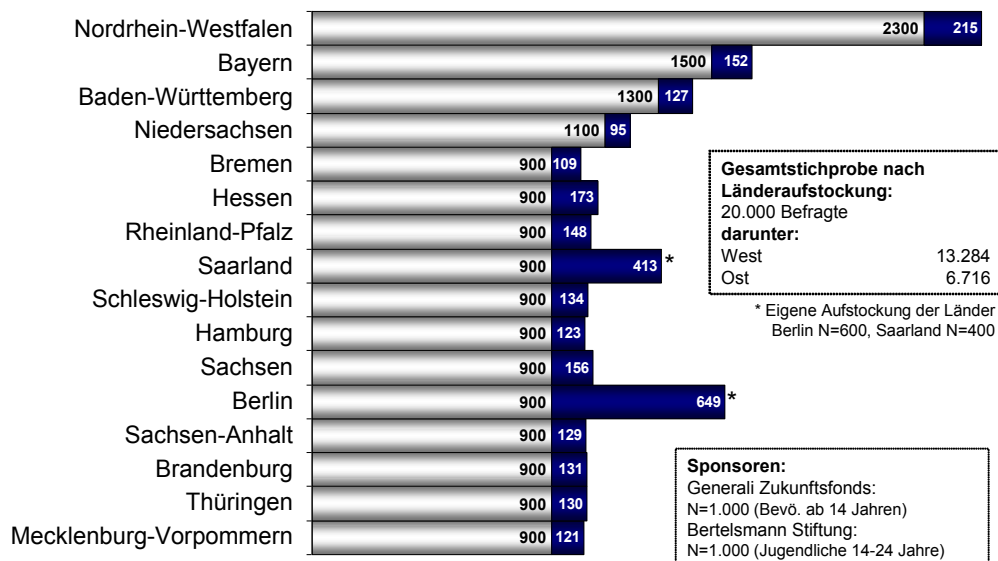
⁷³ Wir tun das dennoch, weil die gesellschaftliche Notwendigkeit unabweisbar ist, die Zivilgesellschaft und das freiwillige Engagement zu einem Politikfeld mit Querschnittscharakter und zentraler ministerieller Federführung zu machen. Jedem Regierungschef auf Bundes- und Landesebene sei außerdem angeraten, die Frage der Förderung des Bürgerengagements unter seine Schirmherrschaft zu nehmen, weil damit einerseits eine große gesellschaftliche Ressource besser genutzt werden kann, andererseits die Freiwilligen sich in ihrer Bedeutung dadurch besonders anerkannt sehen.

⁷⁴ Die Robert Bosch Stiftung finanzierte davon 5.000 Interviews, da sie besonders an landesspezifischen Informationen des Freiwilligensurveys interessiert war.

⁷⁵ Diese Stichprobenvergrößerung ging auf mehrere Ursachen zurück. Zum ersten finanzierte das Ministerium nunmehr auch dem Saarland, Bremen und Schleswig-Holstein eine Stichprobe von 900 Interviews. Zum anderen stockten das Saarland und Berlin ihre Stichproben aus eigenen Mitteln auf, und zwar um jeweils 400 und 600 Interviews. Drittens stellte der Zukunftsfonds der Generali Versicherung Mittel für weitere 1.000 Interviews zur Verfügung, die den kleinen Ländern mit nur 900 Befragten zugeschlagen wurden, die nunmehr 1.000 Interviews zur Verfügung haben. Viertens ermöglichte die Bertelsmann Stiftung die Durchführung von 1.000 zusätzlichen Interviews mit Jugendlichen im Alter von 14 bis 24 Jahren. Diese Aufstockungen führten zu deutlichen Verbesserungen der Auswertungsmöglichkeiten des Freiwilligensurveys.

Grafik A1

Freiwilligensurvey 2009: Stichprobe nach Ländergliederung und verschiedenen Aufstockungen



Quelle: Freiwilligensurveys 1999, 2004 und 2009

Sozialforschung

Erfassung konkreter Tätigkeiten: Um seine Kernaufgabe zu erfüllen, das freiwillige Engagement der Bürgerinnen und Bürger belastbar zu erfassen, stützt sich der Freiwilligensurvey nicht primär auf die Abfrage von Meinungen und Einstellungen. So wichtig diese sind, um Motive und Hintergründe des Engagements zu erfassen, so wenig reichen sie für eine empirische Bestandsaufnahme des lebendigen Kerns der Zivilgesellschaft aus. Dieser besteht in konkreten Aufgaben, Arbeiten und Funktionen, die Menschen im Rahmen der „Infrastruktur der Zivilgesellschaft“ (Jan van Deth) längerfristig übernehmen. Diese Infrastruktur wird durch die unzähligen Vereine, Initiativen und Gruppen gebildet, außerdem von Großorganisationen ebenso wie durch die öffentlichen Institutionen und Einrichtungen, in denen Freiwillige aktiv sind.

Die Tätigkeiten von Freiwilligen und Ehrenamtlichen, ihren menschlichen Einsatz, ihre Leistungen sichtbar zu machen, ist eine Hauptaufgabe des Freiwilligensurveys. Für einen Befragten ist es schnell gesagt, dass er oder sie irgendwo öffentlich „engagiert“ ist. Die Spreu sondert sich jedoch vom Weizen, wenn wörtlich beschrieben werden muss, worin dieses Engagement eigentlich besteht. Der Freiwilligensurvey ist die einzige große Befragung, in der offene Fragen gestellt werden wie: Im Rahmen welcher Organisation oder öffentlichen Einrichtung findet Ihre Tätigkeit statt? Welche Aufgabe, Arbeit oder Funktion üben Sie dort im Moment aus? Es kann nicht genug darauf hingewiesen werden, wie wichtig die Verfügung über diese nicht durch Kategorien gestützten, sondern wörtlichen Angaben ist, um Quantität und Qualität des freiwilligen Engagements realistisch zu erfassen.

Prüfung der Tätigkeiten auf Gültigkeit und Bereichszuordnung: Es erstaunt, wie wenig noch immer die Frage der exakten Erfassung freiwilligen Engagements und deren Bedeutung für die Qualität der gewonnenen Informationen über die Zivilgesellschaft diskutiert wird. Die oft vorrangig angesprochenen Fragen der Größe von Stichproben und vor allem der zeitlichen Dichte der entsprechenden Umfragen verdecken eine wesentliche Schwäche der alternativ zum

Freiwilligensurvey vorliegenden und zitierten Umfragen. Wird das freiwillige Engagement nur oberflächlich mit einzelnen, kurzen Fragen erfasst, richtet sich das Interesse nicht auf wirklich ausgeübte, konkrete Tätigkeiten und wird deren Profil nicht durch anschließende Nachfragen vertieft, können die besten Stichproben und am häufigsten wiederholten Befragungen nicht die auftretenden Qualitätsmängel beheben.

Im Freiwilligensurvey 2009 lagen dagegen über 14.000 offene Tätigkeitsangaben vor, die nach Inhalt und organisatorischer Anbindung auf ihre definitorische und bereichsbezogene Gültigkeit hin überprüft wurden. Ca. 2.000 Tätigkeiten wurden als ungültig aussortiert und Tausende von Tätigkeiten neu und zutreffender bestimmten Bereichen zugeordnet. Dieser enorme Aufwand lohnt sich, indem auf diese Weise belastbare Informationen über das freiwillige Engagement in Deutschland gewonnen werden.

Anhang 2: Die neuen und alten Länder im Spiegel der Statistik und von repräsentativen Umfragen⁷⁶

1. Demografie und Lebenskultur

Bevölkerung: Der Anteil der neuen Länder (inkl. Berlins) an der Bevölkerung Deutschlands betrug 2008 fast genau 20%. Zwischen 1990 und 2000 war die Bevölkerung der neuen Länder (ohne Berlin) um ca. eine Million zurückgegangen, vor allem wegen der Wegzüge, aber auch wegen der nach der Wende rapide gefallen, dann wieder gestiegenen, aber auf einem relativ niedrigen Niveau stagnierenden Geburtenrate. Der Anteil der Ausländer betrug in den alten Ländern 2008 9,2% und in den neuen Ländern 4,1%, ähnlich sind die Verhältnisse bei den Einwohnern mit Migrationshintergrund. In beiden Landesteilen war die Bevölkerung 2008 nach Geschlechtern fast gleich verteilt, mit einem etwas höheren Anteil von Frauen. 43,5% der Einwohner in den alten Ländern waren im Alter von 16 bis 44 Jahren (42,1% Ost). Allerdings hatten die Jüngeren im Osten 1990 noch einen Anteil von 50,6% gehabt (West 1991: 48,4%). Auffällig war 2008 der geringere Anteil der jüngeren Familienjahrgänge der 30- bis 44-Jährigen (Ost 22,8%, West 24,7%). Zwar hat sich auch in den alten Ländern der Anteil der ab 60-Jährigen erhöht (1991 26,7%, 2008 31%), in den neuen Ländern war die Zunahme jedoch noch stärker (1991 23,4%, 2008 31,4%).

Lebensweise: Tiefgreifend waren die Veränderungen der Lebensweise. Zwischen 1991 und 2008 stieg in den neuen Ländern der Anteil der Ledigen von 19,4% auf 32%. In den alten Ländern erhöhte sich der Anteil von bereits 26,1% auf 29,2%. Gleichzeitig sank in den neuen Ländern der Anteil der Verheirateten von 63,8% auf 50,8%, in den alten Ländern von 59,2% auf 55,2%. Es fand also im Osten im Zuge der Wende ein starker Wandel der Kultur des Zusammenlebens statt, der eine Anpassung an die westdeutschen Verhältnisse bedeutet. Dieser Veränderung entsprach zwischen 1991 und 2008 auch ein Rückgang des Anteils von Familien mit Kindern von 32% auf nur noch 13% (West jeweils 17%), insbesondere von Familien mit Kindern im Alter von bis zu 6 Jahren (von 17% auf 7%, West von 10% auf 8%). Gleichzeitig stieg im Osten der Anteil der Alleinlebenden von 15% auf 24% (West von 20% auf 23%). In-

⁷⁶ Diese Zusammenstellung beruht auf dem aktuellen Allensbacher Jahrbuch Nr. 12 (2003-2009) „Die Berliner Republik“, herausgegeben durch die Leiterin des Instituts für Demoskopie Allensbach, Frau Renate Köcher. Auf 900 Seiten stellte das Institut wieder eine enorme Menge von Umfragedaten zu den verschiedensten Themen zur Verfügung, die, der Tradition Elisabeth Noelle-Neumanns folgend, oft im Vergleich der alten und neuen Länder ausgewiesen sind. Manche Zeitreihen reichen bis in die alte Bundesrepublik der 1950er-Jahre zurück und viele Daten in den neuen Ländern sind seit der Wende kontinuierlich erhoben worden.

nerhalb von 20 Jahren vollzog also die Bevölkerung der neuen Länder eine Anpassung an das westdeutsche Kulturmodell mit einem geringen Anteil von Familien und relativ vielen Alleinlebenden. Drastisch zeigt sich das an der Entwicklung der Zahl der Haushalte, deren Anzahl zwischen 1990 und 2008 bei einer schrumpfenden Bevölkerung von 6,6 Millionen auf 8,6 Millionen stieg. Erhalten blieben in den neuen Ländern allerdings Besonderheiten, die bereits die DDR mit den skandinavischen Ländern teilte, z. B. ein sehr hoher Anteil von Kindern, die unehelich geboren wurden, und hohe Scheidungsraten.

Siedlungsweise: Die neuen Länder haben siedlungsmäßig und gemessen an den Verhältnissen der alten Länder eine zweigeteilte Struktur. Nach politischer Größenklasse wohnen in den neuen Ländern sowohl mehr Menschen in kleinen Orten mit einer Einwohnerzahl von bis zu 5000 Einwohnern (24%, West 15%) als auch in Orten mit 100.000 und mehr Einwohnern (34%, West 28%). In den alten Ländern siedelt die Bevölkerung (politisch eingeteilt) häufiger in mittelgroßen Orten (West 57% zu Ost 42%). Einteilungen, die darüber hinaus auch die regionalen Verdichtungsstrukturen und die Pendlerströme berücksichtigen (BIK und BBR), verschärfen diesen Befund. Danach dominiert in den alten Ländern das Milieu der *verdichteten stadtnahen Region* bei Weitem die dünn besiedelte ländliche Fläche mit eingesprengten wenig vernetzten Kleinsiedlungen und Kleinstädten. In den neuen Ländern ist gerade diese relativ isolierte Struktur für das Lebensumfeld vieler Menschen typisch, mit all den Folgen und Herausforderungen für die Gewährleistung einer Infrastruktur der Daseinsvorsorge und der kulturellen (und damit auch der politischen wie bürgerschaftlichen) Teilhabe.

Bildung und Berufsstatus: Auch mehr als 20 Jahre nach der Wende zeigen sich weiterhin die Nachwirkungen der Eigenart des Schulbildungssystems der DDR mit seiner Ausrichtung (wie etwa auch des High-School-Systems der USA, aber auch vieler anderer, mit Deutschland vergleichbarer Länder) auf den Standard des 10-klassigen Schulbesuchs. In der ostdeutschen Bevölkerung im Alter ab 14 Jahren dominiert weiterhin die Gruppe der sekundär Gebildeten mit mittleren Schulabschlüssen (Ost 45%, West 26%), während in den alten Ländern die Gruppe der einfach Gebildeten weiterhin die größte ist (Ost 26%, West 43%). Ähnlich ist dagegen der Anteil der tertiär Gebildeten mit höheren Schulabschlüssen (Ost 26%, West 27%). Hier wurde die in den 1970er-Jahren eingeführte restriktive Haltung der DDR gegenüber dem Allgemeinabitur durch das neue Gymnasialsystem überwunden. Schulbildung ist allerdings nur das eine, Berufsausbildung und Fach- und Hochschulbildung das andere. Hier ähneln sich die Profile von Ost und West (inzwischen) deutlich, insbesondere weil sich die berufliche Qualifikation der (jüngeren) Frauen in den alten Ländern seit der Wende deutlich verstärkt hat. Darin wird der zunehmende Einbezug der westdeutschen Frauen in die Erwerbstätigkeit bemerkbar. In den neuen Ländern hatten 2009 19% der ab 14-jährigen Bevölkerung (noch) keine berufliche Qualifikation, in den alten Ländern 26% (Frauen West 31%, Frauen Ost 20%).

Erwerbstätigkeit: Die Beteiligung der Bevölkerung an der Erwerbstätigkeit hängt einerseits von der Erwerbsneigung ab (insbesondere bei den Frauen), andererseits vom Angebot von (wenigstens halbwegs attraktiven) Arbeitsplätzen. Die hohe Erwerbsbeteiligung in der DDR (insbesondere der Frauen, aber auch der jüngeren und älteren Bevölkerung) wurde auch 1991 noch annähernd in dem erhöhten Anteil der Erwerbstätigen an der ab 14-jährigen Bevölkerung erkennbar (Ost 55%, West 47%). Auch hierin zeigte sich eine Ähnlichkeit zu den skandinavischen Staaten. Allerdings war zu diesem Zeitpunkt schon eines der Hauptprobleme der Wende zu erkennen, die hohe Arbeitslosigkeit (West 3%, Ost 8% der ab 14-Jährigen). Der eigentliche Unterschied zwischen Ost und West ergab sich aus der großen Differenz bei der Gruppe der nicht berufstätigen Hausfrauen (West 16%, Ost 7%). In diesem Falle erkennt man einmal eine Angleichung der Verhältnisse der alten Länder an die der neuen (bzw. an Skandinavien), da diese Gruppe bis 2009 stark (auf 7%) zurückging. 2009 waren in den neuen Ländern nur

noch 48% der Bevölkerung erwerbstätig (West 51%), was vor allem mit der Zunahme der Gruppe der Rentner (und der wenigen Pensionäre) von 26% auf 30% zu tun hatte, aber auch der Gruppe der jungen Leute in beruflicher Ausbildung.

Berufsstatus und soziale Schichtung: Die für 2009 vorliegende Statistik für die Erwerbstätigen zeigt zum einen die Vorprägung der DDR-Verhältnisse an, andererseits das Resultat der Veränderungen seit der Wende. Das Zweite kommt vor allem im Anteil der freien Berufe und der Selbstständigen zum Ausdruck, die inzwischen annähernd gleich ist (Freie: Ost und West: 4%, andere Selbstständige 5% und 6%, Landwirte jeweils mit marginalen 1%). Das Erste zeigt sich zunächst bei den untersten und oberen Positionen der Berufshierarchie. Zum einen gibt es im Westen mehr einfache Arbeiter als im Osten (13% zu 9%), zum anderen im Westen weit mehr viele leitende Angestellte und Beamte (14% zu 7%). Der markanteste Unterschied besteht allerdings auf der Position der Facharbeiter (Ost 29%, West 14%), und darin drückt sich die Nachwirkung der stark von der Industrie geprägten DDR-Wirtschaft am stärksten aus. Aus Bildungsstatus, Lebensstil und materiellem Status ergibt sich in West und Ost eine unterschiedliche Schichtung. Darin werden wiederum die starken Abweichungen auf den oberen und auf den unteren Positionen deutlich. Während 2009 in den neuen Ländern die Besetzung der breiten Mittelschicht etwas größer ist als in den alten (West 60%, Ost 64%), gibt es im Westen eine mehr als doppelt so große gehobene Schicht (West 31%, Ost 15%) und im Osten wiederum eine mehr als doppelt so große einfache Schicht (West 9%, Ost 21%). Im Zuge der Hartz-IV-Reformen hat sich diese Schicht von 17% (2001) auf 21% (2009) vergrößert (West 2001 8%, 2009 9%). In der Selbsteinschätzung sahen sich 2008 (ohne Vorgabe einer Kategorie der mittleren Mittelschicht) 36% der Westdeutschen zur oberen Mittelschicht gehörig, aber nur 17% der Ostdeutschen, 54% im Westen zur unteren Mittelschicht (Ost 59%), und jeweils 6% und 17% zur Unterschicht (Rest: keine Angabe). Auffällig ähnlich sind sich Ost und West allerdings darin, dass sie sich häufig zu den so genannten „kleinen Leuten“ zählen (West 61%, Ost 67%).

Einkommen und Vermögen: Die Unterschiede der beruflichen Positionen (und der Wertschöpfung der Wirtschaft bzw. der Arbeitslosigkeit) zwischen West und Ost schlagen sich auch in unterschiedlichen Einkommen der Haushalte nieder. So betrug das Nettoeinkommen der westdeutschen Haushalte in den alten Ländern 2009 2620 €, in den neuen Ländern 2102 €. Dabei ist in den Haushalten die Relation zwischen dem Verdienst des (zumeist männlichen) Hauptverdieners in West und Ost unterschiedlich. Im Westen trägt dieser zu 75% zum Haushaltseinkommen bei, im Osten nur zu 67%. Vom Einkommen blieben den Haushalten in den neuen Ländern 2009 221 €, die nach Abzug sämtlicher Lebenshaltungskosten zur freien Verfügung standen (West: 321 €). Gab es in den neuen Ländern zwischen 1992 und 2002 noch einen kräftigen Anstieg dieser frei verfügbaren Summe (von 177 € auf 244 €, im Westen von 271 € auf 313 €), so ging diese Summe bis 2004 auf 218 € zurück, um dann in etwa zu stagnieren. Zwischen West und Ost betrug damit die Relation des frei verfügbaren Einkommens der Haushalte 100 zu 69, die der Einkommen insgesamt 100 zu 80. Die Unterschiede beim Geld- und Sachvermögen sind allerdings weit größer als die beim Einkommen. Haus- und Wohnungsbesitz, Aktien und Wertpapiere sind in den westdeutschen Haushalten weit mehr vorhanden als in den ostdeutschen und außerdem deutlich werthaltiger, z. B. beträgt das durchschnittliche Geldvermögen in den neuen Ländern ca. 30.000 € (Berlin 37.000 €, Sachsen-Anhalt 27.000 €), während der deutsche Durchschnitt bei 48.000 € liegt und Bayern und Baden-Württemberg sogar 60.000 € erreichen und überschreiten. Demzufolge ist das Gefühl wirtschaftlicher Sicherheit in den alten Ländern größer. 57% sahen 2005 ihre wirtschaftlichen Verhältnisse als sicher oder sogar sehr sicher an, in den neuen Ländern nur 40%. Unter prekären Umständen lebten im Osten 14%, im Westen nur 3% (Rest: weniger sicher, weiß nicht).

2009 gaben in den neuen Ländern 74% an, möglichst sparsam zu leben, in den alten Ländern 66%.

Männer und Frauen: In den neuen Ländern wirkt das von der DDR-Kultur herstammende und mit den skandinavischen (bzw. auch französischen oder belgischen) Verhältnissen verwandte Lebensmodell weiter, nach der die Frauen wesentlich mehr Anteil am Erwerbsleben nehmen und im Gegenzug die Familienarbeit gleichmäßiger zwischen Mann und Frau aufgeteilt ist. Dem entspricht ein im großen Unterschied zum Westen umfassend ausgebautes Ganztagsmodell der öffentlichen Betreuung in Kindergärten und Schulen, eines der wichtigsten Erbschaften der DDR-Zeit. „Beide arbeiten Vollzeit und teilen sich die Arbeit im Haushalt und bei der Kinderbetreuung.“ Dieses moderne Modell einer Familie bevorzugen in den neuen Ländern 49%, in den alten nur 17%. In den alten Ländern findet dagegen das klassische Modell mit dem Mann als Alleinverdiener und der Frau als in Teilzeit berufstätig und überwiegend verantwortlich für die Familienarbeit mehr Zuspruch (West 39%, Ost 23%). Als Alternative dazu will ein Teil, dass beide Teilzeit arbeiten und sich die Familienarbeit teilen (West 21%, Ost 11%), wobei in diesem Modell erfahrungsgemäß die Frau mehr Arbeitszeit reduziert als der Mann. Generell geht man in den neuen Ländern vermehrt davon aus, dass sich eine Vollzeitberufstätigkeit einer Frau damit vereinbaren lässt, dass sie Kinder hat (Ost 51%, West 28%). In Frankreich stimmen dem sogar 69% zu und man kann vermuten, dass dem in der DDR noch mehr Menschen zugestimmt hätten. Das erkennt man auch daran, dass man in den neuen Ländern zu 53% davon ausgeht, dass es früher leichter war, Beruf und Familie zu vereinbaren (West 30%), und nur zu 12% davon, dass es schwerer war (West 35%).

Freizeit, Zufriedenheit und Glück: Seit der Wende verfügten die Ostdeutschen zumeist über mehr Freizeit als die Westdeutschen, 2006 waren das in den alten Ländern 211 Minuten, in den neuen Ländern 224 Minuten am Tag. Die Erwerbstätigen hatten allerdings in dieser Periode deutlich weniger Freizeit, im Westen ging diese von 204 auf 180 Minuten zurück, im Osten waren es 1991 174 Minuten und 2006 175 Minuten. Freizeit wird in den neuen Ländern jedoch auch deutlich niedriger bewertet als z. B. die Arbeit. 2008 wurde Arbeit im Osten zu 48% als sehr wichtig eingestuft (West 40%), Freizeit jedoch nur zu 23% (West 37%). Ähnlich ist es bei der Gewichtung von „Erfolg im Beruf“ (West 57%, Ost 63%) und von „viel Spaß haben, Leben genießen“ (West 59%, Ost 54%). Die Ostdeutschen waren seit der Wende stets unzufriedener und unglücklicher als die Westdeutschen. Gab es 2009 im Westen 51% (2006 59%), die mit ihrem Leben rundum zufrieden waren und es nicht anders wünschten, so im Osten nur 39% (2006 48%). Allerdings waren das 1990 erst 27% gewesen, zwischen 1996 und 2006 jedoch immerhin noch zwischen 44% und 49%. Seit der Wende hat in den neuen Ländern nicht nur die Zufriedenheit zugenommen, sondern auch der Eindruck, ein „sehr glücklicher Mensch“ zu sein. 1991 waren das nur 13% (West 29%), 2009 29% (West 39%). Ausgesprochene Unglücksgefühle reduzierten sich von 21% auf 8%. Der (große) Rest machte Einschränkungen oder wollte diese Frage nicht beantworten. Allerdings meinten in West und Ost gleichermaßen nur relativ wenige Menschen, im Leben im Großen und Ganzen nur wenig Glück gehabt zu haben, bzw. wollten das nicht einschätzen (West 19%, Ost 27%). Geht es darum, ob man eine glückliche Kindheit hatte, stimmen sogar mehr Ostdeutsche zu als Westdeutsche (72% versus 68%). Seit der Wende schätzte die Bevölkerung der alten Länder ihren Gesundheitszustand stets besser ein als die der neuen Länder. 1994 schätzten im Westen 63% ihre Gesundheit als sehr oder ziemlich gut ein, 2009 66%, im Osten waren es 52% und 59%.

2. Einstellungen zum Gemeinwesen

Bewertung der Wiedervereinigung: Die Wiedervereinigung wurde in den neuen Ländern stets positiver bewertet als in den alten. 2009 sahen darin 63% einen Grund zur Freude und nur 13% einen Grund zur Sorge (Rest unentschieden). In den alten Ländern waren es jeweils 55% und 21%. Andererseits stimmte man in den alten Ländern dem Ausspruch „Wir sind ein Volk.“, stets mehr als im Osten zu (zuletzt 2007: West 54%, Ost 40%). In beiden Landesteilen sind es besonders die ökonomischen Folgen, die Grundlage der Unterschiede sind, im Westen die (wirklichen oder nur vermuteten) Verluste und im Osten die wahrgenommenen Gewinne. Weit mehr neue Bundesbürger sehen sich als Gewinner der Wiedervereinigung denn als Verlierer. 62% sind stolz darauf, was seit dem Ende der DDR in den neuen Ländern erreicht wurde (1998: 36%), besonders in Thüringen und Sachsen (68%). 49% sehen den Aufbau Ost als Erfolg und nur 21% als Misserfolg (aber: mit 30% viele Unentschiedene). Dennoch gibt es eine große Gruppe, die sich als Ostdeutsche im neuen Deutschland als Bürger zweiter Klasse fühlt (2009 42%, 1999 45%). Als in der Gesellschaft Benachteiligte sahen sich 32% der Ostdeutschen, aber nur 19% der Westdeutschen an. Glaubten 2009 in den alten Ländern 69%, die Bundesregierung setze sich gleichermaßen für die Interessen von West- und Ostdeutschen ein, so nur 48% in den neuen Ländern, wobei darüber mit 30% eine große Unentschiedenheit herrschte. In der Verlustrechnung des Ostens erscheinen vor allem soziale Faktoren, ganz besonders die Versorgung mit Arbeitsplätzen, die soziale Sicherheit und der mitmenschliche Umgang, Faktoren, die der DDR weit mehr zugeordnet werden als dem neuen Gemeinwesen. Ergänzt wird dieses Empfinden heute durch den Eindruck, ein besseres Bildungswesen verloren zu haben. Zwar breitet sich in den neuen Ländern langsam die Auffassung aus, dass die DDR kein Rechtsstaat (2009 61%) und keine Demokratie (2007 49%) war, aber Klischees, nachdem man sich in der DDR bespitzelt gefühlt hätte und kaum jemandem trauen konnte (2009 30%) oder sich unfrei und gefangen gefühlt hätte (2009 37%), stimmen nur Minderheiten zu.

Politisches System: In den neuen Ländern ist das Vertrauen in die politischen und öffentlichen Institutionen deutlich niedriger als in den alten Ländern. Besonders auffällig ist das geringere Vertrauen in die Polizei (2008 zumindest „ziemlich viel Vertrauen“ West 78%, Ost 61%) und die Gerichte (West 65%, Ost 45%). Gesamtdeutsch vertraute 2008 kaum jemand den Parteien (15%), den Banken (16%) und den Großunternehmen (20%), mittleren und kleineren Unternehmen dagegen 80%. 2003 waren in den neuen Ländern mit der Demokratie und dem politischen System nur 3% sehr zufrieden (West 14%) und 44% einigermaßen zufrieden (West 58%). 2009 waren im Osten 4% (West 21%) sehr zufrieden, aber nunmehr 63% einigermaßen zufrieden (West 66%). Dieses politische Arrangement heißt aber nicht, dass man die Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik für verteidigungswert hielte, ja diese Meinung ist im Osten seit der Wende sogar immer seltener geworden (1991 46%, 2000 41%, 2009 37%). Im Westen waren es 2009 mit 68% kaum weniger als 1991 (72%). Das liegt auch an dem unterschiedlichen Eindruck, die bundesdeutsche Demokratie wäre geeignet, die Probleme des Landes zu lösen. Im Westen glaubte das seit der Wende stets ein erheblich größerer Anteil der Menschen, 1991 65% (Ost 41%), 2008 64% (Ost 34%). Die Skepsis des Ostens leitet sich vor allem daraus her, dass man hier von der Demokratie häufiger als im Westen erwartet, dass es keine Not gibt und die Einkommensunterschiede nicht so groß sind. Die formalen Freiheiten werden dagegen durchweg weniger betont, wohl weil sie als *nur* formal empfunden werden. Stärker wünscht man sich im Osten auch direkte Möglichkeiten der Mitbestimmung wie etwa Volksabstimmungen oder eine Direktwahl des Bundespräsidenten. Der Föderalismus hat in den neuen Ländern weniger Anhänger als in den alten und dessen Popularität geht ganz allgemein zurück. Persönliche Vorteile sahen davon in den alten Ländern 1995 noch 44% (Ost

37%), 2007 aber nur noch 36% (Ost 21%). Den größten Gegensatz bilden die Bayern und die Bürger von Sachsen-Anhalt. Die ersten sahen 2007 zu 46% persönliche Vorteile des Föderalismus, die zweiten nur zu 11% (höchster Wert in den neuen Ländern Thüringen mit 31%). Einheitliche Regelungen möglichst vieler Aufgaben durch den Bund und nicht durch die Länder (darunter Fragen der Bildung, des Verkehrs und der Polizei) befürworteten 2007 70% der Ostdeutschen und 57% der Westdeutschen. Besonders ungünstig sind im Osten die Einschätzungen der Landesbevölkerungen, ob sie gut regiert werden. In Bayern fanden das 2007 76%, in Baden-Württemberg sogar 79%, aber in Sachsen-Anhalt gerade einmal 11% (höchster Wert im Osten in Thüringen mit 26%).

Politische Grundwerte: Die Demokratie der Bundesrepublik ist immer noch für einen recht kleinen Prozentsatz der Ostdeutschen die „beste Staatsform“, die man sich vorstellen kann. 2009 waren das nur 39%, in den alten Ländern jedoch 76%. Der politische Dissens liegt jedoch weniger darin, dass die Ostdeutschen politisch besonders „links“ eingestellt wären. Sie stufen sich auf einer Skala 0=links bis 100=rechts mit 44 Punkten nur etwas weiter links ein als Westdeutsche, die mit 49 Punkten fast punktgenau in der Mitte liegen. Ein wichtiger Unterschied besteht darin, dass 2009 44% im Osten, aber nur 28% im Westen der Meinung waren, unsere Gesellschaft steuere unaufhaltsam auf „eine ganz große Krise“ zu, die nur durch eine grundlegende Änderung des politischen Systems abgewendet werden könne. Ein deutlicher Dissens zwischen Ost und West besteht in der Frage der Freiheit. Schon der Begriff stößt im Osten auf weniger Sympathie, vor allem aber unterscheiden sich die Vorstellungen, die man damit verbindet, von denen der Westdeutschen. Der Kern liegt in der Rolle des Staates. Dieser soll die Wirtschaft regulieren und kontrollieren, damit es keine soziale Not und Armut gibt. In diesem Sinne muss es verstanden werden, dass die Idee des Sozialismus in den neuen Ländern viele Anhänger hat. 52% sehen diesen als eine gute Idee an, die bisher allerdings schlecht ausgeführt wurde (West 26%). Allerdings hat diese Denkform seit ihrer höchsten Popularität 1994 (74%) deutlich an Zuspruch verloren. In den neuen Ländern geht es bei der Kritik am aktuellen System vor allem darum, dass das Versprechen der sozialen Marktwirtschaft, das Helmut Kohl gegeben hatte, nicht gehalten wurde. Die Erwartung geht in den neuen Ländern deutlich stärker in Richtung einer Staatsform, die Marktwirtschaft, Menschlichkeit und Sozialismus miteinander verknüpft (2007 Ost 52%, West 33%). Dafür ist man in den neuen Ländern deutlich mehr als in den alten bereit, auf Freiheit zu verzichten. Im Zweifelsfall entschieden sich 2008 53% der Ostdeutschen für ein gesellschaftliches Konzept mit möglichst großer sozialer Gleichheit auch auf Kosten der ungehinderten persönlichen Entfaltung, im Westen dagegen nur 36%. Freiheit ist im Osten vor allem Freiheit von, von Not, Armut, Obdachlosigkeit und Arbeitslosigkeit (Ost 46%, West 28%), und weniger Selbstbestimmung für etwas (für einen Beruf, ein Land oder eine Stadt, allgemein für persönliche Ziele, Ost 36%, West 49%) und schon gar keine Freiheit des Beliebens (tun und lassen können, was einem beliebt, Ost 14%, West 21%). Dieser Aspekt ist zum Beispiel in Großbritannien sogar der wichtigste (46%). Ausgerechnet die Reisefreiheit, dieser besonders empfundene Mangel der DDR-Zeit, wird viel niedriger als im Westen bewertet („persönlich wichtig“ West 55%, Ost 37%), ebenso sehr die Wahlfreiheit bezüglich politischer Parteien (65% versus 49%).

Wirtschaftssystem: Gesamtdeutsch ist zu konstatieren, dass im Blick der Menschen der soziale Konsens der alten Bundesrepublik, die Bevölkerung solle einigermaßen angemessen an den wirtschaftlichen Fortschritten beteiligt werden, als aufgekündigt angesehen wird. 1999 stimmten noch 40% der Westdeutschen der Aussage zu, „Was der Wirtschaft nützt, nützt auch der Bevölkerung. Wenn es der Wirtschaft gut geht, geht es auch der Bevölkerung gut.“ Im Osten waren es nur 23%. 2008 lag die Zustimmung im Westen nur noch bei 23% und im Osten bei 19%. Stattdessen wurde immer mehr der Alternative zugestimmt: „Das gilt heute nicht mehr. Der Wirtschaft, den Unternehmen kann es sehr gut gehen, ohne dass die Bevölkerung

etwas davon hat.“ (2008 West 68%, Ost 71%). Im Osten sind allerdings die Zweifel weit größer, dass das Konzept der sozialen Marktwirtschaft angesichts der Globalisierung zu halten ist, nur 25% glaubten das 2009, aber 49% im Westen. Dabei gibt es auch im Westen inzwischen nur noch wenige, die der Meinung sind, die Marktwirtschaft der Bundesrepublik wäre auch sozial, 1999 waren es noch 50% (Ost 30%), 2008 nur noch 30% (Ost 15%). Große Unterschiede zwischen Ost und West gibt es bei der pauschalen Bewertung des Wirtschaftssystems in Deutschland. Hatten davon 1990 noch 77% der Ostdeutschen eine gute Meinung (West 57%), so stürzte diese Unterstützung bis 1994 bereits auf 38% ab, um 2006 den absoluten Tiefpunkt von 18% zu erreichen (West 32%). Der Hauptpunkt der Systemzweifel in Ost und West ist das Empfinden von Ungerechtigkeit in dem, was die Menschen besitzen und verdienen. Es war im Osten schon immer sehr groß, bereits 1995 wurden die wirtschaftlichen Verhältnisse zu 64% als ungerecht empfunden, im Westen waren es damals erst 38%, dann nahmen aber auch dort diese Gefühle erheblich zu. 2008 empfanden sogar 73% im Westen und 83% im Osten die wirtschaftlichen Verhältnisse als ungerecht. Ende der 1970er-Jahre war das in Westdeutschland noch ganz anders, 50% sahen eher Gerechtigkeit, 36% eher Ungerechtigkeit. In einem Umfeld, indem auch die Mehrheit der Westdeutschen den Konsens der sozialen Marktwirtschaft aufgekündigt sieht, ist nicht zu erwarten, dass die Ostdeutschen sonderliche Sympathien für das Wirtschaftssystem aufbringen. Wenn zuletzt gesamtdeutsch nur noch 13% die wirtschaftlichen Verhältnisse als im Großen und Ganzen gerecht und 75% als nicht gerecht empfanden, hat der Standort Deutschland insgesamt ein Problem. Besonders fatal ist dabei, dass in einem leistungsorientierten Land wie Deutschland nur 28% der Bevölkerung der Aussage über das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik zustimmen. „Leistung wird belohnt: Wer viel leistet, verdient auch mehr.“ 81% wünschen sich jedoch genau das von ihrem Wirtschaftssystem. Dementsprechend haben nur relativ wenige Menschen den Eindruck, in Deutschland herrsche Chancengleichheit unabhängig von Herkunft und Geschlecht (2008 West 28%, Ost 18%).

Bewertung: Die materiellen Lebensverhältnisse haben sich zwischen Ost und West seit der Wende deutlich angeglichen. Das betrifft die ganze Breite des Lebensstandards und der entsprechenden Infrastruktur. Das wird in den neuen Ländern auch so wahrgenommen und ist (auch nach dem Abgleich mit den Lebensverhältnissen in anderen Ländern) die wichtigste Gewinnposition der Wiedervereinigung. Dazu muss man auch die Freiheitsgewinne im Allgemeinen rechnen, auch wenn diese in den neuen Ländern nicht so hoch bewertet werden. Die geringere Bewertung der Freiheit erklärt sich aus verschiedenen Hintergründen. Zum einen sind es die negativen Wirkungen der wirtschaftlichen Freiheit im Sinne des Lohnendrucks und der Arbeitslosigkeit, die im Osten stärker wahrgenommen werden als im Westen. Dort breitet sich allerdings immer stärker die Enttäuschung über die als immer ungerechter empfundenen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse aus, die aber bisher das Vertrauen in die Demokratie nicht ernsthaft erschüttert haben. Die emotionale Bindung aufgrund der Erfolgsgeschichte der alten Bundesrepublik ist der Grund dafür. Die Reformen der neuen Bundesrepublik, vor allem aber die wirtschaftlichen Erschütterungen des weltweiten Finanzkapitalismus haben allerdings diese Bindung angekratzt. Eine erneute Finanzkrise, verschärft durch die inzwischen zumeist ausgeschöpften Möglichkeiten des Staates, gegenzusteuern, kann zu so negativen wirtschaftlichen Folgen führen, dass dieses Grundvertrauen der Westdeutschen ernsthaft erschüttert werden kann. Ein solches Grundvertrauen konnte sich in den neuen Ländern seit der Wende nur wenig entwickeln. Deswegen werden hier die sozialen Verwerfungen seit der Wiedervereinigung mehr den Grundfesten des Systems angelastet als aktuellen und überwindbaren politischen Schwierigkeiten. Innerhalb der systemischen Grundfesten wird im Osten vor allem die soziale Funktion der Freiheit angezweifelt. Der Regulierung durch einen starken und sozialen Staat wird eine wichtigere Rolle als im Westen zugeschrieben. Das schließt natürlich auch eine verstärkte Mentalität des sozialen Teilens ein, die im Osten als wünschenswert ein-

geschätzt wird. Der wohlhabende Teil der Bevölkerung, der seinen Wohnsitz weit mehr in den alten als in den neuen Ländern hat, wird in die Pflicht genommen, sich mehr um sein Gemeinwesen zu kümmern, sprich: mehr für soziale Zwecke abzugeben. Staat und Politik werden aufgefordert, ihre Rolle als sozial ausgleichende Gemeinwesenagentur besser wahrzunehmen. Werte der sozialen Pflicht und des Gemeinwohls haben dabei für die Ostdeutschen Vorrang vor dem persönlichen Belieben und der persönlichen Entfaltung. Zentrale staatliche Kompetenzen werden in dieser Denk- und Fühlweise auch den Eigeninteressen der regionalen Einheiten (Länder) übergeordnet.

Anhang 3: Interviewpartnerinnen und -partner nach Ebenen und Bereichen aufgeschlüsselt nach Bundesländern

Tabelle 3: Übersicht über das Untersuchungssample Berlin/Brandenburg im Forschungsvorhaben

Sektoren/Ebenen	Verwaltung/Politik	Zivilgesellschaft	Wirtschaft
Landesebene	ca. 1 Interview	ca. 2 Interviews	ca. 1 Interview
Lokale bzw. regionale Ebene	ca. 3 Interviews	ca. 2 Interviews	X

Tabelle 4: Übersicht über das Untersuchungssample Sachsen-Anhalt im Forschungsvorhaben

Sektoren/Ebenen	Verwaltung/Politik	Zivilgesellschaft	Wirtschaft
Landesebene	ca. 1 Interview	ca. 1 Interview	ca. 1 Interview
Lokale bzw. regionale Ebene	ca. 3 Interviews	ca. 5 Interviews	ca. 1 Interview

Tabelle 5: Übersicht über das Untersuchungssample Mecklenburg-Vorpommern im Forschungsvorhaben

Sektoren/Ebenen	Verwaltung/Politik	Zivilgesellschaft	Wirtschaft
Landesebene	ca. 3 Interviews	ca. 2 Interviews	ca. 1 Interview
Lokale bzw. regionale Ebene	ca. 2 Interviews	ca. 4 Interviews	ca. 1 Interview

Tabelle 6: Übersicht über das Untersuchungssample Thüringen im Forschungsvorhaben

Sektoren/Ebenen	Verwaltung/Politik	Zivilgesellschaft	Wirtschaft
Landesebene	ca. 1 Interview	ca. 2 Interviews	ca. 1 Interview
Lokale bzw. regionale Ebene	ca. 1 Interview	ca. 5 Interviews	X

Tabelle 7: Übersicht über das Untersuchungssample Sachsen im Forschungsvorhaben

Sektoren/Ebenen	Verwaltung/Politik	Zivilgesellschaft	Wirtschaft
Landesebene	ca. 1 Interview	ca. 2 Interviews	ca. 1 Interview
Lokale bzw. regionale Ebene	x	ca. 6 Interviews	X

VIII. Literatur

- Abel, Jürgen/Möller, Renate/Treumann, Klaus Peter (1998): Einführung in die empirische Pädagogik. Stuttgart, Berlin, Köln.
- Alscher, Mareike/Dathe, Dietmar/Priller, Eckhard/Speth, Rudolf (2009): Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland (im Auftrag des BMFSFJ): Wissenschaftszentrum Berlin.
(<http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/buergerschaftliches-engagement-bericht-wzb-pdf,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf> [Zugriff: 25.03.2013]).
- Ammann, Herbert. (Hg.) (2011): Grenzenlos, Freiwilliges Engagement in der Schweiz, Österreich und Deutschland. Zürich.
- Angerhausen, Susanne/Backhaus-Maul, Holger/Offe, Claus/Olk, Thomas/Schiebel, Martina (.): Überholen ohne einzuholen. Freie Wohlfahrtspflege in Ostdeutschland. Opladen und Wiesbaden.
- Anheier, Helmut K., Eckhard Priller, Wolfgang Seibel, Annette Zimmer (Hg.) (1997): Der Dritte Sektor in Deutschland. Berlin.
- Atteslander, Peter (1995): Methoden der empirischen Sozialforschung. bearbeitete Auflage. Berlin, New York.
- Backhaus-Maul, H./Friedrich, P. (2011): Gesellschaftliches Engagement von Unternehmen. In: Olk, Thomas/ Klein, Ansgar/ Hartnuß, Birger (Hg): Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe. Wiesbaden, S. 215-229.
- Backhaus-Maul, Holger/Ebert, Olaf/Jakob, Gisela/ Olk, Thomas (Hg.) (2003): Bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland. Potenziale und Perspektiven. Opladen.
- Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, (Autorin: Martina Wegener) Freiwilligensurvey Bayern 2009: Ergebnisse und Trends, München
(<http://www.verwaltung.bayern.de/egov-portlets/xview/Anlage/4021511/FreiwilligensurveyBayern2009-ErgebnisseundTrends.pdf> [Zugriff: 25.03.2013]).
- Beetz, Susanne/Brauer, Kai/Neu, Claudia (Hg.) (2005): Handwörterbuch zur ländlichen Gesellschaft in Deutschland. Wiesbaden.
- Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2011): Die demografische Lage der Nation. Was freiwilliges Engagement für die Regionen leistet. (http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/Die_demografische_Lage_2011/D-Engagement_online.pdf [Zugriff: 25.03.2013]).
- Bogomil, Jörg/Holtkamp Lars (2010): Die kommunale Ebene. In: Olk, Thomas/ Klein, Ansgar/ Hartnuß, Birger (Hg): Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe, Wiesbaden, S. 382-406.
- Bortz, Jürgen/Döring, Nicola (2003): Forschungsmethoden und Evaluation. 3. überarbeitete Auflage. Berlin, Heidelberg, New York.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hg.) (2012): Erster Engagementbericht 2012. Für eine Kultur der Mitverantwortung. Zentrale Ergebnisse. Berlin. Drucksache 17/10580.

- Bundesregierung (2010): Nationale Engagementstrategie der Bundesregierung. Berlin. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- Diekmann, Andreas (2006): Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen. 17. Auflage. Reinbek.
- Dienel, Hans Luidger/ Klein, Ansgar/ Olk, Thomas/ Reim, Daphne/ Schmithals, Jenny/Walk, Heike (2008): Partizipative Kommune. Abschlussbericht zum Projekt Kooperationsnetzwerke und bürgerschaftliches Engagement als Erfolgsfaktoren für ostdeutsche Kommunen. (www.partizipative-kommune.de [Zugriff: 25.03.2013]).
- Deutscher Städtetag (2012): Stabile Stadtfinanzen – nur mit Bund und Ländern. Schlaglichter aus dem Gemeindefinanzbericht 2012 des Deutschen Städtetages. (http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/veroeffentlichungen/gemeindefinanzbericht/gfb2012_broschuere_.pdf [Zugriff: 26.03.2013]).
- Deutscher Städtetag (2011/5): Gemeindefinanzbericht 2011. München.
- Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ Deutscher Bundestag (2002): Bericht. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Opladen.
- Erlinghagen Marcel/Hank, Karsten (Hg.) (2008): Produktives Altern und informelle Arbeit in modernen Gesellschaften. Wiesbaden.
- Evers, Adalbert/Olk, Thomas (1996): Wohlfahrtspluralismus. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft. Opladen.
- Farago Peter/Ammann, Herbert (2005, Hg): Monetarisierung der Freiwilligkeit. Luzern.
- Flick, Uwe (2004): Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung. 2. Auflage, Reinbek bei Hamburg.
- Forschungsgruppe Altern und Lebenslauf der Freien Universität Berlin (FALL) / Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) (2004): Dokumentation der Tagung. Besteuerung von Erbschaften und Schenkungen – Pro und Kontra am 4. Juni 2004 in Berlin. (http://www.diw.de/documents/dokumentenarchiv/17/diw_01.c.42392.de/dokumentation_ws_erbschaft.pdf [Zugriff: 25.03.2013]).
- Geiss, Sabine (2010): Zivilgesellschaft und freiwilliges Engagement in Augsburg 2009: Ergebnisse des Freiwilligensurveys, der repräsentativen Erhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, Studie im Auftrag der Stadt Augsburg, TNS Infratest Sozialforschung München. (http://www.buendnis.augsburg.de/fileadmin/buendnis-aug/dat/11_materialien/pdf/freiwilligensurvey_augsburg_2009.pdf [Zugriff: 25.03.2013]).
- Gensicke, Thomas (2011a): Konzept und Ergebnisse des deutschen Freiwilligensurveys (1999, 2004, 2009). In: Ammann, H. (Hg.) (2011): Grenzenlos, Freiwilliges Engagement in der Schweiz, Österreich und Deutschland. Zürich
- Gensicke, Thomas (2011b): Notwendigkeit einer integrierten Theorie für die Beschreibung der Zivilgesellschaft. In: Priller, Eckhard/Alscher, Mareike/Dathe, Dietmar/Speth, Rudolf. (Hg.): Zivilengagement. Herausforderungen für Gesellschaft, Politik und Wissenschaft. Münster.
- Gensicke, Thomas (2011): Öffentliche Beteiligung und freiwilliges Engagement in Sachsen-Anhalt 1999–2004–2009: Ergebnisse des Freiwilligensurveys, der repräsentativen Er-

- hebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, Auswertung im Auftrag der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt. (http://www.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Elementbibliothek/Bibliothek_Engagiert/Downloads/Dokumente/Studien-Gesetze/Freiwilligen-Surve_Sachsen-Anhalt2011.pdf [Zugriff: 25.03.2013]).
- Gensicke, Thomas (2010): „Wertorientierung, Befinden und Problembewältigung“. In: Deutsche Shell (Hg.): Jugend 2010. Eine pragmatische Generation behauptet sich. Frankfurt am Main.
- Gensicke, Thomas (2009): „Werte und Wertewandel“. In: Wichard Woyke, Uwe Andersen (Hg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden.
- Gensicke, Thomas (2005): Stichwort „Lebensqualität“. In: Beetz, Susanne/Brauer, Kai/Neu, Claudia (Hg.): Handwörterbuch zur ländlichen Gesellschaft in Deutschland. Wiesbaden.
- Gensicke, Thomas (2002a): Stichwort „Neue Bundesländer“ im Handwörterbuch der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, Greifenhagen, M. und S. (Hg.), Wiesbaden.
- Gensicke Thomas (2001a): Freiwilliges Engagement in den neuen und alten Ländern. In: Klages, Helmut/Braun, Joachim (Hg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Band 2: Zugangswege zum freiwilligen Engagement und Engagementpotenzial in den neuen und alten Bundesländern. Stuttgart, S. 22-113.
- Gensicke, Thomas (2001): Auf dem Weg der Integration. Die neuen Bundesbürger nach der Einheit. In: Deutschland Archiv 3/2001d.
- Gensicke, Thomas (2000): Deutschland im Übergang. Lebensgefühl, Wertorientierungen, Bürgerengagement, Speyerer Forschungsberichte 204, Speyer.
- Gensicke, Thomas(1995): Modernisierung, Mentalitäts- und Wertewandel in der DDR. In: Bertam H./ Hradil, S./ Kleinhenz, G. (Hg.), Sozialer und demografischer Wandel in den neuen Bundesländern. Berlin, S. 101-140.
- Gensicke, Thomas (1998): Die neuen Bundesbürger. Eine Transformation ohne Integration. Wiesbaden.
- Gensicke, Thomas (1992): Mentalitätswandel und Revolution. Wie sich die DDR-Bürger von ihrem System abwandten. In: Deutschland Archiv 12.
- Gensicke, Thomas/Geiss, Sabine (2011): Zivilgesellschaft und freiwilliges Engagement in Sachsen 1999-2004-2009: Ergebnisse des Freiwilligensurveys, der repräsentativen Erhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, Studie im Auftrag Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, TNS Infratest Sozialforschung. München.
- Gensicke, Thomas/Geiss, Sabine. (2011): Zivilgesellschaft und freiwilliges Engagement in Brandenburg 1999-2004-2009: Ergebnisse des Freiwilligensurveys, der repräsentativen Erhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, Studie im Auftrag der Staatskanzlei des Landes Brandenburg, TNS Infratest Sozialforschung. München. (http://www.stk.brandenburg.de/media/lbm1.a.4856.de/FWS_Brandenburg_108393.pdf [Zugriff: 25.03.2013]).

- Gensicke, Thomas/Geiss, Sabine (2011): Zivilgesellschaft und freiwilliges Engagement in Berlin 1999-2004-2009: Ergebnisse des Freiwilligensurveys, der repräsentativen Erhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, Studie im Auftrag des Berliner Senats, TNS Infratest Sozialforschung, München. (http://www.berlin.de/imperia/md/content/buergeraktiv/aktuelles/endfassung_der_pr__sentation_15.06.2011.pdf?start&ts=1308211828&file=endfassung_der_pr__sentation_15.06.2011.pdf [Zugriff: 25.03.2013]).
- Gensicke, Thomas/Geiss, Sabine (2011): Zivilgesellschaft und freiwilliges Engagement in Hamburg 1999-2004-2009: Ergebnisse des Freiwilligensurveys, der repräsentativen Erhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, Studie im Auftrag der Freien und Hansestadt Hamburg, TNS Infratest Sozialforschung, München. (<http://www.hamburg.de/engagement/veroeffentlichungen/3076870/freiwilligensurvey-hamburg.html> [Zugriff: 25.03.2013]).
- Gensicke, Thomas/Geiss, Sabine. (2011): Zivilgesellschaft und freiwilliges Engagement in Nordrhein-Westfalen 1999-2004-2009: Ergebnisse des Freiwilligensurveys, der repräsentativen Erhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, Studie im Auftrag des Ministeriums für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen, TNS Infratest Sozialforschung, München. (http://www.engagiert-in-nrw.de/pdf/freiwilligensurvey_2009_110614.pdf [Zugriff: 25.03.2013]).
- Gensicke, Thomas/Geiss, Sabine (2010a): Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004-2009, Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009, der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, erschienen auf der Homepage des BMFSFJ (<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/Publikationen/publikationsliste,did=165004.htm> [Zugriff: 25.03.2013]).
- Gensicke, Thomas/Geiss, Sabine (2010): Zivilgesellschaft und freiwilliges Engagement in Niedersachsen 1999-2004-2009: Ergebnisse des Freiwilligensurveys, der repräsentativen Erhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, Studie im Auftrag der Staatskanzlei des Landes Niedersachsen, TNS Infratest Sozialforschung, München. (http://www.freiwilligenserver.de/doc/doc_download.cfm?uuid=EB172169C2975CC8A58F4085B6817D94&&IRACER_AUTOLINK [Zugriff: 25.03.2013]).
- Gensicke, Thomas/Geiss, Sabine (2010): Zivilgesellschaft und freiwilliges Engagement in Rheinland-Pfalz 1999-2004-2009: Ergebnisse des Freiwilligensurveys, der repräsentativen Erhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, Studie im Auftrag der Staatskanzlei des Landes Rheinland-Pfalz, TNS Infratest Sozialforschung, München. (http://www.wir-tun-was.de/fileadmin/site_images/page_content/wettbewerbe/Landestudie_Netz.pdf [Zugriff: 25.03.2013]).
- Gensicke, Thomas/Geiss, Sabine (2010): Zivilgesellschaft und freiwilliges Engagement im Saarland 2009: Ergebnisse des Freiwilligensurveys, der repräsentativen Erhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, Studie im Auftrag der Staatskanzlei des Saarlandes, TNS Infratest Sozialforschung, München. (http://lv-saarland.drk.de/fileadmin/user_upload/Download_allgemein/Freiwilligensurvey__BE-67_06_108019_END1.pdf [Zugriff: 25.03.2013]).
- Gensicke, Thomas/Picot, Sibylle/Geiss, Sabine (2006): Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Frei-

- willigenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Gensicke, Thomas/ Olk, Thomas/ Reim, Daphne/ Schmithals, Jenny/ Dienel, Hans-Luidger (2009): Entwicklung der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland. Quantitative und Qualitative Befunde. Wiesbaden.
- Hartnuß, Birger/Olk, Thomas/Klein, Ansgar (2011): Engagementpolitik. In: Olk, Thomas/Hartnuß, Birger (Hg.): Handbuch Bürgerschaftliches Engagement. Weinheim und Basel, S. 761-776.
- Himmelman, Gerhard/ Lange, Dirk (2005): Demokratiekompetenz. Beiträge aus Politikwissenschaft, Pädagogik und politischer Bildung. Wiesbaden.
- Hoecker, Beate (Hg.) (2006): Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Opladen.
- Holger, Backhaus-Maul/Ebert, Olaf/Jakob, Gisela/Olk, Thomas (Hg.) (2003): Bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland. Opladen.
- Infratest dimap (2008), Wahltrend. Bundestags-, Landtags- und Europawahlen in Deutschland. Alle Ergebnisse seit 1946. Berlin, Köln.
- Jakob, Gisela (2009): Anerkennungskultur als Ausdruck einer Modernisierung des freiwilligen Engagements. In: Forum Wohnen und Stadtentwicklung. Zeitschrift des Bundesverbandes für Wohnen und Stadtentwicklung, 1. Jg., H. 1/2009, S. 3-6.
- Jakob, Gisela (2009): Neue Kooperationen mit der Marktplatz-Methode. In: Bertelsmann Stiftung (Hg.): Gute Geschäfte. Marktplatz für Unternehmen und Gemeinnützige. Gütersloh, S. 8-39.
- Jakob, Gisela (2010): Infrastrukturen und Anlaufstellen zur lokalen Engagementförderung. In: Olk, Th./ Klein, Ansgar/ Hartnuß, Birger (Hg.): Engagementpolitik in Deutschland. Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe. Wiesbaden, S. 233-259.
- Jakob, Gisela (2010): Gutachten: Engagementförderung als Infrastrukturförderung (zus. mit Th. Röbbke). In: Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (Hg.): Engagement ermöglichen – Strukturen gestalten. Handlungsempfehlungen für eine nationale Engagementstrategie. Berlin, S. 117-133.
- Jakob, Gisela/Englert, Christine/Geiss, Sabine (2011): Der Freiwilligensurvey für den Kreis Offenbach. Ergebnisse aus dem Freiwilligensurvey 2009, Studie im Auftrag des Landkreises Offenbach. Darmstadt/München (<http://www.kreis-offenbach.de/index.phtml?NavID=1856.498&La=1> [Zugriff: 25.03.2013]).
- Klages Helmut/Braun Joachim (Hg.) (2001): Zugangswege zum freiwilligen Engagement und Engagementpotential in den neuen und alten Bundesländern, Bd. 2 der Berichte zur Repräsentativerhebung 1999 Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. 2. Auflage. Stuttgart, Berlin, Köln.
- Klein, Ansgar/Kern, Kristine/Geißel, Brigitee/Berger, Maria (Hg.) (2004): Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderung politischer und sozialer Integration. Wiesbaden.
- Klie, Thomas/Stemmer, Philipp/Wegner, Martina (2009): Untersuchung zur Monetarisierung von Ehrenamt und Bürgerschaftlichem Engagement in Baden-Württemberg, Zentrum für Zivilgesellschaftliche Entwicklung Freiburg.
- Köcher, Renate (Hg.) (2009): „Die Berliner Republik“, Allensbacher Jahrbuch Nr. 12 (2003-2009). Berlin, New York und Verlag für Demoskopie, Allensbach am Bodensee.

- Kromrey, Helmut (2006): Empirische Sozialforschung. Modelle und Methoden der standardisierten Datenerhebung und Datenauswertung. 11. überarbeitete Auflage. Stuttgart.
- Lamnek, Siegfried (2005): Qualitative Sozialforschung. Lehrbuch. 4. Auflage, Weinheim und Basel.
- Mayring, Philipp (2003): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 8. Auflage, Weinheim und Basel.
- Mayring, Philipp (2002): Einführung in die qualitative Sozialforschung: Eine Anleitung zu qualitativem Denken. Weinheim und Basel.
- Mühlberg, Dietrich (2001): Beobachtete Tendenzen zur Ausbildung einer ostdeutschen Teilkultur. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Das Parlament. B11/2001, S. 30-38.
- Nell-Breuning, Oswald von (1976): Das Subsidiaritätsprinzip. In: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, 27. Jahrgang, Heft 1, S. 9-25.
- Onlinebibliothek der Initiative Zivilengagement (hier stehen umfassende Informationen zum Freiwilligensurvey als Download zur Verfügung; <http://www.initiative-zivilengagement.de/wissen/onlinebibliothek.html> [Zugriff: 25.03.2013]).
- Olk, Thomas (2013): Entwicklungsbedarf in der Freiwilligenarbeit mit Kindern, Jugendlichen und ihren Familien heute. In: Birtsch, Vera/Behn, Sabine/Bindel-Kögel, Gabriele (Hg.): Freiwillige Arbeit für Kinder, Jugendliche und ihre Familien. München (im Erscheinen).
- Olk, Thomas (2011): Arbeit mit Ehrenamtlichen. In: Bieker, Rudolf/Floercke, Peter (Hg.): Träger, Arbeitsfelder und Zielgruppen der Sozialen Arbeit. Band 5/6 Grundwissen Soziale Arbeit. Stuttgart, 419-433.
- Olk, Thomas/Hartnuß, Birger (Hg.) (2011a): Handbuch bürgerschaftliches Engagement. Weinheim und Basel.
- Olk, Thomas/Hartnuß, Birger (2011b): Bürgerschaftliches Engagement. In: dies. (Hg.): Handbuch bürgerschaftliches Engagement. Weinheim und Basel, S. 145-162.
- Olk, Thomas (2010): Bürgerschaftliches Engagement im Lebenslauf. In: Nägele, G. (Hg.): Soziale Lebenslaufpolitik. Wiesbaden.
- Olk, Thomas/Klein, Ansgar/Hartnuß, Birger (Hg.) (2010): Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe. Wiesbaden.
- Olk, Thomas/ Reim, D./ Schmithals, J. (2009): Qualitative Studie. In: Gensicke, Thomas/Olk, Thomas/ Reim, D./ Schmithals, J./ Dienel, H.-L. (Hg.): Entwicklung der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland. Quantitative und Qualitative Befunde. Wiesbaden, S. 87-142.
- Picot, Sibylle (2010): Jugend in der Zivilgesellschaft. Freiwilliges Engagement Jugendlicher von 1999 bis 2009. Analysen auf Basis des Freiwilligensurveys (Online-Vorabversion), Bertelsmann Stiftung (http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_33702_33705_2.pdf [Zugriff: 25.03.2013])
- Priller, Eckhard/Alscher, Mareike/Dathe, Dietmar/Speth, Rudolf (Hg.) (2011): Zivilengagement. Herausforderungen für Gesellschaft, Politik und Wissenschaft. Münster.
- Priller, Eckhard/Alscher, Mareike/Droß, Patrick J./Paul, Franziska/Poldrack, Clemens J./Schmeißer, Claudia/Waitkus, Nora (2012): Dritte-Sektor-Organisationen heute: Eigene Ansprüche und ökonomische Herausforderungen. Ergebnisse einer Organisati-

- onsbefragung. Discussion Paper SP IV 2012 - 402, WZB Berlin (www.wzb.eu/org2011) [Zugriff: 25.03.2013].
- Pollack, Detlef (2009): Rückkehr des Religiösen. Studien zum religiösen Wandel in Deutschland und Europa II. Tübingen.
- Rosenblatt, Bernhard von (Hg.) (2001): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement in Deutschland, Bd. 1, Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bd. 194.1. Stuttgart, Berlin, Köln.
- Schneekloth, Ulrich (2010): Jugend und Politik: Aktuelle Entwicklungstrends und Perspektiven. In: Deutsche Shell (Hg.) (2010): Jugend 2010. Eine pragmatische Generation behauptet sich. Frankfurt am Main.
- Senatorin für Arbeit, Frauen, Jugend, Gesundheit und Soziales der Freien Hansestadt Bremen (2011) in Kooperation mit der Freiwilligenagentur Bremen: Freiwilligensurvey 2009. Bremen engagiert sich. Ergebnisse und Trends, Bremen (<http://www.buergerengagement.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen89.c.7475>). de [Zugriff: 25.03.2013].
- Schumacher, U. (2010): Gemeinsam anpacken. Ländliche Entwicklung braucht engagierte Menschen - Beispiele aus Sachsen. (http://www.smul.sachsen.de/laendlicher_raum/download/Fachbeitrag_Mitwirkung_20101209.pdf) [Zugriff: 25.03.2013].
- Stimpel, Thomas/Olk, Thomas (2012): Zivilgesellschaft stärken – Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus. Ergebnisse einer qualitativen Fallstudie. In: Beutel, Wolfgang/ Fauser, Peter/Rademacher, Helmholt (Hg.): Jahrbuch Demokratiepädagogik 2012. Schwalbach im Taunus, S. 151-160.
- Strauss, Anselm/ Corbin, Juliet (1996): Grounded Theory: Grundlagen qualitativer Sozialforschung. Weinheim.
- Stricker, Michael (2011): Ehrenamt. In: Olk, Thomas/ Hartnuß, Birger. (Hg.): Handbuch bürgerschaftliches Engagement. Weinheim und Basel, S. 163-172.
- Stuth Ana-Maria (2011): Qualitätsentwicklung in Freiwilligendiensten. BBE-Newsletter 7/2011. (http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2011/06/nl7_stuth.pdf) [Zugriff: 25.03.2012].
- Weber, Jürgen (Hg.) (2006): Illusionen, Realitäten, Erfolge. Zwischenbilanz zur Deutschen Einheit. München.
- Vorkamp, Wolfgang (2008): Integration durch Teilhabe. Das zivilgesellschaftliche Potenzial von Vereinen. Frankfurt am Main, New York.
- Zimmer, Annette/Priller, Eckhard (2007): Gemeinnützige Organisationen im gesellschaftlichen Wandel: Ergebnisse der Dritte-Sektor-Forschung. Wiesbaden.



Der Beauftragte der Bundesregierung
für die Neuen Bundesländer

www.bmi.bund.de
www.bauftragter-neue-laender.de